

Sozialbericht Bochum (2008)



Stadt Bochum

**Stabsstelle
Sozialplanung**

Herausgeber:

Stadt Bochum
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle Sozialplanung - V/SP -
44777 Bochum

Internet:
www.bochum.de/bochum/amt5sp.htm

Besonderer Dank an:

Die Mitarbeiter/innen der Stabsstelle Projekte, Fachbereich Statistik und Stadtforschung
Die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in Bochum

Abdruck (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe gestattet.

Bochum, Februar 2008

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach langer „zahlenfreier“ Zeit, bedingt durch den Umbau der Sozialsysteme und die damit verbundenden statistischen Veränderungen, ist es gelungen, die Sozialberichterstattung Bochum auf eine neue Grundlage zu stellen. Deshalb freue ich mich sehr, Ihnen den Sozialbericht 2008 verbunden mit dem aktualisierten „Sozialatlas“ (soziales Infrastrukturkaster) für die Stadt Bochum vorlegen zu können.



Erstmalig ist es gelungen, die Träger der freien Wohlfahrtspflege dafür zu gewinnen, sich mit einem eigenen Beitrag zur sozialen Lage in unserer Stadt an der Sozialberichterstattung Bochum zu beteiligen. Für die konstruktive Zusammenarbeit und für die anschaulichen Beschreibungen, was es heißt, arm zu sein in unserer Stadt, möchte ich mich an dieser Stelle schon einmal recht herzlich bei den Autorinnen und Autoren bedanken.

Mit dem Sozialbericht 2008 haben wir zum ersten Mal für alle Ortsteile in Bochum Ortsteilprofile erstellt. Sie enthalten grundlegende Strukturdaten, die das „Gesicht“ eines Ortsteils abbilden können.

Darüber hinaus werden im Sozialbericht 2008 sehr unterschiedliche Daten analysiert und miteinander in Beziehung gesetzt, zum einen die Einwohnerdaten, aber auch die Daten des Sozialdezernates von der Jugendhilfe bis hin zur Intervention bei drohender Obdachlosigkeit. Daneben werden auch die vorhandenen Flächen und Bebauungsstrukturen des jeweiligen Ortsteils aufgenommen.

Damit hoffe ich, auch eine gute Grundlage für die integrierte Stadtentwicklung geschaffen zu haben!

Die Kommentare zu den Daten und zu den jeweiligen Ergebnissen sind bewusst sehr knapp gehalten, da wir der Deutung in den jeweiligen Fachausschüssen und Fachämtern nicht vorgreifen wollen. Wir begreifen diese Daten als Grundlage für jede Form von weiterer fachlicher Arbeit.

Die Daten zeigen aber deutlich, dass es in Bochum zwar Problemlagen, aber keine sehr großen Disparitäten gibt. Bochum stellt sich nach wie vor sozialstrukturell ausgeglichen dar. Die Zahl der Ortsteile mit überdurchschnittlicher Belastung ist nicht größer geworden! Gleichwohl gibt es eine Menge zu tun und auch in den jeweiligen Ortsteilen zu verbessern.

Wichtig ist es allerdings, die Bewohner und Bewohnerinnen der Ortsteile zu motivieren, sich an der Entwicklung „ihres“ Ortsteils zu beteiligen. Weiterhin gilt es vorhandene Netzwerke zu stärken und dort, wo sie fehlen aufzubauen, so dass der soziale Zusammenhalt in unserer Stadt weiter gestärkt wird. In diesem Sinne möchte ich mich bei allen bedanken, die an der Berichterstellung mitgewirkt haben und fordere Sie auf:

Suchet der Stadt Bestes!

Sophie Graebisch-Wagener
(Sozialdezernentin)

Inhalt

Sozialberichterstattung in Bochum	7
Ergebnisse des Berichts im Überblick	11
1. Grundlagen der Sozialberichterstattung: Leitkonzept: Teilhabe und Ausgrenzung	21
2. Strukturwandel Ruhrgebiet	25
3. Segregation	31
4. Demografie	37
4.1 Strukturdaten Bevölkerung in Bochum	37
4.2 Veränderung der Lebensformen und Lebensstile	52
5. Gebietstypologie	71
5.1 Benachteiligte Quartiere	74
5.2 Exkurs: Konzentration von ausländischer Bevölkerung, "armer" deutscher Bevölkerung und Minderjährigen	76
5.3 Haushalte mit Kindern	77
5.4 Wanderungsbewegung	80
5.5 Einkommen	86
5.6 Wahlbeteiligung	92
6. Bildung	97
7. Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	113
8. Armut in Bochum	127
8.1 Prekäre Lebenslagen: Armut trotz Arbeit	148
8.2 Armut und Wohnen	154
9. "Was es heißt, arm zu sein " - Beitrag der Bochumer Wohlfahrtsverbände -	159
10. Ortsteilprofile	200
Untersuchungsmethodik und Datenquellen	286
Glossar	291

Sozialberichterstattung in Bochum

Auf Initiative des Sozial- und Gesundheitsausschusses und mit Ratsbeschluss vom 28.06.2001 wurde die Stabsstelle Sozialplanung beauftragt, einen Sozialbericht für die Stadt Bochum zu erstellen.

Noch im Jahr 2001 legte die Stabsstelle Sozialplanung einen Zwischenbericht mit der Rahmenkonzeption vor; in der Folge erschienen die "Sozialdaten der Stadt Bochum (Bochum, Januar 2004)" und der "Sozialbericht Bochum (2005)"; im folgenden auch Sozialbericht 2004 und 2005 genannt. Parallel zu der Veröffentlichung der Sozialberichte wurde ein kleinräumiges soziales Infrastrukturkataster für die Stadt Bochum, der "Sozialatlas" erstellt und über das Internet allen interessierten Fachleuten und Bürgern zugänglich gemacht. Der Sozialatlas wird jährlich aktualisiert und enthält rund 1.600 Einträge unter insgesamt 50 Rubriken zu sozialen Einrichtungen und Angeboten in Bochum (Internet: www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm).

Ziel der Bochumer Sozialberichterstattung ist es, den kommunalpolitischen Akteuren sowie der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen, die ein differenziertes Bild der sozialen Lage der Bevölkerung in Bochum liefern. Deshalb werden in der Bochumer Sozialberichterstattung die sozialen Entwicklungen unter zeitlichen, räumlichen, demografischen und zielgruppenspezifischen Dimensionen dargestellt. Der Bericht wird in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben.

Gesellschaftliche Veränderungen und die Veränderung der Datenlage machten es erforderlich, die Konzeption der Sozialberichterstattung für die Stadt Bochum in Teilen zu modifizieren.

Der vorliegende Sozialbericht Bochum (2008) schließt konzeptionell und inhaltlich grundsätzlich an die bisherige Sozialberichterstattung an. Allerdings mussten, bedingt durch die Umsetzung der Reform der Sozialgesetzgebung zu Beginn des Jahres 2005 und bedingt durch die Bereinigung der Einwohnerdatei Bochums im Zuge der Einführung der Zweitwohnungssteuer, andere Indikatoren zur Messung der sozialen Entwicklungen in Bochum herangezogen werden.

Die Stabsstelle Sozialplanung hat sich deshalb an einem "Kommunalen Kooperationsprojekt der Landessozialberichterstattung 2007" beteiligt. Gemeinsam mit Vertretern des Landes, Vertretern der Städte Bielefeld, Essen und Oberhausen sowie dem Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum, wurde ein Indikatorenkatalog entwickelt, der geeignet erscheint, die sozialen Entwicklungen unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen - auch kleinräumig abzubilden.¹ Dieser Indikatorenkatalog findet in der Bochumer Sozialberichterstattung 2008 Berücksichtigung.

¹ Ein weiteres Projektziel war es zu überprüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die kommunale und die Landessozialberichterstattung stärker aufeinander zu beziehen. Eine Fortsetzung des Projektes unter diesem Thema ist geplant.

Die veränderte gesetzliche Ausgangslage begründet aber auch den Beginn einer "neuen Zeitreihe" in der Bochumer Sozialberichterstattung. Vergleichende Analysen mit den Vorjahren können nur noch an wenigen Stellen unmittelbar vorgenommen werden.

Ein fester Bestandteil der Bochumer Sozialberichterstattung ist die Gebietstypologie. Sie beschreibt die sozialstrukturelle Differenzierung der Ortsteile auf der Basis der drei Hauptindikatoren Arbeitslose, SGB II-Empfänger und Ausländer. Diese Indikatoren charakterisieren nach wie vor wesentlich die Sozialstruktur Bochums.

Um die Sozialstruktur und die soziale Lage der Bevölkerung in Bochum differenzierter betrachten zu können, wurden mehr als 40 Indikatoren kleinräumig ausgewertet und erstmalig in 30 Ortsteilprofilen für Bochum zusammengefasst. Neu aufgenommen wurden in diesem Sozialbericht die Themen

- Segregation in Bochum
- Wahlbeteiligung als Ausdruck demokratischer Teilhabe
- Einkommensverteilung - Vergleich der Jahre 1998 und 2001
- Bildung
- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- Armut in Bochum
- prekäre Lebenslagen: "Armut trotz Arbeit".

Ebenfalls neu und besonders hervorzuheben ist die Beteiligung der Bochumer Wohlfahrtsverbände an der Sozialberichterstattung Bochum 2008. In einem eigenen Beitrag beschreiben sie, "was es heißt, arm zu sein". In anonymisierter Form wird von Menschen in Bochum berichtet, die unter Armut und Ausgrenzung leiden. Armut wird damit greifbar und aus dem Abstrakten statistischer Zahlen herausgeholt.

Integrierte Berichterstattung und Planung im Sozialdezernat Bochum

Im Auftrag des Sozialdezernates und vor dem Hintergrund politischer Beschlüsse veröffentlicht die Stabsstelle Sozialplanung Berichte und Planungen zu Themenbereichen, die eng mit dem Sozialbericht verknüpft sind und regelmäßig erscheinen. Hierzu gehören die Gesundheitsberichterstattung mit dem Basis- und den Spezialgesundheitsberichten, die Fachberichte zur Lebenssituation von Senioren in Bochum, zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Bochum und die Fachberichte zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Bochum. Für das Jahr 2008/2009 ist die Veröffentlichung der Fachberichte "Zur sozialen und gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen" und zum Thema "Gesundheit und Alter" geplant. Weiterhin bestehen erste Überlegungen, einen Familienbericht für Bochum zu erstellen.

Ebenfalls eng verknüpft mit der Sozialberichterstattung sind Planungen und Projekte, die fachamts- und/oder dezernatsübergreifend sind. So hat die Stabsstelle Sozialplanung aufbauend auf den vorliegenden Analysen der Berichterstattung u. a. dazu beigetragen, die Grundlagen für die sozialraumorientierte Arbeit zu legen, die Grundlagen für die Umsetzung des Bochumer Präventionskonzeptes zu entwickeln und die Kindergartenbedarfsplanung für Bochum zu erstellen und fortzuschreiben. Für die

Fachämter des Sozialdezernates wurde ein Datenpool erstellt, der eine Vielzahl von standardisierten in den Fachämtern selbst erhobenen Daten und Indikatoren enthält. Aus der Notwendigkeit heraus, aktuelle Planungsdaten für die Bochumer Sozialberichterstattung vorzuhalten, entstand das dezernatsübergreifende Projekt "BOKOS", ein Stadtteilinformationssystem im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung.

Zur Standortbestimmung des Themas Migration in der Bochumer Sozialberichterstattung

Menschen mit Migrationshintergrund bilden keine homogene Gruppe in Bezug auf Herkunft, Staatsangehörigkeit, Zuzugszeitpunkt oder Qualifikation, um nur einige Faktoren zu nennen. Bei den Personen mit Migrationshintergrund finden sich in Bochum mehr als 100 Herkunftsländer. Nach dem Rechtsstatus sind sie entweder Ausländer, also Menschen ohne deutschen Pass, oder eingebürgerte Ausländer, also Deutsche - mit oder ohne 2. Staatsangehörigkeit. Eine nicht unerhebliche Gruppe von Migranten stellen auch die (Spät)Aussiedler dar.

Viele Migrantinnen und Migranten leben z. T. seit Jahrzehnten in Deutschland und hier in Bochum und sind mehr oder weniger integriert. Andere wiederum sind erst in jüngerer Zeit zugewandert und noch dabei, hier Fuß zu fassen und sich einzuleben. Die Ausländer oder die Migranten gibt es also nicht. Deshalb ist eine differenzierte Betrachtung dieser Bevölkerungsgruppe dann notwendig, wenn es darum geht, gesellschaftliche Teilhabe- und Integrationschancen zu untersuchen. Die Bochumer Sozialberichterstattung geht verstärkt der Frage nach, welchen Zugang zu den Grundvoraussetzungen gesellschaftlicher Teilhabe, wie z. B. Bildung und Arbeitsmarkt, Personen mit Migrationshintergrund haben - und zwar unter dem Aspekt migrationsspezifischer Benachteiligung, aber auch hinsichtlich spezieller Ressourcen der zugewanderten Menschen.

Gerade auch im Hinblick auf das von der Stadt Bochum verabschiedete "Konzept Integration" ist es notwendig, verlässliches Zahlenmaterial über die kleinräumige Verteilung einerseits wie auch zu den Lebenslagen der Menschen mit Migrationshintergrund zu erhalten. Für die zielgerichtete Umsetzung des Integrationskonzeptes sowie eine daraus abgeleitete Maßnahmenplanung ist eine entsprechende Datenlage unabdingbar. Dies würde bedeuten, dass eine repräsentative Befragung - analog des Mikrozensus - für die Gesamtstadt durchgeführt werden muss.² Eine Erhebung dieser Art lieferte auch für andere Planungsbereiche - insbesondere für integrierte Stadtteilkonzepte (Wohnen, Arbeiten, Bildung, soziale Infrastruktur, Schule) wichtige Grundlageninformationen.

² Das Integrationsbüro der Stadt Bochum hat eine Befragung Jugendlicher und junger Erwachsener zum Zusammenleben in den fünf sozialstrukturell erheblich benachteiligten Ortsteilen in Auftrag gegeben. WAZ vom 16.01.2008

Ergebnisse des Berichts im Überblick

Ergebnisse des Berichtes im Überblick

Bevölkerung in Bochum (Kapitel 4.1)

Zum 31.12.2006 zählte die Stadt Bochum 375.563 Einwohner. Davon waren 57.541 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis unter 18 Jahren; dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 15,3 %.

Auf der anderen Seite waren 99.283 Menschen 60 Jahre und älter, was einem Anteil an der Bevölkerung von 26,4 % entspricht. Schon längst leben weitaus mehr ältere Menschen in der Stadt als Kinder und Jugendliche.

Am 31.12.2006 lebten in Bochum 33.146 Menschen ohne deutschen Pass; dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 8,8 %. Addiert man die Zahl der Deutschen mit 2. Staatsbürgerschaft hinzu, so ergibt sich ein Bevölkerungsanteil von 14,4 %.

Die Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund ist deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Gebietstypologie (Kapitel 5)

Bochum zeigt sich sozialstrukturell ausgeglichen. Lediglich neun von 30 Ortsteilen werden bezüglich der Hauptindikatoren (Arbeitslose, SGB II-Bezieher und Ausländer) als sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile identifiziert. Nach wie vor gehören zu den besonders benachteiligten die Ortsteile Gleisdreieck, Kruppwerke, Hamme, Wattenscheid-Mitte und Querenburg. Darüber hinaus lassen sich folgende vier Ortsteile als sozialstrukturell benachteiligt identifizieren: Hofstede, Günnigfeld, Werne und Langendreer-Alter Bahnhof.

In den benachteiligten Ortsteilen liegt auch ein Großteil der benachteiligten Quartiere. Nur vier Quartiere befinden sich als sog. Armutinseln in sozialstrukturell unauffälligen bzw. privilegierten Ortsteilen: in Riemke (Rensingstraße, Am Zillertal), in Weitmar-Mitte (An der Landwehr) und in Dahlhausen (Unterdahlhausen).

Im Rahmen der Untersuchung von Segregationstendenzen in Bochum lässt sich feststellen, dass es in sechs Ortsteilen eine Konzentration von ausländischer Bevölkerung, armen Deutschen und Minderjährigen gibt: dies sind die Ortsteile Querenburg, Kruppwerke, Wattenscheid-Mitte, Hamme, Langendreer und Werne. Mit Ausnahme von Langendreer zählen diese Ortsteile zu den als sozialstrukturell benachteiligt identifizierten Ortsteilen.

Am 31.12.2006 lebten in Bochum 375.563 Menschen in 186.500 Haushalten. Nur in jedem fünften Haushalt (19,3 %) lebten ein oder mehrere Kinder. 24,6 % der Haushalte mit Kindern waren Haushalte Alleinerziehender und in 10,6 % der Haushalte mit Kindern lebten drei oder mehr Kinder.

Der gesamtstädtische Wanderungsquotient liegt bei 18,2 %. Auf Ebene der Ortsteile gibt es keine bemerkenswerten Abweichungen. Der Wanderungsquotient der ausländischen Bevölkerung liegt mit 42,2 % deutlich über dem der Gesamtbevölkerung.

Bei der Einkommensverteilung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ortsteilen. Privilegierte Ortsteile weisen - mit Ausnahme von Querenburg - ein höheres Durchschnittseinkommen als benachteiligte Ortsteile auf. Von 1998 bis 2001 wurden diese Unterschiede zwischen benachteiligten und privilegierten Ortsteilen noch größer.

Die kleinräumige Analyse der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2004, der Landtagswahl 2005 und der Bundestagswahl 2005 ergab, dass in allen 11 privilegierten Ortsteilen die Wahlbeteiligung über dem Wert der Gesamtstadt lag. Umgekehrt lag die Wahlbeteiligung in allen sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen unter dem gesamtstädtischen Wert. Die Analyse der Wahlbeteiligung bestätigt den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Teilhabe und Bereitschaft zur politischen Partizipation.

Bildung (Kapitel 6)

Die Schulübergangsquote zum Gymnasium liegt in den meisten westfälischen Städten zwischen 30 % und 40 %. Bochum liegt mit 40,2 % (2007) der Übergänge zum Gymnasium damit im oberen Bereich.

Die Übergangsquote ausländischer Schüler zum Gymnasium (12,2 %) ist deutlich geringer als die der deutschen Schüler (43,9 %). Ihre Übergangsquote zur Hauptschule (30,5 %) dagegen ist deutlich höher als bei deutschen Schülern (6,7 %).

Der Übergang von der Schule in Ausbildung oder Arbeit gestaltet sich für Schulabgänger mit Migrationshintergrund schwieriger.

Die besten Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben Schulabgänger der Realschulen, gefolgt von Gesamtschulen und Hauptschulen.

Ein Zusammenhang zwischen sozialstruktureller Benachteiligung und Schulübergängen zum Gymnasium ist für Bochum nicht eindeutig nachweisbar.

Arbeitslosigkeit (Kapitel 7)

Am 30.09.2006 waren in Bochum 24.185 Menschen arbeitslos. Dies entsprach einem Arbeitslosenquotienten von 11,6 %. Von diesen 24.185 Arbeitslosen waren 8,2 % unter 25 Jahre alt und 13,6 % 55 Jahre und älter.

Die geschlechtsspezifische Betrachtung der Arbeitslosigkeit zeigt keine wesentlichen Unterschiede zwischen Männern (12,4 %) und Frauen (10,7 %). Auch auf Ebene der Ortsteile zeigen sich keine Auffälligkeiten.

Die ausländische Bevölkerung ist stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die deutsche Bevölkerung. Der Arbeitslosenquotient der ausländischen Bevölkerung liegt bei 18,8 %, während der Arbeitslosenquotient der deutschen Bevölkerung bei 10,7 % liegt.

Am 30.09.2006 betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen 49,1 %. Langzeitarbeitslosigkeit stellte in der Vergangenheit ein wachsendes Phänomen dar. Zur Zeit ist zu beobachten, dass sich Langzeitarbeitslosigkeit rückläufig entwickelt. Am 30.09.2007 betrug der Anteil an allen Arbeitslosen "nur" noch 43,4 %.

Zur Struktur der Jugendarbeitslosigkeit liegt eine Analyse für Dezember 2007 vor. Im Dezember 2007 waren 1.445 Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren (SGB II und SGB III) arbeitslos. Davon waren

- 55 % Männer (794 Personen),
- 18,4 % Ausländer (266 Personen),
- drei Viertel weniger als 6 Monate arbeitslos,
- ein Viertel länger als 6 Monate arbeitslos.

Die Mehrheit der arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen verfügte über einen geringen Bildungsabschluss.

Die differenzierte Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit ist aufgrund der Datenlage der Bundesagentur für Arbeit problematisch. So gibt es neben den offiziell arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine große Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener, die sich in den unterschiedlichsten Maßnahmen befinden. Diese werden in der Statistik nicht als Arbeitslose, sondern als Arbeitssuchende geführt und tauchen somit auch nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik auf.

Zur Verdeutlichung dieser Problematik hier eine Zahl aus dem Rechtskreis des SGB II: Im Dezember 2007 waren in der Arbeitslosenstatistik 1.030 unter 25-Jährige im Rechtskreis des SGB II arbeitslos. Im selben Monat befanden sich 1.768 unter 25-Jährige als Arbeitssuchende in Maßnahmen. Die Gesamtzahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die keinen Arbeitsplatz hatten, lag also mit 2.798 deutlich höher, als es die offizielle Arbeitslosenstatistik ausweist.

Armut in Bochum (Kapitel 8)

Am 31.12.2006 bezogen in Bochum 40.530 Personen Leistungen nach dem SGB II. Dies entspricht einer Quote von 13,7 %. Rund jeder siebte im Alter von 0 bis unter 65 Jahren war damit auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen. Die höchsten SGB II-Quoten finden sich in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen.

Die ausländische Bevölkerung weist mit 30,3 % eine erheblich höhere SGB II-Quote auf als die deutsche Bevölkerung (11,8 %). Fast jede/r dritte Ausländer/in war damit von Leistungen nach dem SGB II abhängig.

Kinder und Jugendliche sind besonders von SGB II-Bezug betroffen. Die Quote der 0-bis unter 18-Jährigen lag bei 21,7 %, d. h. rund jeder fünfte in dieser Altersgruppe war im SGB II-Bezug. Je jünger die Kinder, desto höher die Abhängigkeit von SGB II-Leistungen.

Besonders dramatisch ist die Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher. Ihre SGB II-Quote liegt gesamtstädtisch bei 51,5 %. Jede/r zweite ausländische Minderjährige in Bochum ist damit von Armut betroffen.

Die SGB II-Quote älterer Menschen (55 bis unter 65 Jahre) lag gesamtstädtisch bei 7 %. Deutlich höher ist auch hier die Quote der ausländischen Bevölkerung in dieser Altersgruppe; sie liegt mit 25,1 % fast viermal so hoch wie die der deutschen Vergleichsgruppe.

Besonders betroffen von SGB II-Bezug sind Haushalte Alleinerziehender und Haushalte Kinderreicher. Die SGB II-Quote Alleinerziehender lag bei 38,3 %. Bei Kinderreichen betrug sie 32,2 %.

“Was es heißt, arm zu sein” (Kapitel 9)

Der Beitrag der Bochumer Wohlfahrtsverbände beschreibt beispielhaft Lebenssituationen von Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen bzw. bedroht sind.

Konsequenzen aus den Ergebnissen

Die Ergebnisse des Sozialberichtes sollen dazu beitragen, den Diskussionsprozess über die Entwicklung kommunaler Sozialpolitik und die Umsetzung der daraus resultierenden Maßnahmen zu unterstützen. Damit dies gelingen kann, bedarf es der verbindlichen, dialogorientierten Vernetzung aller beteiligten Akteure aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Vereinen sowie der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bochum.

Aus den Analysen des Sozialberichtes 2008 lassen sich einige zentrale Themen ableiten, die perspektivisch aufgegriffen werden sollten:

- * Der demografische Wandel wird das Gefüge der Stadt zukünftig deutlich verändern. Das Verhältnis Alt/Jung, die kulturelle Vielfalt, die veränderten Lebensformen und Lebensstile, die Veränderung des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungssysteme bestimmen das Zusammenleben in unserer Stadt. Diese Veränderungen stellen insbesondere die Handlungsfelder der sozialen Arbeit vor eine nicht unerhebliche Herausforderung. Der demografische Wandel unserer Stadtgesellschaft erfordert das Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure unter dem Dach einer integrierten Stadtentwicklung. Erste Ansätze hierzu finden sich in den Konzepten des Stadtumbau West, im sozialräumlichen Dienstleistungsangebot der Sozialverwaltung und dem Integrationskonzept für die Stadt Bochum.

- * Die Ergebnisse der sozialstrukturellen Differenzierung Bochums weisen neun Ortsteile als sog. "benachteiligte" Ortsteile aus. Einige dieser Ortsteile fallen zudem durch hohe Fallzahlen, z.B. bei der Jugendgerichtshilfe, der Hilfe zur Erziehung, den psychiatrischen Hilfen und den Interventionen bei Wohnungsnot auf. Hier geht es vor allem darum, vorhandene Netzwerke der sozialen Infrastruktur zu fördern oder neue aufzubauen. Die Handlungsschwerpunkte, Projekte und Maßnahmen der Stadtentwicklung und anderer kommunaler Handlungsfelder sollten die Ortsteile im Sinne der "Leitlinien Stadtentwicklung Bochum - Perspektive Bochum 2015" und des "Stadtumbau West" weiterhin unterstützen.
- * Die Schulübergangsquoten, insbesondere der ausländischen Kinder, geben Anlass, darüber nachzudenken, wie die vorhandenen Maßnahmen und Potentiale ausgerichtet werden können, damit jedes Kind frühstmöglich und entsprechend seiner individuellen Möglichkeiten in seiner Entwicklung gefördert wird. Wünschenswert wäre eine Bildungsberichterstattung, die neben quantitativen Aspekten der Angebotsstrukturen verstärkt qualitative und soziale Aspekte des Bildungsangebotes und der Bildungsbeteiligung in den Blick nimmt.
- * Die Teilnahmequoten an den Vorsorgeuntersuchungen machen deutlich, dass die Eltern verstärkt motiviert werden sollten, die Möglichkeiten der Vorsorgeuntersuchungen für ihre Kinder wahrzunehmen. Eine erfolgreiche Maßnahme hierzu war die Kampagne "Ich geh' zur U und Du ?" des Gesundheitsamtes und des Jugendamtes im Gleisdreieck .
- * Über eine verstärkte Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit anderen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt tätigen Einrichtungen sollten verstärkt Maßnahmen zur Integration von jungen Erwachsenen, insbesondere jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund, in Ausbildung und/oder Arbeit eingerichtet werden. Zur Verbesserung des Übergangs Schule/Beruf wird eine qualitative Untersuchung und Evaluierung der vorhandenen beruflichen Integrationsmaßnahmen angeregt.
- * Armut ist ein zunehmendes Problem, auch für Bochum. Vor allem Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind betroffen. Ihre Lebenssituation sollte genauer beleuchtet werden, um zielgerichtete Hilfe und Unterstützung zu bieten. Angeregt wird ein Familienbericht für die Stadt Bochum.
- * Wohnen als existentielles Grundbedürfnis ist ein zentraler Aspekt der Lebenssituation und Lebenslage des Menschen. Der Alltag und das Lebensgefühl werden maßgeblich mitbestimmt durch die Wohnverhältnisse, in denen Menschen leben. Zunehmende Armut bedeutet im schlimmsten Fall den Verlust der Wohnung, zumindest aber eine deutliche Einschränkung der Wohnqualität. Der jährliche Bochumer Wohnungsmarktbericht liefert aktuelle Informationen über die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt. Aus den aktuellen Daten des Sozialberichtes und des Wohnungsmarktberichtes ist nicht eindeutig erkennbar, inwieweit der Leistungsbezug des SGB II sich auf die Wohnungsnachfrage auswirkt. Zwar ist eine Zunahme wohnungssuchender Haushalte im

Jahr 2006 gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen, aber Dank der gemeinsamen Bemühungen der ARGE, der Verwaltung der Stadt Bochum und der Politik blieb die "große Umzugswelle" unter "Hartz IV" aus. Dennoch wird auf Grund des vorliegenden Datenmaterials der Sozialberichterstattung 2008 und des Wohnungsmarktberichtes 2007 angeregt, systematisch zu beobachten, wie sich der Wohnungsmarkt in Bochum für "benachteiligte" Personengruppen, insbesondere für SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger entwickelt. Dazu sollten die vorliegenden Berichte an der "Schnittstelle" der sozialen Lebenssituation der Bevölkerung und der Entwicklung des Wohnungsmarktes durch ein gemeinsam entwickeltes Berichtsdesign qualifiziert werden.

- * Nicht nur die veränderte soziale Lage einzelner Bevölkerungsgruppen hat Einfluss auf die Nachfrage am Wohnungsmarkt, sondern auch der weiter oben angesprochene demografische Wandel. Wohnen im Alter erfordert einerseits altersgerechten Wohnraum, aber auch den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung angepasste Wohnkonzepte. Zur Erfassung der Wohnbedürfnisse älterer Menschen in Bochum wird eine qualitative Untersuchung im Rahmen der Erstellung des Fachberichtes zur Sozialberichterstattung "Alter und Gesundheit - Lebenssituation älterer Menschen in Bochum" angeregt.

Grundlagen der Sozialberichterstattung Leitkonzept: Teilhabe und Ausgrenzung

1. Grundlagen der Sozialberichterstattung

Leitkonzept: Teilhabe und Ausgrenzung¹

In der Wissenschaft und in der sozialen Praxis werden überwiegend drei Konzepte zugrunde gelegt, die hier kurz skizziert werden sollen:

Das **Ressourcenkonzept** fokussiert im Wesentlichen auf die relative Einkommensarmut, die als Bezugsgröße das durchschnittliche Nettoeinkommen nimmt. Häufig wird sie erweitert um wichtige Merkmale wie Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Haushaltsgröße zur Bestimmung von Armut.

Das **Lebenslagenkonzept** geht darüber hinaus und erfasst neben messbaren Versorgungslagen, wie z.B. Beschäftigung, Wohnen, Bildung, Gesundheit auch die subjektive Wahrnehmung sowie die Beurteilung dieser Lebensbereiche.

Das **Konzept von Teilhabe und Ausgrenzung** richtet neben der Bestimmung der objektiven sozialen Lage und deren subjektiver Bewertung das Augenmerk auch auf die Frage, wie das Individuum eine prekäre soziale Lage innerhalb eines definierten institutionellen Rahmens bewältigt.

Nach Bartelheimer² sind die vier wesentlichen Grundformen sozialer Teilhabe die Einbeziehung in gesellschaftliche Arbeit, die Einbindung in soziale (Nah)Beziehungen (Familie, Nachbarschaften...), politisch-institutionell geregelte Rechtsansprüche und kulturelle Teilhabeformen. Gesellschaftliche Arbeit und soziale Beziehungen sind dabei primäre Teilhabeformen, Rechtsstatus und Kulturbeteiligung sekundäre Teilhabeformen.

Dietz³ differenziert die Teilhabebereiche noch weiter und unterscheidet in folgende Lebenslagenbereiche, die - ein jeder für sich - im Prinzip krisenanfällig sind: Arbeit, Bildung/Ausbildung, soziale Partizipation, kulturelle Partizipation, politische Partizipation, Rechtsgleichheit, Wohnen, Konsum (Gebrauchsgüter), Ernährung, Umwelt, Gesundheit, Erholung sowie die ökonomische Situation insgesamt. Bei Menschen, die in den meisten dieser Lebenslagenbereiche "Ressourcen" besitzen, d.h. in diesen Lebenslagenbereichen positiv verankert sind, kann von gesellschaftlicher Teilhabe gesprochen werden. Menschen, denen diese Ressourcen überwiegend fehlen, gelten demgegenüber als benachteiligt und sind im Extremfall vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt.

Darstellung gelungener oder gefährdeter Teilhabe

Für eine Analyse gelungener oder gefährdeter Teilhabe lassen sich drei Zonen im Gefüge sozialer Ungleichheit unterscheiden:

1. Das Zusammenfallen von stabiler Erwerbsarbeit und Einbindung in soziale Beziehungen bildet die Zone gelungener Teilhabe.

2. Die zweite Zone lässt sich beschreiben als Zone der "Verwundbarkeit" und der "Fürsorge". Typisch für diese Zone sind prekäre Erwerbsarbeit, Schwächung der sozialen Nahbeziehungen und ein unfreiwilliges Einrichten im Provisorium der Maßnahmen für Problemgruppen.
3. Die dritte Zone, in der sich diese prekären Lagen verstetigen und der Ausschluss von Erwerbsarbeit mit sozialer Isolation einhergeht, bildet dann die Zone der Ausgrenzung.

Dieses Zonenmodell öffnet den Blick auf Teile der Bevölkerung, insbesondere in der mittleren Zone, die bisher in der Sozialberichterstattung nicht berücksichtigt wurden. Hierzu zählen beispielsweise die prekär Beschäftigten, die trotz regelmäßiger Arbeit am Rande der Armut leben.

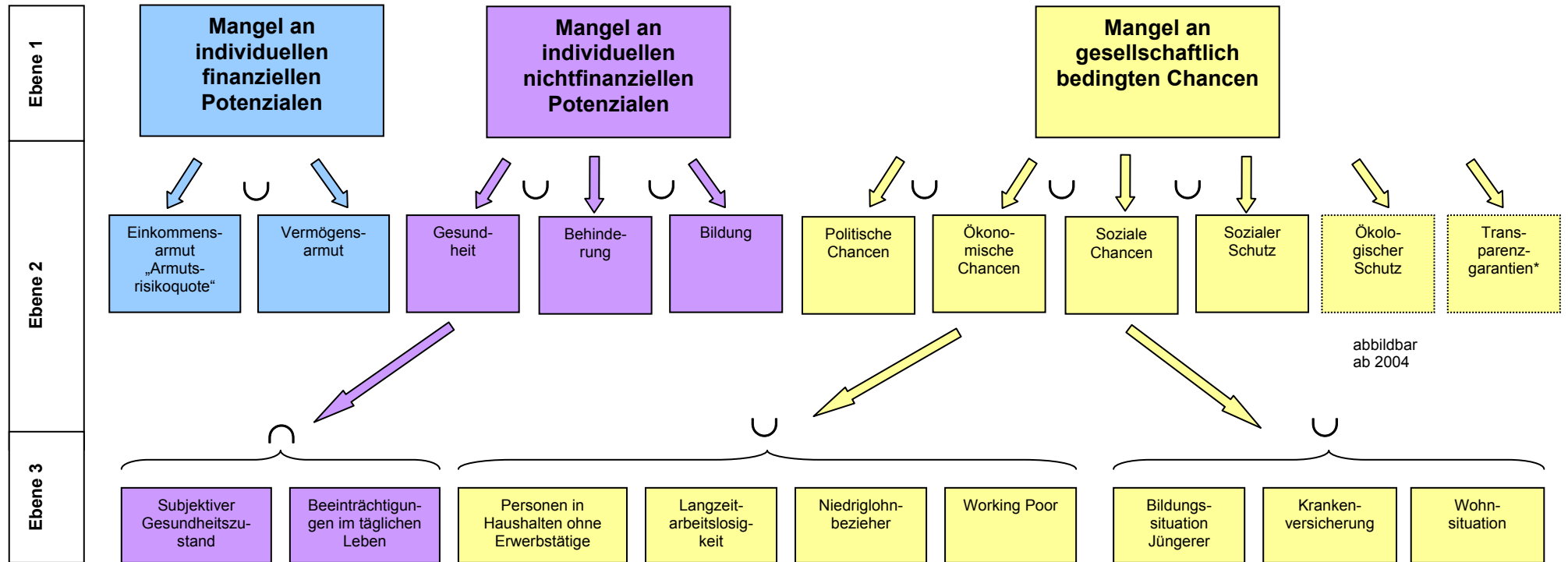
Für die Beurteilung individueller Lebenslagen dürfte es darüber hinaus entscheidend darauf ankommen, inwieweit Personen zwischen diesen Zonen wechseln (können) bzw. ob sich ihre soziale Lage in der Zone der Ausgrenzung biographisch verfestigt.

Anwendung "lebenslagenorientierter" Konzepte in der Berichterstattung

An das Ausgrenzungskonzept knüpft ein neueres Konzept von Sen⁴ an, das auch schon im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung⁵ Anwendung findet. Nach Sen's Konzept der Verwirklichungschancen lässt sich Armut als ein Mangel an Verwirklichungschancen interpretieren, wobei er unterscheidet in individuelle Potenziale und gesellschaftlich bedingte Chancen, zwischen denen wiederum enge Wechselwirkungen bestehen.

Die Schwierigkeit solcher wissenschaftlicher Konzepte besteht in der Regel darin, geeignete Indikatoren zu finden, mit deren Hilfe messbare Aussagen zur sozialen Wirklichkeit getroffen werden können. Ein Erfolg versprechender Ansatz zur Operationalisierung des Sen'schen Konzeptes mittels Indikatoren wird mit der *Machbarkeitsstudie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung*⁶ vorgestellt. Folgende Abbildung, die dieser Studie entnommen ist, zeigt das mehrstufige Indikatorensystem für eine mehrdimensionale Armutsmessung nach Sen.

Mehrstufiges Indikatorensystem für eine mehrdimensionale Armutsmessung nach Sen



- „UND“-Verknüpfung der Subindikatoren
- „ODER“-Verknüpfung der Subindikatoren; * prinzipiell – auch mit dem SOEP – abbildbar, nicht aber im begrenzten Rahmen dieser Studie.

Teile dieses Indikatorensystems werden in der vorliegenden Sozialberichterstattung zur Beantwortung folgender Fragen herangezogen:

- Welche Faktoren begünstigen oder ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe, und welche Faktoren stellen eher Teilhabehemmnisse dar bzw. führen zu gesellschaftlicher Ausgrenzung?
- Welche Bevölkerungsgruppen haben eher positiv-fördernde und welche eher negativ-hemmende Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe?
- Wie verteilen sich die Bedingungsfaktoren und betroffenen Bevölkerungsgruppen im Stadtgebiet?

Als wesentliche Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe bzw. ihre Gefährdung werden die Bereiche Bildung, Arbeit bzw. Arbeitslosigkeit sowie Armut für verschiedene Bevölkerungsgruppen in Bochum untersucht. Beim Thema Arbeitslosigkeit wird besonderes Augenmerk auf die Jugendarbeitslosigkeit gerichtet. Soweit möglich, wird eine kleinräumige Darstellung der Ergebnisse vorgenommen.

Anmerkungen:

1. Es handelt sich hier lediglich um einen kurzen Abriss zur wissenschaftlichen Forschung und keine inhaltliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Konzepten. Von daher sind hier auch nur - gleichsam stellvertretend für die aktuelle wissenschaftliche Diskussion - drei Autoren angeführt, die sich mit dieser Thematik herausragend beschäftigen: P. Bartelheimer, B. Dietz und A. Sen.
2. Bartelheimer, P. u.a., in: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF), Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES) (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland - Arbeit und Lebensweisen, Wiesbaden 2005.
Vgl. auch: Bartelheimer, P.; Schultz, A.; Kersting, V.: Expertise zur Neukonzeptionierung der Sozialberichterstattung des Landes NRW, Bochum/Göttingen, 2005
3. Dietz, B.: Soziologie der Armut, Frankfurt 1997
4. Sen, A.: Der Lebensstandard, Hamburg 2000
5. Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung: Lebenslagen in Deutschland: Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2005
6. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.: Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen) - Empirische Operationalisierung im Rahmen der Armuts- und Reichtumsmessung - Machbarkeitsstudie, Mai 2006

2. Strukturwandel Ruhrgebiet

Soziale Entwicklungen werden nicht unwesentlich von wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Von daher wird hier kurz die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets in den letzten Jahren und Jahrzehnten skizziert. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Entwicklung der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit sowie auf der Haushaltslage der großen Ruhrgebietsstädte.

Beschäftigungsentwicklung

In den letzten Jahrzehnten vollzieht sich im Ruhrgebiet ein tief greifender wirtschaftlicher Strukturwandel. Die großflächige "Abwanderung" der bisher vorherrschenden Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie führte zu einem Wegbrechen von industriellen Arbeitsplätzen und Beschäftigungsverlusten im produzierenden Gewerbe, die bis heute nicht durch Gewinne in den tertiären Sektoren, hier vor allem im Dienstleistungs- und Wissensbereich, kompensiert werden können.

Bei der Versorgung mit Arbeitsplätzen weist das Ruhrgebiet in den letzten Jahrzehnten eine deutlich negative Bilanz auf. Im Jahr 2005 lag das Beschäftigungsniveau 16,7 % unter dem von 1980, während es in den übrigen Landesteilen um 5,2 % darüber lag. Allein zwischen 1999 und 2005 gingen im Ruhrgebiet fast 100.000 Arbeitsplätze verloren.¹

Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat der drastische Verlust von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe. Das Beschäftigungsniveau in diesem Sektor lag 2004 um 53,4 % unter dem von 1980, d.h. mehr als jeder zweite Arbeitsplatz ging hier verloren. Die größten Verluste hat dabei das Baugewerbe zu verzeichnen. Allein von 1999 bis 2004 fielen hier über 29.000 Stellen weg.²

Das Beschäftigungswachstum der Dienstleistungsbranche, welches im selben Zeitraum immerhin 32,2 % betrug, kann die Arbeitsplatzverluste im Ruhrgebiet nicht ausgleichen. Zudem scheint auch dieser Wachstumstrend gebrochen. Von 2002 bis 2004 ging in diesem Sektor das Beschäftigungsniveau im Ruhrgebiet um 2 % zurück, was knapp 23.000 Arbeitsplätzen entspricht. Besonders betroffen war hierbei mit rund 11.000 Stellen der Einzelhandel.

Entsprechend dem Rückgang im produzierenden Gewerbe und dem Wachstum anderer Branchen ändert sich die Verteilung der Arbeitsplätze über die Wirtschaftssektoren. So liegt der Anteil der Dienstleistungsbeschäftigten an allen Beschäftigten im Jahr 2004 inzwischen bei 68,8 %, während nur noch ein knappes Drittel der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe zu finden war.

Bei näherer Betrachtung fallen zwei Aspekte des Arbeitsplatzrückgangs auf und sollen nicht unerwähnt bleiben. Zum einen handelt es sich in erster Linie um "Männer-Arbeitsplätze". Von den zwischen 1999 und 2005 verloren gegangenen Arbeitsplätzen waren bei 96.872 Arbeitsplätzen Männer betroffen, Frauen nur bei 2.728 Arbeitsplätzen. Zum anderen sind vor allem die Beschäftigten mit dem niedrigsten Bildungsabschluss

(Volks-, Haupt- und Realschulabschluss) betroffen. Von 1999 bis 2004 beträgt hier der Rückgang an Arbeitsplätzen 12,9 %. Arbeitsplätze, für die ein Abitur erforderlich ist, nehmen dagegen um 19,9 % zu. Und auch bei den höher qualifizierten Stellen ist sowohl bei Beschäftigten mit Fachhochschulabschluss (+1,9 %) als auch bei denen mit Hochschulabschluss (+10,8 %) ein Zuwachs zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung der Beschäftigung im Ruhrgebiet findet ihr Pendant in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Bereits seit den Siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts ist das Ruhrgebiet durch ein deutlich höheres Niveau der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Land NRW und zum Bundesgebiet gekennzeichnet; dies hat sich bis heute nicht geändert, wie folgende Tabelle zeigt:

Arbeitslosenquote ¹⁾	September 2003 ²⁾	September 2006 ³⁾	September 2007 ⁴⁾
Ruhrgebiet	13,0 %	15,1 %	11,7 %
NRW	10,7 %	12,1 %	9,0 %
Bundesgebiet	11,2 %	11,4 %	9,5 %

¹⁾ Arbeitslose in % auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

²⁾ Regionalverband Ruhr, Strukturbericht Ruhrgebiet 2004

³⁾ Regionalverband Ruhr, Regionalinformation Ruhrgebiet, Oktober 2006

⁴⁾ Regionalverband Ruhr, Regionalinformation Ruhrgebiet, Oktober 2007

Betrachtet man die Struktur der Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet etwas näher, so lassen sich zwei weitere Aussagen treffen:

1. Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet trifft in den letzten Jahren verstärkt auch die beruflich qualifizierten Kräfte. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug im September 2003 gut 54 %. Arbeitslosigkeit ist damit nicht mehr nur ein Problem der Gering- oder Nichtqualifizierten.
2. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen steigt. Im September 2003 waren 41,9 % aller Arbeitslosen im Ruhrgebiet länger als ein Jahr ohne Arbeit, ein Anstieg allein zum Vorjahr um 14,2 %. Auffallend hoch mit 21,7 % ist der Anteil der Arbeitslosen, die bereits seit mehr als zwei Jahren arbeitslos gemeldet waren.

Darüber hinaus zeigen die Schwankungen der Arbeitslosenquote im Zeitverlauf auch die konjunkturelle "Anfälligkeit" der Wirtschaft im Ruhrgebiet.

Initiativen zur Förderung des Strukturwandels

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet hat - unterstützt durch spezielle Landesförderprogramme und europäische Förderprogramme (Ziel 2 Strukturfondsförderung 2007-2013) - verschiedene Aktivitäten auf kommunaler Ebene hervorgerufen. Bei der Vielzahl von Initiativen, Projekten und Programmen, die den Strukturwandel im Ruhrgebiet unterstützen sollen, ist Bochum über die kommunale Wirtschaftsförderung, die Stabsstelle Bochum 2015 oder die Stadtplanung-/entwicklung beteiligt.

Wirtschaftsförderung Bochum

Ein zentrales Steuerungselement im Kontext des Strukturwandels im Ruhrgebiet stellt die kommunale Wirtschaftsförderung dar. So ist es Aufgabe der Bochumer Wirtschaftsförderung, den Standort Bochum zu sichern und auszubauen. Hierbei wird neben der Ansiedlung von Unternehmen verstärkt auch Augenmerk gelegt auf Gründung, Wachstum und Bestandspflege mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zu schaffen. In den Jahren 2004 bis 2007 wurden durch die Tätigkeit der Wirtschaftsförderung in Bochum 2.415 Arbeitsplätze gesichert und 1.884 Arbeitsplätze geschaffen.³

Bochum 2015⁴

Mit dieser gemeinsamen Projektinitiative von Wirtschaft und Stadtverwaltung soll der Versuch unternommen werden, sog. Fokusbranchen für und in Bochum stärker zu fördern und zu unterstützen. Zu den "Fokusbranchen" gehören:

- * Klinikexzellenz und Medizintechnik
- * Antriebs- und Verkehrstechnik / Automotive
- * Energie- und Umwelttechnik / Anlagebau
- * Kommunikationstechnik und IT-Sicherheit.

Integrierte Stadtentwicklung⁵

Auf die demografische Entwicklung und den Strukturwandel im Ruhrgebiet hat die Stadt Bochum mit der Entwicklung von Grundsätzen und Maßnahmen zur integrierten Stadtentwicklung reagiert. Ziel ist die Aufstellung eines "Stadtentwicklungsplanes" mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation in Bochum.

MORO (Modellvorhaben der Raumordnung)⁶

Bochum hat sich an dem Projekt "Interkommunale und regionale Anpassungsstrategien im Rahmen der Infrastrukturplanung bei sich wandelnder Bevölkerung", ein Gemeinschaftsprojekt zwischen KVR und den beteiligten Städten Bochum, Gelsenkirchen und Essen unter Federführung der Bochumer Kämmerei, beteiligt. Ziel des Projektes war es, die Infrastrukturplanung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung stärker aufeinander abzustimmen.

Ziel 2 Strukturfondsförderung / ESF Förderprogramme 2007 - 2013⁷

Die europäische Strukturförderung legt ihre Schwerpunkte auf insgesamt drei Bereiche:

- * Stärkung der unternehmerischen Basis
- * Innovation und wissensbasierte Wirtschaft sowie
- * nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung.

In Zusammenarbeit mit Projektträgern werden für Bochum verschiedene Maßnahmen unter der Federführung der Wirtschaftsförderung umgesetzt.

Initiative Zukunft Ruhr⁸

Die Landesinitiative Zukunft Ruhr richtet ihre Schwerpunkte an sog. Leitmärkten aus, die vorrangig zu berücksichtigen sind. Diese "Leitmärkte" sind:

- * Energiewirtschaft und Energieforschung
- * Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik / Medizinforschung
- * Mikro- und Nano-Technologie, neue Werkstoffe
- * Chemie
- * Logistik
- * Kultur- und Kreativwirtschaft.

Vision Metropole Ruhr 2030⁹

"Vision Metropole Ruhr 2030" ist eine Studie der Beratergesellschaften ATKearney und Ernst & Young. Hier wurden die wirtschaftlichen Strukturen des Ruhrgebietes untersucht und die Wachstumspotentiale der Region herausgearbeitet. Zu den Wachstumsbranchen zählen Recycling, Unternehmensdienstleistungen, IT-Software und Logistik. Der Bereich Energieversorgung wird als Zukunftsbranche eingeordnet.

Haushaltsentwicklung in den Ruhrgebietsstädten

Der wirtschaftliche Strukturwandel und die damit einhergehende negative Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hat - neben anderen Faktoren - auch Auswirkungen auf die Haushaltslage der Kommunen. Einige wenige Zahlen sollen die angespannte Haushaltslage der Ruhrgebietsgemeinden verdeutlichen:

1. Von 2000 bis 2003 gingen den Ruhrgebietskommunen allgemeine Finanzmittel in Höhe von 684 Mio. Euro verloren, ein Rückgang um 2,5 %; davon entfielen rund 40 % auf die Gewerbesteuer.¹⁰ Seit 2004 steigen die Gewerbesteuererinnahmen konjunkturbedingt wieder an. Allerdings wird diese positive Entwicklung gedämpft durch das weitere Anwachsen der Sozialausgaben. So haben die Ruhrgebietsstädte ihr Haushaltsdefizit im Jahr 2004 um 40,7 % auf 812 Mio. Euro senken können; im Jahr 2005 stieg der Fehlbetrag dann wieder um 14,9 % auf 932 Mio. Euro an.¹¹

2. Die Pro-Kopf-Verschuldung stieg im Ruhrgebiet zwischen 1999 und 2003 um 36,2 % auf 2.507 Euro. Zum Jahresende 2005 lag sie bereits bei 3.031 Euro. Erst jüngst musste der Bochumer Kämmerer bei der Vorlage des Haushaltplanentwurfes 2008 verkünden, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Bochum auf rund 3.000 Euro angestiegen ist.¹²

3. Von 1999 bis 2003 haben die Sozialausgaben¹³ im Ruhrgebiet um 2,3 % zugenommen; allein im Jahr 2003 betrug der Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen 10,4 %.
In Bochum haben die Ausgaben für die Soziale Sicherung von 2001 bis 2005 um 18 % zugenommen. Ihr Anteil an den Verwaltungsausgaben stieg von 26,2 % auf 28,0 Prozent.¹⁴ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass für diese Entwicklung u.a. die Verlagerung von Bundes- und Landesaufgaben auf die Kommunen verantwortlich ist.

Wie weit sich die Einführung des SGB II bei den Sozialausgaben auswirkt, lässt sich noch nicht sicher beurteilen. Allerdings hätten nach Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände die Höhe des Bundeszuschusses schon im Jahr 2006 bei 5,8 Mrd. Euro liegen müssen; tatsächlich erhielten die Kommunen 4 Mrd. Euro. "Angesichts dieser Entwicklung ist die weitere Zunahme der Nettoausgaben für Soziale Leistungen von 0,9 % im Jahr 2005 und von 6,3 % im ersten Halbjahr 2006, die auch durch andere Sozialbereiche mit verursacht wird, nicht verwunderlich. Der Sozialbereich bleibt ein expansiver Ausgabenblock, solange die Arbeitslosigkeit nicht entscheidend reduziert wird und aus Hilfeempfängern Steuerzahler werden."¹⁵

Der Innovationsbericht 2006 des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung (RWI)¹⁶ zeigt, dass der Strukturwandel im Ruhrgebiet - sicher mit bedingt durch den wirtschaftlichen Aufschwung - in letzter Zeit Früchte zu tragen scheint. Überschriften in der lokalen Presse wie: *Ruhrgebiet wird Motor für das Land*¹⁷, *Revier-Wirtschaft in Top-Verfassung*¹⁸ oder *Ruhrgebiet erlebt den Aufschwung*¹⁹ zeugen ebenfalls davon.

Dass Wirtschaftswachstum jedoch nicht zwangsläufig eine Zunahme an Beschäftigung bedeutet, wird in dem Innovationsbericht des RWI ebenfalls deutlich. So wird auch festgehalten, dass die Arbeitsmarktbilanz weiterhin negativ ist, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs rückläufig und die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte anhält.

Ein wenig Hoffnung macht der aktuelle Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern²⁰. Danach sind die Unternehmen im Ruhrgebiet bereit, wieder mehr Personal einzustellen. Auch wurden im Jahr 2006 fast 10 % mehr Lehrstellen geschaffen. Es bleibt abzuwarten, ob die vielfältigen Initiativen und Anstrengungen Früchte tragen werden, die mehr Beschäftigung, mehr Ausbildungsplätze und weniger Arbeitslose hervorbringen.

Anmerkungen:

1. www.rvr.online.de/wirtschaftsforderung/statistik
2. Regionalverband Ruhr (RVR): Struktur und Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ruhrgebiet 1980 bis 2004, Essen 2006
3. Wirtschaftsförderung der Stadt Bochum, Jahresberichte 2004, 2005, 2006, 2007
4. Quelle: Dufour, P.: Bochum 2015, Präsentation anlässlich der Führungskräfte tagung der Stadtverwaltung Bochum am 19.06.2007
5. Büro der Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum: Folien zur Integrierten Stadtentwicklung
6. www.rvr-online.de/wirtschaft/regionalentwicklung/moro.php
7. www.ziel2-nrw.de
8. www.nrw.de/Initiative_Zukunft_Ruhr
9. WAZ vom 29.06.2007
10. Regionalverband Ruhr: Kommunalfinanzbericht 2004
11. Regionalverband Ruhr: Kommunalfinanzbericht 2006
12. Stadtspiegel Bochum vom 17.11.2007
13. Saldo aus Einnahmen/ Kostenerstattungen und Ausgaben
14. Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Bochum
15. RVR: Kommunalfinanzbericht 2006
16. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung : Innovationsbericht 2006
17. WAZ vom 27.11.2006
18. WAZ vom 14.02.2007
19. Ebd.
20. 78. Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet; herausgegeben von der zu diesem Zeitpunkt federführenden IHK Bochum, Januar 2007

3. Segregation

Der Strukturwandel des Ruhrgebietes hat Gewinner, wie z.B. die neuen Dienstleister, aber auch Verlierer hervor gebracht, wie z. B. das produzierende Gewerbe. Aufgrund der veränderten Arbeitsmarktstruktur gingen Arbeitsplätze in letzterem Bereich verloren, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern auch dauerhaft. Diese und andere Entwicklungen im Ruhrgebiet, wie das Migrations- und Integrationsgeschehen, haben nicht unerheblichen Einfluss auf das Zusammenleben in den Städten des Ruhrgebietes.

Segregation in Bochum

Werden in Bochum, ähnlich wie in anderen Großstädten, Segregationsprozesse erkennbar? Was ist Segregation, und ist diese messbar? Diese und weitere Fragen wurden im Zuge der Diskussionen um die Sozialberichterstattung Bochum 2004 und 2005 häufig gestellt.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Segregation kann ganze Bücher füllen. An dieser Stelle soll der Versuch unternommen werden, das Thema Segregation unter handlungs- und planungsrelevanten Fragestellungen für Bochum aufzuarbeiten.

Was ist eigentlich Segregation?

Segregation ist nichts anderes als eine räumliche (residentielle) Abbildung sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft. Alle Bewohner einer Stadt kennen das Phänomen, dass sich soziale Gruppen unterschiedlich auf Wohnstandorte verteilen. Die Qualität des Wohnstandortes korrespondiert häufig mit dem sozialen Status der Gruppe. Es gibt sogenannte Studentenviertel, Armutsviertel sowie Ortsteile, in denen viele Migranten, ältere Menschen oder Familien leben, d. h. Segregation beschreibt die räumliche Absonderung einer Bevölkerungsgruppe nach Merkmalen wie sozialer Schicht, ethnisch-kulturellem Hintergrund, Altersstrukturen, Haushaltsformen und Lebensstilen.¹ Dies ist Realität und Normalität in vielen Großstädten.

Häufig wird Segregation als Problem dargestellt, insbesondere in den Medien und immer dann, wenn Situationen innerhalb eines Stadtviertels eskalieren. Segregation an sich wird nicht als problematisch erfahren. Wenn sie freiwillig geschieht, das heißt, wenn Personen ähnlichen Lebensstils und ähnlicher Milieus - beispielweise Künstler, junge Familien oder Migranten - ein Wohngebiet dem anderen vorziehen und dort in großer Anzahl als Mieter und Eigentümer wohnen, ist dies kein Problem. Im Gegenteil, es können sich Netzwerke und Unterstützungsstrukturen bilden. Erst wenn Segregation sich verbindet mit einer deutlichen Ungleichverteilung von Lebenschancen und gesellschaftlichen Privilegien bei den betroffenen sozialen Gruppen, wird sie zur Ausgrenzung, Ghettoisierung und Diskriminierung. Diese unfreiwillige Segregation ist nicht das Ergebnis einer Wohnstandortwahl, sondern von Zwängen, beispielsweise des Wohnungsmarktes oder des verfügbaren Einkommens.

Wie kann Segregation bewertet werden?

Segregation wird in der stadtsoziologischen Forschung unterschiedlich bewertet. Ein Ansatz sieht Segregation als ein typisch städtisches Phänomen. Segregation hat es immer gegeben und wird es wohl auch immer geben.² Segregationsprozesse in den Städten werden dabei im Wesentlichen über den Wohnungsmarkt und das verfügbare Einkommen bestimmt.

Eine andere Bewertungskomponente geht davon aus, welchen Effekt segregierte Quartiere für ihre Bewohner haben: ist es ein benachteiligender Effekt (Ausgrenzung), ist es ein emanzipierender Effekt (alternatives Milieu) oder ein beschützender und bewahrender Effekt (z.B. Ethnic-Communities)? Die Stadtsoziologen, u.a. Häußermann, gehen davon aus, dass keiner der Aspekte falsch ist, weil das Leben in segregierten Quartieren von seinen Bewohnern recht unterschiedlich bewertet werden kann.³

Eine weitere Bewertungskomponente weist auf die ethnische Segregation hin, die allerdings sehr differenziert zu betrachten ist. Dabei wird nicht deren Existenz als solche problematisiert, sondern vielmehr der Hintergrund ihrer Entstehung und die Dauer ihrer Existenz.

Zum besseren Verständnis sollen hier kurz die Vor- und Nachteile der ethnischen Segregation gegenübergestellt werden.

Vorteile:

- Ökonomische Vorzüge liegen zunächst bei materiellen Hilfsfunktionen, die die ethnische Kolonie in Form von Unterstützungsangeboten, Wohngelegenheiten oder auch Verdienstmöglichkeiten bereit hält.
- Informelle soziale Netze von Verwandten und Landsleuten sind gerade für neu Zugewanderte "überlebenswichtig".
- Die ethnische Ökonomie kann sich entfalten und durch den Aufbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur bleibt kulturelle Identität erhalten.
- Die Verständigung über gemeinsame Interessen und deren Artikulation wird erleichtert. Die ethnische Kolonie wird zur Basis für die politische Organisation von Migranteninteressen.
- Die "Binnenintegration" in die ethnische Gemeinschaft schützt vor sozialer Isolation und kann als "Integrationsschleuse" in die Aufnahmegesellschaft dienen, sofern diese aufnahmewillig und -fähig ist.

Nachteile:

- Wenn ethnische Segregation nicht funktional, sondern strukturell bedingt ist, d. h. primär als sozial unfreiwillige und auf Dauer erzwungene "Armutsegregation"

gekennzeichnet ist, dann leben im Quartier depravierte Deutsche und depravierte Ausländer zusammen, und zwar in Konkurrenz um Wohnungen, Arbeitsplätze, Sozialprestige u. ä.. Unter dieser Prämisse ist Konflikt an Stelle von Kontakt zu erwarten und Integration wird erschwert.

- Die ethnische Kolonie kann so zum Rückzug in die Ursprungskultur und zur Parallelgesellschaft führen.

Eine letzte Bewertungskomponente beschäftigt sich mit der Fragestellung, ob Segregation ein Problem darstellt und für das innerstädtische Zusammenleben gefährlich ist. In der stadtsoziologischen Forschung besteht weitestgehender Konsens, dass gerade jene neue Form von Segregation gefährlich ist, die auf Armut basiert und als Korrelation von ethnischer, sozialer und demografischer Segregation charakterisiert werden kann; d. h. in solchen Ortsteilen und Quartieren leben zugleich die meisten Ausländer, die meisten armen Deutschen und die meisten Kinder. Dieser Befund ist in der Tat brisant, denn er besagt, dass "Demografiedebatte", "Integrationsdiskurs" und "Ungleichheitsdiskurs" zusammen gehören.⁴

Nach Strohmeiers Einschätzung besteht genau in diesen Ortsteilen und Quartieren die Gefahr, dass sich ein eigenes abweichendes Werte- und Normensystem herausbildet, dass sich ethnisch Segregierte in ihre Ursprungskultur zurückziehen und dass sich Marginalisierung und Ausgrenzung auf Dauer manifestieren. Im Sinne der Demografiedebatte kommt dann erschwerend hinzu, dass offensichtlich die meisten Kinder der Stadtgesellschaft unter diesen Prämissen der sozialen Benachteiligung aufwachsen, und zwar mit allen Gefahren und negativen Konsequenzen für ihren Sozialisationsprozess, ihre Zukunftsperspektive, ihre Lebenschancen und ihre Gesundheit. Diese Aussage lässt sich für Bochum allerdings nicht bestätigen. Nur 34 % der Bochumer Kinder und Jugendlichen lebten 2006 in den neun benachteiligten Ortsteilen.

Ferner ist davon auszugehen, dass sich unter dieser Konstellation auch die negativen Konsequenzen für die materielle Dimension eines Quartiers (Deinvestitionsverhalten für Wohnungsstandards, Wohnumfeld und Infrastruktur) am ehesten konkretisieren, und zwar ebenso, wie die negativen Konsequenzen für die symbolische Ebene (Außenimage/Binnenimage).

Die mögliche Konsequenz einer Abwärtsspirale liegt hier besonders nahe. Diese Bewertungsmöglichkeit signalisiert also, dass Segregation nicht per se gefährlich ist, sondern vielmehr ihre spezifisch neue Form, die als Korrelation von ethnischer, sozialer und demografischer Segregation beschrieben werden kann.

Aus dieser letztgenannten Bewertung heraus ergibt sich die Verbindung zu dem Arbeitsschwerpunkt der Bochumer Sozialberichterstattung. In der kleinräumigen sozialstrukturellen Gebietstypologie und anhand der weiteren Indikatoren, die eine ortsteils- und quartiersbezogene "Armutsegregation" signalisieren, werden mögliche Segregationsprozesse für Bochum abbild- und beschreibbar. Sie dienen dazu, im Sinne eines "gesamstädtischen Frühwarnsystems" rechtzeitig auf negative Entwicklungen aufmerksam zu machen.

Ist Segregation messbar?

Bei der Fragestellung, ob und inwieweit Segregation eigentlich messbar ist, gibt es sicherlich einen Ansatzpunkt, den man mit dem Begriff einer "gefühlten sozialen und sozialräumlichen Ungleichheit" charakterisieren könnte; d.h. Insidern des stadträumlichen Szenarios ist aufgrund der Ortskenntnis sicherlich irgendwie bewusst, in welchen Ortsteilen und Quartieren sich soziale, ethnische und demografische Segregation entwickelt hat.

Die erforderliche Verlässlichkeit und planerische Sicherheit kann allerdings nur durch Analysen vermittelt werden, die mit empirisch messbaren Indikatoren Strukturen aufzeigen, den Grad von Segregation fixieren, zeitliche Entwicklungen verdeutlichen und interkommunale Vergleichbarkeit ermöglichen. Um Segregation messen und bewerten zu können, ist deshalb eine kleinräumige Analyse unverzichtbar, die ortsteils- und quartiersbezogenen Aufschluss über die drei Hauptindikatoren der sozialstrukturellen Segregation gibt, d. h. über den prozentualen Anteil von Leistungsempfängern nach dem SGB II, Arbeitslosen und Ausländern.

Dabei wird in der stadtsoziologischen Forschung darauf hingewiesen, dass diese kleinräumigen Daten in vielen Kommunen nicht vorliegen, schlicht und einfach deshalb, weil ihre Erhebung "schwierig und aufwändig" ist⁵.

Die Bochumer Sozialberichterstattung erfasst die genannten drei Hauptindikatoren kleinräumig, womit eine erste Messung und Bewertung des Segregationsgeschehens auf der Ortsteils- und Quartiersebene möglich wird (Gebietstypologie).

Darüber hinaus werden in der stadtsoziologischen Forschung weitere Indikatoren aufgezeigt, die ebenfalls empirisch messbar sind und sozusagen "flankierend" zu den drei Hauptindikatoren das Segregationsgeschehen qualitativ präzisieren können. Folgende Indikatoren können in diesem Sinne eine ortsteils- und quartiersbezogene "Armutsegregation" signalisieren:

- ein hoher Anteil von Alleinerziehenden
- ein hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen sowie Familien mit Kindern
- ein niedriges Bruttoeinkommen der ansässigen Familien
- eine niedrige Schulübergangsquote zum Gymnasium
- ein hohes Maß an Jugenddelinquenz (messbar an den Fällen der Jugendgerichtshilfe)
- ein hoher Anteil von "erziehungsunfähigen Familien" (messbar an den stationären Hilfen zur Erziehung)
- ein schlechter Gesundheitszustand der Kinder (ggf. messbar an Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen)
- eine hohe Bevölkerungsfuktuation (messbar an den Wanderungsbewegungen)
- eine niedrige Wahlbeteiligung.

All diese Indikatoren werden zwischenzeitlich in den Ortsteilprofilen der Bochumer Sozialberichterstattung kleinräumig dargestellt. Die vorliegenden Ergebnisse bieten

Hilfestellung, Segregationsprozesse in Bochum frühzeitig zu erkennen und darauf mit entsprechenden Maßnahmen zu reagieren.

Während die bisherigen Ausführungen deutlich gemacht haben, wie die Segregations-situation für jeden einzelnen Ortsteil gemessen und bewertet werden kann, gibt es eine weitere wichtige Fragestellung, die sich auf die Segregationssituation in der Gesamtstadt bezieht. Insbesondere Planungsverantwortliche in Politik und Verwaltung interessiert in diesem Kontext, ob und inwieweit die Segregation verschiedener Bevölkerungsgruppen in der Gesamtstadt mit einer jeweils einzigen aufschlussreichen Indexzahl gemessen und bewertet werden kann. In der stadtsoziologischen Forschung gilt auch diese Fragestellung als prinzipiell messbar (wenn auch mit erheblichen Vorbehalten), und zwar insbesondere durch den so genannten Segregationsindex. In der Fachsprache der Statistiker misst dieser die disproportionale Verteilung einer Bevölkerungs-Teilgruppe (z. B. Ausländer) über die Teilgebiete (z. B. Ortsteile) eines Gesamtgebietes (z. B. Stadt Bochum). Mit einer entsprechenden statistischen Formel werden Anteilsdifferenzen berechnet, die für das Teilgebiet als solches nicht aussagekräftig sind (!), wohl aber der hieraus aggregierte Segregationsindex für die Beurteilung der gesamtstädtischen Situation.

Liegt der so berechnete Segregationsindex beim Wert 0 %, dann würde dies bedeuten, dass die entsprechende Bevölkerungsgruppe absolut gleichmäßig über die Ortsteile der Stadt verteilt wäre (idealtypische Vorstellung der Durchmischung); liegt der Segregationsindex beim Wert 100 %, dann würde dies bedeuten, dass die entsprechende Bevölkerungsgruppe in den Ortsteilen der Stadt absolut segregiert lebt.

In der Realität bewegt sich der Wert natürlich auf dieser Skala zwischen 0 und 100 %. Berechnet man den Segregationsindex für verschiedene Bevölkerungsgruppen in Bochum, dann ergeben sich folgende Werte:

- Segregationsindex für Ausländer: 25,2 %
- Segregationsindex für SGB II-Empfänger: 21,0 %
- Segregationsindex für Arbeitslose: 13,6 %
- Segregationsindex für Haushalte mit Kindern: 8,0 %
- Segregationsindex für Alleinerziehende: 7,2 %

Auch wenn sich in der stadtsoziologischen Forschung kein einheitlicher Bewertungsmodus des Segregationsindex abzeichnet, kann davon ausgegangen werden, dass die kritische Grenze bei einem Wert von ca. 30 % anzusiedeln ist.

Der Bochumer Segregationsindex für Ausländer (25,2 %) und SGB II-Leistungsempfänger (21,0 %) signalisiert somit eine erste Tendenz zur Segregation, ohne allerdings diese kritische Grenze zu erreichen. Der Segregationsindex für Arbeitslose (13,6 %) ist für einen großstädtischen Ballungsraum als Normalität einzustufen. Bemerkenswert niedrig liegt in Bochum allerdings der Segregationsindex für Haushalte mit Kindern (8,0 %) sowie Alleinerziehende (7,2 %).

Insgesamt könnte man sich Strohmeier anschließen, der bereits auf mehreren Tagungen angemerkt hat, dass sich die Situation in Bochum sozusagen als "Mittelwert vom Mittelwert" darstellt.

Anmerkungen:

1. Vgl.: Häufele, R.: Absonderung - Prozesse sozialer und residentieller Segregation in zivilisationstheoretischer Perspektive, Regensburg 1989, S. 4 ff.
2. Vgl.: Strohmeier, K. P. , ZEFIR, eine Auswahl der Pressemeldungen zu den Aktivitäten der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung (2006): S. 13
3. Vgl. Häußermann / Seibel, Stadtsoziologie, Frankfurt 2004, S.164
4. Vgl. Strohmeier, a.a.O, S. 37
5. Vgl. Strohmeier, a.a.O. Für Bochum trifft dies nur in Teilen zu. Seit Bestehen der Stabsstelle Sozialplanung werden die vorhandenen Datensätze im Rahmen integrierter Berichterstattung und Planung regelmäßig erweitert, modifiziert oder auch neu ausgewählt. Viele der vorliegenden Daten werden als "prozessorientierte" Daten in den Fachämtern des Dezernates kleinräumig erhoben und für eine zielgerichtete Infrastrukturplanung eingesetzt.

4. Demografie

4.1 Strukturdaten Bevölkerung in Bochum

Wie bereits erwähnt, ist es durch die Einführung der Zweitwohnungssteuer im Jahr 2004 nicht mehr möglich, die demografische Entwicklung in Bochum für die Jahre 2003 - 2005 in Zeitreihen mit validen Daten zu beschreiben. Aufgrund der aktuellen Datenlage werden somit nur Aussagen zur Bevölkerung für das Jahr 2006 getroffen. Das Jahr 2006 bildet dann den Beginn einer neuen Zeitreihe für die zukünftige Berichterstattung.

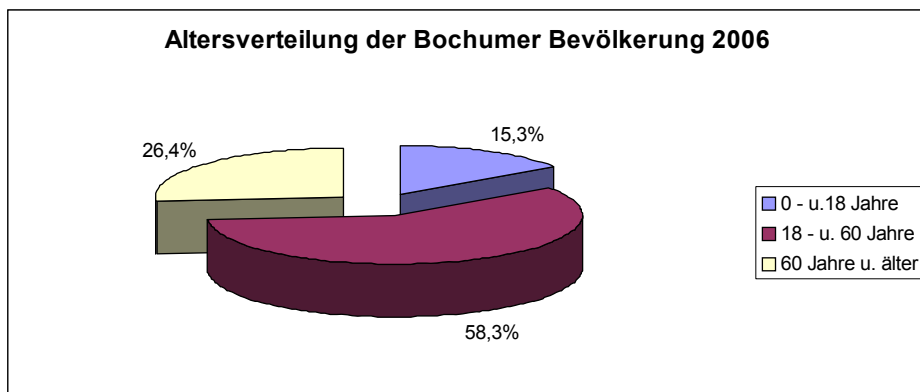
Der Tatsache, durch die Zweitwohnungssteuer keine eindeutigen Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre machen zu können, steht aber auch eine positive Erkenntnis gegenüber: das aktuelle Datenmaterial zur Bochumer Bevölkerung ist durch die Bereinigung der Einwohnerdatei valider und damit für integrierte Planung und Stadtentwicklung noch wirklichkeitsnäher geworden.

Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die wesentlichen Trends der Bevölkerungsentwicklung wie im Sozialbericht 2005 beschrieben weiterhin Bestand haben. Hier ist insbesondere die demografische Kernaussage: wir werden weniger, wir werden älter, wir werden "bunter" zu nennen. Dabei wird unter "bunter" auf der einen Seite die Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung verstanden. Darüber hinaus soll aber die Aufmerksamkeit auch auf die zunehmende Pluralisierung und Individualisierung von Lebensformen und Lebensstilen gelenkt werden.

Altersstruktur der Bochumer Bevölkerung 2006

Für integrierte Stadtentwicklungskonzepte ist es von grundlegender Bedeutung zu wissen, wie sich die Bochumer Bevölkerung strukturell zusammensetzt und in diesen strukturellen Merkmalen über das Stadtgebiet verteilt: Wie viele Kinder und Jugendliche leben z.B. in Bochum und wo wohnen sie? Wie viele ältere Menschen leben in Bochum, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund, und auch hier die Frage: wo wohnen sie?

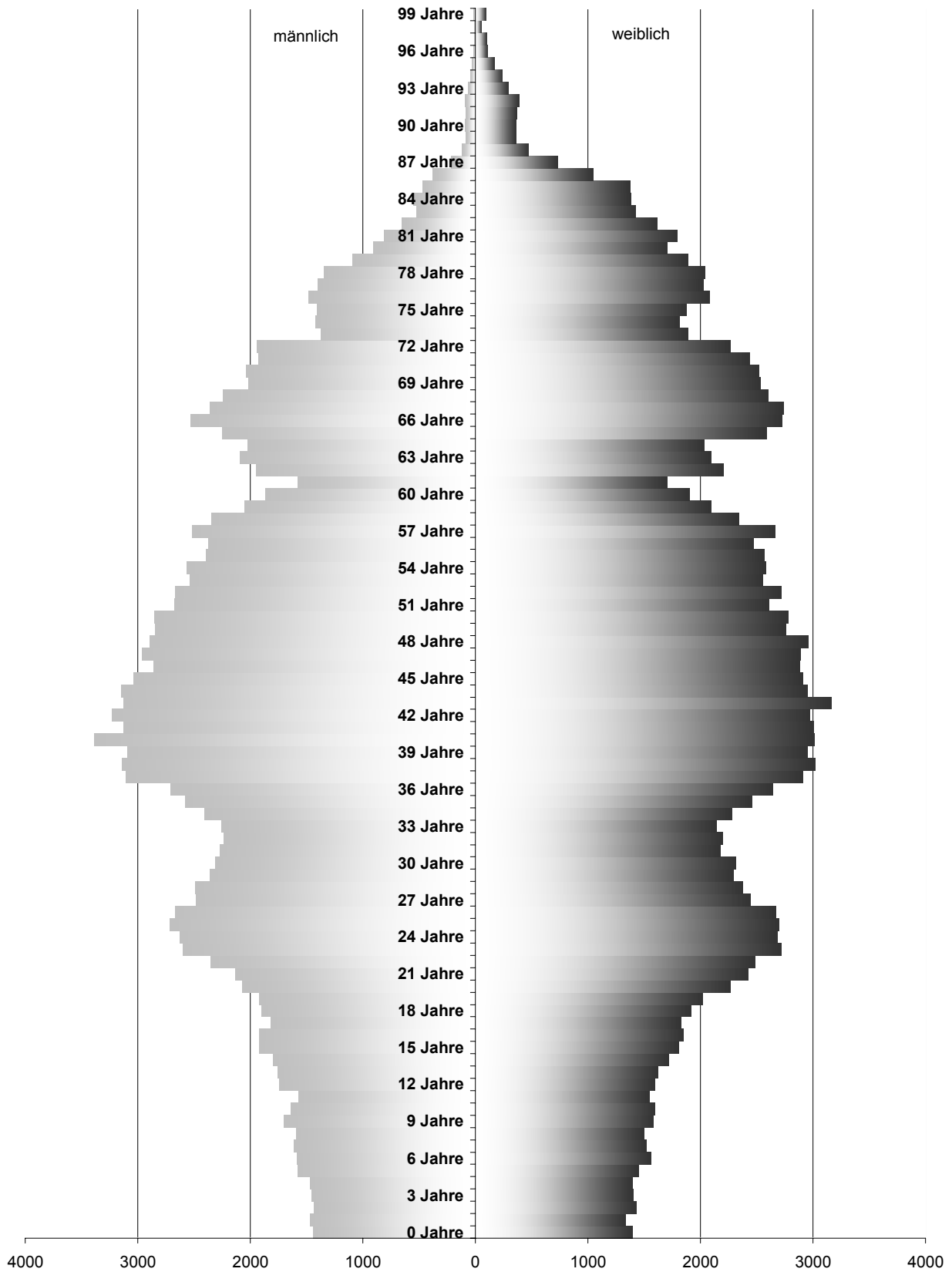
Zum 31.12.2006 zählte die Stadt Bochum 375.563 Einwohnerinnen und Einwohner. Davon waren 57.541 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis unter 18 Jahren, ein Bevölkerungsanteil von 15,3 %. Auf der anderen Seite waren 99.283 Menschen 60 Jahre und älter, was einem Bevölkerungsanteil von 26,4 % entspricht. Gut jeder Vierte in Bochum war damit 60 Jahre und älter. Diese Zahlen machen die bundesdeutsche Entwicklung der älter werdenden Gesellschaft auch für Bochum deutlich: schon heute leben weitaus mehr ältere Menschen in der Stadt als Kinder und Jugendliche. Die folgende Grafik verdeutlicht noch einmal die Altersverteilung in Bochum.



Bevölkerungspyramide

Die Bevölkerungspyramide zeigt sehr anschaulich den Altersaufbau der Bevölkerung nach Jahrgängen. Allerdings kann schon seit längerem kaum mehr von einer Pyramide gesprochen werden, da sie sich nach unten hin deutlich verjüngt und mehr und mehr zu einem "Bevölkerungspilz" entwickelt. Die folgende Grafik veranschaulicht die Verteilung der Bochumer Bevölkerung nach Jahrgängen am 31.12.2006.

Altersaufbau der Bochumer Bevölkerung 2006



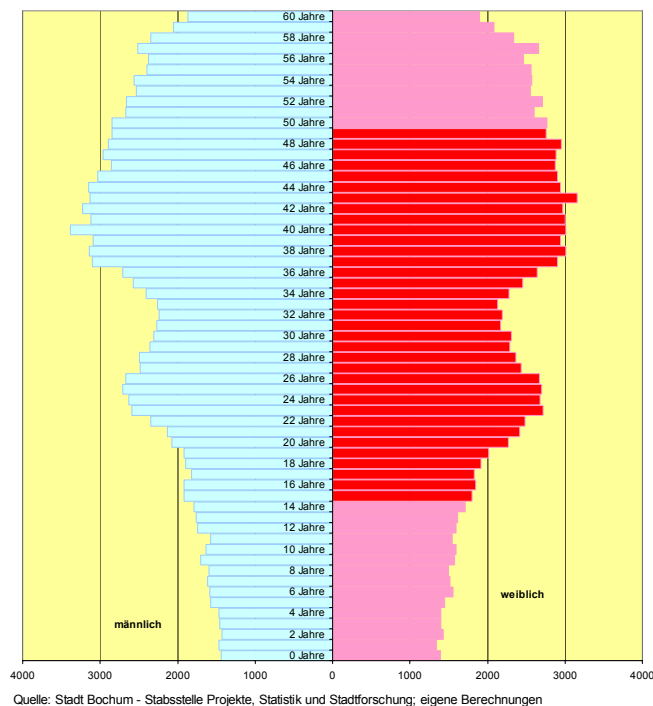
Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung

Geburtenrückgang und Alterung der Bevölkerung

Ursache für die älter werdende Gesellschaft sind im Wesentlichen die längere Lebenserwartung wie auch die anhaltend niedrige Geburtenrate. Dieser Trend wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch in den nächsten Jahrzehnten weiter fortsetzen. So weist die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2006 bis 2050 einen weiteren Geburtenrückgang sowie eine fortgesetzte Zunahme älterer Menschen aus.

Allerdings schlägt nicht nur die niedrige durchschnittliche Geburtenrate zu Buche; vielmehr wird der hierdurch bedingte Rückgang der absoluten Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter (15 - 49 Jahre) mehr und mehr ausschlaggebend. Folgender Ausschnitt aus der Bochumer Bevölkerungspyramide verdeutlicht diese Entwicklung.

Frauen im gebärfähigen Alter in Bochum 2006



Die Folge dieser Entwicklung wird noch greifbarer, wenn man sich die Bevölkerungsprognose für Bochum bis 2015/ 2020 aus dem Jahr 2005¹ anschaut. Danach wird - bei gleich bleibenden Verhältnissen - das Alterssegment der Frauen im gebärfähigen Alter bis 2015 um 14,9 % und bis 2020 sogar um fast ein Viertel zurückgehen. Im Jahr 2020 würden dann in Bochum über 20.000 Frauen im gebärfähigen Alter weniger leben als im Jahr 2005.

Mit der vielzitierten „Überalterung“ liegt Bochum nicht nur im Trend, sondern gehört - mit der Region Ruhrgebiet insgesamt - zu den Vorreitern dieser Entwicklung. Anderen Ballungsräumen ist das Ruhrgebiet in der demografischen Entwicklung um etwa 15 Jahre voraus. Bevölkerungsschrumpfung und Anstieg der Zahl der Älteren setzte hier

deutlich früher ein, und der Trend ist laut Hochrechnungen ungebrochen.² Danach werden im Jahr 2025 statt heute 5,3 Mio. nur noch 4,8 Mio. Menschen im Ruhrgebiet leben; der Anteil der 60- bis 79-Jährigen wird dann auf gut 1,2 Mio. Menschen gestiegen sein, der Anteil der über 80-Jährigen auf über 380.000. Der Bevölkerungsanteil der 60-Jährigen und älteren insgesamt betrüge dann 32,9 %.

Nicht von ungefähr gibt es Bestrebungen, das Ruhrgebiet zum „Modellfall für Ältere“ zu erklären und zu einer „der altengerechtesten Regionen der Welt“ zu machen. So jedenfalls haben es die Kommunen und Kreise im Ruhrgebiet anlässlich eines Treffens am 22.03.2007 in Gelsenkirchen vereinbart und gleichzeitig angekündigt, sich - als einzige deutsche Metropole übrigens - an dem Projekt „Altengerechte Stadt“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu beteiligen. Mit der Teilnahme an diesem Projekt wollen die Ruhrgebietskommunen zusammen mit dem Land NRW die Seniorenwirtschaft in der Region unterstützen und die Lebensqualität der älteren Bevölkerung sicherstellen.

Natürliche Bevölkerungsbilanz

Die Bevölkerungsentwicklung wird auch bestimmt von dem Verhältnis der Geburten zu den Sterbefällen. Für Bochum stellt sich die natürliche Bevölkerungsbilanz der letzten Jahre wie folgt dar:

Geburten und Sterbefälle 2001 bis 2006

Jahr	Geburten	Sterbefälle	natürliche Bevölkerungsbilanz
2001	3.107	4.519	- 1.412
2002	3.085	4.719	- 1.634
2003	2.986	4.710	- 1.724
2004	2.920	4.339	-1.419
2005	2.754	4.193	- 1.439
2006	2.880	4.444	-1.564

Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Bochum

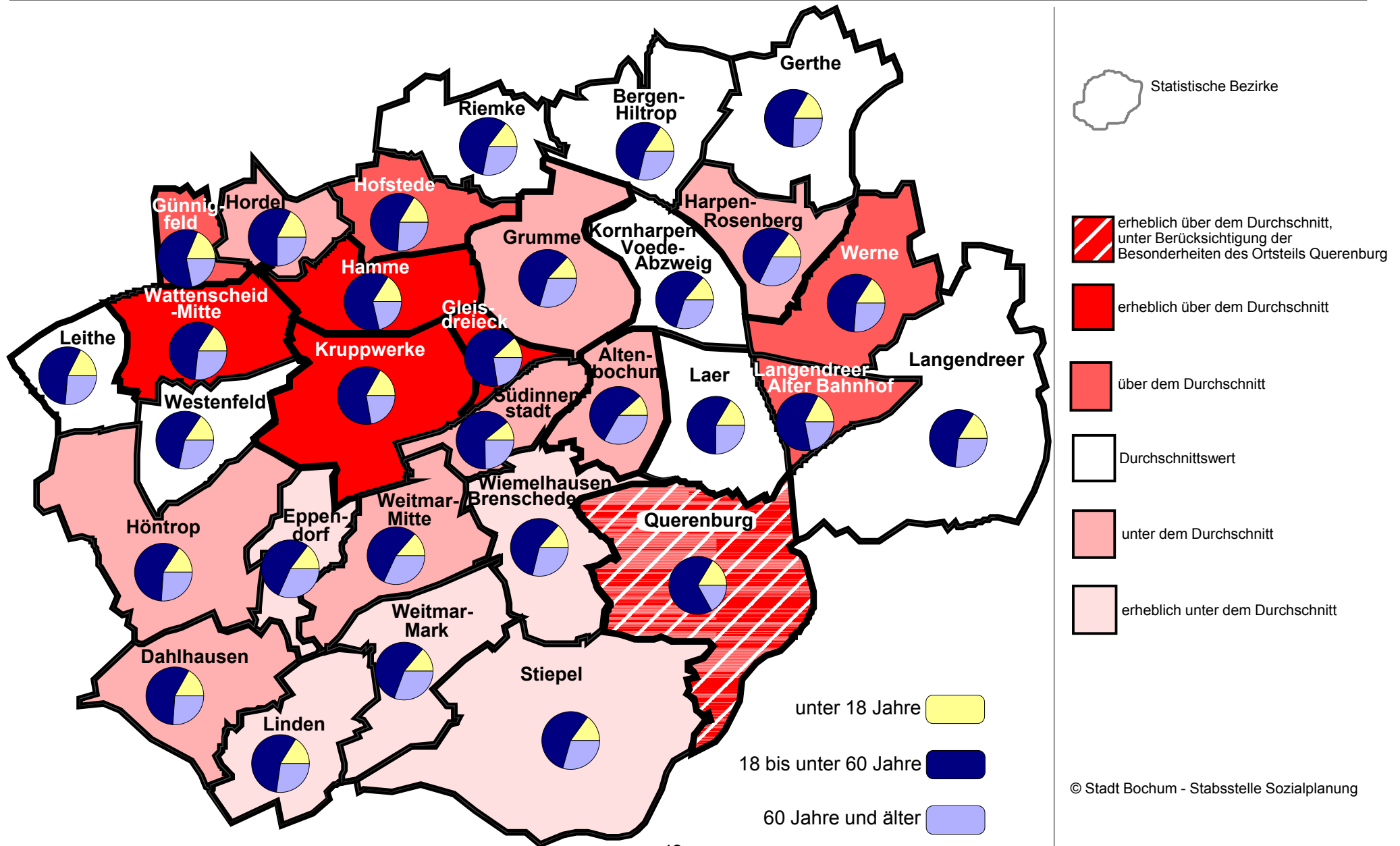
Zu- und Fortzüge

Neben der natürlichen Bevölkerungsbilanz spielt auch das Verhältnis von Zu- und Fortzügen bei der Bevölkerungsentwicklung eine Rolle. Im Jahr 2006 überstieg die Zahl der Fortzüge die Zahl der Zuzüge um 1.826. Addiert man diese Zahl zur natürlichen Bevölkerungsbilanz, so ergibt sich für das Jahr 2006 ein rechnerischer Bevölkerungsrückgang von 3.390 Personen.³

Kleinräumige Verteilung der “jüngeren” und “älteren” Bevölkerung in Bochum

In der nachfolgenden Grafik wird die kleinräumige Verteilung der “jüngeren” (0 bis unter 18 Jahren) und “älteren” Bevölkerung (60 Jahre und älter) über die Ortsteile in Bochum dargestellt. Die absoluten Zahlen zu dieser Grafik befinden sich im Anhang zu diesem Kapitel. Zur Methodik der sozialstrukturellen Differenzierung siehe Glossar: “Benachteiligte, privilegierte und unauffällige Ortsteile/Clusteranalyse”.

Sozialstrukturelle Differenzierung der Ortsteile und Altersstruktur in Bochum 2006



Bevölkerungs-Quotienten

Für die unterschiedlichen Fachplanungen ist neben der absoluten Verteilung der Bevölkerung in den Ortsteilen auch die Altersstruktur, also die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen, von Bedeutung. Hier interessiert vor allem die Frage, in welchem Verhältnis Jung und Alt zur "mittleren Generation" stehen, der sowohl die Aufgabe der gesellschaftlichen Reproduktion - Familiengründung und Kindererziehung - als auch die Versorgung der Alten zukommt, sowie die Frage nach dem Zusammenleben der Generationen in den Ortsteilen.

Der Jung-Quotient bildet die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Verhältnis zu 100 Personen der "mittleren Generation" im Alter von 18 bis 59 Jahren ab. Analog dazu stellt der Alt-Quotient die Zahl der 60-Jährigen und Älteren auf 100 Personen der "mittleren Generation" dar.

Diese Quotienten können - vor allem in Verbindung mit weiteren Zahlen und Indikatoren - möglicherweise planungsrelevante Hinweise liefern in Bezug auf Versorgungspotentiale und -bedarfe im Kinder- und Jugendbereich, aber auch für den Seniorenbereich. So kann der Alt-Quotient z.B. Anhaltspunkte liefern zum Potential an häuslichen Pflegepersonen und möglichen Bedarfen an ambulanter professioneller Altenpflege.

Der Alt-Jung-Quotient schließlich gibt die Anzahl der 60-Jährigen und älteren im Verhältnis zu 100 Kindern und Jugendlichen an. Wenn Bochum im Jahr 2006 gesamtstädtisch einen Alt-Jung-Quotienten von 173 aufweist, heißt das also, dass in der Stadt 100 Kindern und Jugendlichen 173 Menschen im Alter von 60 Jahren und älter gegenüber stehen. Dieser Indikator ist von besonderer Bedeutung hinsichtlich der Gestaltung des Zusammenlebens zwischen Jung und Alt in den Ortsteilen.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über den Jung-Quotienten, den Alt-Quotienten sowie den Alt-Jung-Quotienten.

Bevölkerungsquotienten auf Ortsteilebene 2006

Jung-Quotient		Alt-Quotient		Alt-Jung-Quotient	
24 Günnigfeld	31	38 Harpen/Rosenberg	61	13 Altenbochum	283
26 Leithe	31	13 Altenbochum	61	63 Weitmar-Mitte	231
66 Dahlhausen	30	29 Eppendorf	59	14 Südlinnenstadt	227
17 Hordel	30	63 Weitmar-Mitte	58	10 Grumme	223
49 Langendreer-Alt. Bahnhof	29	64 Weitmar-Mark	55	64 Weitmar-Mark	219
36 Bergen/Hiltrop	29	54 Stiepel	53	29 Eppendorf	214
37 Gerthe	29	39 Kornharpen/Voede-Abzweig	53	39 Kornharpen/Voede-Abzweig	213
65 Linden	29	36 Bergen/Hiltrop	52	38 Harpen/Rosenberg	213
18 Hofstede	29	10 Grumme	51	53 Wiemelhausen/Brenschede	210
38 Harpen/Rosenberg	29	27 Westenfeld	50	54 Stiepel	195
48 Langendreer	28	53 Wiemelhausen/Brenschede	50	19 Riemke	190
46 Laer	28	19 Riemke	49	11 Gleisdreieck	185
15 Kruppwerke	28	65 Linden	48	27 Westenfeld	181
25 Wattenscheid-Mitte	28	26 Leithe	47	36 Bergen/Hiltrop	177
27 Westenfeld	28	48 Langendreer	46	Bochum	173
47 Werne	28	66 Dahlhausen	46	65 Linden	167
29 Eppendorf	28	25 Wattenscheid-Mitte	46	25 Wattenscheid-Mitte	164
28 Höntrop	27	Bochum	45	48 Langendreer	164
54 Stiepel	27	47 Werne	45	28 Höntrop	162
Bochum	26	28 Höntrop	45	47 Werne	161
16 Hamme	26	18 Hofstede	44	18 Hofstede	155
19 Riemke	26	37 Gerthe	44	66 Dahlhausen	151
63 Weitmar-Mitte	25	17 Hordel	43	37 Gerthe	151
64 Weitmar-Mark	25	46 Laer	42	46 Laer	150
55 Querenburg	25	14 Südlinnenstadt	38	26 Leithe	149
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	25	24 Günnigfeld	36	17 Hordel	143
53 Wiemelhausen/Brenschede	24	49 Langendreer-Alt. Bahnhof	36	16 Hamme	131
10 Grumme	23	15 Kruppwerke	36	15 Kruppwerke	129
13 Altenbochum	21	11 Gleisdreieck	34	49 Langendreer-Alt. Bahnhof	124
11 Gleisdreieck	19	16 Hamme	34	24 Günnigfeld	116
14 Südlinnenstadt	17	55 Querenburg	25	55 Querenburg	102

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

Weiteres Zahlenmaterial mit Rahmeneckdaten zu Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen finden sich im Anhang dieses Kapitels.

Migration und Bevölkerung

Neben Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung soll auch der „bunter“ werdenden Stadtgesellschaft Aufmerksamkeit geschenkt werden. „Bunter“ bezeichnet in diesem Zusammenhang auf der einen Seite die ethnische und kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Hier ist zum einen die nicht deutsche Bevölkerung von Bedeutung. Darüber

hinaus werden auch Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit als weitere Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund betrachtet. Erstmals ist auch die Zahl der ausländischen Personen ausgewertet worden, die zum Zwecke des Studiums nach Deutschland/Bochum eingereist sind.

Zuwanderung und Abwanderung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2006 sind 4.676 Ausländerinnen und Ausländer nach Bochum zugezogen, 4.100 zogen aus Bochum fort. Dies entspricht einem positiven Wanderungssaldo von 576 Zuzügen.

Im selben Jahr kamen 34 Spätaussiedler nach Bochum. Hier zeigt sich in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang. 2003 waren noch 394 Spätaussiedler in die Stadt gekommen, 2005 nur noch 84.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Ortsteilen

Am 31.12.2006 lebten in Bochum 33.146 Menschen ohne deutschen Pass; dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 8,8 %. Addiert man die Zahl der Deutschen mit zweiter Staatsangehörigkeit hinzu, ergibt sich ein Bevölkerungsanteil von 14,4 %, d.h. etwa jeder Siebte in Bochum hat einen Migrationshintergrund. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund gesamtstädtisch und auf Ortsteilebene.

Personen mit Migrationshintergrund in den Bochumer Ortsteilen 2006

statistischer Bezirk/Ortsteil Stadtbezirk		Deutsche mit 2. Staats- angehörigkeit *	Ausländer	Migranten ¹⁾	Anteil Migranten an Bevölkerung
10	Grumme	479	815	1.294	9,8
11	Gleisdreieck	648	1.644	2.292	27,1
13	Altenbochum	656	634	1.290	10,5
14	Südinne Stadt	741	1.382	2.123	12,9
15	Kruppwerke	1.028	3.060	4.088	27,2
16	Hamme	967	2.355	3.322	21,7
17	Hordel	99	220	319	9,6
18	Hofstede	551	1.074	1.625	15,8
19	Riemke	443	637	1.080	14,1
1	Mitte	5.612	11.821	17.433	17,1
24	Günnigfeld	161	460	621	10,7
25	Wattenscheid-Mitte	1.120	2.539	3.659	16,5
26	Leithe	300	679	979	12,8
27	Westenfeld	725	708	1.433	13,2
28	Höntrop	1.210	798	2.008	11,2
29	Eppendorf	237	263	500	5,1
2	Wattenscheid	3.753	5.447	9.200	12,4
36	Bergen/Hiltrop	595	668	1.263	11,8
37	Gerthe	435	618	1.053	11,3
38	Harpen/Rosenberg	642	429	1.071	11,9
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	417	519	936	12,0
3	Nord	2.089	2.234	4.323	11,7
46	Laer	648	612	1.260	20,0
47	Werne	999	1.386	2.385	15,5
48	Langendreer	1.832	1.745	3.577	13,6
49	Langendreer-Alter Bahnhof	372	787	1.159	16,8
4	Ost	3.851	4.530	8.381	15,3
53	Wiemelhausen/Brenschede	862	1.048	1.910	10,2
54	Stiepel	189	259	448	3,9
55	Querenburg	2.902	4.808	7.710	36,8
5	Süd	3.953	6.115	10.068	19,7
63	Weitmar-Mitte	582	1.096	1.678	10,8
64	Weitmar-Mark	308	358	666	5,2
65	Linden	426	660	1.086	7,4
66	Dahlhausen	543	885	1.428	10,7
6	Südwest	1.859	2.999	4.858	8,6
Bochum insgesamt		21.121	33.146	54.267	14,4

* darunter 4 Einwohner ohne Zuordnung

¹⁾ Ausländer und Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Mit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes im Jahr 2000 erhalten neugeborene Kinder ausländischer Eltern in der Regel die deutsche Staatsangehörigkeit und die der Eltern bzw. eines Elternteils als zweite Staatsangehörigkeit. Damit gelten sie als deutsche Staatsbürger, und zwar solange, wie sie sich als Jugendliche bzw. junge Erwachsene bis zum 23. Lebensjahr nicht anders entscheiden. Dies führt dazu, dass die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen in der nicht deutschen Bevölkerung allein schon durch diese Änderung des Rechtsstatus abnimmt. Ein direkter Vergleich der Altersstruktur zwischen der deutschen und nicht deutschen Bevölkerung in diesem Alterssegment wird immer weniger aussagekräftig. Dieses gilt im Übrigen auch für den Alt-Jung-Quotienten. Auch er wird durch diese Entwicklung beeinflusst. Von daher wird für einen solchen Vergleich die Summe aus nicht deutscher Bevölkerung und deutscher Bevölkerung mit zweiter Staatsangehörigkeit heran gezogen.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen diesen Vergleich. Die erste Tabelle belegt eindrücklich, dass die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund deutlich "jünger" ist als die Gruppe der Deutschen ohne zweite Staatsangehörigkeit. Sowohl der Anteil der Kinder und Jugendlichen als auch der Bevölkerungsanteil der 18- bis unter 60-Jährigen ist höher als in der Vergleichsgruppe der Deutschen ohne zweite Staatsangehörigkeit. Bei den 60-Jährigen und älteren ist das Verhältnis umgekehrt; hier sind gerade einmal 10,6 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 60 Jahre und älter, während ihr Anteil bei den Deutschen ohne 2. Staatsangehörigkeit mit 29,1 % fast dreimal so groß ist.

Noch deutlicher wird dies beim Alt-Jung-Quotienten in der zweiten Tabelle. Kommen in der deutschen Bevölkerung ohne zweite Staatsangehörigkeit auf 100 Jugendliche 197 60-Jährige und ältere, so sind es bei den Migranten gerade einmal 57 Ältere auf 100 Kinder und Jugendliche.

Bevölkerungsanteile von Deutschen ohne 2. Staatsangehörigkeit und Migranten nach Alter in den Bochumer Ortsteilen

Statistischer Bezirk/Ortsteil		0 bis unter 18 Jahre		18 bis unter 60 Jahre		60 Jahre und älter	
		D ¹⁾	M ²⁾	D ¹⁾	M ²⁾	D ¹⁾	M ²⁾
10	Grumme	13,0	15,2	55,7	73,6	31,4	11,1
11	Gleisdreieck	10,0	17,9	62,8	72,4	27,2	9,7
13	Altenbochum	11,7	12,0	53,1	70,6	35,2	17,4
14	Südinnenstadt	10,5	13,4	62,6	76,6	26,9	10,0
15	Kruppwerke	15,1	22,3	59,1	65,9	25,8	11,8
16	Hamme	14,5	22,3	60,7	69,1	24,8	8,5
17	Hordel	16,2	28,2	57,5	61,1	26,3	11,0
18	Hofstede	15,1	24,8	55,9	67,4	29,0	7,8
19	Riemke	13,7	21,2	55,2	69,6	31,1	9,2
24	Günnigfeld	18,2	23,3	58,8	65,5	23,0	11,1
25	Wattenscheid-Mitte	14,9	21,8	55,5	67,6	29,5	10,6
26	Leithe	17,0	21,8	54,6	67,1	28,5	11,1
27	Westenfeld	14,9	20,7	53,7	71,5	31,4	7,7
28	Höntrop	15,6	18,8	56,3	72,1	28,0	9,1
29	Eppendorf	14,9	13,4	52,3	77,4	32,8	9,2
36	Bergen/Hiltrop	15,7	19,4	53,5	69,0	30,8	11,6
37	Gerthe	16,7	16,7	56,1	72,8	27,2	10,4
38	Harpen/Rosenberg	15,2	14,0	50,7	69,1	34,1	16,9
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	14,1	12,7	53,8	74,8	32,0	12,5
46	Laer	16,2	17,9	55,6	70,9	28,2	11,3
47	Werne	15,5	19,5	56,1	68,6	28,4	11,9
48	Langendreer	16,1	16,7	55,3	70,1	28,6	13,1
49	Langendreer-Alter Bahnhof	16,9	21,8	59,5	64,7	23,6	13,5
53	Wiemelhausen/Brenschede	14,0	10,1	55,1	80,6	30,9	9,4
54	Stiepel	15,2	12,5	54,7	76,3	30,1	11,2
55	Querenburg	16,2	17,1	61,3	75,7	22,5	7,2
63	Weitmar-Mitte	13,0	19,5	53,0	68,2	34,0	12,3
64	Weitmar-Mark	14,0	11,9	54,5	74,9	31,5	13,2
65	Linden	16,4	14,9	55,3	71,6	28,3	13,4
66	Dahlhausen	16,6	22,2	55,7	65,3	27,7	12,5
Bochum insgesamt		14,8	18,4	56,1	71,0	29,1	10,6

¹⁾ Deutsche ohne 2. Staatsangehörigkeit

²⁾ Ausländer und Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit

Quelle: Stadt Bochum, Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

**Alt-Jung-Quotient
bei Deutschen ohne 2. Staatsangehörigkeit und Migranten**

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Alt-Jung-Quotient	
		Deutsche ¹⁾	Migranten ²⁾
10	Grumme	242	73
11	Gleisdreieck	272	54
13	Altenbochum	300	145
14	Südinnenstadt	255	75
15	Kruppwerke	170	53
16	Hamme	171	38
17	Hordel	162	39
18	Hofstede	193	31
19	Riemke	227	43
24	Günnigfeld	126	48
25	Wattenscheid-Mitte	198	48
26	Leithe	168	51
27	Westenfeld	212	37
28	Höntrop	180	49
29	Eppendorf	221	69
36	Bergen/Hiltrop	197	60
37	Gerthe	162	63
38	Harpen/Rosenberg	224	121
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	227	98
46	Laer	174	63
47	Werne	184	61
48	Langendreer	178	78
49	Langendreer-Alter Bahnhof	140	62
53	Wiemelhausen/Brenschede	220	93
54	Stiepel	199	89
55	Querenburg	139	42
63	Weitmar-Mitte	262	63
64	Weitmar-Mark	224	111
65	Linden	173	90
66	Dahlhausen	166	56
Bochum insgesamt		197	57

¹⁾ Deutsche ohne 2. Staatsangehörigkeit

²⁾ Ausländer und Deutsche mit 2. Staatsangehörigkeit

Quelle: Stadt Bochum, Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen; Stand: 31.12.2006, sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

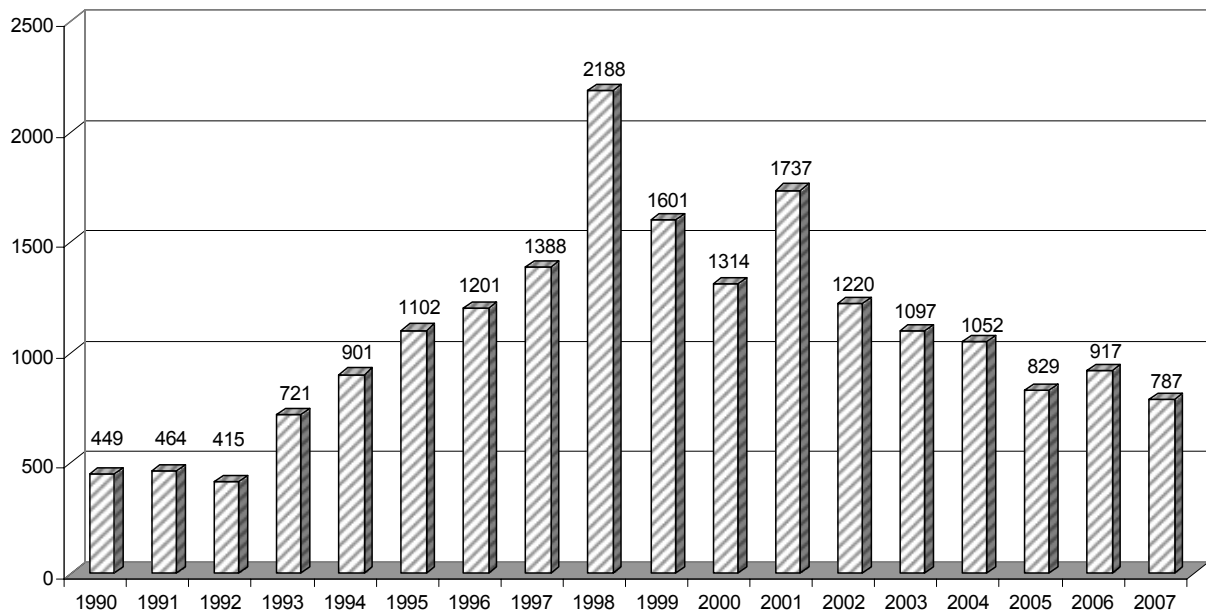
Exkurs: Ausländische Studenten in Bochum Querenburg

Im Sozialbericht 2005 wurde hinsichtlich des Ausländeranteils im Ortsteil Querenburg und in Bezug auf die Sozialstruktur der ausländischen Bevölkerung die Vermutung angestellt, dass in Querenburg durch die direkte Nähe zur Universität auch ein hoher Anteil ausländischer Studenten wohnen dürfte. Aus der amtlichen Einwohnerdatei konnte nun erstmals die Verteilung jener ausländischen Studenten ausgewertet werden, die zum Zwecke des Studiums nach Deutschland/ Bochum eingereist sind und am 31.12.2006 in Bochum wohnten. Von diesen 2.172 Personen waren tatsächlich zwei Drittel (1.427 Personen) in Querenburg gemeldet.

Einbürgerungen

Ein weiteres Merkmal der Bevölkerungsentwicklung unter dem Gesichtspunkt Migrationsgeschehen stellt die Zahl der Einbürgerungen dar. Im Jahr 2006 wurden in Bochum 917 Personen ausländischer Herkunft eingebürgert. Erstmals seit 2001 war damit wieder eine Zunahme zum Vorjahr (+ 10,6 %) zu verzeichnen. Dies entsprach dem Trend auf Bundesebene (+ 6,5 %) und auf Landesebene (+ 4,7 %). Im Jahr 2007 ging die Zahl der Einbürgerungen wieder auf 787 zurück. Insgesamt wurden seit 1990 in Bochum 19.383 Personen eingebürgert. Das folgende Diagramm zeigt diese Entwicklung.

Zahl der Einbürgerungen in Bochum 1990 bis 2007



Quelle: Stadt Bochum - Einwohneramt

4.2 Veränderung der Lebensformen und Lebensstile

Ein zweiter Gesichtspunkt der "bunter" werdenden Gesellschaft ist die Veränderung der Lebensformen und Lebensstile. Sie beziehen sich zum einen auf die Entwicklung der familialen Lebensform. Zum anderen haben sich - vor allem seit der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg - eine Vielfalt unterschiedlicher Lebensstile entwickelt und ausdifferenziert. Diese Entwicklungen stellen z.T. neue Anforderungen an das gesellschaftliche Leben dar, nicht zuletzt in Bezug auf unterschiedlichste Wohnvorstellungen und Wohnwünsche⁴, Bildung und Erziehung. Im Folgenden sollen kurz die wesentlichen Veränderungen bei den Lebensformen und Lebensstilen skizziert werden⁵.

Veränderung der Lebensformen

Bis weit in die 1960er Jahre hinein war die "traditionelle Normalfamilie" - Ehepaar mit Kindern - eine kulturelle Selbstverständlichkeit und damit der Normalfall. Man heiratete früh, die Ehe war der Regelfall. 95 % der Bevölkerung hatten wenigstens einmal im Leben geheiratet, die Scheidungsrate war niedrig. Andere Lebensformen waren im Vergleich zur Normalfamilie selten.

Mittlerweile ist die Ehe nicht mehr ausschließliche Voraussetzung für Familie. Auch die Lebensform "Alleinerziehende(r)" ist nicht mehr nur eine zwangsläufige Folge von Verwitwung, sondern mehr und mehr durch die zunehmende Scheidungsrate einerseits und die freiwillige Entscheidung, Kinder allein zu erziehen andererseits, bedingt.

Als wesentliche Kennzahlen für diese Veränderungen können Eheschließungen und Scheidungen sowie die Zahl der Alleinerziehenden dienen. Folgende Zahlen verdeutlichen die Entwicklung.

Eheschließungen und Scheidungen

1950 kamen auf 1000 Einwohner in Deutschland 11 Eheschließungen. Im Jahr 2000 waren es mit 5,1 Eheschließungen nicht mal mehr halb so viele. In Bochum kamen im Jahr 2000 auf 1000 Einwohner 7,5 Eheschließungen. 2006 waren es nur noch 6,6 Eheschließungen.

Entsprechend änderte sich auch die Verheiratetenquote. 1960 waren beispielsweise in der Altersgruppe der 30- bis 45-Jährigen von den Männern 85,7 % verheiratet, von den Frauen 84,7 % (bezogen auf Westdeutschland). 1995 war der Anteil in Gesamtdeutschland bei den Männern auf 65,9 % und bei den Frauen auf 74,4 % gesunken.

Einen weiteren Indikator der Familien- und Gesellschaftsstruktur stellt das Verhältnis von Scheidungen zu Eheschließungen dar. Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung in Bochum und NRW in den Jahren 2000 bis 2006.

Eheschließungen und Scheidungen in Bochum 2000 bis 2006

Eheschließungen	Scheidungen	Quotient ¹⁾	Quotient ¹⁾ NRW	Jahr
2.975	1.044	35	46	2000
2.764	1.081	39	52	2001
2.756	1.088	39	53	2002
2.726	1.231	45	58	2003
2.570	1.109	43	58	2004
2.423	1.021	42	55	2005
2.497	960	38	56	2006

¹⁾ Zahl der Scheidungen auf 100 Eheschließungen

Quelle: Stadt Bochum, Statistische Jahrbücher; LDS NRW; eigene Berechnungen

Für Bochum lässt sich bei der Betrachtung der Scheidungszahlen kein auffälliger Trend beobachten. Die Zahl der Scheidungen stieg von 1.044 im Jahr 2000 auf 1.231 im Jahr 2003 und sank dann wieder bis zum Jahr 2006 auf 960.

Alleinerziehende

Ein weiteres Merkmal der Veränderung der familialen Lebensform stellt die Zahl der Alleinerziehenden dar. 1976 waren in Deutschland 9% aller Familien mit minderjährigen Kindern Alleinerziehende, 1985 waren es 12,8 %. Dieser Anteil entsprach 941.000 Alleinerziehenden - mit 1,26 Mio. Kindern. Bis 1995 hatte sich die Zahl der Alleinerziehenden mit 1,77 Mio. fast verdoppelt; ebenso hatte sich die Zahl der Kinder Alleinerziehender mit 2,5 Mio verdoppelt.

Auch wenn sich die traditionelle Familie verändert und neue Formen findet, wie z.B. die Patchwork-Familie, in der sich zwei verschiedene Familienteile zusammenfinden, scheint ihr "Wert" doch unbestritten. So belegt das Generationen-Barometer 2006, eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, dass für 75 % der darin befragten Personen die Familie wichtig ist.

Nicht-familiale Lebensformen

Mit der Veränderung und dem Rückgang der Familie gehen auch Veränderungen in den nicht-familialen Lebensformen einher. Indikatoren hierfür sind die Zunahme des Alleinlebens, die Zunahme der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften und der Anstieg der Kinderlosigkeit. Auch hier können einige wenige Zahlen die Entwicklung deutlich machen.

Entwicklung des Alleinlebens

1950 betrug der Anteil der Einpersonenhaushalte knapp 20 %. 1979 betrug er schon 30 % und liegt seitdem bei etwa 35 % in den neuen Bundesländern und 30 % in den alten Bundesländern; rund jeder dritte Haushalt in Deutschland ist ein Single-Haushalt. Single-Haushalte können jedoch nicht automatisch mit Alleinlebenden gleichgesetzt werden, da sich hinter diesen Haushalten eine Vielzahl biographischer Phasen verbergen kann; so kann es sich z.B. um ledige Personen, Geschiedene, Verwitwete - und hier insbesondere ältere Frauen -, verheiratet Getrenntlebende oder auch nicht-eheliche Partner in getrennten Wohnungen handeln. Dennoch bestätigen diese Zahlen die deutliche Zunahme von Alleinwohnenden.

Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften

Nach Angaben des Vierten Familienberichtes der Bundesregierung nimmt die Zahl der nicht-ehelichen Gemeinschaften kontinuierlich zu.⁶ Von dieser Entwicklung sind auch Kinder betroffen. So waren 1995 in Deutschland 27,3 % aller Familien mit Kindern nicht-eheliche Familien. Der WAZ vom 10.04.2007 war zu entnehmen, dass in Nordrhein-Westfalen fast jedes vierte Neugeborene aus einer Beziehung ohne Trauschein stammt. Der Anteil von Neugeborenen aus einer nicht-ehelichen Verbindung stieg in NRW in den letzten Jahren von 11,7 % auf 22,7 %.

Eine ähnliche Größenordnung lässt sich auch für Bochum feststellen; hier stammten im Jahr 2005 etwa 24 % aller Neugeborenen aus einer nicht-ehelichen Beziehung.

Anstieg der Kinderlosigkeit

Im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel wird in jüngerer Zeit immer wieder auf die niedrige Geburtenrate und zunehmende Kinderlosigkeit hingewiesen. Unterschiedlichste Gründe werden hierfür angeführt, allen voran die - plakativ formulierte - Entscheidung für Beruf und Karriere und gegen Kinder. Oftmals dürfte sich Kinderlosigkeit aber eher als Folge wiederholter Verschiebung der Familiengründung aufgrund der Vereinbarkeitsprobleme von Beruf und Familie darstellen und weniger als eine prinzipielle Entscheidung gegen Kinder.

Galt (eheliche) Kinderlosigkeit bis vor wenigen Jahrzehnten noch als medizinisch bedingtes Problem, stellt sie mittlerweile eine durchaus gängige Lebensform dar. Diese Entwicklung vollzieht sich im Generationenverlauf. Vom Jahrgang 1940 sind 10,6 % der Frauen kinderlos geblieben. Von den 1950 Geborenen waren es 15,8 % und vom Jahrgang 1960 waren es sogar 26,0 %.

Veränderung der Lebensstile

Die Veränderung der Lebensstile hat sich seit dem zweiten Weltkrieg - bedingt durch zunehmenden technischen Fortschritt und Wohlstand - erheblich beschleunigt. Durch die Veränderung wirtschaftlicher und kultureller Rahmenbedingungen ergeben sich für die Lebensgestaltung des Einzelnen größere Wahlmöglichkeiten; dies führt zu einer Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile.

Unterschiedliche Lebensstile stellen - ähnlich wie unterschiedliche Lebensformen auch - entsprechend unterschiedliche Anforderungen, z. B. an die soziale Sicherung, an Formen der Betreuung, aber auch an das Wohnen, insbesondere auch an den Wohnstandort. Schneider und Spellerberg haben in ihrer Untersuchung aufgrund von Befragungen neun Lebensstilgruppen bestimmt⁷ und festgestellt, dass bestimmte Stadtgebiete entsprechende Lebensstilgruppen anziehen, die ihrerseits das Gesicht des Stadtteils prägen. Lebensstile haben somit auch eine sozialräumliche Komponente, die für stadtentwicklungspolitische Entscheidungen von Bedeutung ist.

Eine spezifische und nicht unproblematische Folge solcher sozialräumlicher Auswirkungen stellt die Gentrifizierung⁸ dar. Diese bezeichnet einen Prozess, bei dem innerstädtische Wohnquartiere durch den Zuzug von sozial Bessergestellten und die damit einhergehende Verdrängung der sozialstrukturell schwächeren Schichten aufgewertet werden, indem sich in der Folge die lokale Infrastruktur wandelt, neue Gewerbe nachziehen, Wohnungen saniert und Mieten erhöht werden.

Ein solcher Quartierwandel kann auch als Konflikt verschiedener Lebensstilgruppen interpretiert werden. Die "neuen" Quartierbewohner sind in ihrem Aktionsradius auf das gesamte Stadtgebiet orientiert, während die alteingesessenen Bewohner aus soziokulturellen und ökonomischen Gründen auf eine funktionierende Nachbarschaft angewiesen sind. In der Folge der Verdrängung der sozialstrukturell benachteiligten Bevölkerung kann dann auch eine zunehmende räumliche Segregation der Stadtbevölkerung voran getrieben werden.

Stadtumbauprogramme, wie z. B. Stadtumbau West, sollten daher nicht nur die Analyse und Umsetzung von städtebaulichen und wirtschaftlichen Maßnahmen berücksichtigen. Von Bedeutung sind auch Strukturanalysen zur sozialen Lage der Bevölkerung und die Erstellung entsprechender Evaluationskonzepte, die innerstädtische Verschiebungen sichtbar machen. Der Sozialbericht ist eine Komponente für solche Analysen.

Anmerkungen:

1. Eine neuere Bevölkerungsprognose lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung nicht vor.
2. Zuwanderung, wie häufig in Bevölkerungsprognosen transportiert, soll diese Entwicklung des Bevölkerungsschwundes und der Alterung kompensieren bzw. bremsen. Die Bundesstatistiker gehen immer noch von einem positiven Wanderungssaldo von 200.000 Zuwanderern jährlich aus. Tatsächlich standen im Jahr 2006 insgesamt 662.000 Zuzügen 639.000 Fortzüge gegenüber, das Wanderungssaldo betrug damit nur noch 23.000 Personen. Damit setzte sich die seit 2001 anhaltende Tendenz einer sinkenden Zuwanderung fort. (Frankfurter Rundschau v. 28.06.2007)
3. Das negative Wanderungssaldo könnte möglicherweise - bedingt durch die Zahl der Abmeldungen von Zweitwohnungen aufgrund der Einführung der Zweitwohnungssteuer - nach Einschätzung der Stabsstelle Projekte - Statistik und Stadtforschung immer noch etwas erhöht sein.
4. Eine informative und sehr anschauliche Vorstellung hierzu findet sich in dem Essay von Stefan Hradil: Gibt's das nur in der "Lindenstraße"? - Das Wohnen der neuen Lebensformen und Lebensstile; in: Politische Ökologie 71, 19. Jg., August 2001
5. Quelle: www.schader-stiftung.de
6. 4. Familienbericht der Bundesregierung: "Die Situation der älteren Menschen in der Familie", 1986. Danach betrug 1972 die Zahl der nicht-ehelichen Gemeinschaften im früheren Bundesgebiet 136.000; 1982 waren es schon 515.000, 1990 lag die Zahl mit 963.000 fast an der Millionengrenze. 1990 waren es - im gesamten Bundesgebiet - 1,393 Mio. und 1995 schon 1,741 Mio. nicht-eheliche Gemeinschaften.
7. Es kann im Rahmen dieses Textes nicht näher darauf eingegangen werden. Vgl. hierzu Schneider, Nicole / Spellerberg, Anette: Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen 1999
8. Siehe hierzu auch: Glossar "Gentrifizierung"

**Anhang
zu
Kapitel 4 - Demografie**

**Rahmeneckdaten zu Kindern und Jugendlichen sowie Senioren
in den Bochumer Ortsteilen 2006**

Anzahl und Anteile Minderjähriger in Bochum

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einwohner insgesamt	Einwohner 0 - unter 18 Jahre	Anteil Minderjähriger an allen Einwohnern %
10 Grumme	13.193	1.741	13,2
11 Gleisdreieck	8.447	1.026	12,1
13 Altenbochum	12.280	1.444	11,8
14 Südinnenstadt	16.491	1.797	10,9
15 Kruppwerke	15.022	2.562	17,1
16 Hamme	15.284	2.477	16,2
17 Hordel	3.335	579	17,4
18 Hofstede	10.317	1.712	16,6
19 Riemke	7.635	1.127	14,8
1 Mitte	102.004	14.465	14,2
24 Günnigfeld	5.779	1.083	18,7
25 Wattenscheid-Mitte	22.153	3.560	16,1
26 Leithe	7.639	1.343	17,6
27 Westenfeld	10.886	1.701	15,6
28 Höntrop	17.991	2.873	16,0
29 Eppendorf	9.878	1.460	14,8
2 Wattenscheid	74.326	12.020	16,2
36 Bergen/Hiltrop	10.738	1.728	16,1
37 Gerthe	9.292	1.554	16,7
38 Harpen/Rosenberg	9.013	1.359	15,1
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	7.813	1.090	14,0
3 Nord	36.856	5.731	15,5
46 Laer	6.294	1.040	16,5
47 Werne	15.400	2.478	16,1
48 Langendreer	26.317	4.252	16,2
49 Langendreer-Alter Bahnhof	6.892	1.220	17,7
4 Ost	54.903	8.990	16,4
53 Wiemelhausen/Brenschede	18.700	2.550	13,6
54 Stiepel	11.437	1.724	15,1
55 Querenburg	20.944	3.461	16,5
5 Süd	51.081	7.735	15,1
63 Weitmar-Mitte	15.557	2.133	13,7
64 Weitmar-Mark	12.747	1.772	13,9
65 Linden	14.718	2.393	16,3
66 Dahlhausen	13.371	2.302	17,2
6 Südwest	56.393	8.600	15,3
Bochum insgesamt	375.563	57.541	15,3

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

Anzahl und Anteile Minderjähriger in Bochum nach Geschlecht

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einwohner 0 - unter 18 Jahre weiblich	Anteil weiblicher Minderjähriger an allen Minderjährigen %	Einwohner 0 - unter 18 Jahre männlich	Anteil männlicher Minderjähriger an allen Minderjährigen %	Einwohner 0 - unter 18 Jahre insgesamt
10 Grumme	875	50,3	866	49,7	1.741
11 Gleisdreieck	522	50,9	504	49,1	1.026
13 Altenbochum	716	49,6	728	50,4	1.444
14 SüdinneStadt	904	50,3	893	49,7	1.797
15 Kruppwerke	1.242	48,5	1.320	51,5	2.562
16 Hamme	1.229	49,6	1.248	50,4	2.477
17 Hordel	286	49,4	293	50,6	579
18 Hofstede	856	50,0	856	50,0	1.712
19 Riemke	533	47,3	594	52,7	1.127
1 Mitte	7.163	49,5	7.302	50,5	14.465
24 Günnigfeld	573	52,9	510	47,1	1.083
25 Wattenscheid-Mitte	1.748	49,1	1.812	50,9	3.560
26 Leithe	634	47,2	709	52,8	1.343
27 Westenfeld	795	46,7	906	53,3	1.701
28 Höntrop	1.387	48,3	1.486	51,7	2.873
29 Eppendorf	718	49,2	742	50,8	1.460
2 Wattenscheid	5.855	48,7	6.165	51,3	12.020
36 Bergen/Hiltrop	819	47,4	909	52,6	1.728
37 Gerthe	775	49,9	779	50,1	1.554
38 Harpen/Rosenberg	675	49,7	684	50,3	1.359
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	537	49,3	553	50,7	1.090
3 Nord	2.806	49,0	2.925	51,0	5.731
46 Laer	506	48,7	534	51,3	1.040
47 Werne	1.188	47,9	1.290	52,1	2.478
48 Langendreer	2.072	48,7	2.180	51,3	4.252
49 Langendreer-Alter Bahnhof	583	47,8	637	52,2	1.220
4 Ost	4.349	48,4	4.641	51,6	8.990
53 Wiemelhausen/Brenschede	1.197	46,9	1.353	53,1	2.550
54 Stiepel	880	51,0	844	49,0	1.724
55 Querenburg	1.688	48,8	1.773	51,2	3.461
5 Süd	3.765	48,7	3.970	51,3	7.735
63 Weitmar-Mitte	999	46,8	1.134	53,2	2.133
64 Weitmar-Mark	863	48,7	909	51,3	1.772
65 Linden	1.181	49,4	1.212	50,6	2.393
66 Dahlhausen	1.084	47,1	1.218	52,9	2.302
6 Südwest	4.127	48,0	4.473	52,0	8.600
Bochum insgesamt	28.065	48,8	29.476	51,2	57.541

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

Anzahl und Anteile Minderjähriger in Bochum nach Staatsangehörigkeit

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einwohner 0 - unter 18 Jahre deutsch	Anteil deutscher Minderjähriger an allen Minderjährigen %	Einwohner 0 - unter 18 Jahre nicht-deutsch	Anteil nicht-deutscher Minderjähriger an allen Minderjährigen %	Einwohner 0 - unter 18 Jahre insgesamt
10 Grumme	1.639	94,1	102	5,9	1.741
11 Gleisdreieck	774	75,4	252	24,6	1.026
13 Altenbochum	1.375	95,2	69	4,8	1.444
14 SüdinneStadt	1.638	91,2	159	8,8	1.797
15 Kruppwerke	2.014	78,6	548	21,4	2.562
16 Hamme	1.997	80,6	480	19,4	2.477
17 Hordel	521	90,0	58	10,0	579
18 Hofstede	1.469	85,8	243	14,2	1.712
19 Riemke	1.009	89,5	118	10,5	1.127
1 Mitte	12.436	86,0	2.029	14,0	14.465
24 Günnigfeld	999	92,2	84	7,8	1.083
25 Wattenscheid-Mitte	3.057	85,9	503	14,1	3.560
26 Leithe	1.204	89,7	139	10,3	1.343
27 Westefeld	1.551	91,2	150	8,8	1.701
28 Höntrop	2.722	94,7	151	5,3	2.873
29 Eppendorf	1.434	98,2	26	1,8	1.460
2 Wattenscheid	10.967	91,2	1.053	8,8	12.020
36 Bergen/Hiltrop	1.599	92,5	129	7,5	1.728
37 Gerthe	1.473	94,8	81	5,2	1.554
38 Harpen/Rosenberg	1.285	94,6	74	5,4	1.359
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	1.028	94,3	62	5,7	1.090
3 Nord	5.385	94,0	346	6,0	5.731
46 Laer	934	89,8	106	10,2	1.040
47 Werne	2.183	88,1	295	11,9	2.478
48 Langendreer	3.964	93,2	288	6,8	4.252
49 Langendreer-Alter Bahnhof	1.069	87,6	151	12,4	1.220
4 Ost	8.150	90,7	840	9,3	8.990
53 Wiemelhausen/Brenschede	2.474	97,0	76	3,0	2.550
54 Stiepel	1.703	98,8	21	1,2	1.724
55 Querenburg	2.777	80,2	684	19,8	3.461
5 Süd	6.954	89,9	781	10,1	7.735
63 Weitmar-Mitte	1.949	91,4	184	8,6	2.133
64 Weitmar-Mark	1.740	98,2	32	1,8	1.772
65 Linden	2.322	97,0	71	3,0	2.393
66 Dahlhausen	2.151	93,4	151	6,6	2.302
6 Südwest	8.162	94,9	438	5,1	8.600
Bochum insgesamt	52.054	90,5	5.487	9,5	57.541

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

Anzahl und Anteile Minderjähriger in Bochum nach Migrationshintergrund

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einwohner 0 - unter 18 Jahre ohne Migrationshintergrund ¹	Anteil Minderjähriger ohne Migrationshintergrund an allen Minderjährigen %	Einwohner 0 - unter 18 Jahre mit Migrationshintergrund ²	Anteil Minderjähriger mit Migrationshintergrund an allen Minderjährigen %	Einwohner 0 - unter 18 Jahre insgesamt
10 Grumme	1.544	88,7	197	11,3	1.741
11 Gleisdreieck	615	59,9	411	40,1	1.026
13 Altenbochum	1.289	89,3	155	10,7	1.444
14 Südinnenstadt	1.513	84,2	284	15,8	1.797
15 Kruppwerke	1.652	64,5	910	35,5	2.562
16 Hamme	1.735	70,0	742	30,0	2.477
17 Hordel	489	84,5	90	15,5	579
18 Hofstede	1.309	76,5	403	23,5	1.712
19 Riemke	898	79,7	229	20,3	1.127
1 Mitte	11.044	76,3	3.421	23,7	14.465
24 Günnigfeld	938	86,6	145	13,4	1.083
25 Wattenscheid-Mitte	2.762	77,6	798	22,4	3.560
26 Leithe	1.130	84,1	213	15,9	1.343
27 Westenfeld	1.404	82,5	297	17,5	1.701
28 Höntrop	2.496	86,9	377	13,1	2.873
29 Eppendorf	1.393	95,4	67	4,6	1.460
2 Wattenscheid	10.123	84,2	1.897	15,8	12.020
36 Bergen/Hiltrop	1.483	85,8	245	14,2	1.728
37 Gerthe	1.378	88,7	176	11,3	1.554
38 Harpen/Rosenberg	1.209	89,0	150	11,0	1.359
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	971	89,1	119	10,9	1.090
3 Nord	5.041	88,0	690	12,0	5.731
46 Laer	815	78,4	225	21,6	1.040
47 Werne	2.012	81,2	466	18,8	2.478
48 Langendreer	3.653	85,9	599	14,1	4.252
49 Langendreer-Alter Bahnhof	967	79,3	253	20,7	1.220
4 Ost	7.447	82,8	1.543	17,2	8.990
53 Wiemelhausen/Brenschede	2.358	92,5	192	7,5	2.550
54 Stiepel	1.668	96,8	56	3,2	1.724
55 Querenburg	2.144	61,9	1.317	38,1	3.461
5 Süd	6.170	79,8	1.565	20,2	7.735
63 Weitmar-Mitte	1.805	84,6	328	15,4	2.133
64 Weitmar-Mark	1.693	95,5	79	4,5	1.772
65 Linden	2.231	93,2	162	6,8	2.393
66 Dahlhausen	1.985	86,2	317	13,8	2.302
6 Südwest	7.714	89,7	886	10,3	8.600
Bochum insgesamt	47.539	82,6	10.002	17,4	57.541

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

¹ deutsche Minderjährige ohne 2. Staatsangehörigkeit

² ausländische Minderjährige und deutsche Minderjährige mit 2. Staatsangehörigkeit

Anzahl und Anteile der Bevölkerung ab 60 Jahren in Bochum

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einwohner insgesamt	Einwohner ab 60 Jahre insgesamt	Anteil 60-Jähriger und älterer an allen Einwohnern %
10 Grumme	13.193	3.877	29,4
11 Gleisdreieck	8.447	1.896	22,4
13 Altenbochum	12.280	4.087	33,3
14 Südingenstadt	16.491	4.073	24,7
15 Kruppwerke	15.022	3.300	22,0
16 Hamme	15.284	3.244	21,2
17 Hordel	3.335	828	24,8
18 Hofstede	10.317	2.647	25,7
19 Riemke	7.635	2.138	28,0
1 Mitte	102.004	26.090	25,6
24 Günnigfeld	5.779	1.255	21,7
25 Wattenscheid-Mitte	22.153	5.849	26,4
26 Leithe	7.639	2.005	26,2
27 Westenfeld	10.886	3.082	28,3
28 Höntrop	17.991	4.665	25,9
29 Eppendorf	9.878	3.123	31,6
2 Wattenscheid	74.326	19.979	26,9
36 Bergen/Hiltrop	10.738	3.067	28,6
37 Gerthe	9.292	2.347	25,3
38 Harpen/Rosenberg	9.013	2.889	32,1
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	7.813	2.320	29,7
3 Nord	36.856	10.623	28,8
46 Laer	6.294	1.560	24,8
47 Werne	15.400	3.981	25,9
48 Langendreer	26.317	6.984	26,5
49 Langendreer-Alter Bahnhof	6.892	1.511	21,9
4 Ost	54.903	14.036	25,6
53 Wiemelhausen/Brenschede	18.700	5.360	28,7
54 Stiepel	11.437	3.362	29,4
55 Querenburg	20.944	3.531	16,9
5 Süd	51.081	12.253	24,0
63 Weitmar-Mitte	15.557	4.931	31,7
64 Weitmar-Mark	12.747	3.888	30,5
65 Linden	14.718	4.002	27,2
66 Dahlhausen	13.371	3.481	26,0
6 Südwest	56.393	16.302	28,9
Bochum insgesamt	375.563	99.283	26,4

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

Anzahl und Anteile weiblicher Bevölkerung ab 60 Jahren in Bochum

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einwohner ab 60 Jahre insgesamt	Einwohner ab 60 Jahre weiblich	Anteil weiblicher Einwohner ab 60 Jahre an allen Einwohnern ab 60 Jahre %
10 Grumme	3.877	2.344	60,5
11 Gleisdreieck	1.896	1.151	60,7
13 Altenbochum	4.087	2.556	62,5
14 Südinnenstadt	4.073	2.479	60,9
15 Kruppwerke	3.300	1.901	57,6
16 Hamme	3.244	1.892	58,3
17 Hordel	828	456	55,1
18 Hofstede	2.647	1.539	58,1
19 Riemke	2.138	1.246	58,3
1 Mitte	26.090	15.564	59,7
24 Günnigfeld	1.255	727	57,9
25 Wattenscheid-Mitte	5.849	3.478	59,5
26 Leithe	2.005	1.181	58,9
27 Westenfeld	3.082	1.781	57,8
28 Höntrop	4.665	2.629	56,4
29 Eppendorf	3.123	1.795	57,5
2 Wattenscheid	19.979	11.591	58,0
36 Bergen/Hiltrop	3.067	1.796	58,6
37 Gerthe	2.347	1.358	57,9
38 Harpen/Rosenberg	2.889	1.650	57,1
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	2.320	1.365	58,8
3 Nord	10.623	6.169	58,1
46 Laer	1.560	871	55,8
47 Werne	3.981	2.305	57,9
48 Langendreer	6.984	4.054	58,0
49 Langendreer-Alter Bahnhof	1.511	832	55,1
4 Ost	14.036	8.062	57,4
53 Wiemelhausen/Brenschede	5.360	3.193	59,6
54 Stiepel	3.362	1.842	54,8
55 Querenburg	3.531	1.920	54,4
5 Süd	12.253	6.955	56,8
63 Weitmar-Mitte	4.931	2.967	60,2
64 Weitmar-Mark	3.888	2.255	58,0
65 Linden	4.002	2.293	57,3
66 Dahlhausen	3.481	1.989	57,1
6 Südwest	16.302	9.504	58,3
Bochum insgesamt	99.283	57.845	58,3

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

Anzahl und Anteile älterer Ausländer in Bochum

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Ausländer insgesamt	Ausländer 60 Jahre und älter	Anteil älterer Ausländer an allen Ausländern %
10 Grumme	815	102	12,5
11 Gleisdreieck	1.644	161	9,8
13 Altenbochum	634	111	17,5
14 Südinnenstadt	1.382	139	10,1
15 Kruppwerke	3.060	409	13,4
16 Hamme	2.355	217	9,2
17 Hordel	220	29	13,2
18 Hofstede	1.074	83	7,7
19 Riemke	637	54	8,5
1 Mitte	11.821	1.305	11,0
24 Günnigfeld	460	63	13,7
25 Wattenscheid-Mitte	2.539	297	11,7
26 Leithe	679	78	11,5
27 Westenfeld	708	52	7,3
28 Höntrop	798	69	8,6
29 Eppendorf	263	25	9,5
2 Wattenscheid	5.447	584	10,7
36 Bergen/Hiltrop	668	88	13,2
37 Gerthe	618	86	13,9
38 Harpen/Rosenberg	429	70	16,3
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	519	51	9,8
3 Nord	2.234	295	13,2
46 Laer	612	79	12,9
47 Werne	1.386	154	11,1
48 Langendreer	1.745	251	14,4
49 Langendreer-Alter Bahnhof	787	108	13,7
4 Ost	4.530	592	13,1
53 Wiemelhausen/Brenschede	1.048	97	9,3
54 Stiepel	259	33	12,7
55 Querenburg	4.808	312	6,5
5 Süd	6.115	442	7,2
63 Weitmar-Mitte	1.096	139	12,7
64 Weitmar-Mark	358	61	17,0
65 Linden	660	106	16,1
66 Dahlhausen	885	143	16,2
6 Südwest	2.999	449	15,0
Bochum insgesamt	33.146	3.667	11,1

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

Anzahl und Anteile 60- bis unter 80-Jähriger an allen Älteren in Bochum

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einwohner ab 60 Jahre insgesamt	davon Einwohner 60 - unter 80 Jahre	Anteil 60- bis unter 80-Jähriger an allen Einwohnern ab 60 Jahre %
10 Grumme	3.877	2.987	77,0
11 Gleisdreieck	1.896	1.383	72,9
13 Altenbochum	4.087	2.942	72,0
14 Südinnenstadt	4.073	3.069	75,3
15 Kruppwerke	3.300	2.682	81,3
16 Hamme	3.244	2.664	82,1
17 Hordel	828	687	83,0
18 Hofstede	2.647	2.162	81,7
19 Riemke	2.138	1.695	79,3
1 Mitte	26.090	20.271	77,7
24 Günnigfeld	1.255	1.044	83,2
25 Wattenscheid-Mitte	5.849	4.715	80,6
26 Leithe	2.005	1.604	80,0
27 Westenfeld	3.082	2.634	85,5
28 Höntrop	4.665	3.983	85,4
29 Eppendorf	3.123	2.587	82,8
2 Wattenscheid	19.979	16.567	82,9
36 Bergen/Hiltrop	3.067	2.375	77,4
37 Gerthe	2.347	1.954	83,3
38 Harpen/Rosenberg	2.889	2.444	84,6
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	2.320	1.933	83,3
3 Nord	10.623	8.706	82,0
46 Laer	1.560	1.355	86,9
47 Werne	3.981	3.238	81,3
48 Langendreer	6.984	5.636	80,7
49 Langendreer-Alter Bahnhof	1.511	1.288	85,2
4 Ost	14.036	11.517	82,1
53 Wiemelhausen/Brenschede	5.360	4.053	75,6
54 Stiepel	3.362	2.853	84,9
55 Querenburg	3.531	3.072	87,0
5 Süd	12.253	9.978	81,4
63 Weitmar-Mitte	4.931	3.840	77,9
64 Weitmar-Mark	3.888	3.113	80,1
65 Linden	4.002	3.314	82,8
66 Dahlhausen	3.481	2.839	81,6
6 Südwest	16.302	13.106	80,4
Bochum insgesamt	99.283	80.145	80,7

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

Anzahl und Anteile Hochaltriger an allen Älteren in Bochum

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einwohner ab 60 Jahre insgesamt	davon Einwohner 80 Jahre und älter	Anteil Hochaltriger an allen Einwohnern ab 60 Jahre %
10 Grumme	3.877	890	23,0
11 Gleisdreieck	1.896	513	27,1
13 Altenbochum	4.087	1.145	28,0
14 Südingenstadt	4.073	1.004	24,7
15 Kruppwerke	3.300	618	18,7
16 Hamme	3.244	580	17,9
17 Hordel	828	141	17,0
18 Hofstede	2.647	485	18,3
19 Riemke	2.138	443	20,7
1 Mitte	26.090	5.819	22,3
24 Günnigfeld	1.255	211	16,8
25 Wattenscheid-Mitte	5.849	1.134	19,4
26 Leithe	2.005	401	20,0
27 Westenfeld	3.082	448	14,5
28 Höntrop	4.665	682	14,6
29 Eppendorf	3.123	536	17,2
2 Wattenscheid	19.979	3.412	17,1
36 Bergen/Hiltrop	3.067	692	22,6
37 Gerthe	2.347	393	16,7
38 Harpen/Rosenberg	2.889	445	15,4
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	2.320	387	16,7
3 Nord	10.623	1.917	18,0
46 Laer	1.560	205	13,1
47 Werne	3.981	743	18,7
48 Langendreer	6.984	1.348	19,3
49 Langendreer-Alter Bahnhof	1.511	223	14,8
4 Ost	14.036	2.519	17,9
53 Wiemelhausen/Brenschede	5.360	1.307	24,4
54 Stiepel	3.362	509	15,1
55 Querenburg	3.531	459	13,0
5 Süd	12.253	2.275	18,6
63 Weitmar-Mitte	4.931	1.091	22,1
64 Weitmar-Mark	3.888	775	19,9
65 Linden	4.002	688	17,2
66 Dahlhausen	3.481	642	18,4
6 Südwest	16.302	3.196	19,6
Bochum insgesamt	99.283	19.138	19,3

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

**Minderjährige und Senioren
in den Bochumer Ortsteilen 2006**

0 bis unter 18 Jahre			60 Jahre und älter		
Statistischer Bezirk/Ortsteil	Anzahl Einwohner	in %	Statistischer Bezirk/Ortsteil	Anzahl Einwohner	in %
24 Günnigfeld	1.083	18,7	13 Altenbochum	4.087	33,3
49 Langendreer-Alter Bahnhof	1.220	17,7	38 Harpen/Rosenberg	2.889	32,1
26 Leithe	1.343	17,6	63 Weitmar-Mitte	4.931	31,7
17 Hordel	579	17,4	29 Eppendorf	3.123	31,6
66 Dahlhausen	2.302	17,2	64 Weitmar-Mark	3.888	30,5
15 Kruppwerke	2.562	17,1	39 Kornharpen/Voede-Abzweig	2.320	29,7
37 Gerthe	1.554	16,7	54 Stiepel	3.362	29,4
18 Hofstede	1.712	16,6	10 Grumme	3.877	29,4
55 Querenburg	3.461	16,5	53 Wiemelhausen/Brenschede	5.360	28,7
46 Laer	1.040	16,5	36 Bergen/Hiltrop	3.067	28,6
65 Linden	2.393	16,3	27 Westenfeld	3.082	28,3
16 Hamme	2.477	16,2	19 Riemke	2.138	28,0
48 Langendreer	4.252	16,2	65 Linden	4.002	27,2
36 Bergen/Hiltrop	1.728	16,1	48 Langendreer	6.984	26,5
47 Werne	2.478	16,1	Bochum insgesamt	99.283	26,4
25 Wattenscheid-Mitte	3.560	16,1	25 Wattenscheid-Mitte	5.849	26,4
28 Höntrop	2.873	16,0	26 Leithe	2.005	26,2
27 Westenfeld	1.701	15,6	66 Dahlhausen	3.481	26,0
Bochum insgesamt	57.541	15,3	28 Höntrop	4.665	25,9
38 Harpen/Rosenberg	1.359	15,1	47 Werne	3.981	25,9
54 Stiepel	1.724	15,1	18 Hofstede	2.647	25,7
29 Eppendorf	1.460	14,8	37 Gerthe	2.347	25,3
19 Riemke	1.127	14,8	17 Hordel	828	24,8
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	1.090	14,0	46 Laer	1.560	24,8
64 Weitmar-Mark	1.772	13,9	14 Südingenstadt	4.073	24,7
63 Weitmar-Mitte	2.133	13,7	11 Gleisdreieck	1.896	22,4
53 Wiemelhausen/Brenschede	2.550	13,6	15 Kruppwerke	3.300	22,0
10 Grumme	1.741	13,2	49 Langendreer-Alter Bahnhof	1.511	21,9
11 Gleisdreieck	1.026	12,1	24 Günnigfeld	1.255	21,7
13 Altenbochum	1.444	11,8	16 Hamme	3.244	21,2
14 Südingenstadt	1.797	10,9	55 Querenburg	3.531	16,9

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 30.12.2006

Anzahl der Haushalte 60- bis unter 80-Jähriger in Bochum

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einpersonen-HH 60- bis unter 80- Jähriger	Zweipersonen-HH 60- bis unter 80- Jähriger (Paare)	sonstige Mehrpersonen-HH 60- bis unter 80- Jähriger	60- bis unter 80- Jährige ohne Partner, mindestens ein minderjähriges Kind
10 Grumme	776	804	248	
11 Gleisdreieck	517	272	110	
13 Altenbochum	763	755	176	
14 Südinnenstadt	985	751	238	
15 Kruppwerke	738	651	263	
16 Hamme	773	667	256	
17 Hordel	141	208	61	
18 Hofstede	541	594	172	
19 Riemke	454	443	148	
1 Mitte	5.688	5.145	1.672	62
24 Günnigfeld	271	293	96	
25 Wattenscheid-Mitte	1.399	1.183	410	
26 Leithe	432	424	143	
27 Westenfeld	700	821	181	
28 Höntrop	840	1.253	335	
29 Eppendorf	574	754	212	
2 Wattenscheid	4.216	4.728	1.377	54
36 Bergen/Hiltrop	502	675	221	
37 Gerthe	516	541	160	
38 Harpen/Rosenberg	476	763	218	
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	513	553	129	
3 Nord	2.007	2.532	728	21
46 Laer	315	402	125	
47 Werne	815	848	293	
48 Langendreer	1.352	1.593	516	
49 Langendreer-Alter Bahnhof	354	361	146	
4 Ost	2.836	3.204	1.080	46
53 Wiemelhausen/Brenschede	915	1.130	352	
54 Stiepel	535	874	306	
55 Querenburg	659	879	334	
5 Süd	2.109	2.883	992	42
63 Weitmar-Mitte	1.020	1.070	276	
64 Weitmar-Mark	680	904	249	
65 Linden	759	987	272	
66 Dahlhausen	594	845	282	
6 Südwest	3.053	3.806	1.079	34
Bochum insgesamt	19.909	22.298	6.928	259

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

Anzahl der Haushalte Hochaltriger in Bochum

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	Einpersonen-HH Hochaltriger	Zweipersonen-HH Hochaltriger (Paare)	sonstige Mehrpersonen-HH Hochaltriger	Hochaltrige ohne Partner, mindestens ein minderjähriges Kind
10 Grumme	409	115	49	
11 Gleisdreieck	288	47	24	
13 Altenbochum	329	123	37	
14 Südstadt	508	143	53	
15 Kruppwerke	302	85	34	
16 Hamme	283	85	33	
17 Hordel	44	19	14	
18 Hofstede	209	93	35	
19 Riemke	183	61	22	
1 Mitte	2.555	771	301	18
24 Günnigfeld	121	29	11	
25 Wattenscheid-Mitte	550	153	63	
26 Leithe	158	46	23	
27 Westfeld	245	66	27	
28 Höntrop	275	108	45	
29 Eppendorf	226	89	46	
2 Wattenscheid	1.575	491	215	7
36 Bergen/Hiltrop	272	80	25	
37 Gerthe	171	45	34	
38 Harpen/Rosenberg	149	58	20	
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	205	69	11	
3 Nord	797	252	90	6
46 Laer	109	21	13	
47 Werne	334	86	28	
48 Langendreer	520	179	93	
49 Langendreer-Alter Bahnhof	130	27	13	
4 Ost	1.093	313	147	8
53 Wiemelhausen/Brenschede	451	181	61	
54 Stiepel	214	104	40	
55 Querenburg	199	77	44	
5 Süd	864	362	145	9
63 Weitmar-Mitte	452	160	50	
64 Weitmar-Mark	260	120	45	
65 Linden	275	107	41	
66 Dahlhausen	213	82	33	
6 Südwest	1.200	469	169	8
Bochum insgesamt	8.084	2.658	1.067	60

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006

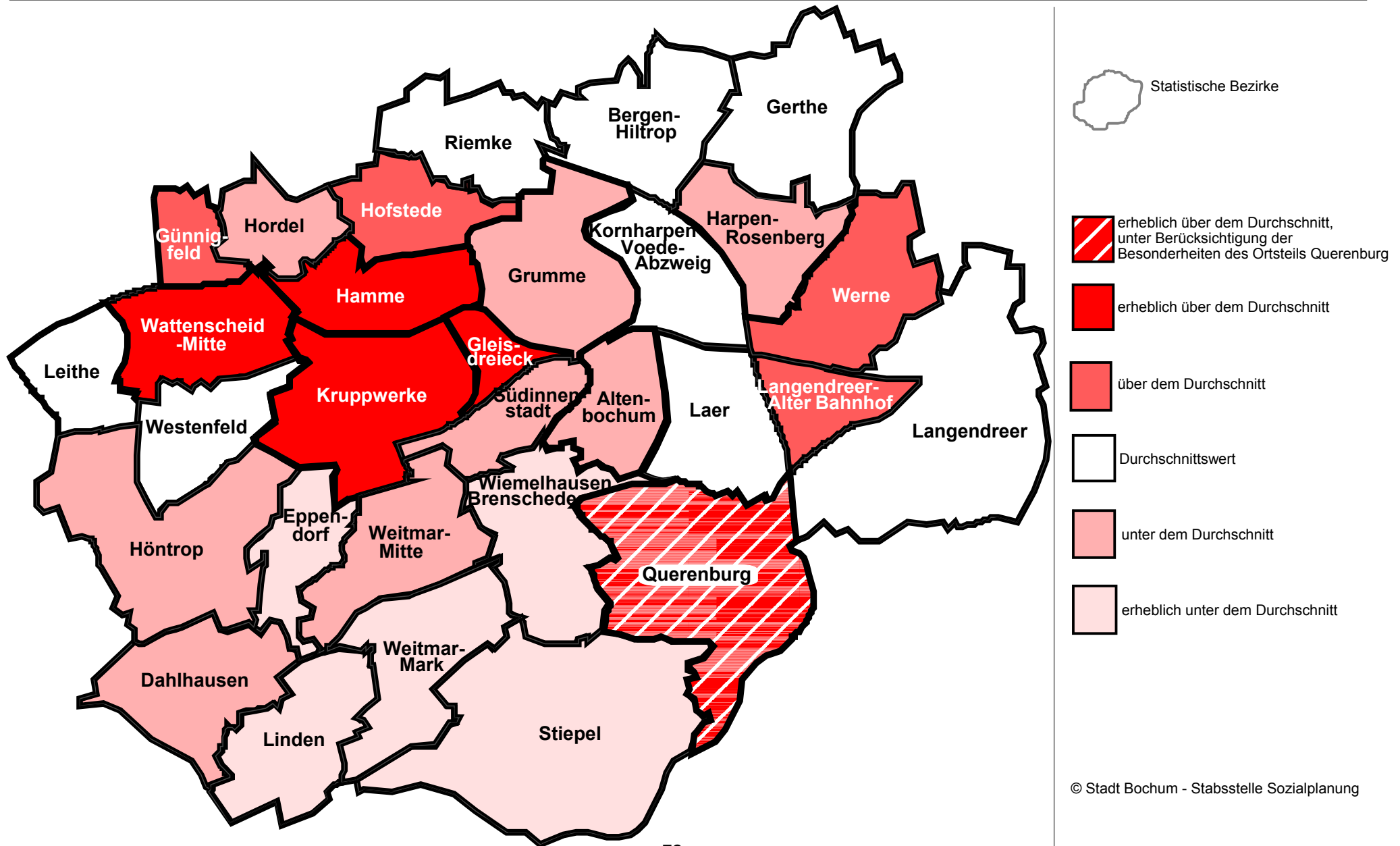
5. Gebietstypologie

Die sozialstrukturelle Differenzierung¹ der 30 Bochumer Ortsteile stützt sich auf drei Hauptindikatoren. Ausgewiesen wird zum einen der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren, zum anderen der prozentuale Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung. Als dritter Hauptindikator dient - als Nachfolgeindikator für die bisherige Sozialhilfe - der prozentuale Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II an der Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren.

Wenn in diesem Zusammenhang von sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen die Rede ist, bezieht sich dies auf die statistische Feststellung von "Verdichtungen" bzw. Kumulationen benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Ortsteilen - oder eben auf das Fehlen solcher Kumulationen in privilegierten Ortsteilen. Aussagen über die Chancen und Risiken eines Ortsteils lassen sich aus den vorgelegten Daten nicht ableiten. Das zu beurteilen hängt von einer Reihe weiterer Faktoren ab, z. B. der Bildungssituation vor Ort, der Arbeitsmarktsituation, der Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur, der Bevölkerungsfluktuation, um nur einige zu nennen. Allerdings werden in diesem Kapitel folgende Faktoren näher betrachtet, die Rückschlüsse auf Teilhabechancen und Segregationstendenzen zulassen: Durchschnittseinkommen; Bevölkerungsfluktuation; Wahlbeteiligung; Haushalte mit Kindern; Schulübergänge. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob es einen Zusammenhang zwischen der ausgewiesenen Gebietstypologie und diesen Indikatoren gibt.

Die folgende Karte zeigt die sozialstrukturelle Differenzierung der 30 Ortsteile für das Jahr 2006.² Auch für 2006 zeigt sich Bochum sozialstrukturell ausgeglichen. Lediglich neun von 30 Ortsteilen weisen - wie schon in den Sozialberichten 2004 und 2005 - bezüglich der Hauptindikatoren überdurchschnittliche bzw. erheblich überdurchschnittliche Werte auf und gelten damit als sozialstrukturell benachteiligt; immerhin 13 Ortsteile zählen mit unterdurchschnittlichen bzw. erheblich unterdurchschnittlichen Werten zu den privilegierten Ortsteilen. 8 Ortsteile zeigen sich mit durchschnittlichen Werten als sozialstrukturell unauffällig.

Arbeitslose / SGB II-Empfänger / Ausländer Sozialstrukturelle Differenzierung der Ortsteile 2006



Ortsteile mit **erheblich überdurchschnittlichen** Werten sind:

- 11 Gleisdreieck
- 15 Kruppwerke
- 16 Hamme
- 25 Wattenscheid-Mitte
- 55 Querenburg

Ortsteile mit **überdurchschnittlichen** Werten sind:

- 18 Hofstede
- 24 Günnigfeld
- 47 Werne
- 49 Langendreer-Alter Bahnhof

Ortsteile mit **durchschnittlichen** Werten sind:

- 19 Riemke
- 26 Leithe
- 27 Westenfeld
- 36 Bergen-Hiltrop
- 37 Gerthe
- 39 Kornharpen - Voede-Abzweig
- 46 Laer
- 48 Langendreer

Ortsteile mit **unterdurchschnittlichen** Werten sind:

- 10 Grumme
- 13 Altenbochum
- 14 Südinnenstadt
- 17 Hordel
- 28 Höntrop
- 38 Harpen-Rosenberg
- 63 Weitmar-Mitte
- 66 Dahlhausen

Ortsteile mit **erheblich unterdurchschnittlichen** Werten sind:

- 29 Eppendorf
- 53 Wiemelhausen-Brenschede
- 54 Stiepel
- 64 Weitmar-Mark
- 65 Linden

5.1 Benachteiligte Quartiere

Über die Identifizierung sozialstrukturell benachteiligter Ortsteile hinaus ist es zunehmend von Bedeutung, auch die Quartiere näher zu betrachten, insbesondere auch vor dem Hintergrund einer Quartiersentwicklung, wie sie u.a. im Rahmen des Projektes "Urbane Mitte Bochum" angestrebt wird. Für eine solche Quartiersentwicklung hat der Verwaltungsvorstand der Stadt Bochum im November 2007 die Quartiere Griesenbruch, Goldhamme, Hustadt und Lennershof ausgewählt. In den benachteiligten Quartieren Griesenbruch und Goldhamme ist der Start im Jahr 2007 erfolgt, für die Quartiere Hustadt und Lennershof laufen die Planungen/Vorbereitungen.

Für das Jahr 2006 wurden 26 Quartiere (statistische Viertel) als sozialstrukturell benachteiligt identifiziert. Diese Zahl entspricht etwa der aus dem Jahr 2003; seinerzeit waren es 27 benachteiligte Quartiere. Wie nicht anders zu erwarten, liegt der Großteil von ihnen - nämlich 22 - in benachteiligten Ortsteilen. Die restlichen vier befinden sich als sog. Armutinseln in Riemke ("Rensingstraße" und "Am Zillertal"), in Weitmar-Mitte ("An der Landwehr") und in Dahlhausen ("Unterdahlhausen").

Die Tabelle auf der folgenden Seite gibt eine Übersicht über die 26 benachteiligten statistischen Viertel/Quartiere.

Sozialstrukturell benachteiligte statistische Viertel/Quartiere 2006							
Statistisches Viertel/ Quartier	Ausländer in %	Ausländer absolut	SGB II Quote in %	SGB II-Empfänger absolut	Arbeitslosenquotient in %	Arbeitslose absolut	Einwohner insgesamt
in Ortsteilen mit erheblich überdurchschnittlichen Werten bei den Hauptindikatoren							
111 Landgericht	17,5	102	30,9	133	23,7	68	583
112 Imbuschplatz	17,7	326	20,7	309	17,7	196	1847
113 Rathaus	18,4	295	34,7	445	31,7	301	1606
114 Brückstraße	21,5	500	21,2	414	13,0	185	2323
118 Marienkirche	19,4	55	18,5		20,1		283
152 Goldhamme	25,4	1358	30,9	1421	23,1	737	5339
153 Werk Gußstahl	38,8	176	30,3	119	22,9	57	454
154 Griesenbruch	20,0	1198	22,4	1094	16,7	598	5978
162 Hamme Zentrum	16,3	759	22,2	846	17,8	464	4660
163 Feldsieper Straße	15,1	829	21,3	954	16,0	526	5478
164 Bahnhof Präsident	14,4	454	19,0	523	13,4	277	3157
253 Watt.-Rathaus	15,3	1492	25,9	2041	19,5	1070	9770
254 Heide	10,0	472	23,1	869	17,9	476	4713
553 Laerheide	28,5	1710	22,9	1242	13,5	519	5995
554 Hustadt	23,5	1866	23,4	1607	13,3	608	7925
in Ortsteilen mit überdurchschnittlichen Werten bei den Hauptindikatoren							
183 Gemeinestraße	13,7	286	22,0	368	17,0	190	2092
184 Wedag	11,8	127	20,9	195	19,1	131	1077
185 Grummer Straße	9,3	203	18,2	338	16,1	218	2179
472 Werner Heide	7,8	312	20,7	641	17,4	375	3979
473 Werne-Zentrum	12,2	379	18,1	451	14,2	244	3111
474 Heinrich-Gustav-Straße	8,0	379	21,4	799	15,7	405	4746
475 Auf den Holn	14,4	233	18,0	246	14,6	143	1623
in Ortsteilen mit durchschnittlichen Werten bei den Hauptindikatoren							
192 Rensingstraße	10,6		22,5	60	15,8		331
193 Am Zillertal	8,8	98	17,2	159	15,1	109	1110
in Ortsteilen mit unterdurchschnittlichen Werten bei den Hauptindikatoren							
632 An der Landwehr	11,4	241	18,6	320	15,1	199	2106
661 Unterdahlhausen	18,3	459	22,4	464	15,3	208	2507
Bei den geschwärzten Feldern handelt es sich um Personenzahlen unter 50. Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen							

5.2 Exkurs: Konzentration von ausländischer Bevölkerung, "armer" deutscher Bevölkerung und Minderjährigen

In der wissenschaftlichen und öffentlichen sozialpolitischen Diskussion wird vermehrt die These vertreten, dass es in den Städten u.a. als Auswirkung des demografischen Wandels zu Segregationstendenzen kommt. Eine Form dieser Segregation stellt die Konzentration von ausländischer Bevölkerung, "armer" deutscher Bevölkerung und Minderjährigen dar.

Im Sozialbericht 2005 wurde in einem Exkurs erstmals eine Sonderuntersuchung zu dieser Annahme durchgeführt. Dabei wurden die Ortsteile ausgewählt, in denen die meisten Ausländerinnen und Ausländer wohnten. In einem weiteren Schritt wurden analog dazu die Ortsteile herausgefiltert, in denen jeweils die meisten deutschen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie die meisten Minderjährigen lebten. Tatsächlich konnte diese Hypothese für Bochum bestätigt werden.

Auch für das Jahr 2006 wurde dieser Frage nachgegangen. Dabei wurde für die Identifikation armer Bevölkerung der Indikator Sozialhilfebezug durch den Indikator Leistungsbezug nach dem SGB II ersetzt. Das Ergebnis weicht nur geringfügig von dem aus dem Jahr 2003 ab. Für sechs Ortsteile in Bochum lässt sich diese Konzentrationsthese bestätigen. Fünf von ihnen zählen zu den benachteiligten Ortsteilen, nämlich Querenburg, Kruppwerke, Wattenscheid-Mitte, Hamme und Werne. Der sechste Ortsteil - Langendreer - zählt zu den sozialstrukturell unauffälligen Ortsteilen. Die folgende Tabelle macht diesen Zusammenhang noch einmal deutlich.

Ortsteil	Prozentanteil Ausländer an Gesamt Ausländer	Ortsteil	Prozentanteil SGB II an Gesamt SGB II Deutsche	Ortsteil	Einwohner 0 - u.18 J. in % an allen 0 - u.18 J.
Querenburg	14,5	Wattenscheid-Mitte	9,4	Langendreer	7,4
Kruppwerke	9,2	Querenburg	7,0	Wattenscheid-Mitte	6,2
Wattenscheid-Mitte	7,7	Langendreer	6,6	Querenburg	6,0
Hamme	7,1	Kruppwerke	6,1	Höntrop	5,0
Langendreer	5,3	Hamme	6,0	Kruppwerke	4,5
Gleisdreieck	5,0	Werne	5,9	Wiemelh./Brensch.	4,4
Werne	4,2	Höntrop	4,2	Werne	4,3
Südinnestadt	4,2	Westenfeld	3,7	Hamme	4,3
Summe	57,2	Summe	48,9	Summe	42,1

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

Inwieweit diese Konzentration von Bevölkerungsgruppen Auswirkungen auf eine Spaltung der Lebenswelten und das soziale Gefüge in den Ortsteilen hat, bleibt ergänzenden qualitativen Untersuchungen vorbehalten. Die Analyse gibt allerdings Hinweise für eine zielgerichtete Infrastrukturplanung sowie auf mögliche soziale Konfliktpotentiale.

5.3 Haushalte mit Kindern

Für Sozialplanung wie für integrierte Stadtentwicklung ist die Zahl der Kinder in Bochum und ihre räumliche Verteilung von Bedeutung. Die Haushaltsstrukturen, in denen Kinder aufwachsen, liefern Hinweise auf Sozialisationsbedingungen und zeigen darüber hinaus planerische Notwendigkeiten zur Förderung familienfreundlicher Strukturen der Stadtgestaltung auf. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um die Bedeutung von Kindern für die gesellschaftliche Entwicklung legt der aktuelle Sozialbericht Bochum einen besonderen Schwerpunkt auf die Analyse von Kinderarmut. Da in den Familien-, Kinder- und Jugendberichten immer wieder darauf verwiesen wird, dass Armut mit der Kinderzahl korreliert und somit Kinderreichtum ein Hauptgrund für Armut ist³, wird bei der Analyse der Haushaltsstrukturen der Fokus insbesondere auf Alleinerziehende und kinderreiche Familien gelegt.

Am 31.12.2006 lebten in Bochum 375.563 Menschen in 186.500 Haushalten⁴. Nur in 35.950 Haushalten lebten Kinder⁵; der Anteil an allen Haushalten betrug 19,3 %. Somit lebten nur in jedem 5. Haushalt in Bochum ein oder mehrere Kinder. Einen überdurchschnittlichen Anteil von Haushalten mit Kindern weisen die Ortsteile Hordel und Günnigfeld auf; ein unterdurchschnittlicher Anteil findet sich in den Ortsteilen Gleisdreieck und Südinnenstadt. In den übrigen Ortsteilen liegt der Anteil von Haushalten mit Kindern im Durchschnittsbereich.

Kinderreiche Haushalte

In neun von zehn Haushalten mit Kindern leben ein oder zwei Kinder. Nur 10,6 % der Haushalte mit Kindern sind kinderreiche Haushalte mit drei und mehr Kindern. Kinderreiche Haushalte verteilen sich in Bochum nicht so "gleichmäßig" wie die Haushalte mit Kindern insgesamt. So finden sich signifikant höhere Anteile kinderreicher Haushalte in den Ortsteilen Langendreer-Alter Bahnhof, Wattenscheid-Mitte, Hamme, Gleisdreieck, Kruppwerke und Querenburg. In Querenburg ist mit 19,1 % bald jeder 5. Haushalt mit Kindern ein kinderreicher Haushalt.

Auf der anderen Seite gibt es ebenfalls sechs Ortsteile, die unterdurchschnittliche Anteile an kinderreichen Haushalten aufweisen. Dies sind Höntrop, Südinnenstadt, Altenbochum, Eppendorf, Wiemelhausen/Brenschede und Weitmar-Mark.

Kinderreichtum wird häufig mit Migrantenfamilien in Zusammenhang gebracht. "In 11 % aller Familien haben die Eltern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Mit zunehmender Kinderzahl steigt der Anteil ausländischer Eltern auf 17 % bei Familien mit drei Kindern und 23 % mit vier Kindern bis auf 33 % bei Familien mit fünf und mehr Kindern." ⁶

Diese Annahme stimmt so nicht mehr: zunehmend mehr Familien mit Migrationshintergrund passen sich in ihrem generativen Verhalten der deutschen Bevölkerung an. Sie haben zumeist deutlich weniger Kinder, als es dem Durchschnitt in ihrem Heimatland entspricht - und dies um so mehr, je größer die Bleibeabsicht ist.

Die Bochumer Haushaltsstrukturdaten lassen sich nicht nach Migrationshintergrund auswerten. Dennoch wird bei obigen 12 Ortsteilen (mit Ausnahme des Ortsteils Südin-
nenstadt) ein Zusammenhang zwischen dem Anteil kinderreicher Haushalte und dem Anteil ausländischer Bevölkerung sichtbar, wie folgende Tabelle zeigt.

Kinderreichtum und Nationalität

Ortsteile mit überdurchschnittlichen Anteilen Kinderreicher	Ausländeranteil
Langendreer-Alter Bahnhof	über dem Durchschnitt
Wattenscheid-Mitte	über dem Durchschnitt
Hamme	erheblich über dem Durchschnitt
Gleisdreieck	erheblich über dem Durchschnitt
Kruppwerke	erheblich über dem Durchschnitt
Querenburg	erheblich über dem Durchschnitt
Ortsteile mit unterdurchschnittlichen Anteilen Kinderreicher	Ausländeranteil
Höntrop	unter dem Durchschnitt
Südinnenstadt	Durchschnitt
Altenbochum	unter dem Durchschnitt
Eppendorf	erheblich unter dem Durchschnitt
Wiemelhausen-Brenschede	unter dem Durchschnitt
Weitmar-Mark	erheblich unter dem Durchschnitt

Quelle: Stadt Bochum, Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

Haushalte Alleinerziehender

Bei Haushalten mit Kindern liegt ein besonderes Augenmerk auf den Haushalten Alleinerziehender⁷. Alleinerziehende unterliegen oftmals schwierigeren Bedingungen gesellschaftlicher Teilhabe. Für sie ist es besonders kompliziert, Beruf und Familie "unter einen Hut" zu bekommen. Sie sind deshalb oftmals in nicht unerheblichem Maße materiell schlechter gestellt als "vollständige" Familien. Dieser Umstand lässt sich auch an ihrer SGB II-Quote ablesen. So waren von den 8.850 Haushalten Alleinerziehender 3.054 im SGB II-Bezug, ein Anteil von 34,5 %.

In Bochum lag der Anteil der Haushalte Alleinerziehender an allen Haushalten mit Kindern bei 24,6 %, rund jeder 4. Haushalt mit Kindern war also ein Alleinerziehenden-Haushalt. Ihre Verteilung über die Ortsteile ist relativ unauffällig; lediglich im Gleisdreieck liegt ihr Anteil mit 31,6 % mehr als 25 % über dem städtischen Durchschnitt, in Stiepel und Hordel dagegen liegt ihr Anteil mehr als 25 % unter dem städtischen Durchschnitt.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Haushalte mit Kindern in Bochum.

Haushalte (HH) mit Kindern in Bochum 2006

Statistischer Bezirk / Stadtbezirk	HH mit Kind/ern insgesamt	HH mit Kind/ern an allen HH %	Alleinerziehende HH	Alleinerziehende HH an allen HH mit Kindern %	Kinderreiche HH mit 3 u. mehr Kindern	Kinderreiche HH an allen HH mit Kindern %
10 Grumme	1.120	16,1	290	25,9	120	10,7
11 Gleisdreieck	570	11,0	180	31,6	90	15,8
13 Altenbochum	960	15,2	230	24,0	70	7,3
14 Südinnestadt	1.200	11,8	360	30,0	90	7,5
15 Kruppwerke	1.490	18,8	380	25,5	260	17,4
16 Hamme	1.510	18,3	450	29,8	220	14,6
17 Hordel	360	25,0	60	16,7	30	8,3
18 Hofstede	1.000	19,6	270	27,0	120	12,0
19 Riemke	700	17,7	160	22,9	70	10,0
1 Mitte	8.900	16,1	2.400	27,0	1.050	11,8
24 Günnigfeld	690	24,2	170	24,6	80	11,6
25 Wattenscheid-Mitte	2.150	18,6	620	28,8	300	14,0
26 Leithe	830	22,6	210	25,3	90	10,8
27 Westenfeld	1.120	20,0	310	27,7	100	8,9
28 Höntrop	1.830	21,7	420	23,0	140	7,7
29 Eppendorf	960	19,7	220	22,9	70	7,3
2 Wattenscheid	7.550	20,4	1.950	25,8	750	9,9
36 Bergen/Hiltrop	1.100	22,0	260	23,6	110	10,0
37 Gerthe	990	22,0	250	25,3	100	10,1
38 Harpen/Rosenberg	870	20,9	200	23,0	70	8,0
39 Kornharpen/Voede-Abzweig	700	16,7	190	27,1	70	10,0
3 Nord	3.650	20,4	900	24,7	350	9,6
46 Laer	680	22,9	150	22,1	60	8,8
47 Werne	1.550	20,3	450	29,0	170	11,0
48 Langendreer	2.740	21,8	670	24,5	230	8,4
49 Langendreer-Alter Bahnhof	750	21,1	210	28,0	100	13,3
4 Ost	5.700	21,3	1.500	26,3	550	9,6
53 Wiemelhausen/Brenschede	1.680	18,6	370	22,0	120	7,1
54 Stiepel	1.090	19,7	190	17,4	100	9,2
55 Querenburg	1.780	23,6	400	22,5	340	19,1
5 Süd	4.550	20,6	950	20,9	550	12,1
63 Weitmar-Mitte	1.350	16,5	330	24,4	140	10,4
64 Weitmar-Mark	1.180	18,9	250	21,2	80	6,8
65 Linden	1.540	22,1	290	18,8	130	8,4
66 Dahlhausen	1.460	23,6	320	21,9	150	10,3
6 Südwest	5.550	20,1	1.200	21,6	500	9,0
Bochum insgesamt	35.950	19,3	8.850	24,6	3.800	10,6

Quelle: Stadt Bochum, Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
 Stand: 31.12.2006, sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt.

Zusammenfassend lässt sich folgendes feststellen:

- * Der Ortsteil Gleisdreieck hat mit 11,0 % den geringsten Anteil an Haushalten mit Kindern. Er verzeichnet gleichzeitig einen überdurchschnittlichen Anteil kinderreicher Haushalte sowie mit 31,6 % den größten Anteil Alleinerziehender.
- * Der Ortsteil Südinnenstadt, mit 11,8 % der Ortsteil mit dem zweitgeringsten Anteil an Haushalten mit Kindern, weist mit 30,0 % den zweitgrößten Anteil an Haushalten Alleinerziehender auf, allerdings einen unterdurchschnittlichen Anteil an kinderreichen Haushalten.
- * In Hordel schließlich, das mit 25,0 % den größten Anteil an Haushalten mit Kindern aufweist, findet sich mit 16,7 % der geringste Anteil von Haushalten Alleinerziehender.

5.4 Wanderungsbewegung

Die Wanderungsbewegung beschreibt die Bevölkerungsfuktuation in den Ortsteilen und gibt Hinweise auf sozialstrukturelle Veränderungen im Stadtgebiet. Die statistische Erfassung von Wanderungsbewegungen besteht aus der Zahl der Umzüge, genauer gesagt der Addition von An- und Abmeldungen beim Einwohneramt. Dabei ist noch einmal zu unterscheiden zwischen Umzügen innerhalb Bochums (Binnenwanderung) von einem Ortsteil in einen anderen und Zu- und Fortzügen über die Stadtgrenze (Außenwanderung). Unberücksichtigt bleiben für diesen Bericht Umzüge innerhalb der Ortsteile, da sie für die sozialstrukturelle Differenzierung der Ortsteile wenig Aussagekraft besitzen.

Auch beim Thema Wanderungsbewegung macht die Einführung der Zweitwohnungssteuer 2004 eine neue Zeitreihe mit dem Jahr 2006 notwendig. Im Jahr 2004 war die Zahl der Um- und Abmeldungen als Folge der Einführung der Zweitwohnungssteuer exorbitant angestiegen und noch im Jahr 2005 deutlich erhöht. Selbst im Jahr 2006 war die Zahl der Fortzüge - im Vergleich zu den Jahren vor Einführung der Zweitwohnungssteuer - noch immer erhöht. Die folgende Tabelle veranschaulicht diese Entwicklung:

Wanderungsbewegung 2001 - 2006 in Bochum

Jahr	Zugezogene	Fortgezogene	Wanderungssaldo
2001	15.685	15.172	513
2002	16.000	16.062	-62
2003	15.835	15.756	79
2004	15.656	27.007	-11.351
2005	14.761	17.240	-2.479
2006	15.258	17.084	-1.826

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung

Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich in dem negativen Wanderungssaldo von -1.826 noch immer eine nicht unerhebliche Zahl von Abmeldungen von Zweitwohnungen verbirgt, wird in diesem Sozialbericht auf eine tiefer gehende Interpretation zum "Wanderungsverhalten" oder Rückschlüsse auf Abwanderungsgründe aus Bochum verzichtet.

Gesamtstädtischer Wanderungsquotient

Der Wanderungsquotient dagegen ist von dieser Entwicklung nicht tangiert. Der Vergleich mit den Wanderungsdaten aus dem Jahr 2003 (Sozialbericht 2005) ergibt, dass der Wanderungsquotient in beiden Jahren bei 18,2 % liegt, und auch auf Ortsteilebene gibt es keine signifikanten Abweichungen.

Im Jahr 2006 gab es in Bochum insgesamt 68.532 Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze und zwischen den Ortsteilen. Davon erfolgten 32.342 Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze, 36.190 An- und Abmeldungen entfielen auf Umzüge zwischen den Ortsteilen.

Wanderungsquotienten auf Ortsteilebene

Bei kleinräumiger Betrachtung finden sich vier Ortsteile, in denen eine verhältnismäßig hohe Bevölkerungsfluktuation festzustellen ist. So weisen die Ortsteile Gleisdreieck (34,7%) und Querenburg (32,2%) erheblich überdurchschnittliche Werte auf, die Ortsteile Kruppwerke (25,2%) und Hamme (24,8%) überdurchschnittliche Werte.

Alle vier Ortsteile zählen zu den benachteiligten Ortsteilen in Bochum. Aus der stadtsociologischen Forschung ist bekannt, dass in benachteiligten Ortsteilen oftmals eine deutlich höhere Fluktuation zu finden ist als in privilegierten Ortsteilen; dies kann Ausmaße annehmen, dass ein regelrechter Bevölkerungsaustausch stattfindet: besser Gestellte ziehen fort, "ärmere" Bevölkerung zieht verstärkt zu. Ob dies für obige vier Ortsteile gilt, kann nicht unterstellt werden, da die zur Zeit vorliegenden Zahlen eine solche Interpretation nicht zulassen. Hier sind andere Instrumente der Analyse notwendig, wie sie möglicherweise über BOKOS, ein Datenerfassungssystem integrierter Stadtentwicklung, zukünftig zur Verfügung stehen.

Die vier genannten Ortsteile weisen auch die höchsten ausländischen Bevölkerungsanteile auf. Da die Bevölkerungsfluktuation der ausländischen Bevölkerung deutlich höher ist als die der deutschen Bevölkerung, kann auch hierin eine der Ursachen für die hohe Bevölkerungsfluktuation insgesamt gesehen werden.

Der Ortsteil Querenburg fällt in diesem Zusammenhang - als Universitätsstandort - ein wenig aus dem Rahmen. Hier wird im Wesentlichen die "Wanderung" der Studenten ausschlaggebend sein, wie sich auch aus der altersstrukturierten Auswertung ersehen lässt. Von allen Zu- und Fortzügen in Querenburg (über die Stadtgrenze) entfallen 60,8 % auf die Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen (gesamtstädtischer Wert: 40,1 %).

Auf der anderen Seite lassen sich auch sechs Ortsteile identifizieren, in denen die Bevölkerungsfluktuation deutlich unter dem städtischen Durchschnitt liegt. Dies sind:

Langendreer	(13,5 %)
Stiepel	(13,4 %)
Bergen/Hiltrop	(13,2 %)
Höntrop	(13,1 %)
Linden	(12,7 %)
Harpen/Rosenberg	(11,6 %)

Die Wanderungsbewegung in den übrigen 20 Ortsteilen liegt im städtischen Durchschnittsbereich.

Gesamtstädtischer Wanderungsquotient der ausländischen Bevölkerung⁸

Der Wanderungsquotient der ausländischen Bevölkerung lag im Jahr 2006 mit 42,2 % wesentlich höher als der der Gesamtbevölkerung. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als Migration nun mal aus Zu- und Abwanderung besteht. Entsprechend hoch ist auch die Außenwanderung mit 8776 Zu- und Fortzügen; 5226 An- und Abmeldungen entfielen auf innerstädtische Umzüge.

Wanderungsquotienten ausländischer Bevölkerung auf Ortsteilebene

Kleinräumig betrachtet gibt es fünf Ortsteile mit vergleichsweise hoher und sieben Ortsteile mit relativ niedriger Fluktuation in der ausländischen Bevölkerung. Eine erheblich überdurchschnittliche Bevölkerungsfluktuation findet sich im Ortsteil Querenburg (64,9 %). Überdurchschnittlich ist sie noch in

Kornharpen/Voede-Abzweig	(62,0 %)
Wiemelhausen/Brenschede	(60,4 %)
Gerthe	(57,8 %)
Stiepel	(57,5 %)

Auch hier dürfte für Querenburg gelten, dass der hohe Wanderungsquotient vorwiegend auf die Zu- und Fortzüge von ausländischen Studenten zurück zu führen ist. Dafür spricht ebenfalls die altersstrukturierte Auswertung der Wanderungsbewegung. Von allen Zu- und Fortzügen (Querenburg) ausländischer Personen über die Stadtgrenze entfallen auf die Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen 62,8 % (gesamstädtischer Wert: 45,6 %).

Deutlich weniger Wanderungsbewegungen im Vergleich zum gesamtstädtischen Quotienten von 42,2 % gibt es in folgenden Ortsteilen:

Laer	(31,5 %)
Werne	(31,5 %)
Langendreer	(30,5 %)
Bergen/Hiltrop	(27,1 %)
Dahlhausen	(26,0 %)
Leithe	(25,3 %)
Harpen/Rosenberg	(24,5 %)

Die Wanderungsbewegung in den übrigen 18 Ortsteilen liegt im städtischen Durchschnittsbereich.

Wanderungssaldo

Neben der Zu- und Fortzugshäufigkeit ist auch die Wanderungsrichtung von Interesse, d. h. von wo nach wo Umzüge erfolgen, welche Ortsteile mehr Zuwanderung und welche mehr Abwanderung zu verzeichnen haben, wie die Bewegungen bei Binnen- und Außenwanderung sind etc.

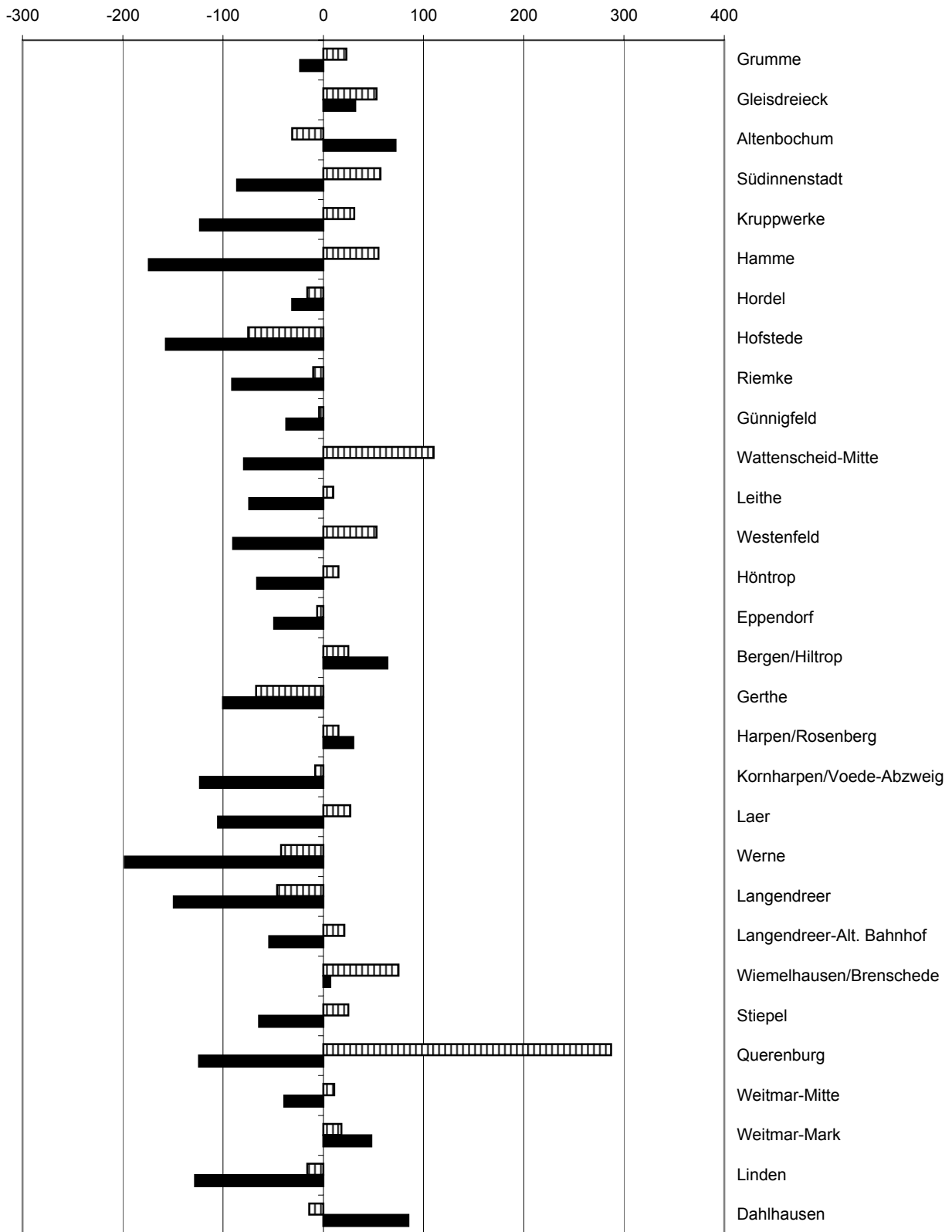
Auch wenn eine differenzierte Deutung des Wanderungssaldo aufgrund der oben erwähnten Gründe nicht möglich ist, können mit der Darstellung der Wanderungssalden in den Ortsteilen dennoch Trends aufgezeigt werden.

Das gesamtstädtische Wanderungssaldo im Jahr 2006 betrug -1.826 Personen. Von den 30 Ortsteilen weisen 21 Ortsteile ein negatives Wanderungssaldo auf; lediglich sieben Ortsteile verzeichnen ein positives Wanderungssaldo: Dahlhausen, Altenbochum, Bergen/Hiltrop, Weitmar-Mark, Gleisdreieck, Harpen/Rosenberg und Wiemelhausen/Brenschede.

Alle sieben Ortsteile "profitieren" von der Binnenwanderung, nur Dahlhausen auch von der Außenwanderung. Überhaupt weisen nur zwei Ortsteile einen positiven Wanderungssaldo aus der Außenwanderung auf; neben Dahlhausen ist dies der Ortsteil Querenburg. In Querenburg macht sich vor allem die Zuwanderung ausländischer Personen bemerkbar; hier ist ein positiver Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung von 318 Personen zu verzeichnen.

Die beiden folgenden Diagramme geben das Wanderungssaldo auf Ortsteilebene wieder. Das erste Diagramm enthält das Gesamtsaldo sowie zusätzlich das Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung. Das zweite Diagramm weist das Wanderungssaldo auf Ortsteilebene noch einmal differenziert nach Binnen- und Außenwanderung aus.

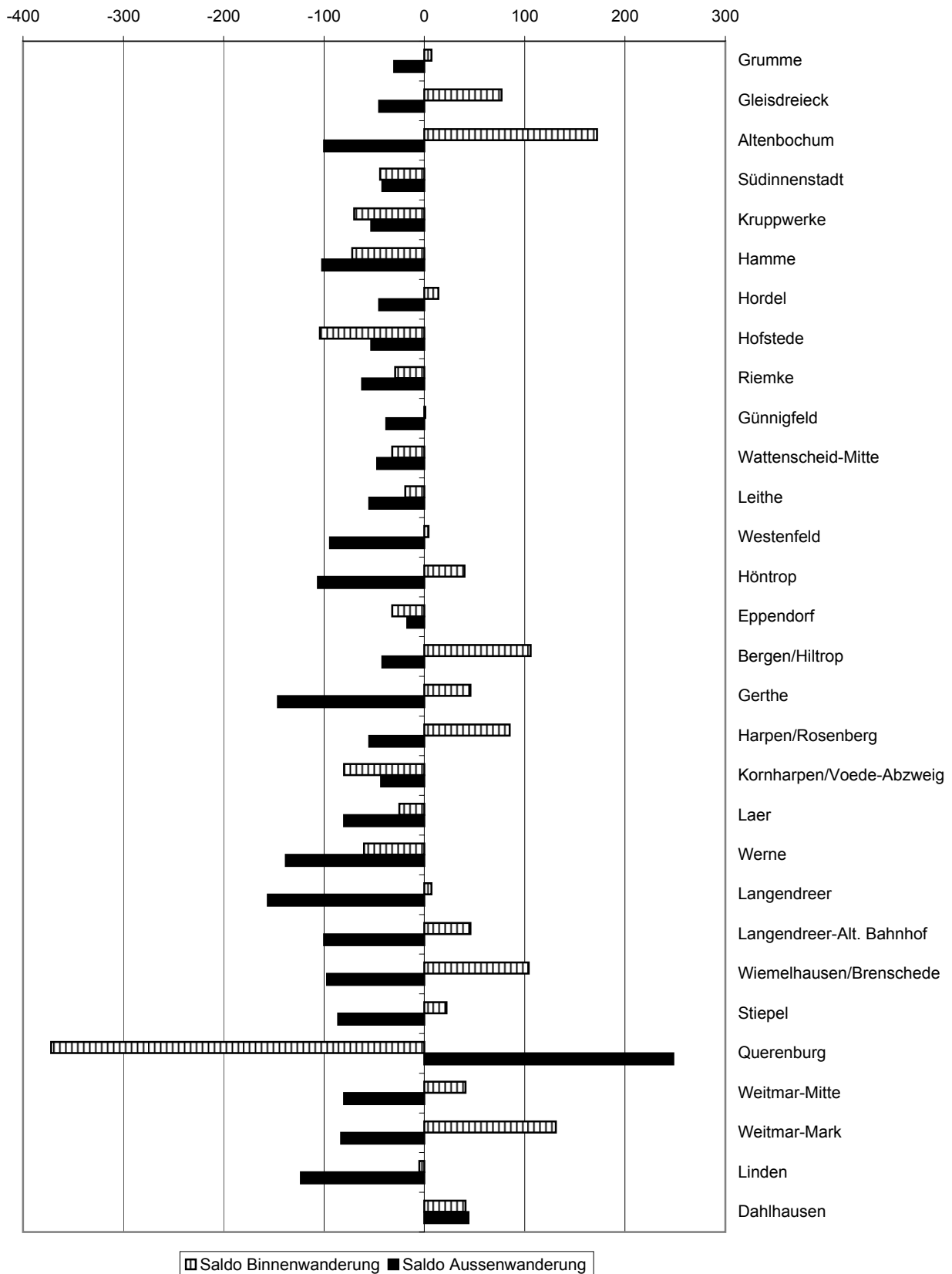
Wanderungssaldo gesamt und nicht deutsch 2006 - Personen



▨ Wanderungssaldo nicht deutsche Bevölkerung ■ Wanderungssaldo gesamt

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

Wanderungssaldo Binnen- und Aussenwanderung 2006 - Personen



Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

5.5 Einkommen

In einer hoch arbeitsteiligen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland müssen die meisten Güter und Dienstleistungen, die für die persönliche Lebensführung notwendig sind, gekauft werden. Damit wird die Verfügbarkeit von Geld, also ein ausreichendes und kontinuierlich fließendes Einkommen, zu einer entscheidenden Voraussetzung für den individuellen Lebensstandard. Je höher das Einkommen, umso besser ist die Versorgung mit materiellen Gütern und mit Dienstleistungen. "Dies betrifft nicht nur die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Bekleidung, die Größe und Qualität der Wohnung, die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, den Besitz eines Kraftfahrzeuges, sondern auch Freizeit und Urlaubsgestaltung, soziale Kontakte und Kommunikation, Bildung, kulturelle Betätigung sowie die Inanspruchnahme persönlicher und sozialer Dienstleistungen. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass heute eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ohne ausreichendes Einkommen nicht möglich ist."⁹

Um den Zusammenhang von Einkommen und gesellschaftlicher Teilhabe an einem Beispiel zu verdeutlichen, soll auf den Zusammenhang von Einkommen und Gesundheit eingegangen werden.

Exkurs zum Zusammenhang von Einkommen und Gesundheit

Ein ausreichendes und gesichertes Einkommen hat Auswirkungen auf weitere existentielle Bereiche wie z.B. die Alterssicherung oder die Gesundheitsvorsorge und -versorgung. Zu letzterem wurden aufschlussreiche Ergebnisse vom Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie vorgelegt.¹⁰ Danach ergaben sich folgende Zusammenhänge:

1. Bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von unter 1.500 Euro hatten Frauen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 78,4 Jahren, Männer von 71,1 Jahren. Frauen mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von mehr als 4.500 Euro hatten eine durchschnittliche Lebenserwartung von 87,2 Jahren, Männer von 80,0 Jahren. Zwischen diesen beiden Einkommensklassen liegt also - bei Männern wie bei Frauen - ein Unterschied an Lebenserwartung von rund neun Jahren.
2. Auch wurde der Zusammenhang zwischen Einkommen und erlebten Jahren in Rente für Männer untersucht. Danach hatten Männer in der Einkommensklasse unter 1.500 Euro im Durchschnitt 10,8 erlebte Rentenjahre, Männer in der Einkommensklasse über 4.500 Euro dagegen im Schnitt 18,2 erlebte Rentenjahre. Dies entspricht einer Differenz von immerhin 7,4 Rentenjahre. Einkommensstarke Männer haben damit eine um 69 % längere Rentenbezugsdauer als einkommensschwache Männer.
3. Ferner wurde auch der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Einkommen und Wahrscheinlichkeit, das Rentenalter zu erreichen, nachgegangen, auch hier wieder bezogen auf Männer. Im Ergebnis lag bei Männern mit einem monatlichen Bruttoeinkommen unter 1.500 Euro die Wahrschein-

lichkeit, das Rentenalter zu erreichen, bei 79,1 %; bei Männern mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von über 4.500 Euro lag sie bei 91,0 %.

Man kann die Ergebnisse - etwas verallgemeinernd - so auf den Punkt bringen: Menschen mit höheren Einkommen haben eine höhere Lebenserwartung, haben damit auch eine größere Chance, das Rentenalter zu erreichen, und ihnen verbleiben deutlich mehr erlebte Rentenjahre als Menschen mit niedrigem Einkommen.

Einkommensentwicklung in Bochum

Konnte im Sozialbericht 2005 die Einkommensverteilung für das Jahr 1998 dargestellt werden, liegt für den aktuellen Sozialbericht auch die Lohn- und Einkommensteuerstatistik für das Jahr 2001 vor. Somit kann erstmals im Vergleich der Jahre 1998 und 2001 die kleinräumige Entwicklung der durchschnittlichen Einkommen abgebildet werden.

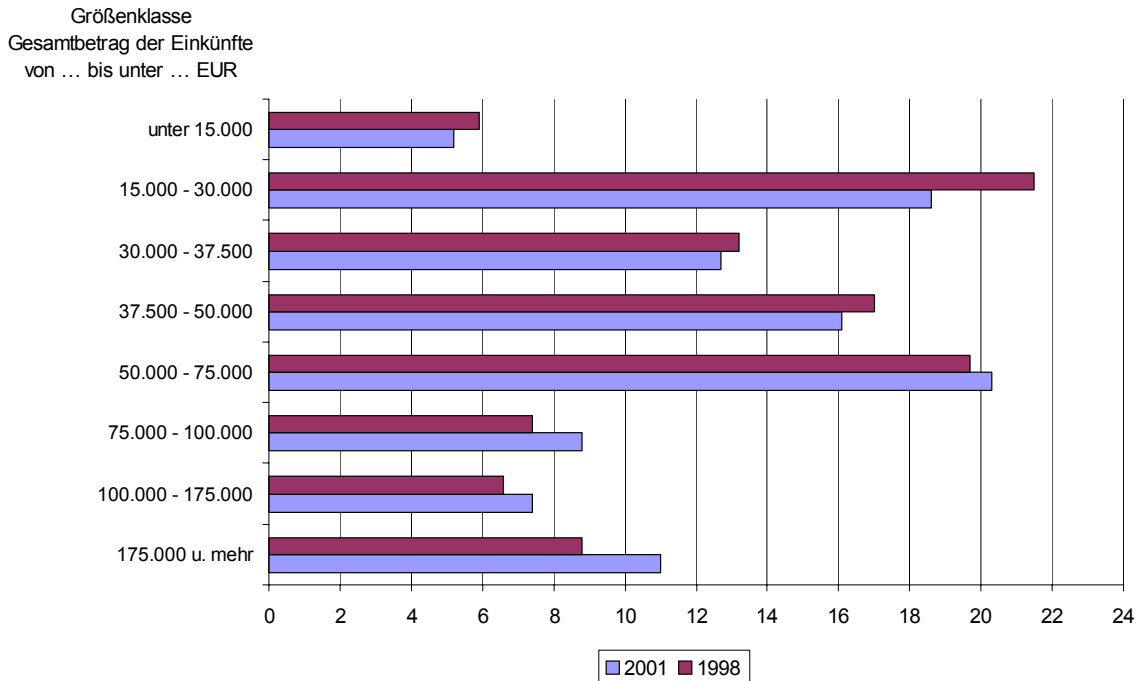
Der lange Auswertungsvorlauf von rund fünf Jahren beruht auf datentechnischen Bedingungen auf Landesebene und ist unvermeidbar. Dennoch gibt die Statistik auch im Rückblick wichtige Informationen über das in den Ortsteilen vorhandene durchschnittliche Einkommen und stellt damit ein Merkmal der sozio-ökonomischen Lage der Menschen in den Ortsteilen dar.

Im Vergleich der Erhebungsjahre 1998 und 2001 ist das Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigem in Bochum von 27.400 Euro auf 29.200 Euro angestiegen. Dies ist auf den ersten Blick eine durchaus positive Entwicklung, wenn im Jahr 2001 das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen 1.800 Euro höher liegt als noch im Jahr 1998.

Schaut man sich allerdings die Entwicklung der Durchschnittseinkommen etwas genauer an und differenziert nach Einkommens-Größenklassen, so wird offensichtlich, dass sich diese Entwicklung nicht für alle gleich vollzieht. Vielmehr zeigt sich eine unterschiedliche Entwicklung bei den unteren und den oberen Einkommensklassen. Folgende Grafik zeigt diese Entwicklung sehr anschaulich.

Einkünfte nach Größenklassen in Bochum

Vergleich der Erhebungsjahre 1998 und 2001



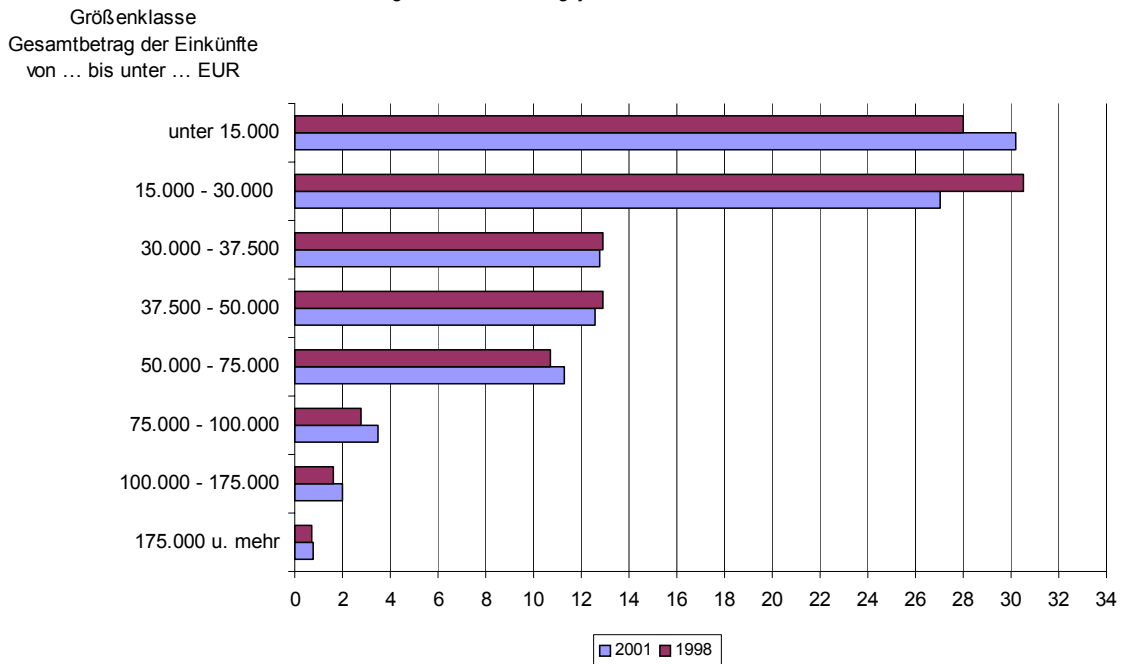
Quelle: Lohn- und Einkommenssteuerstatistik der Jahre 2001 und 1998
 Stadt Bochum, Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung

Nimmt man die Gesamtsumme der positiven Einkünfte, so entfallen im Jahr 2001 auf die unterste Einkommensklasse mit unter 15.000 Euro Jahreseinkommen rund 5 % der Einkünfte, knapp 1 Prozentpunkt weniger als 1998. Auf die höchste Einkommensklasse der Größenordnung 175.000 Euro u. mehr entfallen dagegen 11 % der Gesamteinkünfte, ein Plus gegenüber 1998 von über 2 Prozentpunkten. Überhaupt lässt sich feststellen, dass in den unteren vier Einkommensklassen die Summe der Einkünfte abgenommen hat, in den oberen vier Einkommensklassen nahmen die Einkünfte dagegen zu.

Aufschlussreicher noch wird diese Entwicklung, betrachtet man auch die Zahl der Steuerpflichtigen in den einzelnen Einkommensklassen. Dabei findet sich eben beschriebene Entwicklung - mit einer Ausnahme - auch hier wieder. In den oberen vier Einkommensklassen nahm die Zahl der Steuerpflichtigen zu, in den unteren Einkommensklassen nahm ihre Zahl ab. Einzige Ausnahme bildet hier die unterste Einkommensklasse. Hier ist ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen, der vermutlich mit dem ebenso deutlichen Rückgang in der nächst höheren Einkommensklasse zusammenhängen dürfte. Dies könnte ein Indiz sein, dass etliche Steuerpflichtige aus der zweitniedrigsten in die niedrigste Steuerklasse "gefallen" sind. Die folgende Grafik veranschaulicht auch diese Entwicklung:

Zahl der Steuerpflichtigen in Bochum

Vergleich der Erhebungsjahre 2001 und 1998



Quelle: Lohn- und Einkommenssteuerstatistik der Jahre 2001 und 1998
Stadt Bochum, Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung

Betrachtet man beide Grafiken nebeneinander, so lässt sich zweierlei folgern:

1. Rund 30 % der Steuerpflichtigen in Bochum "verdienen" im Jahr 2001 in der untersten Einkommensklasse - weniger als 15.000 Euro Jahresbrutto - und teilten sich dabei etwa 5 % aller Einkünfte. Am anderen Ende der Skala verfügte ein knappes Prozent der Steuerpflichtigen in der höchsten Einkommensklasse über 11 % aller Einkünfte. Anders ausgedrückt: Viele "verdienen" relativ wenig, wenige "verdienen" relativ viel.
2. Im Vergleich der Jahre 1998 und 2001 zeigt sich, dass hier die Schere auseinander ging. Etwas plakativ könnte man auch sagen: Die Armen wurden ärmer, die Reichen wurden reicher.

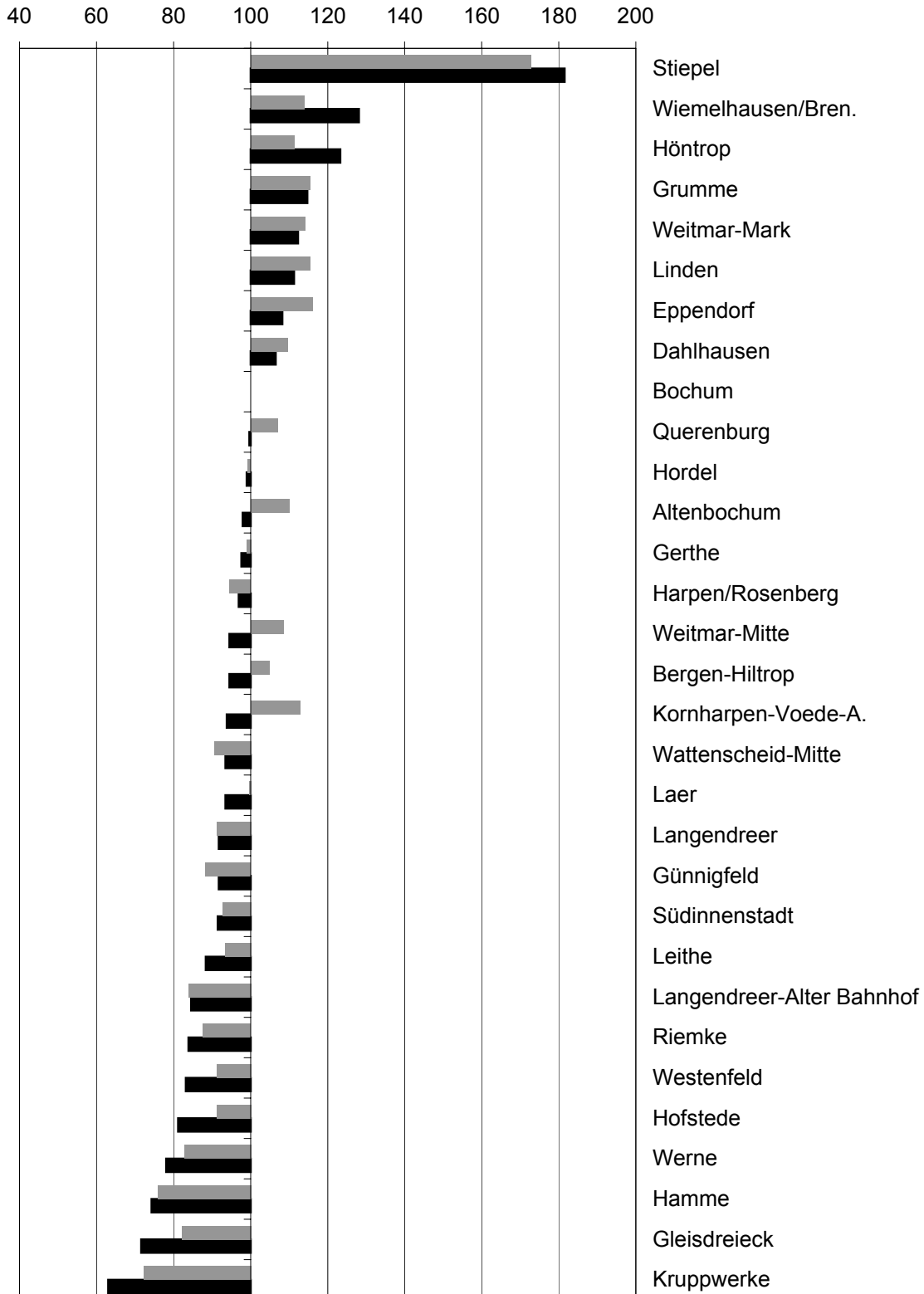
Einkommensverteilung in Bochum

Dass die Schere, wie eben beschrieben, auch unter räumlicher Betrachtung weiter auseinander geht, wird deutlich, wenn man sich die Einkommensverteilung auf Ortsteilebene anschaut. Im Jahr 1998 - das Durchschnittseinkommen in Bochum lag bei 27.400 Euro - gab es 13 Ortsteile, in denen das Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigem darüber lag, in 17 Ortsteilen lag es darunter, ein relativ ausgeglichenes Verhältnis.

Drei Jahre später betrug das Durchschnittseinkommen in Bochum 29.200 Euro; jetzt lagen nur noch 8 Ortsteile mit ihrem Durchschnittseinkommen darüber und 22 Ortsteile darunter. Das folgende Diagramm belegt diese Entwicklung.¹¹

Es wird hier ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Entwicklung des Durchschnittseinkommens - insbesondere auf Ortsteilebene - vielfachen Einflüssen unterliegen kann und zulässigerweise nicht monokausal erklärt und begründet werden kann. So genügt u. U. der Zuzug weniger Einkommensreicher, dass sich das Durchschnittseinkommen im Ortsteil nach oben bewegt.

Durchschnittseinkommen in den Bochumer Ortsteilen im Verhältnis zum städtischen Durchschnittswert (Gesamtstadt = 100) 1998 und 2001



Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

■ 2001 ■ 1998

5.6 Wahlbeteiligung als Ausdruck demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichen Engagements

Untersuchungen haben gezeigt, dass zwischen Wahlbeteiligung und gesellschaftlicher Teilhabe ein enger Zusammenhang besteht. Wer Arbeit hat, über stabile soziale Netzwerke verfügt und gesellschaftlich integriert ist, engagiert sich in der Regel auch eher in Politik und Gesellschaft.

Im Umkehrschluss wird ebenso nachgewiesen, dass mangelnde gesellschaftliche Teilhabe diese Bereitschaft entscheidend senkt. Soziale Benachteiligung führt häufig zu fehlender Einbindung in soziale Netze und zum Rückzug aus gesellschaftlichem Engagement.

Diese Erkenntnisse sollten bei allen Konzepten und Planungen berücksichtigt werden, welche die Beteiligung und das Engagement der Betroffenen insbesondere in benachteiligten Ortsteilen voraussetzen.

Gesellschaftliches Engagement kann unterschiedliche Formen annehmen. Das Spektrum reicht von der Mitgliedschaft in Parteien oder anderen Organisationen über die Teilnahme an politischen Veranstaltungen oder Bildungsmaßnahmen bis hin zur Wahlbeteiligung.

Der Wahlbeteiligung kommt dabei besondere Bedeutung zu. Sie stellt einen grundlegenden demokratischen Akt dar und ist ein Indikator für das politische Interesse und das Engagement der wahlberechtigten Bevölkerung insgesamt. Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene kann ein Indiz sein für die Identifikation und Handlungsbereitschaft der Bevölkerung, sich für "ihren" Ortsteil zu engagieren. Darüber hinaus gibt Wahlbeteiligung mit anderen Indikatoren zusammen genommen auch einen Hinweis auf soziale Segregationstendenzen in einem Stadtteil.¹²

Vor diesem Hintergrund wird in diesem Sozialbericht auch die Wahlbeteiligung in Bochum kleinräumig untersucht. Dabei wird ausschließlich der Frage nachgegangen, wie ausgeprägt die Wahlbeteiligung in den Ortsteilen ist, nicht aber, wie sich das Wahlverhalten bezüglich der politischen Parteien darstellt.

Sozialstrukturelle Gebietstypologie und Wahlbeteiligung in Bochum

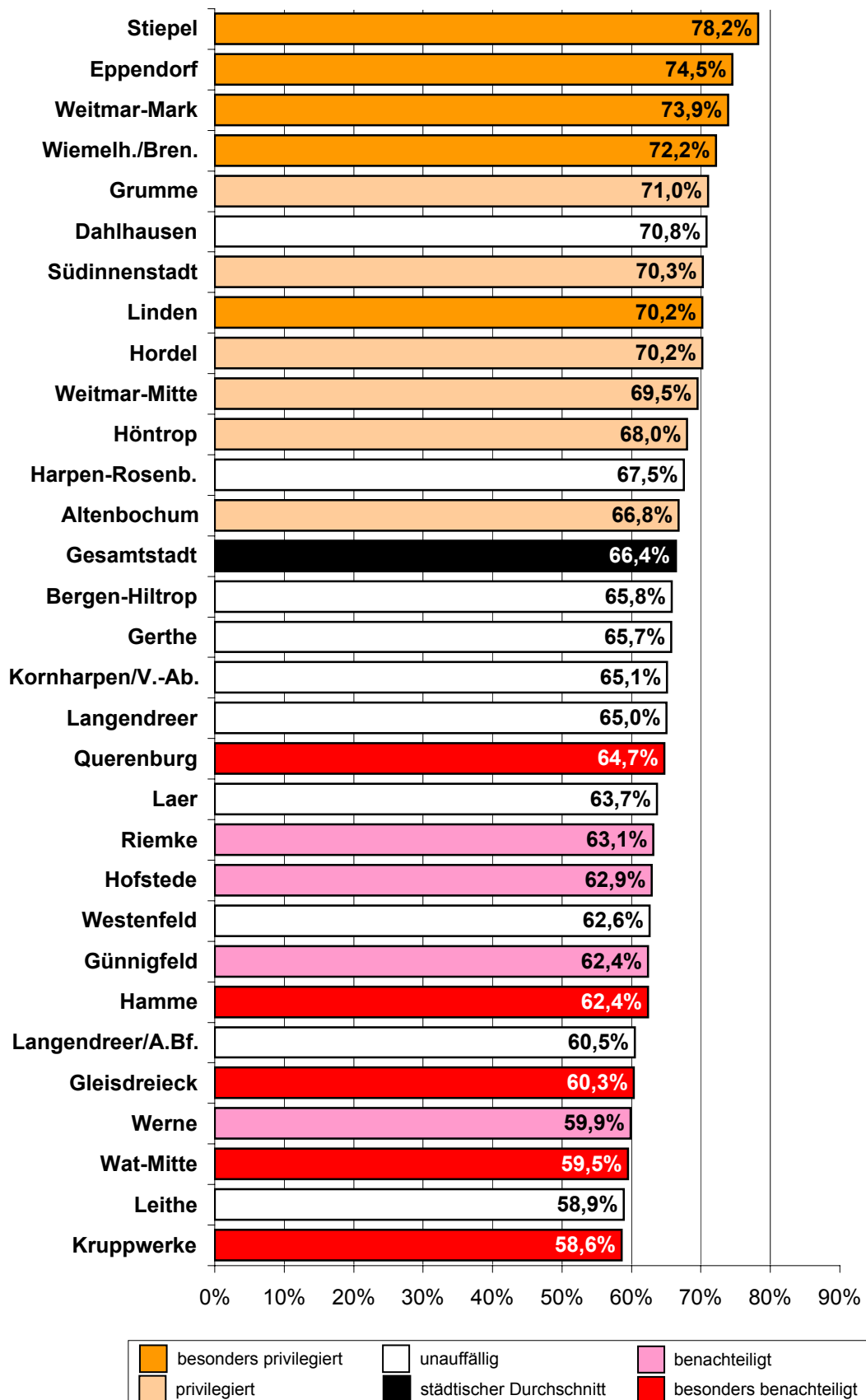
Als Indikator für die gesellschaftliche Teilhabe wird auf die Gebietstypologie des Sozialberichts 2005 zurückgegriffen.

Für die Darstellung der Wahlbeteiligung wurden die 318 Stimmbezirke Bochums den 30 Ortsteilen zugeordnet. Als Wert für die Wahlbeteiligung wurde ein Mittelwert aus den Ergebnissen der Kommunalwahl 2004, der Landtagswahl 2005 und der Bundestagswahl 2005 gebildet.

Auf der Basis dieser Daten stellt sich die Wahlbeteiligung in Bochum auf der Ebene der 30 Ortsteile wie folgt dar:

Wahlbeteiligung und sozialstrukturelle Differenzierung

(Mittelwert der Kommunalwahl 2004, Landtagswahl 2005 und Bundestagswahl 2005)



Datenquelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Basis sozialstrukturelle Differenzierung 2003

Bei der Wahlbeteiligung gab es auf der Ebene der 30 Ortsteile z. T. erhebliche Unterschiede. Zwischen dem Ortsteil mit der höchsten Wahlbeteiligung (Stiepel) und dem Ortsteil mit der niedrigsten (Kruppwerke) betrug der Unterschied 19,6 Prozentpunkte.

In allen 11 privilegierten Ortsteilen lag die Wahlbeteiligung über dem Wert der Gesamtstadt. Umgekehrt lag die Wahlbeteiligung in allen sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen unterhalb des gesamtstädtischen Wertes.

Die kleinräumige Analyse der Wahlbeteiligung bestätigt den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Teilhabe und Bereitschaft zur politischen Partizipation. In den sozialstrukturell privilegierten Ortsteilen Bochums ist tendenziell eine höhere Wahlbeteiligung zu beobachten. Dies deutet auch auf ein größeres Potential für gesellschaftliches Engagement in diesen Ortsteilen hin. Umgekehrt ist die Wahlbeteiligung in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen tendenziell niedriger. Von daher ist auch mit einem geringeren Potential für gesellschaftliches Engagement zu rechnen.

Anmerkungen:

1. Aufgrund der bereits beschriebenen Veränderungen des Indikators Sozialhilfe durch das SGB II und durch die Einführung der Zweitwohnungssteuer, die zu einer Bereinigung der Einwohnerdatei und damit zu einem deutlichen Rückgang der Einwohnerzahl der Stadt Bochum führte, ist rückwirkend keine Darstellung von Zeitreihen möglich. Somit können auch keine Vergleiche der sozialstrukturellen Differenzierung der Ortsteile mit den vorangegangenen Bochumer Sozialberichten (2004 und 2005) gezogen werden. Die vorliegende Gebietstypologie stellt den Beginn einer neuen Zeitreihe dar.
2. Zur sozialstrukturellen Differenzierung der Ortsteile siehe Glossar "Benachteiligte, privilegierte und unauffällige Ortsteile/Clusteranalyse"
3. Vgl. auch Kapitel 8, Armut in Bochum
4. Das Haushaltegenerierungs-Verfahren generiert auf der Basis der Einwohnermeldedaten die Haushalte. Die Einführung der Zweitwohnungssteuer in Bochum zum 01.01.2004 wirkt sich unmittelbar auf die Haushaltdaten ab 2004 aus. Es erfolgten zahlreiche Um- und Abmeldungen von Bürgern/Bürgerinnen, die in Bochum eine Zweitwohnung besaßen. Diese melderechtlichen Statusveränderungen bewirken in direktem Zusammenhang auch eine Veränderung der Bevölkerungs- und Haushaltezahl. Ein Vergleich der Entwicklung in der Historie (vor 2004) ist deshalb nicht mehr möglich.
Da es sich bei der Haushaltegenerierung um ein Schätzverfahren (keine Erhebung) handelt, sind die Werte generell gerundet. Durch Auf- bzw. Abrundung kann sich eine Abweichung zum Gesamtwert (Stadt und Stadtbezirke) ergeben.
Als Basis zur Berechnung der Haushalte wird die Bevölkerung in Privathaushalten zugrunde gelegt. Diese entspricht in Bochum der wohnberechtigten Bevölkerung, d.h. es werden alle Einwohner/-innen mit Haupt- und Nebenwohnsitz, abzüglich der Bevölkerung in Heimen/Anstalten, erfasst. Stand: 31.12.2006; Haushalte nach Haushaltstyp (HHSTAT). Quelle: EWO-Datei der Stadt Bochum, Haushaltegenerierungsverfahren
5. Als Kind/er sind hier ledige Personen unter 18 Jahren im Haushalt definiert.
6. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Monitor Familienforschung, Ausgabe Nr. 10 - Kinderreichtum in Deutschland, S. 6
7. Als alleinerziehende Haushalte sind hier definiert:
 - a) Bezugsperson ohne ehelichen oder nichtehelichen Partner, mindestens ein Kind, keine weitere Person;
 - b) Bezugsperson ohne ehelichen oder nichtehelichen Partner, mindestens ein Kind, mindestens eine weitere Person.
8. Die Wanderungsbewegung der deutschen Bevölkerung mit Migrationshintergrund lässt sich aufgrund der amtlichen Datenlage, die bekanntermaßen den Migrationshintergrund nicht ausweist, zahlenmäßig nicht erheben, sodass hier ausschließlich die nicht deutsche Bevölkerung thematisiert werden kann.
9. G. Bäcker u.a., a.a.O.
10. Ausgewertet wurden die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für die Jahre 2000 bis 2004, einer repräsentativen Stichprobe mit jährlich mehr als 22.000 Befragten

11. In dem Diagramm wird das gesamtstädtische Durchschnittseinkommen jeweils mit dem Wert 100 gesetzt; die Werte der 30 Ortsteile geben die jeweilige Abweichung nach oben bzw. unten an. Beispiel: Im Jahr 2001 lag das Durchschnittseinkommen in Stiepel bei 182, also 82 (Prozent) über dem städtischen Durchschnittseinkommen. Im Ortsteil Kruppwerke dagegen betrug das Durchschnittseinkommen nur 63 von 100, lag also 37 (Prozent) unter dem städtischen Durchschnittseinkommen. Beiden Diagrammen liegt als Quelle die Lohn- und Einkommensteuerstatistik zugrunde.
12. Strohmeier, K. P.: Segregation in Städten. Bonn 2006

6. Bildung als Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe

Bildung fängt bei den Kleinen an und hört bei den Großen - nicht auf! Im Gegenteil: im Zuge der demografischen Entwicklung wird die Lebensarbeitszeit verlängert; gleichzeitig nimmt der Anteil der jüngeren berufstätigen Menschen weiterhin ab, so dass die Wirtschaft zukünftig verstärkt auf ältere Arbeitnehmer angewiesen sein wird. Dies wird jedoch nur gelingen können, wenn sich einerseits Schul- und Berufsausbildung den gesellschaftlichen Erfordernissen anpassen und berufliche Weiterbildung (Stichwort: lebenslanges Lernen) zur Selbstverständlichkeit wird. Dabei wird es darauf ankommen, auch bildungsferne Schichten durch Förderung in diesen Prozess zu integrieren.

Bildung stellt eine der wesentlichen Grundvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe dar. Die Wandlung der Gesellschaft zur Wissensgesellschaft, die Veränderung der Arbeitswelt mit ihren immer höheren Anforderungen an die beruflichen Voraussetzungen lassen Bildung zu einem wesentlichen Teilhabemerkmale werden. Kurz gesagt: Wer viel Bildung vorweisen kann, verfügt über mehr Teilhabe- und Verwirklichungschancen als jemand, der nur geringe Möglichkeiten hat, Bildung zu erwerben. Unter diesem Aspekt und der Fragestellung, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen und Bildungszugängen, greift der Sozialbericht das Thema Bildung auf.

Unter dem klassischen Bildungsbegriff wird "die Formung des Menschen im Hinblick auf seine geistigen, seelischen, kulturellen und sozialen Fähigkeiten" verstanden. Im Unterschied zur Erziehung "gilt Bildung heute v.a. als lebenslange, nie endgültig abschließbare Leistung der Eigentätigkeit und Selbstbestimmung des sich gezielt bemühenden Menschen. Bildung (Allgemeinbildung) und Ausbildung (Berufsausbildung) ergänzen einander."¹ Dieser Bildungsbegriff klammert den engen Zusammenhang von Erziehung und Bildung aus. In der Sozialberichterstattung wird deshalb ein Bildungsverständnis zugrunde gelegt, welches Bildung als ganzheitlichen Prozess von Wissensaneignung und Erziehung betrachtet.²

Messbar ist die formale Bildung in der Regel an Bildungskompetenzen (z. B. in den PISA-Studien) und Bildungszertifikaten (z. B. Schul- und Berufsabschlüsse). Voraussetzung für den Erwerb von Bildungskompetenzen und -zertifikaten ist die ungehinderte Teilhabe am Bildungssystem. Fehlende Teilhabechancen können zu Bildungsarmut und damit zu sozialer Ungleichheit führen, da erwiesenermaßen sozialer Status und formale Bildung miteinander korrelieren. Dabei ist noch zu unterscheiden zwischen relativer und absoluter Bildungsarmut. Als relativ bildungsarm kann hier der Personenkreis angesehen werden, "der - in Zertifikaten, also Prüfungsnachweisen gemessen - weniger Bildung aufweist als der Durchschnittsdeutsche."³ Absolute Bildungsarmut ließe sich anhand fehlender Abschlusszertifikate messen. "Da in der Bundesrepublik nicht die Dauer des Schulbesuchs, sondern der erfolgreiche Abschluss (Zertifikat) belohnt wird, ist ein Fehlen des Hauptschul- bzw. beruflichen Bildungsabschlusses ein hartes, klares Merkmal für Unterversorgung mit schulischer Bildung."⁴

Bildungssituation in Bochum

Die Bildungssituation in Bochum beschreiben zu wollen, ist eine komplexe Herausforderung und kann nicht die Aufgabe der Sozialberichterstattung sein. So plant das Schulverwaltungsamt, eine Bildungsberichterstattung für Bochum zu etablieren; der erste Bildungsbericht soll voraussichtlich 2008 erscheinen. Damit ist eine detaillierte Beschreibung und Bewertung der Bildungssituation in Bochum zu erwarten.

Der Sozialbericht versucht, die Bildungssituation in Bochum unter folgenden Fragestellungen zu beschreiben:

- Gibt es einen Zusammenhang zwischen sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen - und damit benachteiligenden Lebensbedingungen für die Bevölkerung - und Bildungszugängen?
- Welche Bedeutung haben Institutionen (Schule und Kinderbetreuungs-/förderangebote) für die Bildungsbiografien, insbesondere von "benachteiligten" Kindern und Jugendlichen?
- Gibt es einen Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und dem Übergang von der Schule in den Beruf ?

Um diese Fragen ansatzweise beantworten zu können, werden Kennzahlen herangezogen, wie z. B.

- die Versorgungsquote mit Plätzen für Kinder unter 3 Jahren;
- die Versorgungsquote mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren;
- die Versorgung mit offenen Ganztagsgrundschulen;
- die Anzahl und räumliche Verteilung der Familienzentren;
- die kleinräumige Auswertung der Schulübergänge für die Jahre 2003 bis 2007 von der Grundschule zur weiterführenden Schule und
- die Versorgung mit Ausbildungsplätzen.

Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von unter 3 Jahren

Mit der Verabschiedung des Tagesstättenausbaugesetzes soll dem zunehmenden Bedarf an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige - auch als Folge der Einführung des SGB II - Rechnung getragen werden. Bundesweit wird eine Versorgungsquote von 20 % bis zum Jahr 2010 angestrebt. Auch für Bochum wurde diese Zielmarke festge-

legt. Am 31.08.2007 betrug die Versorgungsquote in Bochum 15,4 %. Bezogen auf die Stadtbezirke sieht die Versorgungssituation wie folgt aus:

Versorgungsquote unter 3-Jähriger in den Stadtbezirken

Stadtbezirk	Versorgungsquote
I Mitte	15,2 %
II Wattenscheid	8,2 %
III Nord	19,6 %
IV Ost	14,1 %
V Süd	25,5 %
VI Südwest	16,0 %
Bochum	15,4 %

Quelle: Stadt Bochum, Jugendamt; Stand: August 2007

Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren

Die Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen war in der Vergangenheit in Bochum mehr als gut. Im Jahr 2003 lag die Versorgungsquote noch bei 100 %; sie stieg bis zum Jahr 2007 auf inzwischen 105 % an, d. h. für alle Kinder im Kindergartenalter steht ein Kita-Platz zur Verfügung.

Exkurs: Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen für Kinder

In den kommunalen Statistiken werden zur Zeit die Kinder mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung nicht erfasst.

Seit 2006 sind die einzelnen Kindertageseinrichtungen verpflichtet, im Rahmen der statistischen Erhebungen an das Land den Migrationshintergrund der Kinder in den Einrichtungen zu erfassen.⁵

Für Bochum stellte sich die Situation zum Stichtag 15.03.2007 wie folgt dar: Von den insgesamt 10.461 Kindern in den Einrichtungen kamen 3.600 Kinder aus einem Elternhaus mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft. D. h., in den Einrichtungen hatte mindestens ein Drittel der Kinder einen Migrationshintergrund. Diese Situation macht es erforderlich, dass sich die Einrichtungen auf die hiermit verbundenen neuen Herausforderungen einstellen.

Familienzentren

Um Kinder und Familien gemeinsam zu fördern und nachhaltig zu unterstützen, ist es Ziel der Landesregierung, verstärkt Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren zu erweitern. Bildung, Erziehung und Betreuung als Aufgabe der Kindertageseinrichtungen sollen mit Angeboten der Beratung und Hilfe für Familien zusammengeführt werden.

Auch in Bochum haben sich eine Reihe von Kindertageseinrichtungen für den Ausbau und die Zertifizierung zum Familienzentrum beworben. Mittlerweile sind es 15 Einrichtungen; vier davon sind schon zertifiziert, die übrigen elf streben die Zertifizierung an. Wenn die Zertifizierungsphase abgeschlossen ist, befinden sich in Bochum in fast allen erheblich sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen Familienzentren. Insgesamt verteilen sie sich dann wie folgt über das Stadtgebiet:

Familienzentren in Bochum - Verteilung in den Ortsteilen

Ortsteil	Anzahl der Familienzentren
10 Grumme	1
15 Kruppwerke	2
16 Hamme	1
25 Wattenscheid-Mitte	1
26 Leithe	1
27 Westefeld	1
37 Gerthe	1
48 Langendreer	2
54 Stiepel	1
55 Querenburg	2
63 Weitmar-Mitte	1
66 Dahlhausen	1

Quelle: Stadt Bochum, Jugendamt; Stand: Januar 2008

Offene Ganztagsgrundschulen

Mit der Einführung der offenen Ganztagsgrundschulen wurden die bisherigen Betreuungsangebote wie "13+" oder "Schule bis eins" modifiziert und deutlich erweitert. Dabei steht der Förderaspekt an erster Stelle. Im Abgleich mit den Sozialberichten 2004 und 2005 wurden die offenen Ganztagsgrundschulen verstärkt in den als benachteiligt identifizierten Ortsteilen eingerichtet. Inzwischen ist die Entwicklung in Bochum so weit fortgeschritten, dass die vom Land bis 2007 vorgegebene Quote (Ganztagsplätze für 25 % aller Grundschul Kinder) deutlich überschritten wird. Bis zum Schuljahr 2006/2007 waren 46 (von insgesamt 61) Grundschulen mit 120 Gruppen und 2.835 Kindern im offenen Ganztagsbetrieb.⁶ Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund lag bei 26,4 %. Mit dem Schuljahr 2007/2008 befinden sich 57 von 61 Grundschulen mit 3.584⁷ Kindern in 145 Gruppen im offenen Ganztagsbetrieb. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bei 31,5 %. Mit dem aktuellen Schuljahr besteht in Bochum ein nahezu flächendeckendes Ganztagsangebot an Grundschulen.

Schulübergänge von der Grundschule zur weiterführenden Schule

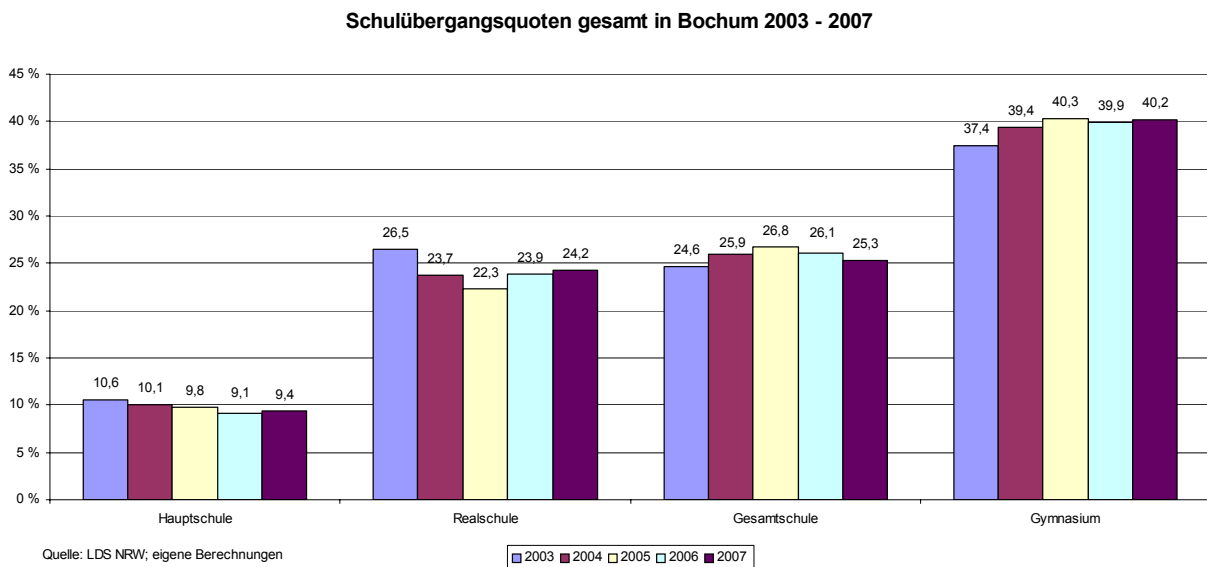
Die "Institutionen der Erziehung und Bildung strukturieren den Alltag von Kindern und Jugendlichen in beträchtlichem Maße, stellen entscheidende Entwicklungsaufgaben und gehören zu den wichtigsten Orten der Formierung sozialer Netzwerke für die Heranwachsenden. Nicht nur wegen der Dauer und der Intensität sind diese Institutionen von

beträchtlicher Relevanz dafür, wie die Lebenslagen der Heranwachsenden gestaltet sind, sondern auch aufgrund der zukunftsentscheidenden Konsequenzen, die mit der Teilhabe - insbesondere an der Schule - verbunden sind.⁸

Erstmalig werden deshalb in diesem Sozialbericht die Schulübergänge von der Grundschule zur weiterführenden Schule untersucht, und zwar für die Jahre 2003 bis 2007⁹. Da der Wohnort der Schüler nicht ausgewertet werden kann, werden die Schulstandorte zugrunde gelegt. Die Schulbezirke sind zwar nicht deckungsgleich mit den Ortsteilen, aber auch nicht gravierend von diesen abweichend. Eine personenbezogene Auswertung, die u.a. auch zulässt, Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen zu verfolgen, ist derzeit nicht möglich.¹⁰

Schulübergänge insgesamt

Das folgende Diagramm veranschaulicht die Verteilung der Übergänge 2003 bis 2007.



Im Vergleich der Jahre 2003 bis 2005 wird deutlich, dass die Übergänge zum Gymnasium und zur Gesamtschule zunahmen. Die Übergänge zur Realschule nahmen dagegen ab, ebenso - wenn auch nur leicht - die Übergänge zur Hauptschule. In den Jahren 2006 und 2007 veränderte sich die Entwicklung leicht. Die Übergänge zum Gymnasium lagen weiterhin bei etwa 40 Prozent. Die Übergänge zur Gesamtschule nehmen wieder ab, die Übergänge zur Realschule zu. Auch die Übergänge zur Hauptschule nehmen im Jahr 2007 wieder leicht zu.

Gesamtstädtisch betrachtet ist im Jahr 2007 der Übergang von der Grundschule zum Gymnasium mit 40,2 % der häufigste, gefolgt von Gesamtschule (25,3 %) und Realschule (24,2 %); deutlich dahinter liegen die Hauptschulen mit 9,4 %.

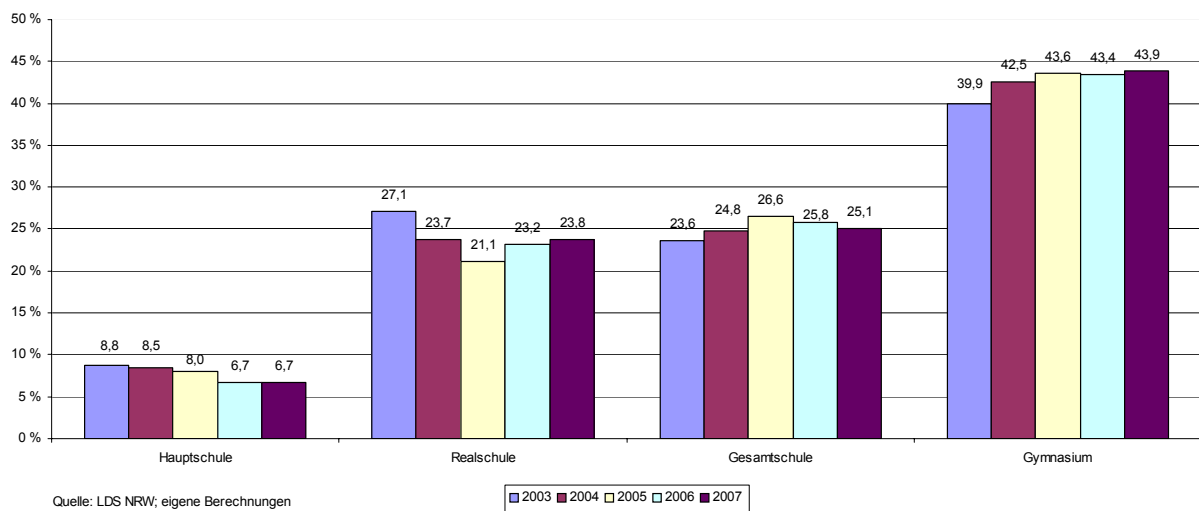
Diese Verteilung auf die Schultypen zeichnet sich auch für das kommende Schuljahr 2008/ 2009 ab. Nach Ablauf der Anmeldefrist für die weiterführenden Schulen verteilen

sich die Anmeldungen wie folgt: Von den über 3.000 Schulwechslern wurden 41,1 % an Gymnasien angemeldet, 24,5 % an Gesamtschulen, 22,4 % an Realschulen und 5 % an Hauptschulen. Besonders dramatisch ist dabei die Entwicklung der Anmeldezahlen bei den Hauptschulen.¹¹

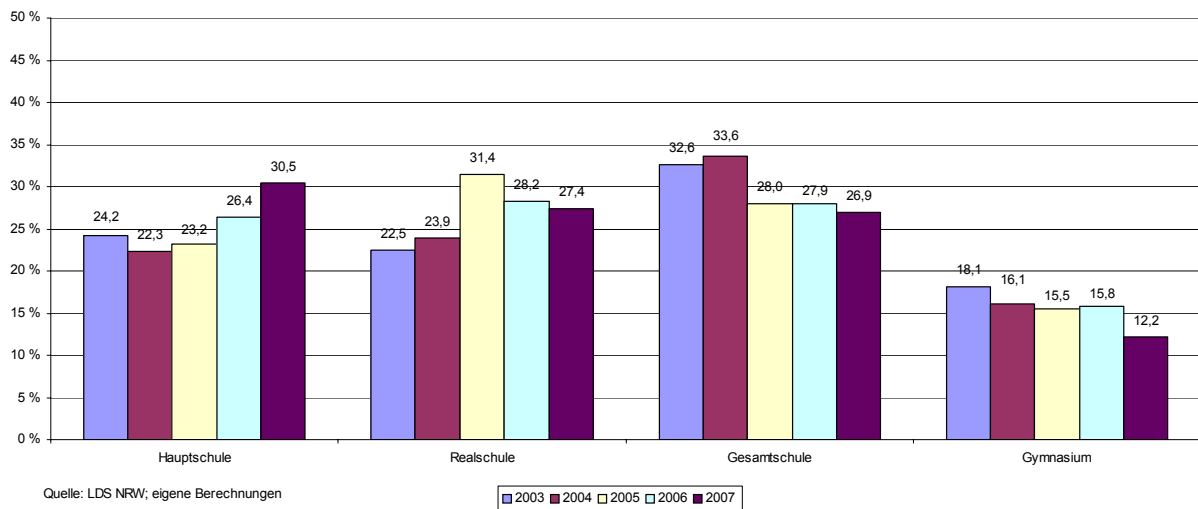
Schulübergänge deutscher und ausländischer Schüler

Vergleicht man die Schulübergänge deutscher und ausländischer Schüler, so zeigen sich erhebliche Unterschiede. Die beiden folgenden Diagramme machen dies deutlich.

Schulübergangsquoten deutscher Kinder nach Schulformen in Bochum 2003 - 2007



Schulübergangsquoten ausländischer Kinder nach Schulformen in Bochum 2003 - 2007



Besonders bemerkenswert sind die Unterschiede bei den Übergängen zum Gymnasium und zur Hauptschule. Im Vergleich zu deutschen Schülern gehen ausländische Schüler deutlich seltener zum Gymnasium und deutlich häufiger zur Hauptschule. Im Jahr 2007 wechselten von den deutschen Schülern 43,9 % zum Gymnasium, bei den ausländischen Schülern waren es nur 12,2 %. Umgekehrt wechselten 6,7 % der deutschen Schüler zur Hauptschule, bei den ausländischen Schülern waren es 30,5 %. Bei den Übergängen zur Gesamtschule und zur Realschule sind die Unterschiede nicht ganz so eindeutig. Jeweils etwa ein Viertel aller Schulübergänge erfolgen bei deutschen wie bei ausländischen Schülern zur Real- und zur Gesamtschule.

Die Schere zwischen den deutschen und nicht deutschen Schülern ging bei den Schulübergängen im Vergleich der Jahre 2003, 2004 und 2005 weiter auseinander.

Schulabschlüsse deutscher und ausländischer Schulabgänger

Diese Ungleichheit bei den Bildungszugängen zwischen der deutschen und ausländischen Bevölkerung zeigt sich auch an den Schulabschlüssen. Von allen Entlassschülern des Schuljahres 2005/2006 in Bochum verließen 6,1 % der deutschen Schüler die Schule ohne Hauptschulabschluss, aber 14,3 % der ausländischen Schüler. 16,9 % der deutschen Schüler verließen die Schule mit Hauptschulabschluss, bei den ausländischen Schülern waren es 32,0 %. Und entsprechend sah es auch bei der Hochschulreife aus: 32,8 % der deutschen Schulabgänger verfügten über die Hochschulreife, aber nur 16,4 % der ausländischen Schulabgänger.¹²

Weitere Entwicklung der Schulübergänge

Mit dem Schuljahr 2007/2008 hat es zwei Neuerungen gegeben. Zum einen können Eltern jetzt durch den Wegfall der bis dahin geltenden Schuleinzugsbezirke die weiterführende Schule für ihr Kind frei wählen. Dies ist allerdings nur möglich im Rahmen der bestehenden Platzkapazitäten der Schulen. Bei Anmeldeüberhängen werden die Schüler auf andere Schulen umverteilt.

Zum anderen wurde die verbindliche Empfehlung seitens der Schule für die geeignete Schulform eingeführt. Eltern, die mit der Empfehlung für ihr Kind nicht einverstanden sind, können ihr Kind an einem Prognoseunterricht teilnehmen lassen, in dem die Schulempfehlung überprüft wird. Inwieweit sich diese Neuerungen auf die zukünftigen Schulübergänge auswirken, muss abgewartet werden.

Erste Ergebnisse zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 zeigen jedoch keine gravierenden Verschiebungen. So lag bei den 3.149 Viertklässlern die Umverteilungsquote¹³ mit 9,0 % nur unwesentlich über der des Vorjahres (8,3 %).¹⁴ Und eine Überprüfung der Schulempfehlung durch Prognoseunterricht war nur in 84 Fällen notwendig.¹⁵

Mit dem Schuljahr 2008/2009 steht noch eine weitere Neuerung an, diesmal für den Übergang von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule. Eltern können dann erstmals ohne Rücksicht auf Schulbezirksgrenzen die Grundschule für ihr Kind wählen. Auch hier gilt es zu beobachten, ob es zu einer zunehmenden "Bildungssegregation" kommt.

Ergebnisse aus Städten, die die Wahlfreiheit schon für das Schuljahr 2007/ 2008 erlaubt hatten, deuten darauf hin. So sind z. B. die Anmeldungen an Schulen mit hohem Ausländeranteil deutlich zurückgegangen, die an Schulen mit wenigen Ausländern haben zugenommen.¹⁶

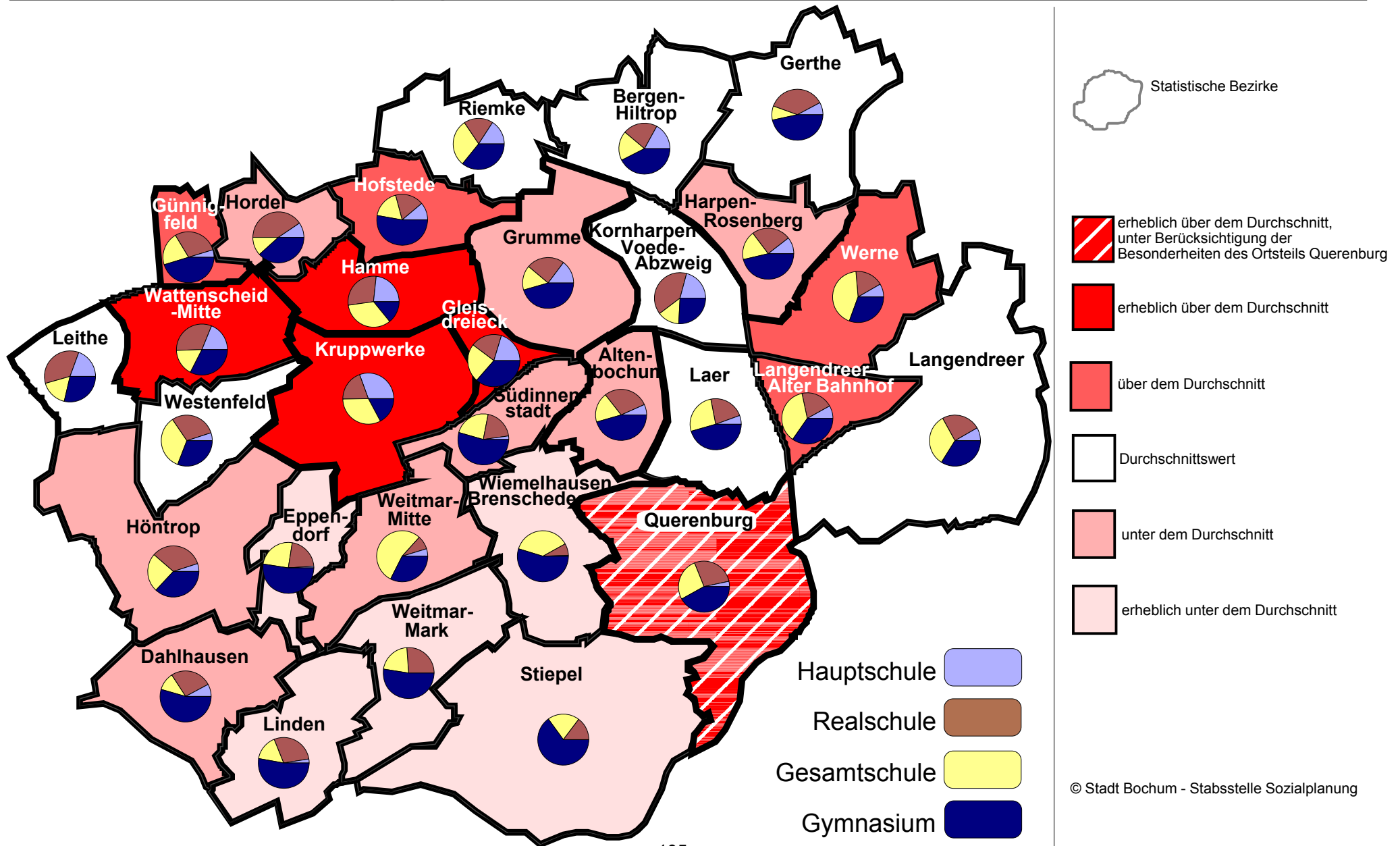
Kleinräumige Betrachtung der Schulübergänge

Für die Sozialberichterstattung von besonderer Bedeutung ist die Frage, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen benachteiligten Ortsteilen und Bildungschancen. Somit wurden die Schulübergänge auch auf Ortsteilebene ausgewertet. Ein Schwerpunkt bei der Auswertung wurde auf die Übergänge zum Gymnasium gelegt. Dabei wurde der Besuch des Gymnasiums mit der Option, die Hochschulreife zu erlangen, als Kennzahl für die größtmögliche (Schul-)Bildungschance gesetzt.

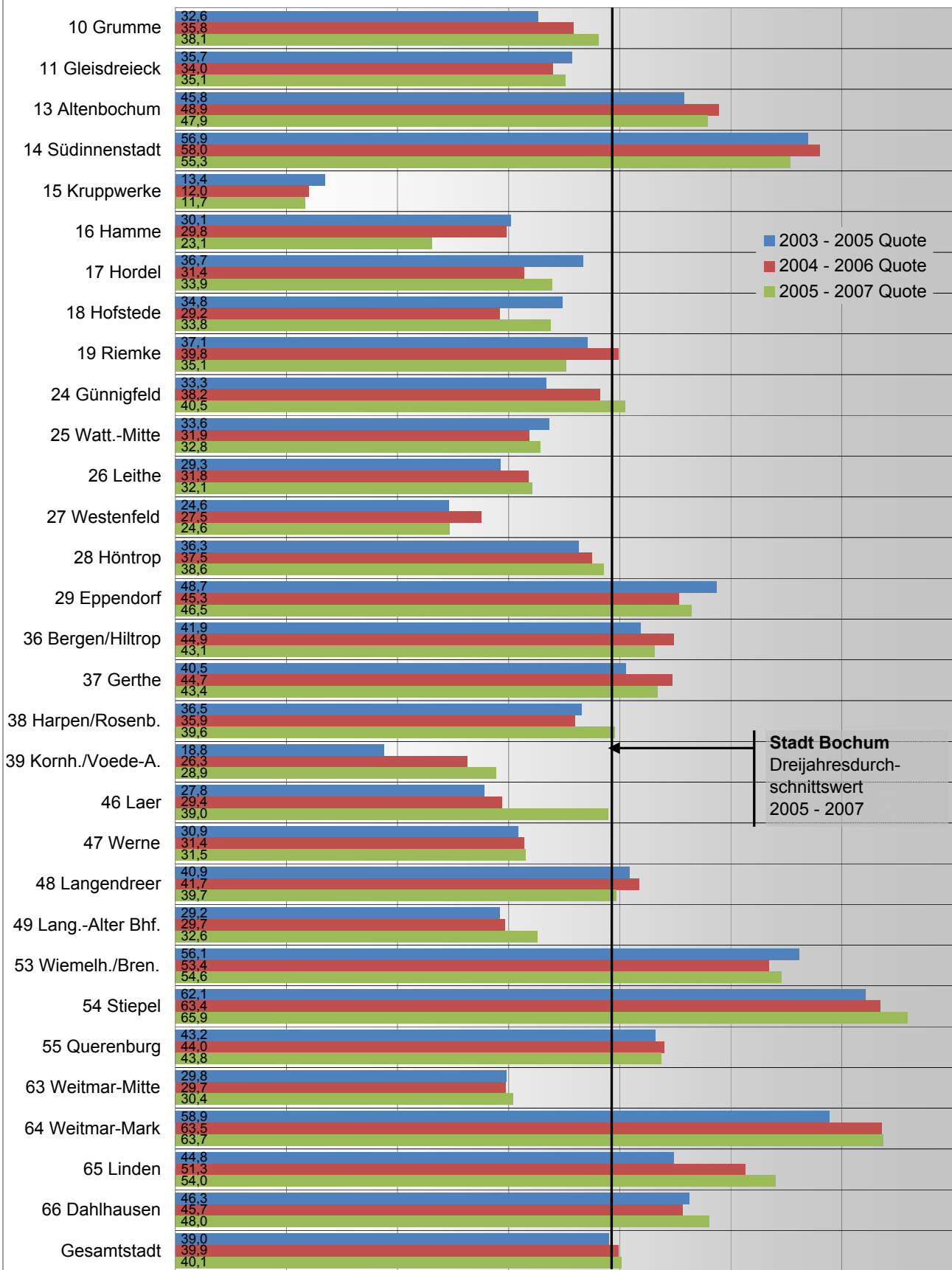
Die beiden folgenden Grafiken zeigen die Verteilung der Schulübergänge in den Ortsteilen. Die erste Grafik zeigt für das Jahr 2007 die Schulübergänge in den Ortsteilen, und zwar nach Schultypen.

Das anschließende Diagramm weist die Schulübergangsquoten zum Gymnasium aus, und zwar für die Jahre 2003 bis 2007, auch hier kleinräumig in den Ortsteilen. Da die Zahlen der Schulübergänge in den Ortsteilen von Jahr zu Jahr nicht unerheblich schwanken, wurden jeweils Dreijahresdurchschnitte genommen. Somit können Entwicklungen auf Ortsteilebene verlässlicher dargestellt werden.

Sozialstrukturelle Differenzierung der Ortsteile und Schulübergänge in Bochum 2007



**Schulübergänge zum Gymnasium in %
im Dreijahresdurchschnitt in den Bochumer Ortsteilen**



Quelle: LDS NRW; eigene Berechnungen

Das Diagramm zeigt deutlich, dass bei den Übergängen zum Gymnasium fast alle sozialstrukturell benachteiligten Ortsteile unter dem städtischen Durchschnittswert liegen. Ausnahme bildet der Ortsteil Querenburg. Auch hier wird wieder die Sonderrolle Querenburgs deutlich. Eine besonders niedrige Übergangsquote zum Gymnasium findet sich im Ortsteil Kruppwerke. Hier schlägt vermutlich der hohe Ausländeranteil zu Buche. Wie oben schon gezeigt wurde, weisen ausländische Schulübergänger im Vergleich mit deutschen Schulübergängern deutlich niedrigere Übergangsquoten zum Gymnasium auf.

Auf der anderen Seite fällt auf, dass neben den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen noch eine Reihe weiterer Ortsteile hinsichtlich der Übergangsquoten zum Gymnasium unter dem städtischen Durchschnittswert liegen; insgesamt sind es 19 Ortsteile. Beim Durchschnittswert der Jahre 2005 - 2007 weisen nur 11 Ortsteile eine Übergangsquote über dem städtischen Durchschnittswert auf; acht davon zählen zu den privilegierten Ortsteilen.

Schulübergänge im interkommunalen Vergleich

Eine Untersuchung zu den Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen in Westfalen der Schuljahre 2003/2004 und 2004/2005¹⁷ kommt zu dem Ergebnis, dass in den meisten Städten die Übergangsquote zum Gymnasium zwischen 30 % und 40 % liegt. Dabei zeigen sich keine ausgeprägten regionalspezifischen Besonderheiten. Sowohl in den Städten als auch in den eher ländlichen Gebieten Westfalens besucht etwa jedes dritte Kind nach der Grundschule das Gymnasium. Bochum liegt mit über 40 % der Übergänge zum Gymnasium damit schon im oberen Bereich.

Die Untersuchung weist auch die Abiturientenquote aus. Neben dem "Spitzenreiter" Münster wiesen in den beiden Schuljahren auch die kreisfreien Städte Bochum (29,5 %), Hagen (29,0 %) und Bielefeld (28,2 %) eine hohe Abiturientenquote auf.

Übergang Schule Beruf

Von entscheidender Bedeutung für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die Chancen im Lebenslauf ist eine qualifizierte berufliche Ausbildung - und deren kontinuierliche Weiterentwicklung. Eine fundierte berufliche Qualifikation vergrößert die Chancen, eine interessante und gut bezahlte Tätigkeit auszuüben und damit auch die Wahrscheinlichkeit für berufliche und soziale Integration. Das Berufsbildungssystem hat hierbei die Aufgabe, die Schnittstellen zwischen Schule, Ausbildungsmarkt und Arbeitsmarkt zu organisieren, d.h. zum einen die Übergänge der Schulabgänger aus dem Bildungs- ins Berufsbildungssystem und zum anderen die Übergänge der Ausgebildeten vom Berufsbildungs- ins Beschäftigungssystem.

Seit Anfang der 1990er Jahre ist der Ausbildungsmarkt von einem deutlichen Rückgang an Ausbildungsplätzen geprägt. Grund hierfür ist der Rückgang der Ausbildungsbeteiligung der Betriebe. Im Jahr 2003 betrug der Anteil der Betriebe, die Jugendliche und junge Erwachsene ausbilden, nur noch 23,4%.¹⁸ Diese Entwicklung schlägt sich auch in der abnehmenden Zahl der Auszubildenden nieder. Wurden 1998 noch 1,66 Mio.

Jugendliche und junge Erwachsene im dualen System ausgebildet, ging ihre Zahl bis 2003 um 4,6 % auf 1,58 Mio. zurück.¹⁹

Eine der wesentlichen Fragen beim Übergang von der Schule in Ausbildung ist also die Frage nach der Versorgung mit Ausbildungsplätzen. Im Zeitraum Oktober 2005 bis September 2006²⁰ standen in Bochum 3.351 gemeldeten Bewerbern für eine Ausbildungsstelle 2.050 gemeldete Ausbildungsstellen gegenüber. Auf einen Bewerber kamen somit 0,61 Stellen. Tatsächlich mündeten bis September 2006 jedoch nur 1.465 Bewerber in eine Ausbildung ein.

Etwas besser sah die Ausbildungssituation im Jahr 2007 aus. Hier dürfte sich die positive konjunkturelle Entwicklung bemerkbar gemacht haben. So zog die Agentur für Arbeit Bochum in einer ersten Bilanz²¹ ein positives Fazit. Mit 2.359 gemeldeten Ausbildungsstellen für Bochum konnte sie 15,1 % mehr als in Vorjahr verzeichnen, eine Steigerung um 309 Stellen. Dem standen 3.278 Bewerber gegenüber, ein Rückgang zum Vorjahr um 73. Eine ähnliche Entwicklung zeigt auch der Ausbildungsmarkt in NRW mit einer Zunahme an Ausbildungsangeboten um 12,2 %. Im selben Zeitraum sank in Bochum die Zahl der unversorgten Bewerber auf 180. Im Vorjahresmonat waren es noch 245 unversorgte Bewerber gewesen.

Für den Agenturbezirk Bochum/Herne liegen auch Zahlen zum Schulabschluss der Bewerber vor. So hatten im Jahr 2007 von den insgesamt 5.399 Bewerbern 71 keinen Schulabschluss (1,3 %). 1.484 hatten einen Hauptschulabschluss (28 %), 2.313 einen mittleren Bildungsabschluss (43,6 %), 824 verfügten über die Fachhochschulreife (15,6 %) und 593 über die Hochschulreife (11,2 %).

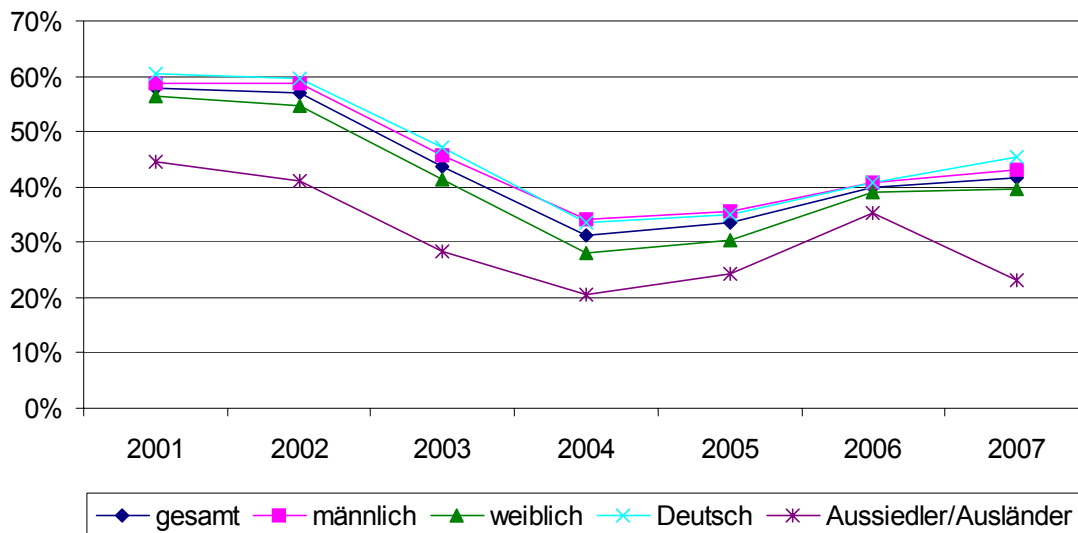
Trotz der Verbesserung der Ausbildungssituation sieht der Deutsche Gewerkschaftsbund "keinen Anlass zum Jubeln. Fakt ist: Zum Ende des Ausbildungsjahres 2007 am 30.09. stehen weit über 2.300 junge Menschen im Agenturbezirk Bochum ohne betriebliche Ausbildung dar."²² Es bleibe "festzuhalten, dass in Bochum rund 700 junge Menschen in Berufsvorbereitungsjahre, über 150 in eine einjährige Eingangsqualifizierung, über 1.000 in Berufsgrundschuljahr und Jungarbeiterklassen eingemündet sind. Einzig gut 200 junge Menschen in außerbetrieblicher Ausbildung bekommen eine vollwertige Berufsperspektive."²³ Somit ist leider zu konstatieren, dass im Agenturbezirk Bochum nach wie vor eine krasse Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen besteht.

Wie "dramatisch" diese Situation ist, belegt eine weitere Zahl. So stammen von den Bewerbern auf einen Ausbildungsplatz nur 40 % aus den aktuellen Schulentlassjahrgängen, 60 Prozent aus den Vorjahren.²⁴ Ähnlich ist die Situation auch in Nordrhein-Westfalen. Hier liegt der Anteil der sog. Altbewerber bei 55 %.²⁵

Die jährlich vom Schulverwaltungsamt der Stadt Bochum im Zeitraum Mai bis Juni durchgeführte Befragung der Entlassschüler der Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen gibt Auskunft über die Ausbildungssituation der Schulabgänger nach dem 10. Schuljahr. Diese Befragung wird bereits seit 2001 durchgeführt. Dabei wird im Wesentlichen abgefragt, wer schon einen Ausbildungsplatz hat, wer (noch) keinen hat und wer weiter zur Schule geht. Auf der Basis dieser Auswertungen lässt sich berechnen, wie viele der Entlassschüler, die eine Ausbildung anstreben, zum Zeitpunkt der Befragung schon mit einem Ausbildungsplatz versorgt sind.²⁶

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Versorgungssituation in den Jahren 2001 bis 2007.

**Versorgungssituation nach Geschlecht und Migrationshintergrund
2001 - 2007**



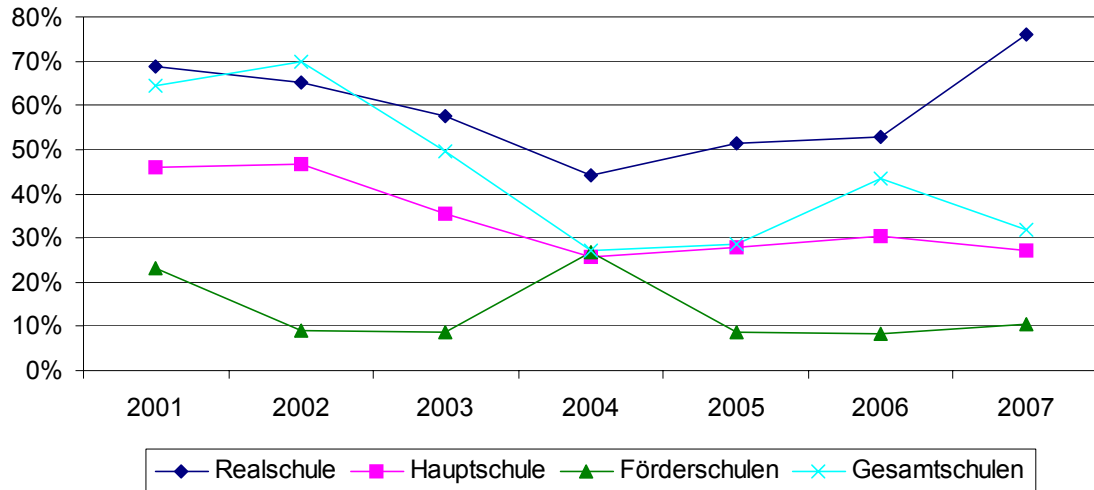
Quelle: Stadt Bochum, Schulverwaltungsamt; eigene Berechnungen

Aus der Grafik lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- * Die "Versorgung" mit Ausbildungsplätzen sank von knapp 60 % im Jahr 2001 auf gut 30 % im Jahr 2004 - ein Rückgang um fast die Hälfte - und stieg dann bis 2007 wieder an auf gut 40 %. Der Anstieg in den letzten drei Jahren dürfte eine Folge der positiven konjunkturellen Entwicklung sein.
- * Männliche Entlassschüler haben - wenn auch nur geringfügig - häufiger einen Ausbildungsplatz als weibliche Entlassschüler, und dies kontinuierlich. Lediglich im Jahr 2006 zeigten die Befragungsergebnisse kaum noch einen Unterschied.
- * Im Vergleich haben deutsche Entlassschüler deutlich häufiger einen Ausbildungsplatz als ausländische bzw. ausgesiedelte Entlassschüler. Dabei hat es über die Jahre eine allmähliche Annäherung der Ausbildungs-Quoten gegeben. Von 2006 auf 2007 geht die Schere aber wieder deutlich auseinander.

Die Befragungsergebnisse wurden auch nach Schultypen analysiert, der Frage folgend, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen Schultyp und Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Die folgende Grafik macht das Ergebnis deutlich.

Versorgungssituation nach Schultypen 2001-2007



Quelle: Stadt Bochum, Schulverwaltungsamt; eigene Berechnungen

Das Ergebnis ist nicht überraschend und zeigt für Bochum, was auch anderswo gilt. Die besten Aussichten auf einen Ausbildungsplatz haben die Entlassschüler der Realschulen, gefolgt von den Gesamtschulen und Hauptschulen. Entlassschüler der Förderschulen haben mit einer Versorgungsquote von rund 10 % die geringsten Chancen auf dem Ausbildungsmarkt.

Anmerkungen:

1. Quelle: Meyers Lexikon online
2. Sozialbericht Bochum (2005), Seite 153
3. Jutta Allmendinger / Stephan Leibfried: Bildungsarmut; bpb: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/2003
4. Jutta Allmendinger / Stephan Leibfried: ebd.
5. Statistik Kinder- und Jugendhilfe, Teil III (LDS); Migrationshintergrund wurde immer dann angenommen, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist oder die zuhause überwiegend gesprochene Sprache nicht Deutsch ist.
6. Schulverwaltungsamt der Stadt Bochum: Schulentwicklungsplan - Teilplan Grundschulen; Fortschreibung 2006/07 bis 2011/12, Stand April 2007
7. Stichtag: 01.08.2007
8. Elfter Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, S. 153
9. Quelle: LDS NRW
10. Nach Planungen der Kultusministerkonferenz soll künftig jeder Schüler eine Identitäts-Nummer erhalten; somit könnten personenbezogene Daten in ein Bildungsregister einfließen und unter anderem Aufschluss über soziale und nationale Herkunft sowie Bildungserfolg geben. Damit könnten auch Brüche in der Bildungsbiographie, Schulwechsel (auch über Bundesländergrenzen hinweg) etc. erfasst und Langzeitbeobachtungen angestellt werden. Allerdings mehren sich die kritischen Stimmen, insbesondere von Datenschützern, zu diesen Überlegungen.
11. WAZ vom 30.01.2008
12. Quelle: LDS NRW und eigene Berechnungen
13. Unter der Umverteilungsquote ist die Anzahl der aus Kapazitätsgründen abgewiesenen Schüler an allen Schulwechslern zu verstehen.
14. Quelle: Schulverwaltungsamt Bochum
15. Quelle: Schulamt Bochum
16. Reiche Schule, arme Schule, WAZ vom 28.07.2007
17. Terpoorten, T.: Bildungsdisparitäten in Westfalen - Schulübergänge und Abschlüsse. In: Heineberg, Heinz (Hg.): Westfalen Regional - Siedlung und Landschaft in Westfalen. Herausgegeben von der Geographische Kommission für Westfalen, Münster 2007, S. 236-237
18. G. Bäcker u.a.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Wiesbaden 2008
19. G. Bäcker u.a.: a.a.O.
20. Quelle: Ausbildungsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit für die Städte Bochum und Herne, Berichtszeitraum Oktober 2005 bis September 2006
21. Arbeitsagentur Bochum, Presse Info 54/2007 vom 11.10.2007

22. www.region-ruhr-mark.dgb.de
23. Ebd.
24. WAZ v. 12.10.2007
25. WAZ v. 12.10.2007. Zur Situation der Altbewerber sei auf zwei Studien hingewiesen, die die Situation detailliert beschreiben. 1) Zur Situation der Altbewerber in Deutschland, Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006, BIBB-Report, Juli 2007; 2) Hauptschüler: Langwierige Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung, DJI-Übergangspanel, Längsschnitt-Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts, in: Info "Übergänge in Arbeit", März 2007
26. Zur Methodik: Von allen Entlassschülern der Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen wurde eine neue Grundgesamtheit aus den Entlassschülern gebildet, von denen ausgegangen werden kann, dass sie einen Ausbildungsplatz suchen: Diejenigen, die einen Ausbildungsplatz haben, diejenigen, die (noch) keinen Ausbildungsplatz haben und diejenigen, die weiter zur Schule gehen, aber lieber einen Ausbildungsplatz hätten. Der Anteil derer, die von dieser "neuen" Grundgesamtheit einen Ausbildungsplatz haben, stellt in diesem Fall die Versorgungsquote dar.

7. Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Arbeitslosigkeit wird häufig nur unter dem Aspekt gesehen, keinen "Job" zu haben und damit über kein eigenes Einkommen zu verfügen. Arbeit liefert damit in der Regel die finanziellen Ressourcen zur gesellschaftlichen Teilhabe. In jüngerer Zeit wird aber auch dieser Zusammenhang brüchig, wenn man an die Zunahme prekärer Beschäftigung denkt. Arbeit an sich bedeutet aber mehr als nur eine finanzielle Ressourcenquelle; sie hat darüber hinaus einen wesentlichen Stellenwert für die menschliche Existenz:

- Arbeit vermittelt das Gefühl, der Gesellschaft anzugehören und gebraucht zu werden.
- Durch die Bewältigung von Arbeitsaufgaben entsteht ein Gefühl von Leistungsfähigkeit und Kompetenz.
- Arbeit ist ein sozialer Orientierungsrahmen für die individuelle Selbsteinschätzung in direkter Konfrontation mit der Realität.
- Arbeit stellt ein soziales Kontaktfeld dar und bietet die Möglichkeit, sich auszutauschen, Bekanntschaften und Freundschaften zu schließen.
- Arbeit determiniert den sozialen Status und das damit verbundene Sozialprestige.

Unter Berücksichtigung dieses komplexen Stellenwertes für den Menschen wird nachvollziehbar, warum ein Verlust des Arbeitsplatzes häufig mit Resignation, emotionaler Labilität, psychosomatischen Belastungen, einer Veränderung des Zeitbewußtseins und der gesamten Persönlichkeitsverfassung verbunden ist. Besonders drastisch werden diese Erfahrungen häufig, je länger die Arbeitslosigkeit dauert. Da, wo Arbeitslosigkeit kumuliert, konzentriert sich nicht nur finanzielle Ressourcenarmut, sondern oft auch die oben angeführten psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosigkeit in Bochum 2006

Am 30.09.2006 waren in Bochum 24.185 Menschen arbeitslos; das entsprach einem Arbeitslosenquotienten von 11,6 %.¹ Der Anteil jüngerer Arbeitsloser unter 25 Jahren betrug 8,2 %, der Anteil älterer Arbeitsloser im Alter von 55 Jahren und älter lag bei 13,6 %.

Kleinräumige Verteilung der Arbeitslosigkeit in Bochum

Bei kleinräumiger Betrachtung der Arbeitslosenquotienten in den 30 Ortsteilen findet sich in knapp zwei Dritteln der Ortsteile ein durchschnittlicher Arbeitslosenquotient.

Unterdurchschnittliche Arbeitslosenquotienten zeigen sich in den fünf Ortsteilen Linden, Eppendorf, Wiemelhausen/Brenschede, Weitmar-Mark und Stiepel.

Überdurchschnittliche Arbeitslosenquotienten dagegen finden sich in den sechs Ortsteilen Werne, Hofstede, Hamme, Wattenscheid-Mitte, Kruppwerke und Gleisdreieck.

Betrachtet man darüber hinaus die **Arbeitslosenquotienten auf Quartiersebene**, so finden sich auch außerhalb obiger sechs Ortsteile mit überdurchschnittlichem Arbeitslosenquotienten sechs Quartiere mit erhöhter Arbeitslosigkeit, und zwar

Am Zillertal (193) und *Auf dem Dahlacker* (195) in Riemke,
Voede-Abzweig (392) in Kornharpen/Voede-Abzweig,
Langendreer-Dorf in Langendreer,
An der Landwehr (632) in Weitmar-Mitte und
Unterdahlhausen (661) in Dahlhausen.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Arbeitslosenquotienten in den Ortsteilen, und zwar in absteigender Folge.

Arbeitslose in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Arbeitslose insgesamt	Einwohner * 20 bis unter 60 Jahre	Arbeitslosen- Quotient
11	Gleisdreieck	917	5.154	17,8
15	Kruppwerke	1.552	8.725	17,8
25	Wattenscheid-Mitte	2.043	12.247	16,7
16	Hamme	1.385	9.117	15,2
18	Hofstede	852	5.693	15,0
47	Werne	1.270	8.535	14,9
245	Günnigfeld	476	3.326	14,3
26	Leithe	572	4.121	13,9
49	Langendreer-Alter Bahnhof	520	3.938	13,2
19	Riemke	551	4.212	13,1
46	Laer	459	3.609	12,7
27	Westenfeld	731	5.850	12,5
55	Querenburg	1.540	12.720	12,1
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	509	4.280	11,9
Bochum insgesamt		24.185	208.764	11,6
37	Gerthe	598	5.146	11,6
48	Langendreer	1.660	14.403	11,5
36	Bergen/Hiltrop	624	5.678	11,0
17	Hordel	180	1.832	9,8
63	Weitmar-Mitte	790	8.185	9,7
66	Dahlhausen	692	7.176	9,6
38	Harpen/Rosenberg	439	4.554	9,6
28	Höntrop	955	10.069	9,5
13	Altenbochum	615	6.497	9,5
10	Grumme	657	7.214	9,1
14	Südiinnenstadt	917	10.165	9,0
65	Linden	638	8.097	7,9
29	Eppendorf	388	5.129	7,6
53	Wiemelhausen/Brenschede	766	10.251	7,5
64	Weitmar-Mark	416	6.772	6,1
54	Stiepel	262	6.069	4,3
	keine Zuordnung möglich	38		
	keine Angabe	173		

* mit Hauptwohnsitz

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 30.09.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Geschlechtsspezifische Betrachtung von Arbeitslosigkeit

Bei geschlechtsspezifischer Untersuchung der Arbeitslosigkeit in Bochum zeigen sich sowohl auf Stadtebene als auch in den Ortsteilen keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquotienten von Frauen und Männern. Fast schon "traditionell" liegt der Arbeitslosenquotient der Frauen (10,7 %) niedriger als der der Männer mit 12,4 %. Hier wird auch weiterhin vermutet, dass Frauen sich noch immer seltener arbeitslos melden als Männer. Insgesamt waren Ende September 2006 in Bochum 11.127 Frauen arbeitslos, ein Anteil von 46 %.

Daneben dürfte auch eine Rolle spielen, dass der größte Teil der strukturwandelbedingt weggefallenen Arbeitsplätze im Ruhrgebiet Männerarbeitsplätze waren. Ob und inwieweit die Arbeitsmarktreform sich auf die Arbeitslosigkeit von Frauen ausgewirkt hat, kann z. Z. nicht beurteilt werden. Hierzu lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung kein ausreichendes Zahlenmaterial vor.

Arbeitslosenquotient der deutschen und ausländischen Bevölkerung

Deutliche Unterschiede finden sich jedoch, betrachtet man den Arbeitslosenquotienten bei deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung. Während der Arbeitslosenquotient der deutschen Bevölkerung bei 10,7 % liegt, weist die ausländische Bevölkerung einen Arbeitslosenquotienten von 18,8 % auf. Die ausländische Bevölkerung ist also deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die deutsche Bevölkerung.

Dies dürfte vermutlich zwei bestimmende Ursachen haben, die jedoch miteinander zusammenhängen. Zum einen ist im Ruhrgebiet eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe weggefallen, die nur geringe Anforderungen an Bildung und Ausbildung stellten. Diese waren häufig von ausländischen Arbeitnehmern besetzt. Die im Zuge des Strukturwandels neu geschaffenen Arbeitsplätze erfordern jedoch in der Regel ein deutlich höheres Bildungsniveau, von dem ausländische Arbeitnehmer/-innen wiederum häufiger ausgeschlossen sind. Sichtbar wird ihre geringere Bildungsteilhabe u.a. daran, dass sie im Vergleich zur deutschen Bevölkerung über geringer qualifizierte Schul- und Berufsabschlüsse verfügen.

Im Vergleich zur ausländischen Bevölkerung scheint die Arbeitsmarktsituation für Spätaussiedler noch problematischer zu sein, wie aus einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervorgeht.² Danach ist jeder dritte Spätaussiedler arbeitslos, während die ausländische Bevölkerung eine Arbeitslosenquote von knapp 20 % aufweist und die deutsche Bevölkerung (ohne Zugewanderte) eine Arbeitslosenquote von 11 %. Vergleichbare Zahlen für Bochum liegen nicht vor. Als Gründe für die relativ hohe Arbeitslosigkeit von Spätaussiedlern werden neben unzureichenden Sprachkenntnissen zum einen fehlende Berufsabschlüsse, zum anderen aber auch die mangelnde Verwertbarkeit ihrer Bildungsabschlüsse angeführt. So ist die Arbeitslosigkeit bei Spätaussiedlern mit (Fach-)Hochschulabschluss sogar noch höher als bei Spätaussiedlern ohne Berufsausbildung.

Bei der Betrachtung der 30 Ortsteile stellt Querenburg eine Besonderheit dar. Obwohl sich hier der höchste Ausländeranteil aller Bochumer Ortsteile findet, ist in Querenburg nur ein unterdurchschnittlicher Arbeitslosenquotient festzustellen. Dies dürfte in erster

Linie darauf zurückzuführen sein, dass hier viele ausländische Studenten leben, die sich zum Zwecke des Studiums in Bochum aufhalten.

Die folgende Tabelle zeigt die Arbeitslosenquotienten der ausländischen Bevölkerung in den Ortsteilen, auch hier wieder in absteigender Folge.

Ausländische Arbeitslose in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Ausländische Arbeitslose	Ausländische Einwohner * 20 bis unter 60 Jahre	Arbeitslosen-Quotient
17	Hordel	35	127	27,6
27	Westenfeld	115	459	25,1
25	Wattenscheid-Mitte	395	1.608	24,6
47	Werne	213	900	23,7
46	Laer	94	403	23,3
11	Gleisdreieck	258	1.131	22,8
15	Kruppwerke	448	2.010	22,3
16	Hamme	341	1.584	21,5
18	Hofstede	153	734	20,8
38	Harpen/Rosenberg	62	304	20,4
48	Langendreer	245	1.205	20,3
24	Günnigfeld	61	308	19,8
37	Gerthe	93	470	19,8
36	Bergen/Hiltrop	89	453	19,6
19	Riemke	87	448	19,4
28	Höntrop	106	548	19,3
66	Dahlhausen	110	575	19,1
13	Altenbochum	90	475	18,9
Bochum insgesamt		4.290	22.858	18,8
29	Eppendorf	38	202	18,8
10	Grumme	100	573	17,5
49	Langendreer-Alter Bahnhof	82	494	16,6
26	Leithe	73	440	16,6
63	Weitmar-Mitte	123	762	16,1
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	62	399	15,5
14	Südinnenstadt	151	1.013	14,9
64	Weitmar-Mark	36	265	13,6
55	Querenburg	450	3.492	12,9
65	Linden	62	486	12,8
53	Wiemelhausen/Brenschede	83	798	10,4
54	Stiepel	10	192	5,2
	keine Zuordnung möglich	5		
	keine Angabe	20		

* mit Hauptwohnsitz; Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen; Stand: 30.09.2006, sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Langzeitarbeitslosigkeit

In einer Gesellschaft, in der sich der Mensch in der Regel immer noch über Erwerbsarbeit definiert und Erwerbstätigkeit ein grundlegendes Moment an gesellschaftlicher Teilhabe darstellt, bedeutet Arbeitslosigkeit immer auch eine Bedrohung von Teilhabechancen. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Frage, ob individuelle Arbeitslosigkeit eine temporäre Erscheinung darstellt, oder ob sich Arbeitslosigkeit als Schicksal verfestigt.

Eine Kennzahl hierfür ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen³. In Bochum waren im September 2006 insgesamt 11.874 Arbeitslose langzeitarbeitslos; ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug 49,1 % . Knapp die Hälfte aller Arbeitslosen war damit langzeitarbeitslos.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lag im Jahr 2003 noch bei 45,6 %, also 3,5 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2006. Langzeitarbeitslosigkeit stellte in der Vergangenheit ein wachsendes Phänomen dar. Zur Zeit scheint es so, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit im Zuge der Arbeitsmarktreform wieder verringert. So liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen am 30.09.2007 "nur" noch bei 43,4 %.

Bei Betrachtung der 30 Ortsteile finden sich keine "Ausreißer". Alle Ortsteile liegen im städtischen Durchschnitt, zwischen 43,6 % in Bergen/Hiltrop und 54,6 % in Dahlhausen.

Jugendarbeitslosigkeit

Der Übergang von der Schule ins Berufs- und Arbeitsleben ist ein wichtiger Schritt zur eigenständigen Lebensführung und gesellschaftlichen Integration. Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, insbesondere bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit, hat u.U. weitreichende Konsequenzen in Hinblick auf ihre Erwerbsbiographien und persönliche Lebensplanung. Die Analyse der Jugendarbeitslosigkeit betrachtet hier die Gruppe der unter 25-Jährigen. Eine weitere Differenzierung dieser Altersgruppe ist aufgrund der eingeschränkten Datenlage nicht möglich.

Gleichwohl wäre es sinnvoll, die Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen gesondert zu untersuchen, da der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung heute nicht mehr nahtlos verläuft.

Jugendarbeitslosigkeit in den Ortsteilen

Am 30.09.2006 waren in Bochum 1.973 unter 25-Jährige arbeitslos. Dies entspricht einem Arbeitslosenquotienten in dieser Altersgruppe von 4,7 %. Im Vergleich zum September 2005 waren 422 Jugendliche weniger arbeitslos, ein Rückgang um 17,6 %; der Rückgang an Arbeitslosen insgesamt betrug 8,4 %.

Die folgende Tabelle weist kleinräumig die absolute Zahl und die Quote der Arbeitslosen unter 25 Jahren aus.

Arbeitslose unter 25 Jahren in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Arbeitslose unter 25 Jahre	Einwohner * 15 bis unter 25 Jahre	Arbeitslosen-Quotient der unter 25-Jährigen
25	Wattenscheid-Mitte	180	2.397	7,5
15	Kruppwerke	136	1.968	6,9
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	56	816	6,9
24	Günnigfeld	41	625	6,6
18	Hofstede	79	1.236	6,4
36	Bergen/Hiltrop	66	1.065	6,2
11	Gleisdreieck	72	1.166	6,2
16	Hamme	117	1.995	5,9
19	Riemke	48	849	5,7
37	Gerthe	59	1.047	5,6
27	Westenfeld	61	1.143	5,3
49	Langendreer-Alter Bahnhof	42	811	5,2
26	Leithe	40	783	5,1
47	Werne	95	1.891	5,0
28	Höntrop	91	1.899	4,8
Bochum insgesamt		1.973	42.066	4,7
10	Grumme	61	1.285	4,7
48	Langendreer	133	2.888	4,6
46	Laer	32	747	4,3
14	Südinnenstadt	66	1.649	4,0
63	Weitmar-Mitte	55	1.498	3,7
65	Linden	52	1.429	3,6
38	Harpen/Rosenberg	32	888	3,6
66	Dahlhausen	50	1.405	3,6
13	Altenbochum	37	1.130	3,3
17	Hordel	12	367	3,3
55	Querenburg	125	3.984	3,1
29	Eppendorf	26	854	3,0
53	Wiemelhausen/Brenschede	55	2.008	2,7
64	Weitmar-Mark	23	1.238	1,9
54	Stiepel	12	1.005	1,2
	keine Zuordnung möglich	4		
	keine Angabe	15		

* mit Hauptwohnsitz

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 30.09.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Struktur der Jugendarbeitslosigkeit⁴

Zur Struktur der Jugendarbeitslosigkeit liegen für Bochum Zahlen aus dem Dezember 2007 vor, und zwar differenziert nach Rechtskreis, Dauer der Arbeitslosigkeit, Nationalität, Geschlecht und Berufsabschluss.

Im Dezember 2007 waren insgesamt 1.445 Jugendliche und junge Erwachsene in Bochum arbeitslos. 415 von ihnen waren arbeitslos im Rechtskreis des SGB III, 1.030 im Rechtskreis des SGB II. 55 % der arbeitslosen unter 25-Jährigen waren Männer, 45 % Frauen. Der Anteil ausländischer Arbeitsloser betrug 18,4 % (266 Personen).

Dauer der Arbeitslosigkeit unter 25-Jähriger

Von den 1.445 arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren arbeitslos

bis unter 1 Monat	312 Personen
1 bis unter 2 Monate	266 Personen
2 bis unter 3 Monate	162 Personen
3 bis unter 6 Monate	369 Personen
6 bis unter 12 Monate	246 Personen
12 bis unter 24 Monate	69 Personen
24 Monate und länger	21 Personen.

Drei Viertel (76,7 %) der unter 25-jährigen Arbeitslosen waren damit unter sechs Monaten arbeitslos, ein Viertel (23,3 %) mehr als sechs Monate. 6,2 % waren länger als ein Jahr arbeitslos.

Jugendarbeitslosigkeit nach Schulabschluss

Von den 1.445 Arbeitslosen unter 25 Jahren konnten 391 (27,1 %) keinen Schulabschluss vorweisen; 892 (61,7 %) verfügten über einen Hauptschulabschluss bzw. Mittlere Reife und 123 (8,5 %) über die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.

Zu- und Abgänge im Jahr 2007 (Bochum und Herne)

4.581 junge Menschen wurden im Jahr 2007 im Agenturbezirk Bochum/Herne arbeitslos. 30,1 % davon direkt aus der Ausbildung, 17,1 % aus Erwerbstätigkeit und 44,2 % aus Nichterwerbstätigkeit, wie z.B. Arbeitsunfähigkeit.

4.520 junge Menschen mündeten aus Arbeitslosigkeit in Arbeit, Ausbildung oder Nichtbeschäftigung ein; 24,7 % davon unmittelbar in Erwerbstätigkeit, 21,5 % in Ausbildung und 33,6 % in Nichterwerbstätigkeit. Gründe für die Nichterwerbstätigkeit waren meist Arbeitsunfähigkeit und auch fehlende Verfügbarkeit oder Mitwirkung.

Maßnahmen der ARGE gegen Jugendarbeitslosigkeit

Der Maßnahmenkatalog der ARGE enthält zum einen Maßnahmen mit dem Ziel der unmittelbaren Integration in den ersten Arbeitsmarkt (Arbeit und Ausbildung). Hierzu gehören: Eingliederungszuschüsse, Vermittlung durch Dritte (Beauftragung freier Träger für bestimmte Zielgruppen), Projekt "Unternehmen Einstieg", BOQ-Beat (Teilzeitausbildung), Ausbildungsplatzzuschuss, Unterstützung der Beratung und Vermittlung, Vermittlungsgutschein, Einstiegsgeld (Existenzgründung), betriebliche Trainingsmaßnahmen.

Zum anderen beinhaltet er Maßnahmen, die der Qualifizierung und dem Integrationsfortschritt dienen und ggf. den direkten Sprung in den ersten Arbeitsmarkt zur Folge haben können. Hierzu gehören: berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Bewerbungsunterstützung, Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen, Hauptschulabschlussmaßnahme, Fortbildungen der beruflichen Weiterbildung, Trainingsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten, Projekte im Rahmen der "sonstigen weiteren Leistungen" nach § 16 Abs. 2 SGB II.

Das Feld der Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit ist - entsprechend der Vielfalt der Gründe für Jugendarbeitslosigkeit - äußerst komplex und schwer überschaubar. Das Zahlenmaterial, das es hierzu gibt, reicht nicht aus, die Versorgungssituation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen dezidiert zu beschreiben.

Die differenzierte Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit ist aufgrund der Datenlage der Bundesagentur für Arbeit problematisch. So gibt es neben den offiziell arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine große Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener, die sich in den unterschiedlichsten Maßnahmen befinden. Diese werden in der Statistik nicht als Arbeitslose, sondern als Arbeitssuchende geführt und tauchen somit auch nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik auf.

Zur Verdeutlichung dieser Problematik hier eine Zahl aus dem Rechtskreis des SGB II: Im Dezember 2007 waren in der Arbeitslosenstatistik 1.030 unter 25-Jährige im Rechtskreis des SGB II arbeitslos. Im selben Monat befanden sich 1.768 unter 25-Jährige als Arbeitssuchende in Maßnahmen. Die Gesamtzahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die keinen Arbeitsplatz hatten, lag also mit 2.798 deutlich höher, als es die o.a. offizielle Arbeitslosenstatistik ausweist.

Aus der Eingliederungsbilanz der ARGE Bochum für das Jahr 2006 lässt sich ablesen, wie die Beteiligung der unter 25-Jährigen an Leistungen zur Eingliederung im Jahr 2006 in Bochum war. Die folgende Tabelle zeigt den jahresdurchschnittlichen Bestand jugendlicher Arbeitsloser in Maßnahmen sowie die Zahl der Zugänge in Maßnahmen und der Abgänge aus Maßnahmen.

**Geförderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 25 Jahren
SGB II für Bochum**

Leistungen	Zugang	Abgang	Bestand (Jahresdurchschnitt)
Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	1.230	463	93
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	118	51	26
Beschäftigungsschaffende Maßnahmen	887	905	256
Förderung der Berufsausbildung	140	-	-
Sonstige Leistungen	390	165	84
Summe	2.765	1.584	459

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Analog hierzu liegen auch Zahlen für unter 25-Jährige im Rechtskreis SGB III vor, allerdings nur für den Agenturbezirk, d. h. für die Städte Bochum und Herne zusammen. Danach sieht die Verteilung der Leistungen und Maßnahmen wie folgt aus:

**Geförderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 25 Jahren
SGB III für Bochum und Herne**

Leistungen	Zugang	Abgang	Bestand (Jahresdurchschnitt)
Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	3.109	1.613	146
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	267	147	100
Beschäftigungsschaffende Maßnahmen	39	59	17
Förderung der Berufsausbildung	399	-	-
Sonstige Leistungen	93	63	217
Summe	3.907	1.882	480

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2007

Im Jahr 2007 wirkte sich die konjunkturelle wirtschaftliche Entwicklung positiv auf die Arbeitslosenzahlen aus. Ende September 2007 waren in Bochum 20.554 Personen arbeitslos, 3.637 weniger als Ende September 2006, ein Rückgang um 15 %. Der Rückgang bei Männern beträgt 17,2 %, bei Frauen liegt er bei 12,5 %.

Der stärkste Rückgang findet sich mit 26,3 % bei den 55-Jährigen und älteren; deutlich geringer fällt er mit 8,1 % bei den unter 25-Jährigen aus.

Auch bei den Langzeitarbeitslosen - und diese Entwicklung bricht den Trend der letzten Jahre - ist ein Rückgang um fast ein Viertel (2.954 Personen) zu verzeichnen; der Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen lag am 30. September 2007 mit 8.924 Personen "nur" noch bei 43,4 %.

Ebenfalls profitieren Ausländerinnen und Ausländer vom wirtschaftlichen Aufschwung, allerdings nicht in dem Maße wie die Gesamtbevölkerung; bei ihnen beträgt der Rückgang an Arbeitslosen 13,6 %, dies entspricht 576 Personen.

Exkurs: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Bochum

Vor dem Hintergrund der sich verändernden Struktur von Erwerbstätigkeit wird in vorliegendem Sozialbericht erstmals - neben der Zahl der Arbeitslosen - auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrachtet. Somit besteht nun die Möglichkeit, auf Ortsteilebene neben dem Arbeitslosenquotienten auch die Beschäftigungsquote⁵ zu berechnen. Darüber hinaus besteht für die Zukunft die Möglichkeit, die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für Bochum kleinräumig darzustellen.

Die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug am 30.06.2006 in Bochum 44,0 % (110.411 Personen)⁶. Die Beschäftigungsquote der Frauen lag bei 39,2 %, die der Männer bei 48,7 %.

Bei Betrachtung der Ortsteile zeigen sich keine auffälligen Abweichungen. Lediglich Querenburg mit einer Beschäftigungsquote von 30,4 % weist einen unterdurchschnittlichen Wert auf. Diese Abweichung dürfte - ähnlich wie beim Arbeitslosenquotienten - mit der großen Zahl der dort lebenden Studenten zusammenhängen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

Andererseits fällt auf, dass von den sieben Ortsteilen, die unter dem städtischen Durchschnittswert liegen, immerhin sechs zu den benachteiligten Ortsteilen zählen.

Die folgende Tabelle zeigt die Beschäftigungsquote in den 30 Ortsteilen.

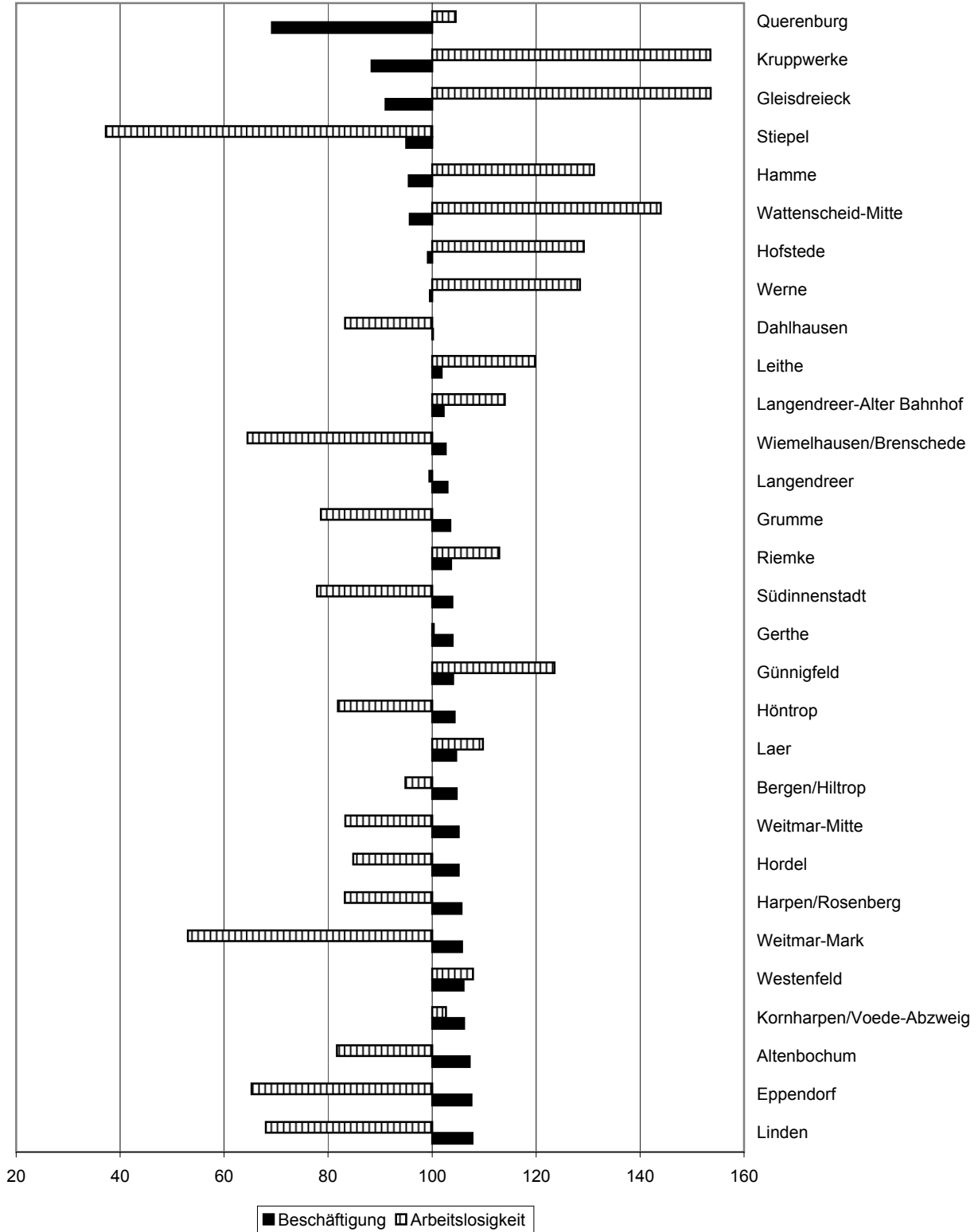
Quoten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in den Bochumer Ortsteilen 2006

Ortsteil		Quote gesamt	Quote Männer	Quote Frauen	Ortsteil		Quote gesamt	Quote Männer	Quote Frauen
10	Grumme	45,5	49,5	41,5	36	Bergen/Hiltrop	46,0	53,2	38,7
11	Gleisdreieck	40,0	43,0	36,8	37	Gerthe	45,7	50,0	41,3
13	Altenbochum	47,1	49,5	44,8	38	Harpen/Rosenberg	46,4	53,1	40,2
14	Südinnenstadt	45,7	47,2	44,1	39	Kornharpen/Voede-Abzweig	46,7	49,8	43,3
15	Kruppwerke	38,8	44,9	32,1	46	Laer	46,0	51,7	40,4
16	Hamme	42,0	46,0	37,8	47	Werne	43,8	48,8	38,6
17	Hordel	46,2	53,5	39,0	48	Langendreer	45,2	50,6	40,0
18	Hofstede	43,6	49,4	37,8	49	Langendreer-Alter Bahnhof	44,9	51,3	38,1
19	Riemke	45,5	51,8	39,2	53	Wiemelhausen/Brenschede	45,1	48,9	41,5
24	Günnigfeld	45,7	51,8	39,5	54	Stiepel	41,8	44,0	39,6
25	Wat-Mitte	42,1	46,5	37,4	55	Querenburg	30,4	33,7	26,8
26	Leithe	44,7	51,4	38,1	63	Weitmar-Mitte	46,2	51,4	41,0
27	Westenfeld	46,6	54,2	39,6	64	Weitmar-Mark	46,5	51,9	41,4
28	Höntrop	45,9	52,1	39,8	65	Linden	47,4	52,9	41,9
29	Eppendorf	47,3	53,1	41,6	66	Dahlhausen	44,0	49,2	38,9
Stadt Bochum		44,0	48,7	39,2					

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen. Stand: 30.06.2006

Man kann nicht pauschal unterstellen, dass dort, wo die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hoch ist, die Arbeitslosigkeit automatisch niedrig ist. Dass aber ein Zusammenhang nicht zu leugnen ist, zeigt das Diagramm auf der folgenden Seite. Dabei ist der gesamtstädtische Wert gleich 100 gesetzt.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in den Bochumer Ortsteilen im Verhältnis zum städtischen Durchschnittswert 2006



Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen. Beschäftigung: Stand 30.06.2006; Arbeitslosigkeit: Stand 30.09.2006

Nicht ins Bild passen die Ortsteile Stiepel und Querenburg. In Stiepel findet sich bei geringer Arbeitslosigkeit auch eine im Verhältnis zum städtischen Durchschnittswert geringere Quote sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Möglicherweise könnte die Ursache hierfür darin gesucht werden, dass in Stiepel mehr Selbständige und Freiberufler wohnen als in anderen Ortsteilen.

Anders ist die Situation in Querenburg. Hier korrespondiert eine deutlich niedrigere Beschäftigungsquote mit durchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Dies könnte möglicherweise damit zu erklären sein, dass in Querenburg - allen voran durch die große Zahl dort wohnender Studierender - viele Menschen leben, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und keine Beschäftigung suchen.

Anmerkungen:

1. Dieser Arbeitslosenquotient ist nicht identisch mit der Arbeitslosenquote der amtlichen Statistik. Da die Zahl der Erwerbspersonen kleinräumig nicht zur Verfügung steht, wird daher als Bezugsgröße die Zahl der "potentiell Erwerbsfähigen" im Alter von 20 bis unter 60 Jahren zugrunde gelegt. Dadurch wird ein aussagekräftiger Vergleich der Bochumer Ortsteile beim Indikator Arbeitslosigkeit möglich.
2. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, IAB- Kurzbericht, Ausgabe Nr. 8 / 2.4.2007. Die Analyse basiert auf der "Integrierten Erwerbsbiografie", einem Datensatz über Erwerbspersonen in Deutschland, der neben ausländischen und deutschen Erwerbspersonen rund 645.000 Spätaussiedler im Zeitraum von 2000 bis 2004 erfasst.
3. Langzeitarbeitslosigkeit: länger als 1Jahr arbeitslos.
4. Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Statistik
5. Die Beschäftigungsquote stellt das Verhältnis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort zur Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren dar. Zugrunde gelegt wird die Bevölkerung zum Stichtag 31.12.2005.
6. In dieser Zahl sind auch Personen enthalten, die sich in einer Ausbildung (Lehre) befinden.

8. Armut in Bochum

Im Sozialbericht 2005 wurde das Thema Armut ausführlich aus Sicht der Armutsforschung beleuchtet. Auf die unterschiedlichen Begriffe und Definitionen, wie "absolute Einkommensarmut", "politisch determinierte Einkommensarmut", "relative Einkommensarmut", "dynamische Einkommensarmut" und "Armut nach dem Lebenslagenmodell" wurde dort eingegangen. Deshalb soll hier auf eine neuerliche Beschreibung von Armutsdefinitionen verzichtet werden. Festzuhalten bleibt jedoch, dass es zwei wesentliche Dimensionen gibt, die beim Thema Armut reflektiert werden müssen. Dies ist zum einen die materiell-monetäre Dimension, fest zu machen an geringem Einkommen (Ressourcenansatz). Geringes Einkommen ist eine zentrale Bedingung für einen als arm zu bezeichnenden Lebensstandard. In entwickelten Marktgesellschaften, in denen nahezu alle Güter und Dienstleistungen gegen Geld gekauft werden müssen, setzt das Einkommen den Rahmen für den Lebensstandard.

In der vorliegenden Bochumer Sozialberichterstattung wird als statistische Größe der Bezug von Leistungen nach dem SGB II herangezogen, um Armut zu definieren. Diese Grenzziehung ist allerdings politisch umstritten.¹ Untersuchungen belegen aber, dass diese staatliche Transferleistung in einem reichen Land wie unserem Armut darstellt, zumal der Regelsatz des SGB II unter dem Äquivalenzeinkommen liegt, dass häufig als Grenze zur Armutsgefährdung angenommen wird.

Armut im umfassenden Sinne ergibt sich allerdings erst als Ergebnis des Ressourceneinsatzes und als Ausdruck einer vorfindbaren Lebenslage. D.h. es wird über die monetäre Dimension hinaus danach gefragt, ob bei der Versorgung der Menschen mit Nahrung, Bekleidung, Wohnraum, Wohnungseinrichtung, Leistungen des Gesundheits- und Sozialwesens Mindeststandards erreicht werden. "Ein solcher Lebenslagenansatz, der Armut direkt und nicht indirekt über den Ressourcenzufluss misst, muss darüber hinaus berücksichtigen, ob die Menschen ausreichend am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können. Dies betrifft so zentrale Bereiche wie Arbeit, Bildung, Freizeitgestaltung, soziale Beziehungen und Information. Liegt Unterversorgung in gleich mehreren Lebensbereichen vor, besteht das Risiko, dass Armut zugleich mit sozialer Ausgrenzung verbunden ist."²

Armut korrespondiert häufig mit folgenden Faktoren und Lebenslagen:

- Arbeitslosigkeit
- niedriger Bildungsabschluss
- Migrationshintergrund
- Ein-Eltern-Familie (alleinerziehend)
- Kinderreichtum
- junges Alter der Kinder und/oder der Eltern

In diesem Kapitel soll deshalb der Frage nachgegangen werden, wie sich materielle Armut in Bochum aufgrund geringen Einkommens und damit verbundenen Transferbezugs (SGB II) verteilt, welche Personengruppen besonders von SGB II-Leistungsbezug betroffen sind und wie sich die Struktur der Bedarfsgemeinschaften darstellt; dies insbesondere unter Berücksichtigung der sozialstrukturell benachteiligten Ortsteile.

“Was es heißt, arm zu sein”, welche Auswirkungen materielle Armut auf unterschiedliche Lebenslagen hat, beschreibt anschaulich der Beitrag der Bochumer Wohlfahrtspflege zum Sozialbericht 2008. In anonymisierter Form berichten Menschen unserer Stadt, die unter Armut und Ausgrenzung leiden. Hier werden Lebenssituationen dargestellt, die Armut aus der Nüchternheit statistischer Zahlen herausholt.

SGB II-Leistungsbezug in Bochum

Am 31.12.2006 bezogen in Bochum 40.530 Personen Leistungen nach dem SGB II. Dies entsprach einer SGB II-Quote von 13,7 %. Rund jeder Siebte im Alter von 0 bis 64 Jahren war damit auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen.³

Zwischen Frauen und Männern lässt sich kaum ein Unterschied der SGB II-Quote feststellen. Die Quote der Frauen beträgt 13,7 %, die der Männer 13,8 %.

Die höchsten SGB II-Quoten finden sich in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen; lediglich Langendreer-Alter Bahnhof weist mit 14,9 % eine durchschnittliche SGB II-Quote auf.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der SGB II-Quoten in den Ortsteilen.

SGB II-Quote in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Leistungs- empfänger SGB II insgesamt	Einwohner 0 bis unter 65 Jahre	SGB II-Quote
15	Kruppwerke	2.898	12.403	23,4
11	Gleisdreieck	1.558	6.900	22,6
25	Wattenscheid-Mitte	3.775	17.451	21,6
55	Querenburg	3.653	18.243	20,0
16	Hamme	2.524	12.715	19,9
24	Günnigfeld	900	4.778	18,8
47	Werne	2.244	12.223	18,4
18	Hofstede	1.415	8.155	17,4
27	Westenfeld	1.405	8.430	16,7
26	Leithe	985	6.006	16,4
37	Gerthe	1.138	7.397	15,4
19	Riemke	889	5.874	15,1
49	Langendreer-Alter Bahnhof	849	5.701	14,9
46	Laer	756	5.100	14,8
Bochum insgesamt		40.530	295.681	13,7
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	807	5.896	13,7
36	Bergen/Hiltrop	1.054	8.218	12,8
48	Langendreer	2.555	20.668	12,4
66	Dahlhausen	1.206	10.551	11,4
38	Harpen/Rosenberg	766	6.718	11,4
63	Weitmar-Mitte	1.245	11.467	10,9
28	Höntrop	1.554	14.380	10,8
13	Altenbochum	858	8.850	9,7
14	Südinnenstadt	1.257	13.172	9,5
17	Hordel	253	2.682	9,4
10	Grumme	858	9.999	8,6
65	Linden	890	11.535	7,7
29	Eppendorf	469	7.321	6,4
64	Weitmar-Mark	594	9.613	6,2
53	Wiemelhausen/Brenschede	815	14.374	5,7
54	Stiepel	186	8.861	2,1
	keine Zuordnung möglich	174		

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006; die sozialstrukturell benachteiligten Ortsteile sind grau hinterlegt

SGB II-Quote der ausländischen Bevölkerung

Die ausländische Bevölkerung weist mit 30,3 % eine erheblich höhere SGB II-Quote auf als die deutsche Bevölkerung (11,8 %). Fast jede/r dritte Ausländer/in war damit von Leistungen nach dem SGB II abhängig, während bei der deutschen Bevölkerung "nur" etwa jede/r Achte betroffen war.

Im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung finden sich bei der ausländischen Bevölkerung überdurchschnittlich hohe SGB II-Quoten in den Ortsteilen Hordel, Harpen/Rosenberg und Westenfeld. Diese gehören nicht zu den benachteiligten Ortsteilen Bochums. Insbesondere in Hordel (SGB II-Quote: 46,3 %) ist fast jede/r zweite Ausländer/in auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Die SGB II-Quote der deutschen Bevölkerung liegt hier mit 6,4 % unter dem Durchschnitt. Auffällig ist, dass in allen drei Ortsteilen der Ausländeranteil an der Bevölkerung relativ gering ist. In Hordel liegt er mit 6,6 % gerade noch im Durchschnittsbereich, in Westenfeld mit 6,5 % unter dem Durchschnitt und in Harpen/Rosenberg mit 4,8 % sogar erheblich unter dem städtischen Durchschnitt.

Die folgende Tabelle zeigt die SGB II-Quoten der ausländischen Bevölkerung in den Ortsteilen.

SGB II-Quote der ausländischen Bevölkerung in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Leistungs- empfänger SGB II nicht deutsch	Einwohner nicht deutsch 0 bis unter 65 Jahre	SGB II-Quote nicht deutsch
17	Hordel	95	205	46,3
38	Harpen/Rosenberg	163	389	41,9
27	Westenfeld	265	683	38,8
24	Günnigfeld	159	428	37,1
25	Wattenscheid-Mitte	852	2.380	35,8
15	Kruppwerke	1.012	2.844	35,6
37	Gerthe	197	562	35,1
46	Laer	198	566	35,0
36	Bergen/Hiltrop	211	611	34,5
11	Gleisdreieck	522	1.539	33,9
28	Höntrop	247	754	32,8
47	Werne	420	1.293	32,5
66	Dahlhausen	257	808	31,8
48	Langendreer	502	1.579	31,8
55	Querenburg	1.460	4.595	31,8
19	Riemke	190	599	31,7
Bochum insgesamt		9.366	30.943	30,3
16	Hamme	667	2.239	29,8
18	Hofstede	302	1.032	29,3
13	Altenbochum	161	552	29,2
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	123	485	25,4
63	Weitmar-Mitte	254	1.011	25,1
26	Leithe	153	638	24,0
10	Grumme	176	746	23,6
64	Weitmar-Mark	72	321	22,4
49	Langendreer-Alter Bahnhof	156	729	21,4
14	Südinnenstadt	272	1.286	21,2
29	Eppendorf	45	249	18,1
65	Linden	108	598	18,1
53	Wiemelhausen/Brenschede	85	985	8,6
54	Stiepel	10	237	4,2
	keine Zuordnung möglich	32		

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
 Stand: 31.12.2006, sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Kinder und Jugendliche im SGB II-Bezug

Kinder und Jugendliche sind in Deutschland besonders von Armut betroffen. Im Sozialbericht 2005 wurde diesem Thema ein eigenes Kapitel gewidmet und die "Infantilisierung" der Armut deutlich gemacht. An den SGB II-Zahlen ist diese Entwicklung deutlich abzulesen. Die SGB II-Quote insgesamt lag in Bochum im Jahr 2006 bei 13,7 %. Die Quote der 0- bis unter 18-Jährigen lag bei 21,7 %, d. h. rund jeder 5. dieser Altersgruppe galt als arm. Noch deutlicher wird das Bild, schaut man sich die SGB II-Quote der jüngsten Einwohner an. Sie betrug bei den 3- bis unter 6-Jährigen 25,6 %, bei den 0- bis unter 3-Jährigen sogar 29,8 %.

Die folgende Tabelle zeigt die SGB II-Quoten der unter 18-Jährigen in den Ortsteilen.

SGB II-Quote der Minderjährigen in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Leistungs- empfänger SGB II 0 bis unter 18 Jahre	Einwohner 0 bis unter 18 Jahre	SGB II-Quote 0 bis unter 18 Jahre
55	Querenburg	1.477	3.461	42,7
11	Gleisdreieck	407	1.026	39,7
15	Kruppwerke	827	2.562	32,3
16	Hamme	786	2.477	31,7
25	Wattenscheid-Mitte	1.128	3.560	31,7
27	Westenfeld	508	1.701	29,9
47	Werne	716	2.478	28,9
18	Hofstede	442	1.712	25,8
24	Günnigfeld	279	1.083	25,8
46	Laer	255	1.040	24,5
26	Leithe	327	1.343	24,3
19	Riemke	267	1.127	23,7
37	Gerthe	362	1.554	23,3
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	238	1.090	21,8
Bochum insgesamt		12.514	57.541	21,7
49	Langendreer-Alter Bahnhof	251	1.220	20,6
48	Langendreer	834	4.252	19,6
36	Bergen/Hiltrop	336	1.728	19,4
38	Harpen/Rosenberg	247	1.359	18,2
28	Höntrop	492	2.873	17,1
14	Südinnenstadt	286	1.797	15,9
66	Dahlhausen	363	2.302	15,8
17	Hordel	91	579	15,7
63	Weitmar-Mitte	335	2.133	15,7
13	Altenbochum	199	1.444	13,8
10	Grumme	227	1.741	13,0
65	Linden	248	2.393	10,4
64	Weitmar-Mark	162	1.772	9,1
29	Eppendorf	129	1.460	8,8
53	Wiemelhausen/Brenschede	189	2.550	7,4
54	Stiepel	37	1.724	2,1
	keine Zuordnung möglich	69		

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Ähnlich wie bei der SGB II-Quote insgesamt finden sich auch bei den Minderjährigen die höchsten Werte in den sozialstrukturell auffälligen Ortsteilen. Eine Ausnahme bildet hier der Ortsteil Langendreer-Alter Bahnhof, der mit 20,6 % einen durchschnittlichen Wert aufweist. Ein überdurchschnittlicher Wert findet sich auch im Ortsteil Westenfeld. Hier wirkt sich wahrscheinlich der hohe Anteil spätausgesiedelter Personen im Ortsteil aus.

Ausländische Minderjährige im SGB II-Bezug

Geradezu dramatisch stellt sich die Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher dar. Ihre SGB II-Quote liegt gesamtstädtisch bei 51,5 %; jeder zweite ausländische Minderjährige in Bochum ist damit von Armut betroffen. Auf Ortsteilebene differieren die Werte zwischen 14,3 % in Stiepel und 82,9 % in Querenburg; hier sind sogar vier von fünf ausländischen Minderjährigen im SGB II-Bezug.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die SGB II-Quoten ausländischer Minderjähriger in den Ortsteilen.

SGB II-Quote ausländischer Minderjähriger in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Leistungs- empfänger SGB II 0 bis unter 18 Jahre nicht deutsch	Einwohner 0 bis unter 18 Jahre nicht deutsch	SGB II-Quote 0 bis unter 18 Jahre nicht deutsch
55	Querenburg	567	684	82,9
17	Hordel	48	58	82,8
38	Harpen/Rosenberg	53	74	71,6
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	40	62	64,5
46	Laer	67	106	63,2
37	Gerthe	51	81	63,0
64	Weitmar-Mark	19	32	59,4
27	Westenfeld	88	150	58,7
25	Wattenscheid-Mitte	278	503	55,3
24	Günnigfeld	46	84	54,8
19	Riemke	63	118	53,4
11	Gleisdreieck	134	252	53,2
15	Kruppwerke	290	548	52,9
Bochum insgesamt		2.825	5.487	51,5
36	Bergen/Hiltrop	62	129	48,1
28	Höntrop	71	151	47,0
10	Grumme	46	102	45,1
66	Dahlhausen	67	151	44,4
48	Langendreer	123	288	42,7
18	Hofstede	100	243	41,2
47	Werne	119	295	40,3
16	Hamme	193	480	40,2
14	Südinnenstadt	63	159	39,6
65	Linden	28	71	39,4
13	Altenbochum	26	69	37,7
26	Leithe	49	139	35,3
63	Weitmar-Mitte	64	184	34,8
49	Langendreer-Alter Bahnhof	41	151	27,2
29	Eppendorf	7	26	26,9
53	Wiemelhausen/Brenschede	12	76	15,8
54	Stiepel	3	21	14,3
	keine Zuordnung möglich	7		

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Ältere Menschen im SGB II-Bezug

Vor dem Hintergrund des Übergangs vom Arbeitsleben in Rente und Ruhestand ist es aufschlussreich, auch die Armutsgefährdung der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen zu betrachten. Altersarmut war in der jüngeren Vergangenheit kaum ein Thema. Hier zeichnet sich allerdings eine Änderung ab. Die aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, vor allem auch die Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsbiographien, verstärkt das Risiko, im Alter arm zu sein. Insbesondere (Langzeit-) Arbeitslosigkeit vor Renteneintritt birgt das Risiko, auch im Alter arm zu sein. Verschärft wird diese Problematik noch, sollte tatsächlich das aktuell in der Politik diskutierte Gesetz Realität werden, wonach ältere Arbeitnehmer, die nicht mehr in den Arbeitsmarkt vermittelt werden können, keine SGB II-Leistungen mehr erhalten sollen. Sie würden durch das Gesetz quasi gezwungen, in Frührente zu gehen.

Zum Thema Armut im Alter liegt für diesen Bericht die Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger von Grundsicherung für die Gesamtstadt vor. Die gesamtstädtische Grundsicherungsquote wird auch in den Ortsteilprofilen abgebildet. Eine kleinräumige Auswertung liegt aufgrund von Veränderungen in der Datenerfassung des Sozialamtes für diesen Bericht nicht vor. Eine ausführliche Bearbeitung dieses Themenbereiches ist für den Fachbericht Gesundheit und Alter vorgesehen. Dargestellt werden kann jedoch der Bezug von Leistungen nach dem SGB II für die Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen.

SGB II-Bezug der 55- bis unter 65-Jährigen

Im Folgenden wird die SGB II-Quote der 55- bis unter 65-Jährigen kleinräumig und nach Nationalität dargestellt.

Die gesamtstädtische Quote der deutschen 55- bis unter 65-Jährigen beträgt 7,0 %. Auch in dieser Altersgruppe finden sich die höchsten SGB II-Quoten in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen.

**SGB II-Quote deutscher 55- bis unter 65-Jähriger
in den Bochumer Ortsteilen 2006**

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Leistungsempfänger SGB II 55 bis unter 65 Jahre deutsch	Einwohner 55 bis unter 65 Jahre deutsch	SGB II-Quote 55 bis unter 65 J. deutsch
11	Gleisdreieck	99	611	16,2
15	Kruppwerke	161	1.126	14,3
16	Hamme	162	1.272	12,7
24	Günnigfeld	71	584	12,2
25	Wattenscheid-Mitte	257	2.233	11,5
18	Hofstede	92	1.004	9,2
26	Leithe	65	740	8,8
49	Langendreer-Alter Bahnhof	55	636	8,6
47	Werne	140	1.646	8,5
55	Querenburg	148	1.750	8,5
37	Gerthe	78	933	8,4
19	Riemke	63	775	8,1
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	68	853	8,0
14	Südinnenstadt	113	1.581	7,1
27	Westenfeld	90	1.276	7,1
Bochum insgesamt		2.823	40.084	7,0
46	Laer	49	732	6,7
13	Altenbochum	92	1.407	6,5
36	Bergen/Hiltrop	78	1.224	6,4
38	Harpen/Rosenberg	68	1.103	6,2
66	Dahlhausen	88	1.434	6,1
63	Weitmar-Mitte	100	1.633	6,1
48	Langendreer	166	2.948	5,6
28	Höntrop	130	2.412	5,4
65	Linden	85	1.807	4,7
17	Hordel	18	388	4,6
10	Grumme	67	1.458	4,6
53	Wiemelhausen/Brenschede	87	2.151	4,0
64	Weitmar-Mark	56	1.584	3,5
29	Eppendorf	42	1.214	3,5
54	Stiepel	24	1.569	1,5
keine Zuordnung möglich		11		

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

SGB II-Bezug ausländischer 55- bis unter 65-Jähriger

Deutlich höher ist die SGB II-Quote in der Gruppe der ausländischen 55- bis unter 65-Jährigen. Sie ist mit 25,1 % bald viermal so hoch wie die der deutschen Vergleichsgruppe. Auch hier wird deutlich, dass - ähnlich wie bei der SGB II-Quote der ausländischen Bevölkerung insgesamt - die älteren Ausländerinnen und Ausländer im SGB II-Bezug nicht zwangsläufig in den benachteiligten Ortsteilen Bochums leben.

Von den vier Ortsteilen mit überdurchschnittlichen SGB II-Quoten in der folgenden Tabelle zählt lediglich Querenburg zu den benachteiligten Ortsteilen. Die Ortsteile Kruppwerke, Gleisdreieck, Werne, Günnigfeld und Wattenscheid-Mitte weisen durchschnittliche SGB II-Quoten auf, und in den benachteiligten Ortsteilen Hamme, Hofstede und Langendreer-Alter Bahnhof finden sich sogar unterdurchschnittliche SGB II-Quoten der ausländischen 55- bis unter 65-Jährigen.

Die folgende Tabelle zeigt die SGB II-Quoten der ausländischen 55- bis unter 65-Jährigen in den Ortsteilen.

**SGB II-Quote ausländischer 55- bis unter 65-Jähriger
in den Bochumer Ortsteilen 2006**

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Leistungsempfänger SGB II 55 bis unter 65 Jahre nicht deutsch	Einwohner 55 bis unter 65 Jahre nicht deutsch	SGB II-Quote 55 bis unter 65 J. nicht deutsch
55	Querenburg	153	208	73,6
38	Harpen/Rosenberg	23	60	38,3
13	Altenbochum	28	77	36,4
17	Hordel	8	22	36,4
66	Dahlhausen	38	127	29,9
64	Weitmar-Mark	12	41	29,3
15	Kruppwerke	99	368	26,9
28	Höntrop	18	67	26,9
37	Gerthe	19	71	26,8
11	Gleisdreieck	31	121	25,6
Bochum insgesamt		780	3.112	25,1
47	Werne	36	146	24,7
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	10	42	23,8
48	Langendreer	43	183	23,5
63	Weitmar-Mitte	24	105	22,9
24	Günnigfeld	14	62	22,6
19	Riemke	10	46	21,7
25	Wattenscheid-Mitte	54	268	20,1
14	Südinnenstadt	23	121	19,0
36	Bergen/Hiltrop	13	70	18,6
10	Grumme	13	77	16,9
16	Hamme	35	210	16,7
65	Linden	14	97	14,4
29	Eppendorf	k.A.	21	k.A.
46	Laer	10	72	13,9
18	Hofstede	11	81	13,6
26	Leithe	10	74	13,5
49	Langendreer-Alter Bahnhof	12	96	12,5
27	Westenfeld	7	57	12,3
53	Wiemelhausen/Brenschede	10	93	10,8
54	Stiepel	k.A.	29	k.A.
keine Zuordnung möglich		2		

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

SGB II-Bedarfsgemeinschaften

Die 40.530 Personen, die am 31.12.2006 Leistungen nach dem SGB II bezogen, lebten in 21.011 Bedarfsgemeinschaften. Die Bedarfsgemeinschaften werden differenziert nach Single-Bedarfsgemeinschaften, Alleinerziehenden, Paaren ohne Kinder und Paaren mit Kindern. Die folgende Tabelle bildet die Struktur der Bochumer Bedarfsgemeinschaften ab; zum Vergleich sind auch die Bundeszahlen vom Januar 2007 aufgeführt.

Typus der Bedarfsgemeinschaft	Bochum ¹		Bund ²
	absolut	Anteil in %	
Single	10.752	51,2 %	49,6 %
Alleinerziehend	3.389	16,1 %	17,5 %
Paare ohne Kinder	2.703	12,9 %	13,3 %
Paare mit Kindern	3.806	18,1 %	17,7 %
sonstige Bedarfsgemeinschaften	361	1,7 %	-

¹ Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

² Quelle: Bäcker, G. u.a., a.a.O., Bd.1, S. 349

In Bochum gab es insgesamt 7.195 Bedarfsgemeinschaften, in denen Kinder lebten. Stellt man die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern den Ergebnissen der Haushaltgenerierung gegenüber, so lässt sich auf Ortsteilebene neben der Verteilung der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im SGB II-Bezug auch ihr Anteil an den Haushalten mit Kindern insgesamt berechnen. Bei 35.950 Haushalten mit Kindern betrug der Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern 20,0 %. Dies entspricht in etwa auch der Verteilung der Minderjährigen im SGB II-Bezug. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Verteilung der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in den Ortsteilen. Auch hier finden sich die höchsten Quoten - wieder mit Ausnahme des Ortsteils Langendreer-Alter Bahnhof, der im Durchschnittsbereich liegt - in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen.

SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Haushalte mit Kindern insgesamt	SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	Anteil an Haushalten mit Kindern
11	Gleisdreieck	570	229	40,2
55	Querenburg	1.780	673	37,8
15	Kruppwerke	1.490	475	31,9
16	Hamme	1.510	456	30,2
25	Wattenscheid-Mitte	2.150	639	29,7
47	Werne	1.550	417	26,9
27	Westenfeld	1.120	293	26,2
18	Hofstede	1.000	254	25,4
24	Günnigfeld	690	157	22,8
26	Leithe	830	187	22,5
46	Laer	680	150	22,1
19	Riemke	700	153	21,9
37	Gerthe	990	207	20,9
Bochum insgesamt		35.950	7.195	20,0
49	Langendreer-Alter Bahnhof	750	147	19,6
36	Bergen/Hiltrop	1.100	207	18,8
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	700	131	18,7
48	Langendreer	2.740	500	18,2
38	Harpen/Rosenberg	870	148	17,0
28	Höntrop	1.830	306	16,7
63	Weitmar-Mitte	1.350	223	16,5
14	Südinnenstadt	1.200	182	15,2
66	Dahlhausen	1.460	213	14,6
13	Altenbochum	960	137	14,3
17	Hordel	360	46	12,8
10	Grumme	1.120	139	12,4
65	Linden	1.540	159	10,3
64	Weitmar-Mark	1.180	106	9,0
29	Eppendorf	960	77	8,0
53	Wiemelhausen/Brenschede	1.680	126	7,5
54	Stiepel	1.090	26	2,4
	keine Zuordnung möglich		32	

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
 Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Alleinerziehende im SGB II-Bezug

Wie schon im Sozialbericht 2005 beschrieben, unterliegen Alleinerziehende einem besonderen Armutsrisiko. Auch der Sozialbericht NRW 2007 stellt fest, dass das Armutsrisiko von Personen in Ein-Eltern-Haushalten mit Kindern mit 37,8 % in etwa doppelt so hoch ist wie das von Personen in Paarhaushalten mit Kindern.⁴ Diese Tatsache spiegelt sich auch in den SGB II-Zahlen wieder. Im Jahr 2006 bezogen 3.389 Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender Leistungen nach dem SGB II, ihre Quote lag damit bei 38,3 %. Mehr als jede(r) dritte Alleinerziehende war damit auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Die größten Anteile Alleinerziehender im Leistungsbezug nach SGB II fanden sich - wieder mit Ausnahme von Langendreer-Alter Bahnhof - in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen. Aber auch Leithe wies mit 49,5 % einen überdurchschnittlichen Anteil auf.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Betroffenheit von SGB II-Bezug Alleinerziehender in den Ortsteilen.

SGB II-Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender in den Bochumer Ortsteilen 2006

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Haushalte Alleinerziehender	SGB II-Bedarfs-gemeinschaften Alleinerziehender	Anteil an allen Haushalten Alleinerziehender
18	Hofstede	270	145	53,7
11	Gleisdreieck	180	96	53,3
16	Hamme	450	236	52,4
15	Kruppwerke	380	197	51,8
55	Querenburg	400	207	51,8
26	Leithe	210	104	49,5
25	Wattenscheid-Mitte	620	285	46,0
24	Günnigfeld	170	77	45,3
27	Westenfeld	310	140	45,2
47	Werne	450	200	44,4
37	Gerthe	250	105	42,0
19	Riemke	160	67	41,9
46	Laer	150	61	40,7
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	190	75	39,5
36	Bergen/Hiltrop	260	100	38,5
Bochum insgesamt		8.850	3.389	38,3
28	Höntrop	420	160	38,1
48	Langendreer	670	253	37,8
38	Harpen/Rosenberg	200	71	35,5
66	Dahlhausen	320	107	33,4
63	Weitmar-Mitte	330	109	33,0
17	Hordel	60	19	31,7
49	Langendreer-Alter Bahnhof	210	66	31,4
65	Linden	290	87	30,0
13	Altenbochum	230	65	28,3
64	Weitmar-Mark	250	58	23,2
14	Südinnenstadt	360	82	22,8
10	Grumme	290	66	22,8
29	Eppendorf	220	46	20,9
53	Wiemelhausen/Brenschede	370	67	18,1
54	Stiepel	190	16	8,4
	keine Zuordnung möglich		22	

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen
 Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

Kinderreiche im SGB II-Bezug

Ähnlich wie Alleinerziehende weisen auch kinderreiche Familien ein deutlich höheres Armutsrisiko auf. Die Anzahl der Kinder ist - neben Arbeitslosigkeit - mitverantwortlich für finanzielle Armut. "Das Risiko, arm zu sein, steigt mit der Zahl der Kinder, bei Arbeitslosigkeit und Scheidungen."⁵ In Bochum bezogen 2006 insgesamt 1.222 kinderreiche Haushalte Leistungen nach dem SGB II. Ihr Anteil an allen kinderreichen Haushalten lag damit bei 32,2 %. Fast jeder dritte kinderreiche Haushalt war somit auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Eine besonders problematische Lebenslage kann entstehen, wenn das Merkmal alleinerziehend mit Kinderreichtum zusammen trifft. Immerhin 383 der 1.222 kinderreichen Bedarfsgemeinschaften in Bochum mit SGB II-Bezug sind auch alleinerziehende Bedarfsgemeinschaften. Dies ist mit 31,3 % fast ein Drittel.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die kinderreichen Bedarfsgemeinschaften in den Ortsteilen.

**SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern
in den Bochumer Ortsteilen 2006**

Statistischer Bezirk/Ortsteil		Kinderreiche Haushalte*	SGB II-Bedarfsgemeinschaften (3 und mehr Kinder)	Anteil an allen kinderreichen Haushalten
55	Querenburg	340	196	57,6
27	Westenfeld	100	48	48,0
11	Gleisdreieck	90	40	44,4
46	Laer	60	26	43,3
24	Günnigfeld	80	32	40,0
25	Wattenscheid-Mitte	300	120	40,0
37	Gerthe	100	39	39,0
16	Hamme	220	81	36,8
18	Hofstede	120	44	36,7
19	Riemke	70	25	35,7
39	Kornharpen/Voede-Abzweig	70	25	35,7
47	Werne	170	60	35,3
17	Hordel	30	10	33,3
15	Kruppwerke	260	86	33,1
Bochum insgesamt		3.800	1.222	32,2
26	Leithe	90	29	32,2
48	Langendreer	230	74	32,2
38	Harpen/Rosenberg	70	21	30,0
49	Langendreer-Alter Bahnhof	100	29	29,0
14	Südinnestadt	90	25	27,8
28	Höntrop	140	37	26,4
36	Bergen/Hiltrop	110	26	23,6
66	Dahlhausen	150	35	23,3
29	Eppendorf	70	16	22,9
63	Weitmar-Mitte	140	25	17,9
10	Grumme	120	19	15,8
13	Altenbochum	70	10	14,3
65	Linden	130	18	13,8
64	Weitmar-Mark	80	9	11,3
53	Wiemelhausen/Brenschede	120	8	6,7
54	Stiepel	100	3	3,0
	keine Zuordnung möglich		6	

* kinderreiche Haushalte = 3 und mehr Kinder

Quelle: Stadt Bochum - Stabsstelle Projekte, Statistik und Stadtforschung; eigene Berechnungen

Stand: 31.12.2006; sozialstrukturell benachteiligte Ortsteile sind grau hinterlegt

SGB II-Leistungsbezug 2005 und 2006

Wie im Sozialbericht 2005 angekündigt, war geplant, die Entwicklung des SGB II-Bezuges für Bochum im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 abzubilden. Leider ist dieser gesamtstädtische Vergleich für Bochum nicht möglich. Die mit der Einführung des SGB II erforderliche Umstellung der Datensysteme und die Überführung der Datensätze in die Software A2LL der Bundesanstalt für Arbeit ging nicht lückenlos vonstatten. Für das Jahr 2005 liegen deshalb auswertbare Daten nur für die vier Stadtbezirke Mitte, Wattenscheid, Nord und Ost vor, sodass für diese vier Stadtbezirke erste Entwicklungstendenzen beschrieben werden können. Folgendes lässt sich danach im Vergleich der Jahre 2005 und 2006 feststellen:

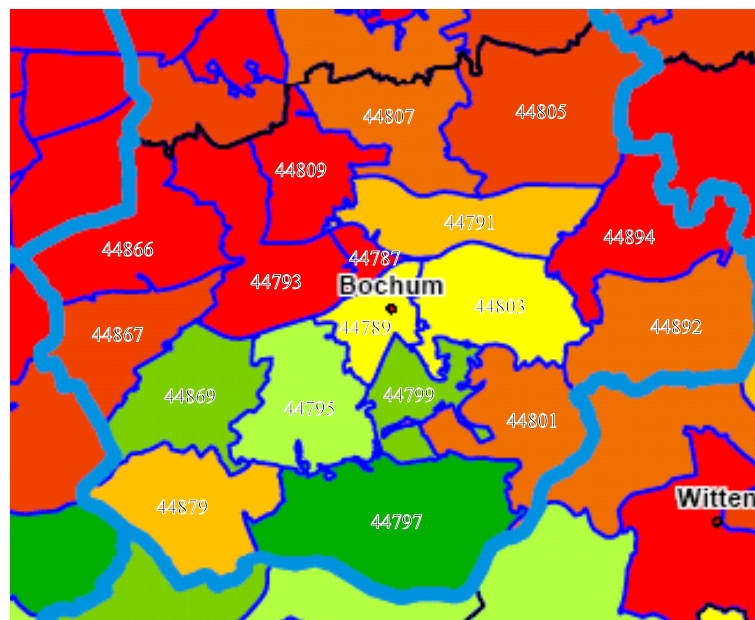
1. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ging insgesamt um 646 zurück. Dieses auf den ersten Blick durchaus positive Ergebnis relativiert sich, wenn man die einzelnen Bedarfsgemeinschaftstypen betrachtet. So hatten Single-Bedarfsgemeinschaften tatsächlich einen Rückgang um 1.196 (-12,1 %) zu verzeichnen. Bei den übrigen Bedarfsgemeinschaften waren dagegen Zuwächse zu konstatieren. Bedarfsgemeinschaften von Partnern ohne Kinder nahmen um 13 zu (+0,6 %), bei Partnerschaften mit Kindern nahmen die Bedarfsgemeinschaften um 125 zu (+4,5 %) und die Zahl alleinerziehender Bedarfsgemeinschaften stieg um 133 (+5,1 %). Offensichtlich profitieren Single-Bedarfsgemeinschaften mehr von der konjunkturellen Entwicklung als Bedarfsgemeinschaften mit Kindern.
2. Dem Rückgang an Bedarfsgemeinschaften steht andererseits eine Zunahme von 793 Personen im SGB II-Bezug gegenüber (+ 2,6 %). Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung nimmt die Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger also zu. Dies korrespondiert mit der Zunahme von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Von diesem Anstieg sind also verstärkt Minderjährige betroffen. Allein bei den 125 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, die in den SGB II-Leistungsbezug geraten sind, handelt es sich bei 53 (42,4 %) um kinderreiche Bedarfsgemeinschaften. Bedarfsgemeinschaften mit Kindern scheinen trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung auch weiterhin die "Verlierer" zu sein.⁶
3. Bei kleinräumiger Betrachtung zeigt sich auch hier die sozialstrukturelle Differenzierung der Ortsteile. So ist in sechs von acht benachteiligten Ortsteilen (ohne Querenburg im Stadtbezirk Süd)⁷ ein erheblich überdurchschnittlicher Anstieg zu verzeichnen. Aber auch die ansonsten unauffälligen Ortsteile Harpen/Rosenberg und Laer weisen einen erheblich überdurchschnittlichen Anstieg auf, Langendreer immerhin noch einen überdurchschnittlichen Anstieg.

Verschuldung in Bochum

Im Kontext materieller Armut stellt Überschuldung ein weiteres die Lebenslagen beeinflussendes Merkmal dar. Einer Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen⁸ zufolge ist Überschuldung in erster Linie auf unstetes Einkommen und unvorhergesehene Probleme wie Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust, Trennung, Krankheit und zusätzliche Ausgaben zurückzuführen. „Demnach trifft Überschuldung vor allem Haushalte, die unvorhergesehene Risiken nicht kompensieren können. Dies sind nach den Zahlen Niedrigverdiener, Alleinerziehende und Haushalte mit kleineren und mehreren Kindern.“⁹

Bochumer Zahlen zur Verschuldung finden sich im Schuldneratlas 2007.¹⁰ Danach waren in Bochum im Jahr 2007 etwa 38.900 Personen überschuldet oder nachhaltig „zahlungsgestört.“¹¹ Von 2004 bis 2007 ist die Schuldnerquote¹² kontinuierlich gestiegen von 10,13 % auf 11,97 %; allerdings schwächt sich der Anstieg immer mehr ab.

Neu ist im Schuldneratlas 2007 die kleinräumige Auswertung anhand der Postleitzahlen. Auch wenn die Postleitzahlenbezirke nicht deckungsgleich sind mit den im Sozialbericht zugrunde gelegten statistischen Bezirken, so lässt sich mit ihnen doch die räumliche Verteilung der Schuldner in Bochum darstellen. Dabei wird ein deutliches „Nordwestost - Südgefälle“¹³ sichtbar. Je weiter man in südliche Richtung wandert, desto niedriger werden die Schuldnerquoten. Die folgende Karte zeigt die Verteilung der verschuldeten Personen nach Postleitzahlen (rot steht für hohe und grün für geringere Schuldnerzahlen).



Quelle: Creditreform Bochum; Schuldneratlas 2007

8.1 Prekäre Lebenslagen: Armut trotz Arbeit

In der Diskussion um Armut und SGB II-Bezug tritt mehr und mehr ein Faktor in den Vordergrund, der bislang in der Sozialberichterstattung kaum eine Rolle spielte: "Arm trotz Arbeit." Galt Arbeitslosigkeit als eines der wesentlichen Risikomerkmale für Armut, so ging man in der Regel davon aus, dass teilhabesicher war, wer Arbeit hatte. Arbeit und Beschäftigung galten gleichsam als Garanten dafür, vor Armut sicher zu sein. Dies gilt heute so nicht mehr. So nimmt z. B. die Zahl unsicherer Jobs europaweit immer mehr zu. "Nur noch 6 von 10 Stellen sind unbefristet ... Im Bereich der IG Metall sei bereits jeder 4. unter 30-Jährige entweder befristet oder als Leiharbeiter beschäftigt."¹⁴.

Die Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse gehen einher mit Risiken für den Einzelnen und werden gesellschaftlich sehr kontrovers diskutiert. Einerseits können sie dazu beitragen, Menschen in den Arbeitsprozess einzugliedern; andererseits können sie aber auch dazu führen, Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe weitestgehend auszuzugrenzen.¹⁵

	ausgrenzend	integrierend
Arbeitsgelegenheiten	<ul style="list-style-type: none"> - kein normales Arbeitsverhältnis - kein angemessener Lohn - keine freie Wahl des Arbeitsplatzes 	<ul style="list-style-type: none"> - sozialer Zusammenhalt - nützliche Arbeit - Anerkennung
Honorartätigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> - keine Arbeitnehmerrechte - keine Sozialversicherung - Ausfallrisiko 	<ul style="list-style-type: none"> - Berufseinstieg - Sammeln von Berufserfahrung - Berufliche Kontakte
Leiharbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Kein Mitglied der Stammebelegschaft - schlechtere Bedingungen - Puffer bei Personalüberhängen 	<ul style="list-style-type: none"> - Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme - "Klebeffekt" - Entwicklung kollegialer Beziehungen
befristete Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> - Planungsunsicherheit - Stress durch Terminierung - Zwang zu Wohlverhalten 	<ul style="list-style-type: none"> - Übernahmemöglichkeiten - Soziale Einbindung - Sammeln von Berufserfahrung

Mit der abnehmenden Bedeutung des Normalarbeitsverhältnisses steigt nicht nur der Anteil der Personen mit unzureichenden Einkommen, sondern auch der Anteil der Beschäftigten, die über ihre Erwerbsarbeit nicht ausreichend abgesichert sind. Denn abweichende, nicht-standardisierte Erwerbsformen begründen in der Regel ein minderes arbeits- und sozialrechtliches Schutzniveau."¹⁶ Weiterhin wird davon ausgegangen, dass die neuen Beschäftigungsformen in der Biografie der einzelnen Betroffenen kumulieren und sich neue Armutgruppen herausbilden; hier sei nur die Zunahme der Altersarmut genannt.

Die Entwicklung in den letzten Jahren drückt sich auch in einer Zunahme von Verunsicherung und Resignation einzelner Bevölkerungsgruppen aus. Verunsicherungen hinsichtlich des Arbeitsplatzes und der sozialen Absicherung sowie eine "allgemeine Orientierungslosigkeit - das Leben ist so kompliziert geworden, dass man sich fast nicht mehr zurechtfindet", verschont auch die Bevölkerungsgruppen nicht, die sich bislang sicher fühlten, die sog. Mittelschicht. Die populäre These, dass "Soziale Ausgrenzung

mittlerweile zu einem allgemeinen Lebensrisiko auch für die Mittelschicht geworden ist“, wird durch Untersuchungen allerdings nicht ausreichend belegt.¹⁷ Nach wie vor entscheiden Langzeitarbeitslosigkeit, geringe schulische und berufliche Qualifizierung, unsichere Beschäftigung, Krankheit und hohes Alter über Teilhabechancen.

Im Folgenden werden ausgewählte Themenbereiche aus dieser Debatte dargestellt, anhand derer die Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Lebenslagen von Teilen der Bevölkerung nachvollzogen werden können.

Niedrigeinkommen

Niedrigeinkommen nehmen zu. Von Niedrigeinkommen oder Niedriglöhnen kann gesprochen werden, wenn der Bruttoverdienst einen bestimmten Schwellenwert in Prozent des Durchschnittsverdienstes unterschreitet. Dabei ist nicht unstrittig, welcher Grenzwert anzunehmen ist: ob der Durchschnitt als arithmetisches Mittel oder Median berechnet wird, ob auch Teilzeitbeschäftigte einzubeziehen sind etc.

Entsprechend kommen unterschiedliche Erhebungen und Auswertungen auch zu unterschiedlichen Ergebnissen über die Größe des Niedriglohnsektors. Zudem muss, um beurteilen zu können, ob Niedriglöhne das Ergebnis niedriger Lohnsätze oder geringer Arbeitszeiten sind, der Einfluss unterschiedlicher Arbeitszeitdauern ausgeschaltet werden. Letztlich sind deshalb nur Stundenverdienste ein geeigneter Indikator, wenn man auch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse berücksichtigen will.

Nach einer Studie des Instituts Arbeit und Technik¹⁸, in der alle Beschäftigungsverhältnisse einbezogen wurden und eine Definition von Niedrigverdiensten als Stundenverdienste unterhalb von zwei Dritteln des Medians¹⁹ zugrunde gelegt wurden, liegt die Niedriglohngrenze in den alten Bundesländern bei 9,83 Euro und in den neuen Bundesländern bei 7,15 Euro. Nach dieser Grenzdefinition arbeiteten im Jahr 2004 knapp 21 % aller abhängig Beschäftigten in Deutschland für Niedriglöhne, rund jeder Fünfte. Dabei waren Teilzeitbeschäftigte und Minijobber überdurchschnittlich häufig von niedrigen Stundenlöhnen betroffen, bei Minijobs sind sie fast die Regel. Dies ist weitgehend auch unabhängig vom Qualifikationsniveau der Beschäftigten, d.h. in einem Minijob verdient (fast) jeder schlecht.

Ein weiteres Ergebnis dieser Studie ist, dass Frauen unter den Vollzeitbeschäftigten etwa doppelt so häufig von Niedriglöhnen betroffen sind wie Männer; bei Teilzeitarbeit sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern geringer. Bei Minijobs sind Männer sogar etwas häufiger zu Niedriglöhnen beschäftigt als Frauen.

Aus einer neueren Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (IAQ) geht weiter hervor, dass Niedrigeinkommen nicht zwangsläufig mit geringer Bildung verknüpft ist. So haben im Jahr 2006 gut drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss.²⁰

Eine weitere Studie²¹ beschäftigt sich ebenfalls mit der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und insbesondere mit der Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige. In dieser Untersuchung wird u.a. die Verteilung der vollzeitbeschäftigten Niedriglohnverdiener auf die unterschiedlichen Berufsgruppen und Berufsordnungen berechnet.

Die folgende Tabelle zeigt für das Jahr 2003 die 50 Berufsordnungen mit der höchsten Niedriglohninzidenz²² in Westdeutschland (nur Berufsordnungen mit mehr als 10.000 Beschäftigten).

Die 50 Berufsordnungen mit der höchsten Niedriglohninzidenz 2003

Kennziffer	Berufsbezeichnung	Inzidenz
901	Friseure	92,5 %
053	Floristen	81,0 %
913	Übrige Gästebetreuer	75,2 %
931	Wäscher, Plätter	69,3 %
912	Kellner, Stewards	67,4 %
933	Raum-, Hausratreiniger	66,0 %
041	Landarbeitskräfte	62,8 %
923	Hauswirtschaftliche Betreuer	61,7 %
356	Näher, a.n.g.	60,8 %
685	Apothekenhelferinnen	59,1 %
856	Sprechstundenhelfer	58,3 %
352	Oberbekleidungsnaher	56,9 %
411	Köche	55,4 %
934	Glas-, Gebäudereiniger	49,7 %
936	Fahrzeuginnen-, -pfleger	49,6 %
531	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	47,8 %
792	Wächter, Aufseher	47,5 %
911	Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	46,4 %
682	Verkäufer	43,3 %
773	Kassierer	41,3 %
402	Fleisch-, Wurstwarenhersteller	40,4 %
921	Hauswirtschaftsverwalter	39,7 %
991	Arbeitskräfte ohne Angabe	37,1 %
391	Backwarenhersteller	35,6 %
734	Telefonisten	35,3 %
937	Maschinen-, Behälterreiniger und verwandte Berufe	33,7 %
392	Konditoren	33,7 %
433	Zucker-, Süßwaren-, Speiseeishersteller	32,8 %
051	Gärtner, Gartenarbeiter	32,6 %
855	Diätassistenten, Pharmazeutisch-technische Assistenten	31,9 %
303	Zahntechniker	29,3 %
522	Warenaufmacher, Versandfertigmacher	28,9 %
472	Sonstige Bauhilfsarbeiter, Bauhelfer, a.n.g.	28,5 %
705	Vermieter, Vermittler, Versteigerer	28,2 %
784	Bürohilfskräfte	28,2 %
304	Augenoptiker	27,7 %
852	Masseure, Krankengymnasten und verwandte Berufe	27,1 %
791	Werkschutzleute, Detektive	25,5 %
744	Lager-, Transportarbeiter	25,5 %
854	Helfer in der Krankenpflege	24,7 %
702	Fremdenverkehrsfachleute	24,7 %
794	Haus-, Gewerbediener	24,6 %
401	Fleischer	23,2 %
270	Schlosser, o.n.A.	22,8 %
491	Raumausstatter	22,2 %
315	Funk-, Tongerätemechaniker	20,9 %
683	Verlagskaufleute, Buchhändler	20,4 %
162	Verpackungsmittelhersteller	20,3 %
753	Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	20,0 %
163	Buchbinderberufe	19,1 %

Quelle: IAB Forschungsbericht Nr. 12/2006, S. 23, Tabelle 7

Niedrige Arbeitseinkommen führen zu dem Risiko, trotz Arbeit noch nicht einmal die eigenständige Existenzsicherung gewährleisten zu können. Bei Vollzeitentgelten, die die Niedriglohnschwelle unterschreiten, wird insofern auch häufig von Armutslöhnen ("working poor") gesprochen. Allerdings ist dabei zu beachten, dass es bei der Feststellung von Einkommensarmut auf das *Gesamteinkommen* nach Abzug von Steuern im Kontext des *Haushaltes* ankommt. "Neben den Netto-Arbeitseinkommen müssen also auch - soweit vorhanden - weitere Einkommen berücksichtigt werden, die im Haushalt zusammen fließen. Eine niedrige individuelle Verdienstposition beinhaltet insofern ein "potentielles" oder "latentes" Armutsrisiko, weil für den einzelnen Beschäftigten nicht sicher und absehbar ist, ob durch weitere Einkommenszuflüsse auf der Haushaltsebene ein Ausgleich eintritt."²³

Erwerbstätigkeit und Leistungsbezug im SGB II

Ein eindeutiger Beleg dafür, dass der Lohn - und auch das Haushaltseinkommen - nicht zum Leben reichen, liegt dagegen vor, wenn Personen, auch Aufstocker genannt, trotz Erwerbseinkommen auf unterstützende Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind. Einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung²⁴ zufolge stocken die sog. Aufstocker entweder ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit mit Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende auf, um das soziokulturelle Existenzminimum zu erreichen, oder aber sie ergänzen ihre Sozialleistungen - meist aus geringfügigem Erwerbseinkommen - mit einem eigenen Beitrag zum Lebensunterhalt.

Als wesentliche Ergebnisse dieser Studie, die anhand zeitlicher Verläufe von Leistungsbezugs- und Beschäftigungszeiten unterschiedliche Problemlagen des aufstockenden Leistungsbezugs für das Jahr 2005 herausgearbeitet hat, lässt sich Folgendes festhalten:

- * Die Zahl der Aufstocker lag auf Bundesebene im Jahresdurchschnitt 2005 bei rund 880.000; im Januar 2007 betrug sie 1,3 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg um 420.000.
- * Bedürftigkeit trotz Erwerbstätigkeit ist häufig nur ein vorübergehender Zustand. Nur 325.000 Erwerbstätige waren 2005 ganzjährig auf SGB II-Leistungen angewiesen.
- * Allerdings gab es im Jahr 2005 insgesamt 2,1 Millionen Aufstocker, die zumindest zeitweise Transferleistungen und Erwerbseinkommen gleichzeitig bezogen.
- * Die Mehrheit der Aufstocker war geringfügig beschäftigt. Sie verblieben oft relativ lange im Leistungsbezug: Ein Drittel von ihnen hat mindestens zehn Monate lang "aufgestockt".

- * Von den Vollzeitbeschäftigten gehörte die Mehrheit nur kurzfristig zu den Aufstockern. Vollzeitbeschäftigte, die längere Zeit Leistungen bezogen, lebten meist in Paarhaushalten mit oder ohne Kinder. Am leichtesten gelingt Alleinstehenden mit Vollzeitjob der Absprung aus der Hilfebedürftigkeit.
- * Bei den meisten der dauerhaften Aufstocker ist das Einkommen aus Minijobs und Teilzeitbeschäftigung eher eine Ergänzung zu den Leistungen als umgekehrt.

Für Bochum liegen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit für den Monat April 2007 vor²⁵. Danach waren 19,9 % der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erwerbstätige Leistungsbezieher; jede/r Fünfte bezog also neben eigenem Einkommen noch Leistungen nach dem SGB II.

Nimmt man die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bochum in den Blick, so bezogen 2,5 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gleichzeitig SGB II-Leistungen; von allen ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten²⁶ waren 15,8 % auf Leistungen nach SGB II angewiesen.

Betrachtet man die Beschäftigung von erwerbsfähigen SGB II-Leistungsbezieherinnen und -beziehern nach Strukturmerkmalen, so ergibt sich folgendes Bild:

- * Von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Leistungsbezieherinnen und -beziehern waren 62,6 % vollzeit- und 37,4 % teilzeitbeschäftigt. 52,6 % waren Frauen, 16,3 % unter 25 Jahre alt und 20,5 % Ausländerinnen und Ausländer.
- * Von den ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigten Leistungsbezieherinnen und -beziehern waren 54,0 % Frauen, 8,1 % unter 25 Jahren und 18,2 % Ausländerinnen und Ausländer.

Geht man davon aus, dass Erwerbsbiografien immer unsteter werden und dass Bildung und Einkommen nach wie vor über eine gelungene gesellschaftliche Integration entscheiden, muss über eine Förderung sozialer Integration jenseits der Erwerbsarbeit nachgedacht werden, um Hoffnungslosigkeit, Marginalisierung und Resignation entgegenzuwirken. "Generell stellt sich damit die Frage, wie gesellschaftliche Integration zukünftig verwirklicht werden kann, und wie realistisch die Orientierung am Ziel der Vollbeschäftigung ist. Reflexionen über eine Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung sowie eine "Politik der Anerkennung", in deren Mittelpunkt nicht mehr nur Erwerbsarbeit steht, sind wichtige Schritte."²⁷

8.2 Armut und Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Die Wahl der Wohnung ist eine elementare Bedingung menschlicher Selbstverwirklichung. Wo und wie man wohnt, ist allerdings abhängig von den individuellen finanziellen Ressourcen. Wer arm ist, kann sich noch längst nicht jede Wohnung - und jede Wohngegend - aussuchen. Wer absolut arm ist, hat u. U. nicht mal ein Dach über dem Kopf.

In den letzten Jahren scheint sich die Ungleichheit auf dem Wohnungsmarkt zu verschärfen. Die Soziologen Häußermann und Siebel stellen fest: "Die Wohnungsversorgung polarisiert sich: Auf der einen Seite stehen jene, die ihren Flächenverbrauch und ihre Ausstattung steigern können, auf der anderen Seite jene, deren Wohnstandard immer weiter hinter dem Durchschnitt zurückfällt oder sich sogar absolut verschlechtert."²⁸ Einige Soziologen in Deutschland warnen inzwischen vor einer Dreiteilung der Städte, nämlich in Wohngebieten der Bevölkerung mit Niedrigst-Einkommen (z.B. Empfänger von Leistungen nach SGB II, Ausländer), in solche der Mittelschicht und in die der Reichen.

Diese Entwicklung ist nicht wirklich neu. Schon immer gab es in den Städten die Teilung in "reiche" und "arme" Wohngebieten, in Oberstadt und Unterstadt, oder, wie es für manche Städte im Ruhrgebiet auch formuliert wird, das Nord-Süd-Gefälle zwischen "armem" Norden und "reichem" Süden. Sie wird aber in letzter Zeit, vor allem durch den wachsenden Reichtum auf der einen und die zunehmende Armut auf der anderen Seite, wieder verstärkt wahrgenommen und thematisiert.

Umzugsaufforderungen der ARGE

Wer in den SGB II-Bezug gerät und wessen Miete dann nicht die SGB II-Kriterien der Angemessenheit erfüllt, muss damit rechnen, dass die ARGE zur Senkung der Unterkunftskosten auffordert. Mieter, die dieser Aufforderung nicht Folge leisten können (z.B. durch Untervermietung oder Nachverhandlungen mit dem Vermieter zur Mietminderung), erhalten dann u. U. die Aufforderung zum Umzug in eine billigere Wohnung.

Konkrete Zahlen zur Größenordnung von Umzugsaufforderungen durch die ARGE in Bochum liegen nicht vor. Einer Auswertung des Fallbestandes Ende 2005/Anfang 2006²⁹ zufolge hatten bis dahin 350 - 400 Umzüge aufgrund der Aufforderung durch die ARGE stattgefunden, ein Anteil an allen SGB II-Fällen von etwa 2 %.

Bei den laufenden Fällen, in denen erstmalig SGB II-Leistungen beantragt werden, lässt sich feststellen, dass ca. 5 bis 8 Prozent der Fälle über unangemessen hohe Kosten der Unterkunft verfügen. Damit ist noch keine Aussage über die tatsächliche Vornahme eines Umzuges getroffen, da es nach einer entsprechenden Aufforderung, diese unangemessenen Kosten zu reduzieren, auch vielen Leistungsberechtigten gelungen ist und auch weiterhin gelingt, diese Kosten, wie oben schon erwähnt, auf andere Art und Weise zu senken. Für das laufende Geschäft gibt die ARGE an, dass lediglich ca. 1,5 bis 2 Prozent aller Leistungsfälle tatsächlich umziehen. Bei rund 21.000 Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2006 entspricht dies ca. 300 bis 400 Umzügen.

Eine Umzugswelle, wie von vielen befürchtet, blieb offenbar Dank der gemeinsamen Bemühungen der ARGE, der Verwaltung der Stadt Bochum und der Politik aus. Umzugsaufforderungen werden auf der Grundlage der Angemessenheitskriterien im Einzelfall sorgfältig geprüft. Neben wirtschaftlichen Erwägungen finden auch soziale Aspekte Berücksichtigung, soweit dies möglich ist.

Im Zusammenhang mit einer systematischen Beobachtung, inwieweit sich die Lage am Wohnungsmarkt für benachteiligte Personengruppen und insbesondere für SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger verschlechtert, stellen sich folgende Fragen:

- Aus welchen Gründen müssen benachteiligte Personengruppen umziehen?
- In welchen Ortsteilen Bochums befindet sich für diesen Personenkreis angemessener Wohnraum?
- Wie hoch ist der Marktanteil des billigen Wohnraums, vor allem für Einzelpersonen und Haushalte mit Kindern im SGB II-Bezug, damit diese überhaupt umziehen können?
- Wohin ziehen die betroffenen Personen um?
- Welche Auswirkungen haben diese Umzüge auf das Sozialgefüge in den Ortsteilen?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist in der Analyse eine enge Zusammenarbeit zwischen Wohnungsmarktberichterstattung und Sozialberichterstattung notwendig. Weiterhin sind die daraus abzuleitenden Maßnahmen gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen.

Zur Zeit können nur einige Daten ausgewertet werden, die ein Indiz dafür sein können, dass es einen Zusammenhang zwischen Armut und Wohnsituation gibt. Dazu gehören u. a. Angaben über Wohnungsleerstände und Sozialwohnungen.

Hinweise zum Leerstand von Wohnungen liefert der aktuelle Wohnungsmarktbericht 2007.³⁰ Danach ist bei strukturellen Leerständen (länger als 3 Monate) aufgrund der Leerstandsdauer davon auszugehen, dass neben wohnungsbezogenen Gründen häufig das städtebauliche Umfeld und die Struktur der Nachbarschaft eine Rolle spielen bzw. umgekehrt die Leerstände bereits deren negative Entwicklung verstärken. Leerstand findet sich also verstärkt in wenig attraktiven Wohngebieten und möglicherweise in sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen. Tatsächlich weist der Wohnungsmarktbericht 2007 die höchsten Leerstände in den Ortsteilen Gleisdreieck, Hamme, Günnigfeld und Leithe aus, wobei die ersten drei zu den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen zählen.

Im Zusammenhang von Armut und Wohnen ist noch ein weiteres Merkmal zu erwähnen. So nimmt der Bestand an Sozialwohnungen kontinuierlich ab und wird auch in der Prognose weiterhin abnehmen. Da mit der Verschlechterung der sozioökonomischen Bedingungen vieler Haushalte gleichzeitig die Nachfrage nach Sozialwohnungen zunimmt, wird diese Entwicklung - vor allem vor dem Hintergrund des SGB II - auch im Wohnungsmarktbericht kritisch gesehen. "Auch wenn kurzfristig durch das Auslaufen der Bindungen keine Verdrängung der bisherigen Mieter auf die noch geförderten Restbestände zu erwarten ist, so bedarf die Wechselbeziehung von künftigen Miet-

forderungen und Regelungen der Arbeitsagentur/Sozialverwaltung einer besonderen Aufmerksamkeit.“³¹ Konstatiert wird aber auch, dass Auswirkungen durch die Einführung des Arbeitslosengeldes II und der damit verbundenen Umzugsaufforderungen bislang auf dem Wohnungsmarkt nicht eindeutig festzustellen sind.

Obdachlosigkeit in Bochum

Das Äußerste an armutsbedingter Wohnungsnot stellt Obdachlosigkeit dar. Obdachlosigkeit ist in der Regel eine Folge von Verschuldung und daraus folgender Zwangsäumung der Wohnung. Obdachlos gewordenen Personen stehen städtische Wohnunterkünfte zur Verfügung, in denen sie verbleiben können, bis sie wieder in der Lage sind, eine eigene Wohnung anzumieten. Hauptziel der Obdachlosenarbeit ist es jedoch, Obdachlosigkeit nach Möglichkeit zu verhindern. Somit ist die Prophylaxearbeit mehr und mehr in den Vordergrund gerückt, um vorrangig Verschuldung abzubauen und Zwangsäumungen zu verhindern.

Erfreulicherweise ist die Zahl der anberaumten und durchgeführten Zwangsäumungen in den letzten Jahren kontinuierlich zurück gegangen. Im Jahr 2006 wurden in Bochum 252 Zwangsäumungen anberaumt und 148 durchgeführt. Im Jahr 2003 waren es noch 340 anberaumte und 194 durchgeführte Zwangsäumungen.

Dieser Entwicklung entspricht die Zahl der Interventionen des Sozialamtes bei Wohnungsnot. Hier ging die Zahl von 2004³² auf 2006³³ von 1.537 auf 1.136 zurück.

Anmerkungen

1. In der sozialwissenschaftlichen Forschung wird definitiv davon ausgegangen, dass das staatliche Transfereinkommen als Armut anzusehen ist, während im politischen Raum häufig darauf insistiert wird, dass es sich dabei eigentlich um "bekämpfte Armut" handle, da dieses Transfereinkommen die Teilhabe am soziokulturellen Existenzminimum garantieren soll.
2. Bäcker, G. u.a.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung, Wiesbaden 2008⁴, S. 358; siehe auch Kapitel 1 dieses Sozialberichts.
3. SGB II-Leistungen können nur Personen im Alter von 0 bis unter 65 Jahren beziehen. Personen im Alter von 65 Jahren und älter haben bei Bedarf Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII/Grundsicherung.
4. Sozialbericht NRW 2007 - Armuts- und Reichtumsbericht, S. 33
5. Sozialminister Laumann, "In NRW wächst die Armut", WAZ v. 10.05.2007
6. Dies scheint eine bundesweite Entwicklung zu sein. Zwar ist die Zahl Minderjähriger im SGB II-Bezug leicht zurückgegangen. Dennoch scheint eine gute Konjunktur allein nicht auszureichen, um Kinder aus der Armut zu holen. Laut Aussage von Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, ist deutlich eine "Treppe" erkennbar: Erst sei die Arbeitslosigkeit insgesamt zurückgegangen, dann mit Verzögerung und deutlich geringerem Tempo die Langzeitarbeitslosigkeit. "Ganz zuletzt kommt der Aufschwung bei den Familien und den Kindern an." (Frankfurter Rundschau vom 11.01.2008: "Kinder profitieren als Letzte")
7. Auswertbare Daten der Bundesagentur für Arbeit lagen für das Jahr 2005 für die Stadtbezirke Süd und Südwest nicht vor.
8. Institut für Finanzdienstleistungen e.V.: iff-Überschuldungsreport 2007, erschienen 15.01.2007
9. Quelle: <http://news.iff-hh.de/> am 17.01.2008
10. Creditreform Bochum Glatzel & Böhme KG: Schuldneratlas 2007 am 08.01.2008 in Bochum, Herne und im Kreis Recklinghausen
11. Als verschuldet gelten Personen, auf die sog. Negativmerkmale zutreffen. Diese Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Haftanordnung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, Abgabe der eidesstattlichen Versicherung und Privatpersoneninsolvenz), unstrittigen Inkassofällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen (mindestens zwei, meistens aber mehrere vergebliche Mahnungen mehrerer Gläubiger).
12. Die Schuldnerquote ist der Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren aufwärts.
13. Siehe Creditreform, a.a.O.
14. WAZ, November 2006
15. Klaus Kock, Prekäre Arbeit zwischen Integration und Ausgrenzung - Konzept für eine Untersuchung regionaler Beschäftigungsverhältnisse
16. Sozialbericht NRW 2007, S. 322

17. WBZ Mitteilungen, Heft 110, Dezember 2005, S. Böhnke: Mittendrin und trotzdem draußen? Soziale Ungleichheit in Deutschland
18. Institut Arbeit und Technik: Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigung und Minijobs?, IAT-Report 03/2006
19. Der Median (Zentralwert) ist der mittlere Wert aller einbezogenen Faktoren. Buttler/Fickel, Einführung in die Statistik, S.136
20. Quelle: "Niedriglohn trotz Ausbildung", Frankfurter Rundschau vom 05.02.2008
21. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland; Deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige; IAB Forschungsbericht Nr. 12/2006
22. Die Niedriglohninzidenz in dieser Tabelle bezeichnet das Niedriglohnrisiko in bestimmten Berufsordnungen. Im Jahr 2003 waren von allen Friseuren 92,5 % Niedriglohnverdiener. Für Friseure hieß das also, dass die Wahrscheinlichkeit, von Niedriglohn betroffen zu sein, für sie bei 92,5 % lag.
23. G. Bäcker u.a., a.a.O., Bd. 1, S. 237
24. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Aufstocker - bedürftig trotz Arbeit, Erwerbstätige Leistungsbezieher im SGB II, IAB Kurzbericht Ausgabe Nr. 22/30.11.2007
25. Quelle: www.pub.arbeitsamt.de
26. Hierbei handelt es sich nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit um nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen.
27. WBZ, a.a.O.
28. Hartmut Häußermann, Walter Siebel: Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, 2. korrigierte Auflage 2000
29. Die folgenden Zahlen stammen aus einer Mitteilung der ARGE im Sozial- und Gesundheitsausschuss am 03. Mai 2007
30. Stadt Bochum, Amt für Bauverwaltung und Wohnungswesen: Wohnungsmarktbericht 2007
31. Ebd., S. 31
32. Erhebungszeitraum: 01.07.2003 - 30.06.2004
33. Erhebungszeitraum: 01.03.2005 - 28.02.2006



Arbeiterwohlfahrt
Unterbezirk Ruhr- Mitte

Untere Marktstraße 3
44787 Bochum
Telefon: (0234) 96477-0
Telefax: (0234) 96477-55
www.awo-bochum.de



Caritasverband für Bochum e.V.

Huestraße 15,
44787 Bochum
Telefon (0234) 96422 – 0
Fax (0234) 64225
www.caritas-bochum.de



Caritasverband Wattenscheid e. V.

Propst – Hellmich – Promenade 29
44866 Bochum
Telefon: (0234) 946110
Fax (0234) 946111
www.caritas-wattenscheid.de

Deutsches Rotes Kreuz 

Deutsches Rotes Kreuz
Kreisverband Bochum e. V.

An der Holtbrügge 8
D-44795 Bochum
Telefon: (0234) 9445-112
Telefax: (0234) 9445-160
www.kv-bochum.drk.de



Der Paritätische
Kreisgruppe Bochum

Kortumstr. 145
44787 Bochum
Telefon (0234) 60687
Telefax (0234) 685089
bochum@paritaet-nrw.org

Diakonie 
Ruhr

Innere Mission –
Diakonisches Werk Bochum e.V.

Westring 26
44787 Bochum
Telefon : (0234) 9133 310
Telefax : (0234) 9133 319
www.diakonie-ruhr.de



Jüdische Gemeinde
Bochum – Herne – Hattingen

Alte Wittenerstr. 13
44803 Bochum
Telefon : (0234) 932579 0
Telefax : (0234) 932579 30
www.jg-bochum.de

Was es heißt, arm zu sein



Sozialbericht 2008

Beitrag der Bochumer Wohlfahrtsverbände

► „Was es heißt, arm zu sein“

Elf Millionen Menschen in unserem Lande sind arm bzw. sind von Armut bedroht. Drei Millionen Haushalte sind überschuldet, sieben Millionen Menschen leben von der Grundsicherung. So sehr uns diese Zahlen auch erschrecken, was es heißt, arm zu sein, wird erst deutlich, wenn wir die Menschen und ihre Schicksale betrachten, die hinter diesen Zahlen stehen.

Arme leben mitten unter uns, auch bei uns, in Bochum. Wir müssen nur hinsehen, wenn wir mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, wenn wir an der Kasse im Supermarkt stehen, oder an Suppenküchen und Kleiderkammern vorbei kommen. Wir müssen nur hinhören, wenn Kinder aus dem Kindergarten oder aus der Schule erzählen.

Arme sind mitten unter uns und unter uns ist auch die wachsende Angst vor dem Absturz in Hartz IV.

Wir, die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in Bochum, begegnen in unserer tagtäglichen Arbeit den Armen und dem Thema Armut, sei es in unseren Beratungsstellen und Begegnungsstätten, in Offenen Ganztagschulen, in Einrichtungen der Kinder-, Jugend-, Behinderten- und Altenhilfe.

Unsere zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden jeden Tag mit den vielfältigen Erscheinungsformen der Armut konfrontiert und versuchen nach ihren Möglichkeiten und Kräften, die Folgen der Armut zu lindern.

Gerne sind wir auf die Bitte der Stadt Bochum eingegangen, erstmalig, im Rahmen der Bochumer Sozialberichterstattung 2007/2008, unsere Erfahrungen mit einzubringen.

In anonymisierter Form berichten wir von Menschen aus unserer Stadt, die unter Armut und Ausgrenzung leiden.

Wir erzählen ihre Geschichten, um ihr Schicksal aus der Anonymität der Statistiken herauszuholen. Wir erzählen ihre Geschichten, um unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen vor Augen zu führen, was es heißt, arm zu sein und welche Auswirkungen die geltenden Sozialgesetze mit sich bringen.

Wir erzählen ihre Geschichten, weil wir der Überzeugung sind, dass alle Menschen in unserem Land ein Recht auf eine ausreichende und gesunde Ernährung, auf Kleidung und Wohnung, auf gesundheitliche Versorgung und auf Begleitung in schwierigen Lebenslagen haben. Sie sollen teilhaben können am gesellschaftlichen Leben, Bildungschancen nutzen können.

Wir verstehen unseren Beitrag als einen gemeinsamen Beitrag. Bei der Auswahl der Arbeitsbereiche sind wir arbeitsteilig vorgegangen.

Dabei haben wir uns auf folgende Bereiche verständigt, in denen wir als Wohlfahrtsverbände unseren Dienst am Menschen leisten:

Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Arbeit mit Wohnungslosen, mit Menschen, die eine seelische bzw. geistige Behinderung aufweisen, Arbeit mit alten Menschen und mit Menschen, die mit einem Migrationshintergrund unter uns leben.

Die Auswahl der Fallbeispiele erfolgte durch unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor Ort aus der aktuellen Arbeit heraus.

Wohlfahrtsverbände und Stadt arbeiten gemeinsam an dem Ziel, Bochum als soziale Stadt weiter zu entwickeln. Unser Beitrag will den Blick für die Armen unter uns schärfen und Anregungen geben, wie wir gemeinsam Lösungen suchen und finden können.

Neben den Fallbeispielen finden Sie in unserem Beitrag eine kurze Selbstdarstellung der einzelnen Verbände, um den Leserinnen und Lesern eine genauere Vorstellung von unserer Arbeit zu vermitteln.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände:

Peter Scheffler (Vorsitzender), Innere Mission

Ernst Steinbach, AWO

Ulrich Kemner, Caritasverband Bochum

Ulrich Schirmer, Caritasverband Wattenscheid

Brigitte Ponath, Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Carl Gerhard Rohm, Deutsches Rotes Kreuz

Eckhard Sundermann, Diakonie Ruhr

H. Lorenz, Diakonisches Werk Gelsenkirchen und Wattenscheid

Aleksander Chruga, Jüdische Gemeinde

► „Er spricht außer Mama und Papa noch kein sinnvolles Wort“

Der Junge A. wurde im Alter von 4 Wochen auf Anraten der Kinderklinik in der Frühförderstelle angemeldet mit der Diagnose einer geistigen und körperlichen Behinderung. Aufgrund der langwierigen und komplizierten Geburt kam es zu einer Unterversorgung des Gehirns durch Sauerstoffmangel. A. ist das erste Kind seiner Eltern, die Mutter ist noch sehr jung, ohne Schulabschluss und Ausbildung. Der wesentlich ältere Vater ist zurzeit arbeitslos, möchte aber demnächst eine Umschulung machen. Beide Eltern stammen ihrerseits aus schwierigen sozialen Verhältnissen, thematisieren dies explizit und bringen ihre Hoffnung zum Ausdruck, ihrem Kind mehr Sicherheit und Stabilität geben zu können, als sie selbst in ihrem Leben erfahren haben.

Die Eltern sind von der Klinik in die Frühförderstelle geschickt worden; sie sind motiviert „alles richtig zu machen“ ohne spezifische Erwartungen oder Ziele für sich und ihr Kind formulieren zu können. Sie möchten das Angebot der Frühförderung wahrnehmen.

Die Frühförderung findet als Hausbesuch statt, da die Eltern aus finanziellen und organisatorischen Gründen nicht in der Lage sind, mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Einrichtung zu kommen. Die Eltern gehen mit A. liebevoll um und nehmen anfangs das häusliche Förder- und Beratungsangebot aufmerksam wahr.

Da die Bewegungsentwicklung deutlich verzögert wirkt und zudem eine ausgeprägte muskuläre Hypotonie vorliegt, wird Krankengymnastik verordnet. Diese wird jedoch nur unregelmäßig wahrgenommen, da öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden müssten und die Familie nicht in der Lage ist, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Bis zu seinem ersten Lebensjahr entwickelt sich A. gut, obwohl eine deutliche allgemeine Entwicklungsverzögerung in allen Bereichen zu beobachten ist. Eine augenärztliche Kontrolluntersuchung ergibt, dass A. eine Brille braucht. Die Eltern bemühen sich, die Brille so schnell wie möglich anpassen zu lassen, stellen dann aber fest, dass A. sie nicht sofort toleriert. Die Brille geht verloren, die Anschaffung einer weiteren Brille ist nicht erschwinglich und wird von den Eltern nicht mehr als wichtig erachtet, da A. sie ja doch nicht trage.

Der Vater ist immer noch arbeitslos, trotzdem aber viel unterwegs, so dass die Mutter überwiegend alleine mit A. zu Hause bleibt. Sie erlebt ihren Alltag zunehmend als eintönig und langweilig; ihre Unzufriedenheit projiziert sie immer häufiger auf A., dessen Behinderung sie in ihre schwierige Lage gebracht habe. Sie reagiert häufiger gereizt oder abweisend auf ihr Kind, ist immer weniger in der Lage, Zuwendung und spielerische Anregungen zu geben. Ihre Unzufriedenheit verstärkt sich durch den Eindruck, dass A. ihrem Eindruck nach keinerlei Entwicklungsfortschritte macht. Die Anregung, eine Krabbelgruppe zu besuchen, setzen die Eltern aufgrund der zu erwartenden Kosten nicht um. Hinzu kommt, dass die Mutter inzwischen unter Angstzuständen leidet, wenn sie mit A. alleine das Haus verlassen will. Die Alltagsorganisation wird dadurch zusätzlich erschwert; an die eigentlich notwendige psychotherapeutische Hilfe ist nicht zu denken, da dieses

Thema bei der Familie auf große Skepsis stößt und mit organisatorischem sowie finanziellem Aufwand verbunden wäre, dem sie sich derzeit nicht gewachsen fühlen.

Bei den wöchentlichen Hausbesuchen ist zu beobachten, dass die Mutter mit der häuslichen Situation zunehmend überfordert zu sein scheint. Wäsche- und Spülberge stapeln sich, die Mutter wirkt passiv und bedrückt; oft sitzt sie rauchend vor dem Fernseher, wenn die Frühförderung zum Hausbesuch erscheint. Die Möglichkeit, Familienhilfe zu beantragen, wird abgelehnt.

Das mitgebrachte Förder- und Spielmaterial der Frühförderung animiert sowohl das Kind als auch die Mutter zum gemeinsamen Spiel. Es ist ersichtlich, dass hier selbst die junge Mutter noch deutlichen Spielbedarf hat.

Das Spielmaterial, das A. zu Hause zur Verfügung hat, beschränkt sich allerdings auf ein Minimum an meist beschädigten oder unvollständigen Plastikteilen. Sinnvolle Neuanschaffungen sind den Eltern zu teuer und die Organisation von gut erhaltenen gebrauchten, aber preiswerten Spielzeugen überfordert sie.

Als A. 1 ½ Jahre alt ist, kündigt sich die Geburt eines zweiten Kindes an. Der Vater ist immer noch arbeitslos, die geplante Umschulung ist gescheitert. Der Vater möchte sich nun vermehrt um seine Familie kümmern und lieber zu Hause bleiben.

Das Mädchen M. kommt gesund zur Welt, entwickelt sich später jedoch zu einem sogenannten Schreikind, welches die Eltern zur Verzweiflung bringt. Aufgrund der sehr beengten räumlichen Verhältnisse haben beide Kinder ein gemeinsames Kinderzimmer. A. wird in seinem Verhalten immer unruhiger, M. schreit ununterbrochen. A. wirft mit Gegenständen, wird aggressiv, provoziert und testet seine Grenzen aus. Die Eltern stehen dieser Situation ratlos gegenüber und beschließen in eine größere Wohnung zu ziehen. Zu diesem Zeitpunkt schaffen sie außerdem zwei Katzen und zwei Kaninchen an – zum Spielen für die Kinder.

A. bekommt keine Krankengymnastik mehr, die Termine werden aus organisatorischen Gründen nicht mehr wahrgenommen. Eine Brille wurde für A. inzwischen wieder angefertigt, er trägt sie jedoch nicht. Die Förderstunden gestalten sich zunehmend schwieriger, A. wirkt gestresst, läuft den Katzen hinterher und schlägt sie. Er ist mittlerweile 2 ½ Jahre alt, die Sprache ist extrem verzögert, er spricht außer Mama und Papa noch kein sinnvolles Wort. Er kann sich nicht lange auf eine Spielsequenz einlassen, die Konzentrationsfähigkeit und die Aufmerksamkeitsspanne sind extrem kurz. A. stolpert oft haltlos durch die Wohnung sucht Mama und Papa, die sich aber zunehmend von aktiver Tages- und Spielgestaltung zurückziehen, oft vor dem Fernseher sitzen oder von Bekannten und Freunden besucht werden. Die Eltern sind nur noch mit Mühe zum gemeinsamen Spiel mit ihrem Kind in der Fördersituation zu bewegen.

Das Mädchen M. ist jetzt 1 Jahr alt. Die Bewegungskentwicklung verläuft normal. Mit zunehmenden Alter wird immer deutlicher, dass auch hier eine gravierende

Sprachentwicklungsverzögerung vorliegt, sowie eine Hyperaktivität mit großen Konzentrations- und Aufmerksamkeitsproblemen. Die Eltern sehen jedoch keinen Förderbedarf und die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen ergeben keine Auffälligkeiten.

Die Mutter wird noch einmal schwanger, ein weiteres Mädchen L. wird gesund geboren. Die Familiensituation erscheint immer angespannter, eine angemessene Förderung im häuslichen Rahmen ist für A. schon länger nicht mehr gegeben.

In zahlreichen Elterngesprächen werden die Themen Kindergarten für A., sowie die zukünftige Gestaltung des Alltages mit einfachen festen Regeln und Ritualen für die Kinder angesprochen. Die Umsetzung gestaltet sich jedoch sehr schwierig. Ein weiterer Wohnungswechsel steht an. Für die Kinder stehen nun zwei Kinderzimmer zur Verfügung.

A. hat wegen Dringlichkeit einen Platz in einem Regelkindergarten bekommen. Eine heilpädagogische Zusatzkraft, die für eine kontinuierliche Förderung für A. zuständig ist, wird beantragt. A. erhält weiterhin Frühförderung als Hausbesuch.

Wenig später, das Mädchen L. ist ein halbes Jahr alt, verlässt die Mutter die Familie, um mit einem neuen Partner in eine andere Wohnung zu ziehen. Da L. noch gestillt wird, nimmt die Mutter sie mit, die zwei anderen Kinder bleiben beim Vater.

In dieser Situation lehnt der Vater mögliche Hilfsangebote ab und gibt an, mit der Situation gut zurecht zu kommen; er möchte keine weiteren Gespräche zu diesem Thema führen.

Folgerungen

Das gewählte Beispiel ist kein Einzelfall in der Frühförderung und auch kein „besonderer“ Fall.

Der Unterstützungsbedarf vieler Familien ist vielschichtig, die Einschätzung der eigenen Familiensituation im Hinblick auf notwendige Hilfen oft unklar und ambivalent, da Stigmatisierung oder „Einmischung“ des Jugendamtes befürchtet wird.

Immer mehr Kinder ohne manifeste Behinderung wachsen in einem Vorfeld der Kindeswohlgefährdung auf und zeigen entsprechend gravierende Entwicklungsverzögerungen.

Kinder mit manifesten Behinderungen und schwierigen Lebensverhältnissen sind von daher einem noch erheblich höheren Entwicklungsrisiko ausgesetzt.

Hier ist die niedrighschwellige, aufsuchende und familienbegleitende Arbeit von großer Bedeutung; ebenso wichtig erscheint aus unserer Sicht die ausreichende Verfügbarkeit qualifizierter Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, insbesondere dann, wenn eine Behinderung vorliegt.

► Kälte und Hunger schon im Kindergarten

Die Wohlfahrtsverbände bieten in Bochum ein vielfältiges Angebot für Kinder und Jugendliche. Dieses beinhaltet Betreuungsangebote für Kinder von 4 Monaten bis 14 Jahren in Kindertageseinrichtungen, Offenen Ganztags-Grundschulen und Spielgruppen, sowie die offene Kinder- und Jugendarbeit in Jugendfreizeithäusern, Jugendräumen und anderen offenen Angeboten. In all diesen Einrichtungen lassen sich die veränderten Lebensbedingungen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und des unsicheren Lebensunterhaltes vieler Familien beobachten. Die daraus resultierenden schlechten Startchancen, die häufig unregelmäßige Aufsicht und unzureichende Grundversorgung der Kinder führen schon im Kindergartenalter zu gravierenden Entwicklungsdefiziten.

Elena (4 Jahre) und Roman (5 Jahre) besuchen eine Kindertageseinrichtung in Bochum-Wattenscheid mit 4 Gruppen und insgesamt 80 Plätzen für Kinder von 4 Monaten bis 6 Jahren. Ihre Mutter ist geschieden. Die Familie lebt von Hartz IV und wird vom Jugendamt unterstützt. Eine Familienpflegerin besucht die Familie regelmäßig und versucht, Hilfestellung für das tägliche Leben zu geben. Der Migrationshintergrund der Roma-Familie führt immer wieder zu Sprachbarrieren. Informationen der Einrichtung können nur mit Übersetzung eines Familienmitgliedes weitergegeben werden. Der Familie fehlt häufig das Geld für die grundlegende Ausstattung der Kinder. Die Kleidung ist alt und abgetragen. Da die Kinder meist in Pantoffeln in die Einrichtung kommen und auch kein weiteres Schuhwerk besitzen, werden sie zu Beginn der feuchten, kalten Jahreszeit in die Einrichtung getragen. Dies ist kein Einzelfall. Die Leiterin der Einrichtung initiierte gemeinsam mit dem Elternrat einen Spendentisch, der in der Eingangshalle aufgebaut wurde. Der Elternrat bat um Kleidung- und Spielzeugspenden. Der Spendentisch „zu verschenken“ steht seitdem allen bedürftigen Eltern und Kindern zur Verfügung und wird gut angenommen. Elena und Roman fanden auf diesem Wege ein Paar feste Schuhe. Unter dem Vorwand, dass sie sich beim Spielen dreckig gemacht haben, werden sie in unregelmäßigen Abständen aus dem Wechselwäsche-Fundus eingekleidet und erhalten in der Kita einen Badetag. Die Kinder genießen dies sehr.

Der vierjährige Marvin besucht seit einem Jahr einen Kindergarten in Innenstadtnähe, der 50 Kinder im Alter von 4 Monaten bis 6 Jahren betreut. Sein Vater kann die Familie mit seinen Einkünften gerade über Wasser halten. Marvin hat noch 5 ältere Geschwister, die alle den gleichen Kindergarten besucht haben wie er. Die Familie ist der Einrichtung schon über Jahre bekannt. In der letzten Zeit ist zu beobachten, dass Marvin immer seltener ein Frühstück mitbringt. Die Brotdosen, die verschenkt worden sind, haben die älteren Geschwister bekommen, damit sie diese mit in die Schule nehmen können. Marvin hat über Tage das gleiche Butterbrotpapier. An manchen Tagen kommt er sehr hungrig in den Kindergarten. Dies ist besonders nach den Wochenenden zu beobachten. Da dies auch in anderen Familien der Fall war, wurde eine schnelle Unterstützung der Kinder notwendig. Die Einrichtung hat mit Elternspenden ein täglich frisches Obstbuffet eingerichtet, an dem sich alle Kinder bedienen können.

Ergänzend werden dreimal in der Woche gezielte hauswirtschaftliche Angebote durchgeführt.

Die selbst hergestellten Mahlzeiten werden am Vormittag mit einer Kleingruppe zubereitet und mit der gesamten Gruppe verzehrt. Marvin hat so jeden Tag die Möglichkeit, frisches Obst zu sich zu nehmen und sich satt zu essen.

Viele Einrichtungen haben solche Hilfsprogramme ins Leben gerufen, um schnell und unbürokratisch zu helfen. Dabei ist ein vielfältiges Angebot entstanden:

- Flohmärkte für Kinderkleidung und Spielzeug
- Spendentische
- Frühstücksbuffet
- Verschenken von Kleidung
- Hauswirtschaftliche Angebote
- Unterstützung durch Fördervereine
- und vieles mehr.

Die meisten Familien versuchen, ihre Probleme vor den Erzieher/innen zu verbergen, da es ihnen peinlich ist, arm zu sein. Erkennbar wird die finanzielle Notsituation manchmal erst beim Zahlungsverzug des Essensgeldbeitrages oder bei der andauernden Abmeldung von kostenpflichtigen Angeboten oder Ausflügen.

Jedoch zeigt sich die Armut von Familien nicht nur in der zunehmenden Zahlungsunfähigkeit der Eltern. Folgende Beobachtungen machen einen dringenden Handlungsbedarf deutlich:

- Kinder werden nicht witterungsgerecht und entsprechend der Körpergröße gekleidet
- Fehlernährung
- Mangelhafte Körperpflege
- Schlechte Zahngesundheit
- Fehlende Vorsorgeuntersuchungen
- Kranke Kinder werden in die Kindertageseinrichtung gebracht
- Fehlende frühkindliche Förderung
- Gravierende Entwicklungsdefizite , Konzentrationsstörungen, eingeschränkter Wortschatz, eingeschränkte Feinmotorik
- Viele Kinder haben häufig wenig Erfahrung mit den Grundregeln des täglichen Miteinanders im Gruppenalltag
- Fehlende Zugänge zu therapeutischen Angeboten

- Familien haben keinen Zugang zur außerschulischen und kulturellen Bildung (z.B. Bücherei, Musikschule, Sportvereine, Theater)
- Fehlende, mangelhafte Schulausstattung

Bild: *Kinder malen „Armut“*

Vielen Kindern mangelt es an den elementarsten Dingen. Ein Teil dieser Kinder ist jedoch nicht nur bei Kleidung, Ernährung und Körperpflege benachteiligt, sondern auch emotional vernachlässigt und mit sehr geringen Bildungschancen. Eltern in ihrer Vorbildfunktion haben einen großen Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kinder. Traditionelle Wertesysteme, Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, fehlende Deutschkenntnisse und schlechtere Zugänge zu unserem Bildungssystem machen es vielen Eltern nahezu unmöglich, ihre Kinder erfolgreich auf dem Weg durch das Leben zu begleiten.



Folgerungen

Neben der finanziellen Armut ist der Lebensalltag vieler Familien durch soziale Armut geprägt. Diese Tatsache macht deutlich, dass allein die Lösung der finanziellen Misere noch keine grundsätzlichen Verbesserungen garantieren würde. Um bessere Entwicklungschancen für Kinder-, Jugendliche und Familien zu erreichen, sehen wir folgenden kommunalen Handlungsbedarf:

- Kostenlose Übermittagbetreuung in Kindergärten und Grundschulen für einkommensschwache Familien
- Einrichtung eines kommunalen Lebensmittelfonds
- Verbindliche, muttersprachliche Elternbildungsangebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz in Stadtteilbüros, Schulen, Kindergärten und Familienzentren
- Lückenlose, gesundheitliche Vorsorge direkt in den Kindertageseinrichtungen
- Integrierte, ganzheitliche (Sprach)Förderangebote an allen Kindergärten und Schulen mit besonderem Bedarf.

► Armut verhindert Therapie

Neben der allgemeinen Betreuung und Förderung der Kinder in Kindertageseinrichtungen halten die Wohlfahrtsverbände im Bereich der Jugendhilfe unterschiedliche Beratungs- und Hilfeangebote vor. Alle Hilfeangebote sind auf die Mitarbeit der Familien angewiesen, ganz besonders aber die Beratungsstellen, da die Ratsuchenden dort jedes Mal zum Termin ankommen müssen. Je weniger die Menschen in der Lage sind, die Beratungsstellen überhaupt aufzusuchen, umso aufwändiger wird die Hilfe, weil die Helfer/-innen in die Familie gehen müssen. Armut kann ein großes Hindernis sein, Beratungsstellen aufzusuchen. Zum einen schämen sich viele Menschen ihrer Armut und möchten sie nicht zeigen. Zum andern fehlt manchmal so etwas Banales wie das Geld für die Fahrkarte.

Karl-Heinz z.B. ist 18 Jahre alt und macht eine Lehre als Schlosser. Er lebt bei seinen Eltern und hat noch zwei jüngere Brüder. Die Mutter arbeitet als Servicekraft in einem Saisonbetrieb. Die Arbeitsverträge gelten nur im Sommer. Im Winter ist sie arbeitslos. Der Vater ist LKW-Fahrer. Aus gesundheitlichen Gründen kann er nicht mehr arbeiten und hat einen Rentenantrag gestellt. Im Februar klären die Rentenversicherung und die ARGE, wer zuständig ist. In dieser Zeit bekommt der Vater kein Geld. Beide Eltern haben kein Einkommen. Die Familie lebt vom Arbeitslosengeld der Mutter. Das Mittagessen holt sich die Familie von der Wattenscheider Tafel. In der Not stellt Karl-Heinz sein Lehrlingsgehalt auch für die Familie zur Verfügung.

Karl-Heinz braucht dringend Therapie. Dafür muss er in die Nachbarstadt fahren. Die ganze Familie unterstützt ihn moralisch, aber es ist kein Geld für Fahrtkosten da. Karl-Heinz muss daher nicht nur die Disziplin aufbringen, regelmäßig zu den Terminen zu erscheinen, was für viele junge Menschen in seinem Alter schon ein Problem darstellt, sondern er muss die wöchentliche Fahrt auch selbst finanzieren. Dabei ist die Therapie sehr belastend. Nur mit einem so engagierten jungen Mann ist Beratung und Therapie unter solchen Umständen überhaupt möglich. Andere Menschen unter diesen Lebensumständen würden die Hilfe abbrechen.

Ein ähnliches Beispiel ist eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern, die einen Arbeitsplatz ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat. Als sie unerwartet an der Galle operiert werden muss, fällt nicht nur die Mutter für die Begleitung ihrer heranwachsenden Kinder aus, sondern auch das Einkommen reduziert sich dramatisch. Die Kinder belastet die dann übliche Sorge um die Mutter und die Organisation eines Haushaltes mit sehr wenig Geld. Eines der Kinder muss einmal in der Woche zur Therapie in die Beratungsstelle fahren. Die Therapie ist kostenlos, aber das Geld für die Fahrtkosten können die Kinder nicht mehr erübrigen.



Zur therapeutischen und beratenden Arbeit mit Kindern gehört immer auch die Freizeitgestaltung mit und ohne Eltern. Gerade für das Verständnis von Eltern und Kindern untereinander ist gemeinsam verbrachte Freizeit ein wesentlicher Faktor. Auch hier sind Unternehmungen wie Kinobesuche, ein Tag im Tierpark, schwimmen gehen u.ä. bei wenig Einkommen kaum zu finanzieren. Viele Familien beschränken sich dann noch mehr darauf, gemeinsam fernzusehen oder aber die Kinder spielen nur noch am Computer oder bewegen sich im Internet. Sie schämen sich, bei Unternehmungen mit Gleichaltrigen immer wieder sagen zu müssen, dass sie leider nicht mitkommen können, weil sie kein Geld haben.

Bild: *Was es heißt, stark zu sein*

Auch die Arbeit im Jugendhilfezentrum, einer Hilfeeinrichtung, bei der die Helfer in die Familien kommen, wird immer wieder durch die Armut der Klienten bestimmt. Frau Riese, eine alleinerziehende Mutter mit einer 9jährigen, lernbehinderten Tochter, ist hoch verschuldet noch aus der Zeit, als sie heroinabhängig war. Inzwischen ist sie im Methadonprogramm und möchte sich auch davon noch entgiften. Sie will für ihre Tochter Sabrina da sein. Der Vater ist noch drogenabhängig und fällt als Erziehungsberechtigter aus.

Sabrina braucht eine Zahnspange. Dafür muss die Mutter 561 € als Vorauszahlung aufbringen, die sie später von der Krankenkasse zurück bekommt. Das Geld hat sie nicht. Ihre Hilfesuche an die Krankenkasse, das Sozialamt und die ARGE wurden alle abschlägig beschieden. Die Familienpflegerin, die im Rahmen des Jugendhilfezentrums eigentlich den Auftrag hat, die Beziehung zwischen Mutter und Tochter zu stabilisieren und der Mutter bei der Erziehung zu helfen, ist nun tagelang damit beschäftigt, gemeinsam mit der Mutter die zuständigen Behörden zu kontaktieren und hin und her gewiesen zu werden, bis endlich klar wird, dass die ARGE zahlen muss und das Mädchen seine Zahnspange bekommen kann.

Viele Menschen sind nicht in der Lage, solches Durchhaltevermögen zu zeigen, um ihr Recht zu bekommen. Diese Mutter ist im Heim groß geworden, hat sexuelle Gewalt erlebt und nie erfahren, dass sich irgendjemand darum kümmert, was sie denkt oder wie es ihr geht. Ihr Ausweg waren die Drogen gewesen. Für ihre Tochter hat sie sich auf den Weg gemacht, sich vom Mann getrennt, das Heroin durch das ärztlich verschriebene Methadon ersetzt und beim Jugendamt Hilfe zur Erziehung beantragt. Hier verhindert die Armut, bedingt durch das ohnehin niedrige ALG II und die in der Leidenszeit angehäuften Schulden, dass die Mitarbeiterin des Jugendhilfezentrums die Hilfen, die sie eigentlich geben soll, überhaupt ansetzen kann.

„Mein Hauptziel ist, keine Hartz IV- Empfängerin zu werden. Dann ist das Leben nur hart.“ (Carina, Abschlussklasse einer Sonderschule)

Folgerungen

In allen armen Familien ist therapeutische Hilfe schwieriger, weil die Menschen weniger Möglichkeiten haben, ihr Leben positiv und freudvoll zu gestalten. Ihr Leben ist einfach objektiv schwerer. Es wäre jedoch schon eine große Hilfe, wenn Behörden als Grundsatz hätten, erst einmal die Finanzierung von zusätzlichen Hilfen zu übernehmen und danach untereinander zu klären, welches Amt jetzt tatsächlich zuständig ist. In allen drei Beispielen wurden die Kosten schließlich übernommen. Aber die Wochen oder Monate, die die Abklärung dauert, können arme Familien nicht vorfinanzieren. Die Einschränkungen sind erheblich und psychotherapeutische oder medizinische Hilfe wird plötzlich doch zum Luxusgut.

► Frau M.: psychisch behindert + arm= krank?



Vorbemerkung:

Frau M. ist in Folge einer lang andauernden psychischen Erkrankung psychisch (seelisch) behindert und benötigt Unterstützung, damit sie weiterhin selbständig ihren Alltag bewältigen und in einer eigenen Wohnung leben kann.

Die alltagsbegleitende Unterstützung erhält sie seit einiger Zeit vom Fachdienst Betreutes Wohnen.

Frau M. – eine Frau in den 60ern – hatte Zeit ihres Lebens hart gearbeitet. Ihre Arbeit war psychisch und physisch belastend, gesellschaftlich wenig anerkannt und Frau M. durch sie sozial kaum abgesichert.

Schwere Depressionen und massive Angststörungen, die vor etwa 15 Jahren das erste Mal und dann immer wieder auftraten, führten dazu, dass Frau M. ihre Arbeit bald nicht mehr verrichten konnte.

Durch die schlechte soziale Absicherung rutschte Frau M. sofort in die damalige Sozialhilfe.

Die Depressionen und die Angststörungen führten dazu, dass sie sich oft wochenlang und monatelang kaum aus dem Haus traute und selbst die Versorgung mit Nahrungsmitteln zeitweise nicht sichergestellt war.

Über eine Sozialberatungsstelle wurde ihr ein Kontakt zum Betreuten Wohnen vermittelt, der mit der Betreuung in dieser schwierigen Lebensphase begann.

Neben der psychischen Erkrankung, die zunehmend chronifizierte, entwickelte sich auch eine schwere Zuckererkrankung, die zu schwerwiegenden körperlichen Folgeerkrankungen führte. Frau M. leidet an Augenerkrankungen, Erkrankungen der Herzkranzgefäße und Gefäßerkrankungen, die zur Amputation mehrerer Fußzehen führte.

Nach der Einführung von „Hartz 4“ musste sie zunächst trotz ihrer beträchtlichen gesundheitlichen Einschränkungen Eigenbemühungen zur Erlangung einer Arbeitsstelle zur selbständigen Bestreitung ihres Lebensunterhaltes nachweisen.

Nur mit Mühe konnten Sanktionen abgewehrt werden, weil sie dies natürlich nicht schaffen konnte und die geforderten Belege für ihre Eigenbemühungen nicht nachweisen konnte.

Mit Hilfe des Fachdienstes Betreutes Wohnen gelang es ihr schließlich, einen Antrag auf Grundsicherung für Erwerbsunfähige durchsetzen. Dies verbesserte zwar nicht ihre soziale Lage, führte aber immerhin dazu, sie von dem Druck zu befreien, ständig sich bemühen zu müssen.

Gegenüber der „alten Sozialhilfe“, bei der Frau M. wegen ihrer gesundheitlichen Einschränkungen unter anderem Mehrbedarfe geltend machen konnte, ergaben sich allerdings gravierende Verschlechterungen durch den Bezug von ALG-II bzw. jetzt Grundsicherungsleistungen.

Frau M. muss oft ihren Blutzuckerspiegel kontrollieren. Laut ärztlicher Verordnung muss sie dies etwa 5mal pro Tag tun. Sie benötigt also pro Jahr etwa 1800 Teststreifen – die Krankenkasse bezahlt trotz der medizinischen Notwendigkeit nur 400 Streifen pro Jahr. 50 Teststreifen kosten 29,90€. Sie benötigt also für etwa 840€ pro Jahr bzw. 70€ pro Monat medizinisch notwendige Teststreifen, die sie aus Ihren Grundsicherungsleistungen finanzieren muss, da die Krankenversicherung, obwohl die Streifen medizinisch notwendig sind, unter keinen Umständen ein größeres Kontingent als 400 Streifen pro Jahr finanziert.

Zusätzlich benötigt sie das Medikament ASS zur Blutverdünnung (etwa 10 € pro Monat), das ebenfalls nicht mehr im Leistungskatalog der Krankenkasse enthalten ist.

Darüber hinaus müsste sie streng auf ihre Ernährung achten.

Die vielleicht kostengünstigere Kochkunst à la „ALDI-dente“ ist ihrer Gesundheit mehr als abträglich.

Der Mehraufwand für eine angemessene Ernährung beträgt aber selbst für eine „Wenigesserin“ wie Frau M. etwa 50 € im Monat – Summa summarum hat sie also einen monatlichen Mehraufwand von etwa 120 € pro Monat, den sie von dem rechnerisch nach Abzug der üblichen Verpflichtungen noch verbleibenden Monatsbudget von 260 € zu bestreiten hätte.

Dass das nicht geht, ist unmittelbar einsehbar – ein Antrag auf Gewährung eines Mehrbedarfs, um diese medizinisch dringenden Aufwendungen wenigstens teilweise finanzieren zu können, wurde allerdings mit Verweis auf die Rechtslage abgelehnt: Der Mehraufwand könne über den Regelsatz finanziert werden, hieß es in der Begründung des Ablehnungsbescheides.

Frau M. muss also zahlreiche „Kompromisse“ machen. Dies führte dazu, dass ihr mehrere Zehen amputiert werden mussten und sich ihre Sehfähigkeit ständig verschlechtert. Auch der Zustand ihrer Herzkranzgefäße wird zunehmend schlechter.

Nach einer Phase der gesundheitlichen Stabilisierung geht es Frau M. nun auch psychisch wieder schlechter. Sie traut sich kaum noch aus dem Haus, vor allem seit ihr die Zehen amputiert werden mussten, die Depressionen und Angstsymptome werden wieder stärker.

Folgerungen

Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Anspruch auf die notwendige medizinische Behandlung?!

Es gibt keine Zwei-Klassen-Medizin?!

Die neuen Sozialleistungen (ALG II und Grundsicherungsleistungen) haben zu einer Verbesserung der Einkommenssituation der Leistungsbezieher geführt??

In dem geschilderten Fall muss man wohl eher sagen: Alles leere Parolen – denn die Lage der Menschen, die auf staatliche Alimentierung angewiesen sind, hat sich seit Einführung der „Hartz IV-Gesetze“ gerade für chronisch kranke und behinderte Menschen spürbar verschlechtert: Wer arm ist, ist kränker und stirbt früher?!

► „Es geht ums Überleben“

Herr M. ist 43 Jahre alt, ledig, im Ruhrgebiet geboren und aufgewachsen. Sein Vater war im Bergbau tätig. Beide Elternteile sind bereits seit 10 Jahren tot. Er hat eine jüngere Schwester, zu der er keinen Kontakt mehr hat.

Herr M. besuchte die Realschule und schloss eine Lehre als KFZ-Elektriker ab. Bis Anfang der 90ziger Jahre hatte er einen Arbeitsplatz und mit dem Verlust des Arbeitsplatzes begannen seine Probleme. Erstmals verlor er seine Wohnung durch das Ende einer langfristigen Beziehung. Weitere Folgen waren Alkoholabhängigkeit und kurze Zeit später führte dieser Weg in die Drogenabhängigkeit. Straftaten vergrößerten seine Probleme und Schwierigkeiten.

Der Kreislauf von Therapieabbruch, Aufenthalt in Justizvollzugsanstalten und Wohnungslosigkeit wechselten sich über Jahre ab.

Mit diesen Erfahrungen erschien Herr. M. Ende 2005 in der Beratungsstelle Westring.

Er hatte eine längere Haftstrafe verbüßt und die Änderung der Sozialgesetzgebung konnte er nicht nachvollziehen.

In der Phase der Kontaktaufnahme stellte sich heraus, dass er dringende Unterstützung im Umgang mit Behörden und schriftliche Hilfe beim Ausfüllen der Anträge benötigte. Er war nicht in der Lage, selbstständig die veränderten Strukturen von Agentur für Arbeit und ARGE zu verstehen. Auch die Trennung von Leistungsabteilung und Arbeitsvermittlung konnte ihm nur schwer vermittelt werden. Es führte sogar dazu, dass ihm Leistungen gekürzt wurden.

Im weiteren Verlauf des Hilfeprozesses konnte Herr M. sich auf eine Haushaltsplanung und Geldverwaltung einlassen. Hilfesprache bei seinem Arzt führten dazu, dass er mit Methadon substituiert wurde. Sehr langsam und nach einigen Rückschlägen fasste Herr M. zu seiner Beraterin Vertrauen.

In den ersten Monaten des Jahres 2006 konnte Herr M. gemeinsam mit einem Bekannten eine Wohnung beziehen. Herrn M. wurde die Ausstattung der Wohnung darlehensweise gewährt. Herr M. wurde nicht darüber informiert, wo er sich seine Möbel und Hausratsgegenstände besorgen sollte. Mit dem Einzug in die Wohnung beantragte Herr M. Betreutes Wohnen in eigenem Wohnraum. Er sah selbst die Gefährdung, erneut seine Wohnung zu verlieren.

In der Eingliederungsvereinbarung der ARGE wurde ihm Unterstützung bei der Arbeitssuche zugesagt. Die schriftlichen Bewerbungen, die er in der Beratungsstelle erarbeitet hatte, führten nicht zu einer Arbeitsplatzvermittlung. In seinem erlernten Beruf hatte er auf Grund seiner langen Ausfallzeiten keine Chance. Erst nach circa einem $\frac{3}{4}$ Jahr wurde die gesundheitliche Situation berücksichtigt und ein Gutachten des medizinischen Dienstes erstellt, wonach er vorübergehend nicht arbeitsfähig ist.

Zur Zeit hat Herr M. sein Leben nach seinen eigenen Angaben geordnet und eine Zukunftsperspektive entwickelt. Er möchte eine Arbeit oder eine Beschäftigung, weil er für sich zu der Auffassung gelangt ist, dass er dringend eine Tagesstruktur benötigt. Gemeinsam mit ihm wurde ein Plan erstellt, wie er seine Woche gestaltet, was für Arbeiten im Haushalt regelmäßig nötig sind und wie viel Zeit er dafür benötigt. Er führt selbständig ein Haushaltsbuch, um seine Ausgaben zu kontrollieren. Er hat einen Überblick über seine Schulden und Gläubiger. Durch diese intensive Unterstützung ist Herrn M.'s Selbstwertgefühl und das Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten wieder gestärkt worden, so dass er hoffnungsvoll in die Zukunft blicken kann.

Folgerungen

Die Menschen, die zu uns kommen, sind gezeichnet durch das Leben auf der Straße und / oder durch die ständige Ausgrenzung und das Leben in Armut. Sie sind fast immer arbeitslos, sehr häufig suchtkrank, körperlich geschädigt und ein nicht unerheblicher Teil ist schwer psychisch krank. Scheidung, Trennung, Verlust des Partners sind oft Begleiterscheinungen und Folge der sozialen Ausgrenzung.

Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen benötigen vorrangig zu Beginn der Unterstützungsmaßnahmen Hilfen zur Sicherung der Existenz, d.h. Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Essen, Schlafen, Kleidung, Hygiene und ärztlicher Versorgung.

Daraus ergibt sich für die Wohnungslosenhilfe verstärkt die Aufgabe der Lotsenfunktion zwischen den verschiedenen Systemen der Existenzsicherung und Unterstützung bei der Überwindung bürokratischer Hürden.

► „Erst 49, und schon im Altenheim?“

Fr. N., 49 Jahre, aus Bochum, lebt seit 5 Jahren in einem Alten- und Pflegeheim. Die seit 11 Jahren an Multiple Sklerose erkrankte Frau hat als Verkäuferin in einem großen Kaufhaus gearbeitet. Als eine starke Beeinträchtigung ihres Augenlichtes als Folge ihrer Erkrankung eintrat, drohte der Arbeitgeber mit Kündigung. Fr. N. wehrte sich dagegen und bekam Tätigkeiten zugewiesen, die ihrem körperlichen Zustand entsprachen.

Eine finanzielle Abfindung erhielt sie, weil keine weiteren Arbeitsmöglichkeiten mehr für sie vorhanden waren.

Mit ihrem Lebensgefährten wohnte sie im Stadtteil Langendreer. Anfangs half sie noch im Haushalt mit, indem sie ihre Hausarbeiten vom Rollstuhl aus erledigte. Später blieb ihr nur noch die Möglichkeit, vom Bett aus zuzuschauen, wie ihr Lebensgefährte den Haushalt bewältigte und abends das Essen zubereitete.

Vormittags war er in einem Teilzeitjob als Fahrer unterwegs. Fr. N. wurde zu dieser Zeit von der ambulanten Krankenpflege versorgt, die sie morgens und abends aufsuchte. In der übrigen Zeit war sie alleine, schaute Fernsehen, aß mittags die vorbereiteten Brote und wartete auf ihren Lebensgefährten. Besuch bekam sie häufig von ihrer Nachbarin aus dem Haus.

Von dem monatlichen Einkommen blieb genügend Geld für Genussmittel wie Zigaretten und auch eine Flasche Sekt übrig.

Als die Erkrankung weiter fortschritt und ihr Lebensgefährte selbst an Krebs erkrankte, beschloss Fr. N., in ein Pflegeheim zu wechseln. Einen Monat nach ihrem Einzug starb ihr Lebensgefährte.

Fr. N., inzwischen komplett bettlägerig und stark sehbehindert, bewohnt ein Einzelzimmer im Wohnbereich für jüngere Pflegebedürftige in Bochum - Weitmar.

Der Aufenthalt dort wird von den Leistungen der Berufsunfähigkeitsrente der Bewohnerin, der Pflegeversicherung (Stufe III) und der Sozialhilfe finanziert.

Fr. N. verbleiben 129,27 € als sog. Taschengeld, wovon sie anteilmäßig noch Pflegehilfsmittel bezahlen muss. Sie sagt, ihr Lebensstandard habe sich verschlechtert. Früher habe sie mehr Geld für ihren täglichen Bedarf ausgeben können. Heute reiche es nur noch zur Zahlung der Telefonrechnung und der Zigaretten.

Neben dem Kontakt zum Pflegepersonal erhält Fr. N. regelmäßig Besuch von ihrer Cousine und Mitbewohnern des Heimes. Besonders ein Bewohner, der im benachbarten Zimmer wohnt, besucht sie mehrmals täglich.

Zwei Ehrenamtliche "Grüne Damen" tragen einmal in der Woche zur Unterhaltung von Fr. N. bei.

Die rechtliche Betreuerin erscheint nur selten, und auch ihre frühere Nachbarin aus Langendreer ruft inzwischen nicht mehr an.

Wenn sie nicht dem Fernseher "zuhört", dann freut sie sich auf regelmäßige Gedächtnisspiele und Gespräche, die von Mitarbeitern des sozialen Dienstes des Pflegeheims durchgeführt werden.

Folgerungen

Für jüngere Pflegebedürftige mit z.B. neurologischen Erkrankungen gibt es nur wenige zielgruppenspezifische Einrichtungen. Sie werden aufgrund der Versorgungslandschaft in Alten- und Pflegeheimen aufgenommen, wo nicht immer ein alters- und bedarfsgerechtes Umfeld und die entsprechende Infrastruktur vorhanden sind. Für die Betroffenen müssen aufgrund der fehlenden eigenen finanziellen Mittel Möglichkeiten zur Kommunikation, wie z.B. Internetzugang, mobiles Telefon zugänglich gemacht werden. Ohne diese Möglichkeiten besteht die Gefahr, dass der Kontakt zur Außenwelt und ganz besonders zu Freunden, Partnern und Angehörigen verloren geht.

► Migration ohne Zukunftsperspektive im Alter

Im Alter verschärfen sich die besonderen migrationsbedingten Probleme, und der nicht erfüllte Rückkehrtraum ins Heimatland führt zu Widersprüchen im Alltag der Betroffenen.

Doch auch die Vorstellung, den Lebensabend hier in Deutschland zu verbringen, ist mit zahlreichen Ängsten und Unsicherheiten verbunden: Chronische Erkrankungen, bevorstehende Pflegebedürftigkeit, niedrige Rentenansprüche (oft unter oder knapp über dem Sozialhilfesatz), schlechte Wohnverhältnisse, soziale Isolation, Bröckeln der traditionellen großfamiliären Strukturen, Generationskonflikte, Vorbehalte gegenüber deutschen Institutionen der Altenhilfe sind nur einige hier zu nennenden Faktoren. Tatsächlich sind die Strukturen der deutschen Altenhilfe in der Regel nicht auf ältere Migranten/innen eingestellt.

Die Vielfalt der sozialen Probleme dieser Generation von Migranten/innen wird in der alltäglichen Arbeit der Wohlfahrtsverbände immer wieder sichtbar und der Bedarf an sozialer Beratung und Begleitung wird ständig an uns herangetragen.

Besonderen Bedarf gibt es in folgenden Bereichen:

- Renten/Frührefrentenanträge
- Anträge auf Schwerbehinderung
- Anträge auf Pflegeversicherung
- Grundsicherung
- Witwenrente
- Verschuldung
- Antrag auf Zuzahlungsbefreiung für Medikamente
- Gesundheitliche Versorgung in allen Bereichen
- Pflege

Beide nachfolgende Fallbeispiele machen deutlich, dass gerade Senioren/innen mit Migrationshintergrund keine bzw. kaum Zugänge zu deutschen Sicherungs- und Hilfesystemen haben.

„Wenn ich damals das Wissen und die Unterstützung von heute gehabt hätte, wie viel Leid wäre mir und meiner Familie erspart geblieben.“

Der heute 66jährige Herr Aslan reiste als Arbeitsemigrant 1969 nach Süddeutschland ein. Nach einem Jahr Beschäftigung zog er nach Bochum-Dahlhausen, da dort Verwandte von ihm lebten und er in der Steinofenfabrik Dr. C. Otto eine Anstellung fand. Seine Frau und seine zwei Kinder folgten ihm schon bald in die Fremde. Nach zwei Jahren konnte Herr Aslan sich finanziell bei einer Baufirma verbessern und arbeitete bis 1977 auf Montage. Die Familie sah Herrn Aslan nur sehr selten und so entschied er sich, nochmals seinen Arbeitsplatz zu wechseln. Bei einer Baufirma, die überwiegend in der Sanierung von Großbaustellen tätig war, fand er eine neue Anstellung. Herr Aslan wurde überwiegend auf asbestverseuchten Baustellen eingesetzt. Warnungen über die Gefahren von Asbestverseuchung oder entsprechende Arbeitsschutzmaßnahmen gab es dort nicht. Nach einem Herzinfarkt 1981 arbeitete Herr Aslan ohne Einschränkungen bis 1999 weiter, da die Familie auf das Geld angewiesen war und ihn niemand auf Rehabilitationsmaßnahmen aufmerksam gemacht hatte. Eine Beratung zur Erwerbsminderung oder Frühverrentung gab es nicht. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich und aufgrund häufiger Fehlzeiten verlor Herr Aslan seine Arbeit. Er meldete sich wieder als Arbeit suchend und kam so in den Harz IV-Bezug. Schon schwer krank und mit erheblichen finanziellen Problemen hörte er von Nachbarn von der Beratung des IFAK-Migrationsdienstes.

Es stellte sich heraus, dass Herr Aslan erhebliche Lücken in seiner Rentenbiographie hatte und nicht wusste, dass er schon längst einen Antrag auf Schwerbehinderung und Verrentung hätte stellen können. Des Weiteren stellte sich heraus, dass Herr Aslan vor seiner Migration auch in der Türkei gearbeitet hatte und somit dort Rentenansprüche geltend machen konnte.

Mittlerweile ist Herr Aslan pflegebedürftig, er ist schwer sehbehindert (87%), herzkrank und leidet an den drastischen Auswirkungen einer Asbestvergiftung.

Durch eine intensive Beratung und Begleitung konnte der Lebensunterhalt der Familie Aslan sichergestellt werden. Dazu gehörten Recherchen der Rentenbiographie, Antragstellungen zur Rente, 100% Schwerbehinderung, Grundsicherung, Eingruppierung in Pflegestufe II, Blindengeld (H"RF") und nun noch die Prüfung auf Ansprüche nach BSG wegen der durch Asbestvergiftung hervorgerufenen Lungenerkrankung. Ohne den Weg in die Beratungsstelle hätte die Familie weiterhin unter der Armutsgrenze gelebt, obwohl Herr Aslan fast sein ganzes Leben in Deutschland gearbeitet hat. Heute sagt Herr Aslan: „Wenn ich damals die Unterstützung und das Wissen von heute gehabt hätte, wie viel Leid wäre mir und meiner Familie erspart geblieben.“

„Mit 63 Jahren sah ich keine Zukunft mehr, weder in der Türkei noch in Deutschland.“

Frau Gülen reiste Mitte der 70er Jahre als neue Ehefrau ihres Mannes, der verwitwet und mit fünf Kindern hier in Bochum lebte, ein. Ihr Mann arbeitete bei Krupp. Da schon fünf Kinder im Haushalt lebten, musste Frau Gülen ihren eigenen Kinderwunsch begraben und sorgte von nun an für die neue Familie. Als das letzte Kind 18 Jahre alt wurde, fuhr Herr Gülen, der gerade verrentet war, in die Türkei, um sich dort nach einem Haus umzusehen. Das Ehepaar hatte entschieden zurückzukehren. Doch nach kurzer Zeit erhielt die Ehefrau einen Anruf, in dem Herr Gülen mitteilte, dass er ein Haus gefunden hätte, dazu jedoch auch eine jüngere Frau, mit der er dort leben wollte. Er empfahl ihr an, zu ihrer Familie zurückzukehren und versprach, ihr 100 € monatlich zu überweisen. Er drohte ihr, wenn sie dies nicht annehme, dass sie abgeschoben werden würde. Doch an eine Rückkehr in Frau Gülens Familie war nicht mehr zu denken. Die Eltern waren verstorben und zu ihrer noch lebenden 70jährigen Schwester hatte sie kaum noch Kontakt. Eine Scheidung wollte Herr Gülen nicht, da er sonst unterhaltspflichtig für seine Ehefrau geworden wäre. Völlig verzweifelt und nahezu ohne Unterhalt lebte Frau Gülen in der gemeinsamen Bochumer Wohnung mit dem noch verbliebenen 18-jährigen Stiefsohn. Frau Gülen ist Analphabetin und verfügt nur über geringe Deutschkenntnisse. In der Vergangenheit hatte ihr Mann sämtliche Formalitäten für die Familie erledigt und Kontakte außerhalb der Familie gepflegt.

Bei einem Moscheebesuch bekam sie einen Nervenzusammenbruch und vertraute sich einem Geistlichen an. Dieser kannte den türkischen Mitarbeiter des IFAK-Migrationsdienstes. Nach einer intensiven Beratung wurde eine Anwältin gesucht, die sich um die Scheidung kümmerte. Eine neue Wohnung wurde gesucht, in der Frau Gülen alleine leben konnte. Grundsicherung wurde beantragt und der Versorgungsausgleich aus der gemeinsamen Ehe wurde beantragt. Trotz Widerstände der Stiefsöhne und vorherige Drohungen des Ehemanns kann Frau Gülen nun mit ihrem eigenen Auskommen in Deutschland leben. „Alleine hätte ich das nie geschafft, ich wusste gar nicht, dass ich irgendwelche Ansprüche stellen darf.“, sagte Frau Gülen bei einem Besuch in ihrer eigenen Wohnung.

Folgerungen

Um ein würdevolles und selbst bestimmtes Altern dieser Zielgruppen zu ermöglichen, bedarf es spezifischer Sicht - und Handlungsweisen:

- Die Angebotsstrukturen für deutsche Senioren/innen lassen sich nicht auf gleichaltrige Migrantinnen/innen übertragen.
- Es gibt einen großen Handlungsbedarf, es fehlen aber weitere wissenschaftliche Untersuchungen zur Bedarfsentwicklung.

-
- Die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten kann nur unter Einbeziehung der Migranten/innen (Migranten/innenselbstorganisationen) geschehen.
 - Eine Vernetzung der Arbeit (Kommune, Wohlfahrtsverbände, ambulante Pflegedienste und Migrantenorganisationen) ist unverzichtbar.
 - Die Unterstützung und Stärkung der Selbsthilfepotentiale von Seniorenmigrantinnen und deren Familien muss schon präventiv stattfinden und muss ethnische, kulturelle und religiöse Besonderheiten berücksichtigen.
 - Muttersprachliche Aufklärung, Beratung und Pflege sind wohnumfeldnah notwendig und sinnvoll. Die Bereitschaft und der Wunsch zum interkulturellen Austausch sollte weiterhin gefördert werden.

► **Hoch qualifiziert, viel gearbeitet und doch nur eine kleine Rente im Alter**

Das Leben in ihrer „alten Heimat“ hat Frau J. gelehrt, mit wenig auskommen zu müssen.

„Lernen, arbeiten und sparen“ ist schon immer ihr Lebensmotto gewesen. Auch heute noch mit ihren 80 Jahren lässt sie sich nicht anmerken, dass ihre Kräfte langsam nachlassen. Sie arbeitet gerade an ihrem neuen Buch mit Kurzgeschichten. Nur das „Sparen“, das ist leider nicht mehr möglich. Mit ihrer kleinen Rente im Monat kommt sie gerade so über die Runden. Gut, dass es da noch das Ersparte gibt, aus dem sie für besondere Ausgaben schöpfen kann. Das bewahrt sie vor dem „Gang zum Sozialamt“. Das „Sparen“ hat sich also doch gelohnt!

Frau J. kam 1961 nach Deutschland, um ihren Bruder zu besuchen. Schon damals wusste sie, dass sie irgendwann wieder in den Westen zurückkehren würde, denn sie konnte sich nicht vorstellen, die traditionelle Frauenrolle in ihrem Heimatland zu übernehmen. Und so geschah es auch. Sie kam 1963 nach Bad Aibling (Bayern). In München nahm sie ein Studium der Germanistik und Anglistik auf. Dort fühlte sie sich aber nie heimisch. Warum? Es gab viele Gründe, wie sie sagt. Einer davon war ihre Herkunft. Sie kam zu einer falschen Zeit nach Deutschland, wie sie sagt. „Die Araber waren zur damaligen Zeit ‚keine gern gesehene Gäste‘ in Deutschland“. Das veranlasste sie, die Stadt und somit auch die Universität und die Fachrichtung zu wechseln. Sie entschied sich für Orientalistik, ging nach Heidelberg und blieb dort bis zu Ihrer Promotion.

Seit sieben Jahren lebt Frau J. in einer 45-qm-Wohnung in einer Seniorenwohnanlage. Für diese Wohnung bekommt sie 90,00 € Wohngeld im Monat.

Mit ihrem Leben ist sie zufrieden, wie sie selber sagt, und wirkt auch so auf andere. Dieses, obwohl einerseits alle ihre Möbel von der Straße sind, bis auf den Schreibtisch, den sie sich von ihrem Gehalt selber kaufte und andererseits, obwohl sie mit wenig Geld auskommen muss.

Sie fühlt sich trotz alledem nicht arm. Froh und dankbar ist sie dafür, dass es ihr nach mehreren Krankenhausaufenthalten in den letzten Jahren gesundheitlich wieder besser geht.

Nur am Essen da spart sie nicht, wie sie sagt und ihre Freundinnen aus der Studienzeit in München wird sie auch wieder besuchen, wenn sie nach ihrer Knieoperation wieder zu Kräften gekommen ist. Sie möchte, solange es geht, in ihrer Häuslichkeit bleiben, aber sie kann es sich auch vorstellen, in ein Altenheim zu gehen.

Vor Einsamkeit im Alter hat sie keine Angst. Sie ist kontaktfreudig und geht auf Menschen zu. Für sich alleine musste Frau J. schon immer sorgen, vor allem, weil Unabhängigkeit für sie immer wichtig gewesen ist.

Ihr ganzes Leben hat sie kämpfen müssen, einerseits gegen die gesellschaftlichen Zwänge in ihrem Heimatland und andererseits gegen die Diskriminierung, die sie in ihrer neuen Heimat Deutschland als eine junge Frau aus dem Orient erlebte. Aber ein paar Wünsche und Träume hat Frau J. doch noch. Sie wünscht sich, gesund zu bleiben, um weiter Geschichten schreiben zu können.

Außerdem träumt sie davon, im Lotto zu gewinnen und von diesem Geld ein Pflegeheim für ältere Menschen in ihrer „alten Heimat“ zu bauen. Es vergeht kein Tag, an dem sie keine Pläne schmieden würde, wie sie den alten, kranken Menschen im Orient ihren Lebensabend erträglicher machen könnte.

Folgerungen

Für Seniorenmigranten, bei denen es aufgrund der Migration zu Unterbrechungen in der Arbeitsbiografie und demzufolge zur Minderung ihrer Rentenansprüche gekommen ist, sollten bereits existierende Angebote der offenen Altenhilfe zukünftig kostengünstiger zur Verfügung gestellt werden. Hierbei sollte der Fokus vor allen Dingen auf den flächendeckenden Ausbau vorhandener ehrenamtlicher Strukturen gesetzt werden.

► Bürokratische Hindernisse erschweren den Alltag

Fall A

Frau P. ist aus der Ukraine nach Deutschland vor 12 Jahren eingereist. Sie ist zurzeit im Seniorenalter und hat in Folge einer schweren Erkrankung stark abgenommen. Ihre ganze vorhandene Bekleidung hat ihr nicht mehr gepasst. Die komplette Garderobe mit einer neuen, wesentlich kleineren Größe muss nun unbedingt schnellstmöglich angeschafft werden. Ohne diesen notwendigen und für sie kostspieligen Kauf hat die Frau nichts mehr anzuziehen.

Wäre dies zu einem früheren Zeitpunkt passiert, hätte Frau P. in einem gleich gelagerten Fall einen Anspruch auf eine einmalige Hilfe zur Bekleidung erworben. Für dieses Geld könnte sie sich zumindest das Notwendigste anschaffen. Mit dem Wegfall davon besteht diese Möglichkeit nicht mehr.

Fall B

Die Seniorin Frau G., die vor 6 Jahren aus der Ukraine nach Bochum zugewandert ist, wohnt in einer Wohnung, die schlecht isoliert, nass und mit Schimmel befallen ist. Aufgrund der unangenehmen Wohnbedingungen möchte sie eine neue Wohnung anmieten und die alte aufgeben. Dafür muss Frau G. die Notwendigkeit des Umzugs begründen. Nach einer langwierigen und mühsamen Suche hat sie endlich eine kostengünstige neue Wohnung gefunden. Das Sozialamt verweigert dennoch die Zustimmung zum Umzug. Die Ablehnung hat die Begründung, dass die Umzugskosten höher sind als die Miete für die alte Wohnung.

Fall C

Eine ältere, vor 5 Jahren aus Russland nach Bochum zugewanderte Frau W. hat einen Elektroherd in ihrer Wohnung. Der Herd funktioniert nach mehreren Gebrauchsjahren nicht mehr. Sie hat bisher kein Geld für einen Neukauf angespart, da sie dieses Geld dringend für andere Sachen gebraucht hat und nicht mit einem solchen Zwischenfall rechnete. Aufgrund dessen kann sie keine Speisen mehr zu Hause zubereiten. Wenn sie jetzt zu Lasten ihres anderweitigen Bedarfs anfängt, für eine neue Anschaffung zu sparen, hat sie in der Zwischenzeit keine Möglichkeit zu kochen. Dies erfordert größere Ausgaben ihrerseits, da fertige Speisen mehr kosten.

Fall D

Der ältere Herr O., der vor 5 Jahren aus der Ukraine nach Deutschland kam, ist zurzeit schwer behindert und in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Nach dringenden ärztlichen Empfehlungen muss sein Wohnbereich wärmer sein als üblich. Dafür muss Herr O. viel heizen, was zu einem hohen Verbrauch und somit zu hohen Heizkosten führt.

Die Grenze für die angemessenen Heizkosten ist durch das Sozialamt niedriger gesetzt worden. Somit muss Herr O. einen höheren Eigenanteil an Heizkosten tragen.

Außerdem hat er seit längerer Zeit Diabetes. Er muss aus diesem Grunde besonders auf seine Ernährung achten. Bei der Auswahl der Produkte im Lebensmittelhandel muss er öfter auf die für die Diabetiker bestimmten Lebensmittel zurückgreifen. Diese sind erheblich teurer als die üblichen.

Früher wurde ein entsprechender Mehrbedarf durch das Sozialamt anerkannt. In der letzten Zeit ist das nicht mehr der Fall.

► In der Ukraine nicht reich, in Deutschland noch ärmer!

Herr L., 77 Jahre alt, und seine Frau, die Pflegeperson, 78 Jahre alt, kamen vor 9 Jahren aus der Ukraine nach Deutschland. Herr L. spricht kein deutsch und ist aus pflegfachlicher Sicht schwerstpflegebedürftig, bettlägerig und ausschließlich auf Hilfe angewiesen. Bestehende Diagnosen: Demenz, Diabetes, Zustand nach Unterschenkelamputation beidseitig, Blasendauerkatheder. Der Allgemeinzustand ist deutlich reduziert, er macht insgesamt einen nur mäßig gepflegten Eindruck und sein Ernährungszustand ist als schlecht zu bewerten.

Seine Frau spricht nur wenig deutsch, versteht aber, was man ihr erklärt. Die beiden haben einen Sohn, 48 Jahre alt, der seit 5 Jahren in Deutschland lebt. Der Sohn spricht gebrochen, aber verständlich deutsch und regelt meist die Angelegenheiten für seine Eltern. Er erhält ALG II und kann aufgrund einer schweren Hepatitisserkrankung nicht mehr arbeiten. Der Sohn hat in unmittelbarer Nachbarschaft der Eltern seinen Wohnsitz.

Da sich die Familie in Deutschland keinen Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen erworben hat, bestreiten sie ihr Leben durch die Sozialhilfe. Zusätzlich wurde ihnen Pflegegeld nach Stufe II bewilligt, das durch das Sozialamt ausgezahlt wird. Hier läuft ein Antrag auf Erhöhung der Pflegestufe. Die Wohn- und Lebensverhältnisse der Familie sind als absolut desolat zu beschreiben. In der Zeit, als Herr L. noch im Rollstuhl saß, wurde im Badezimmer das Waschbecken entfernt. In der Badewanne befindet sich der Badewannenlifter, trotzdem erfolgen alle Verrichtungen der Körperpflege der Ehefrau in der Badewanne. Das Pflegezimmer bedarf dringend einer Renovierung. Der Pflegebedürftige hat teilweise die Tapeten entfernt. Die Bettwäsche und der Schlafanzug sind schmutzig. Trinkgefäße werden auch zum Blumengießen genutzt. Die Familie ernährt sich vorwiegend über den Einkauf bei der Tafel. Insgesamt macht das Wohnumfeld, einen nach westlichem Standard gemessen, armen Eindruck. Dessen ist sich die Familie bewusst und darüber sehr verzweifelt.

Der Pflegebedürftige wurde für kurze Zeit von einem ambulanten Pflegedienst betreut. Hier stellten Sohn und Ehefrau jedoch Unregelmäßigkeiten fest, die sie nicht weiter dulden wollten.

So wurde zum Beispiel bei der Abrechnung eine Einsatzzeit von 25 Minuten für Körperpflege einschließlich Nägelschneiden angegeben, die Pflegekraft war aber nur 10 -15 Minuten im Haus. Als sich diese Vorfälle häuften, bestellte die Familie die ambulante Pflege ab und übernahm die Pflege selbst. Hierfür hat der Sohn in 2006 einen Pflegekurs AOK-DRK besucht, um mehr über die Versorgung von Demenzerkrankten zu erfahren.

Am 6.06.2007 von 10.30 -12.30 Uhr wurde die Familie im Auftrag der Alzheimerhilfe besucht, um sie bei der Antragstellung und Begutachtung zu unterstützen. An diesem Tag sind die oben beschriebenen Umstände vorgefunden worden und sofort telefonisch dem zuständigen Sozialamt mitgeteilt mit der Bitte um Bewilligung einer häuslichen Einzelschulung nach §45 SGB XI. Der zuständige Sachbearbeiter gab die Auskunft, dass Herr L. zwar Pflegegeld erhält, aber auf die anderen Leistungen der Pflegeversicherung keinen Anspruch habe. Er wolle jedoch mit seinem Vorgesetzten sprechen, was sich machen ließe. Bei einer erneuten Nachfrage am 12.06.2007 teilte der Sachbearbeiter mit, dass ein schriftlicher Antrag auf häusliche Einzelschulung eingereicht werden muss, bevor etwas entschieden werden kann. Dieser wurde am 13.06.2007 gestellt. Als die Mitarbeiterin der Alzheimerhilfe am 30.07.2007 sich nach dem Antrag erkundigte, wurde ihr mitgeteilt, dass es noch etwas dauern würde, da der Sachbearbeiter gerade erst aus dem Urlaub zurück sei. Die Bescheide würden jedoch raus gehen. Am 23.08.2007 wurde erneut mitgeteilt, dass die Bescheide noch nicht erstellt sind, da a) die vergangenen drei Wochen eine zu kurze Frist waren, diese zu erstellen und b) es Probleme mit einer Systemumstellung gäbe. Der Sachbearbeiter lehnte eine Aussage über Zu- oder Absage am Telefon ab.

Mit Unterstützung wäre die Familie in der Lage, für Ihren Pflegebedürftigen zu Hause adäquat zu sorgen. Aber diese Familie ist zu arm, um Anspruch auf Unterstützung zu haben.

Folgerungen

Pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten, die gem. SGB XI keinen Leistungsanspruch erwerben konnten, müssen Pflegeleistungen, wie die Einzelschulung im häuslichen Bereich, vom Sozialamt gewährt bekommen.

Eine professionelle und einzelfallbezogene Pflegeberatung und eine solche Schulung sichert den zweckgebundenen Einsatz der Geldleistung, die Pflegequalität und verbessert die Lebensbedingungen der Betroffenen.

Bei Nichtgenehmigung der o.g. Leistung wird der Leistungsanbieter (Wohlfahrtsverbände, etc.) diese Leistung nicht erbringen können.

Die Konsequenz ist, dass die Pflegeperson über den adäquaten Umgang mit z. B. Demenzerkrankten, die Durchführung der pflegerischen Leistungen, sowie den Einsatz von Hilfsmitteln bei dem zu Pflegenden nicht ausreichend informiert und beraten wird. Dies kann zur Überlastung und Überforderung der Pflegeperson führen.



Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Ruhr-Mitte

Die Arbeiterwohlfahrt ist aus der deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangen und in ihrer Entwicklung maßgeblich durch deren Wertorientierung geprägt. Die Werte der AWO sind Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Sie bieten den Menschen Orientierung für die eigene Lebensführung und die Gestaltung des Gemeinwesens. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist hier ein wesentlicher Bestandteil gelebter Demokratie, zu der unser Verband beitragen will. Die AWO übernimmt aber auch Verantwortung für die Gestaltung eines sozial gerechten Gemeinwesens, indem sie zentrale, gesellschaftliche und soziale Themen auf kommunaler und überregionaler Ebene aufgreift, um Hilfebedarfe von Menschen deutlich zu machen, die nicht in der Lage sind, sich im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements selbst zu organisieren.

Die AWO ist einer der sechs anerkannten Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Wir sind ein Mitgliederverband, der bereits im Jahre 1919 gegründet wurde.

Die Mitglieder der AWO bestimmen die Leitlinien des Verbandes. Um den immer komplexer werdenden Ansprüchen an hauptamtliche Arbeit und sozialer Dienstleistung gerecht zu werden, hat die AWO im Jahre 1999, also 80 Jahre nach ihrer Gründung, beschlossen, die hauptamtlichen Aktivitäten organisatorisch vom Idealverein zu trennen. Dazu wurde aus den Kreisverbänden Bochum und Herne der AWO Unterbezirk Ruhr-Mitte gegründet.

Der Unterbezirk Ruhr-Mitte ist Träger einer Vielzahl sozialer Einrichtungen und Beratungsdienste in den Gebietskörperschaften der Städte Bochum und Herne.



Die AWO übernimmt sozial staatliche Aufgaben subsidiär und trägt somit zu einer Angebotsvielfalt innerhalb unseres sozialen Wohlfahrtsstaates bei. Dabei versucht sie, ihre Betriebe nach modernen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren, ohne dabei die Verantwortung für den einzelnen Mitarbeiter und die einzelne Mitarbeiterin aus dem Blick zu verlieren. Als modernes zukunftsorientiertes Dienstleistungsunternehmen ist die AWO auf unterschiedlichen Arbeitsfeldern aktiv und organisiert ihre Arbeit in selbständig agierenden Betrieben.

Die Führung des Unterbezirks teilen sich ein ehrenamtlicher Vorstand, der die Leitlinien der AWO festlegt, und eine hauptamtliche Geschäftsführung für das operative Geschäft.

Der Unterbezirksvorstand besteht aus Herrn Heinz Drenseck (Unterbezirksvorsitzender), Frau Gabriele Gorcitza (stellvertretende Vorsitzende), Herrn Eckhardt Rathke (stellvertretender Vorsitzender), Frau Irmgard Böhmer, Frau Elisabeth Löwentat, Herrn Rudolf Markstein, Herrn Jürgen Cokelc (Beisitzer).

Die Geschäftsführung obliegt Herrn Ernst Steinbach, die stellvertretende Geschäftsführung Frau Anja Butschkau. Die Betriebsleitung der Alten- und Behindertenhilfe obliegt Frau Ulrike Gaus, die Betriebsleitung Kindergartenwerk Herrn Klaus Bittner sowie die Betriebsleitung Verwaltung Frau Andrea Denizer.

Kontakt:

Arbeiterwohlfahrt
Unterbezirk Ruhr-Mitte
Untere Marktstraße 3
44787 Bochum

Tel.: 02 34/9 64 77-0
Fax: 02 34/9 64 77-55

info@awo-ruhr-mitte.de
www.awo-ruhr-mitte.de

Not sehen und handeln.
C a r i t a s



Not sehen und handeln: Caritas
Der katholische Wohlfahrtsverband gestaltet die soziale Arbeit
der katholischen Kirche

Caritas ist kirchlicher Vollzug

Weltweit bezeichnet der Name Caritas jenen Arm der katholischen Kirche, der auf der Grundlage christlicher Nächstenliebe allen Menschen hilft, die Hilfe benötigen. Caritas ist ein unverzichtbarer kirchlicher Grundvollzug.

Der Deutsche Caritasverband (gegründet 1897) steht für die Gestaltung einer sozialen Gesellschaft und arbeitet eng mit anderen Trägern sozialer Verantwortung zusammen.

Caritas hilft Menschen in Not

In den örtlichen Caritas- und den Fachverbänden wird konkrete Hilfe für Menschen in Not geleistet. In Deutschland geschieht dies in 27 Diözesan-Caritasverbänden, durch 636 Orts- und Kreis-Caritasverbände und Sozialberatungsstellen, in 18 caritativen Fachverbänden.

Caritas ist Anwalt für Schwache und Benachteiligte

Not sehen und handeln - dieser Anspruch bedeutet für die Caritas, auf offenkundige Not hinzuweisen, verborgene Not aufzudecken und Ursachen zu benennen. Sie entwickelt vorausschauend innovative Hilfskonzepte und neue Formen der sozialen Arbeit. Und sie bereitet fachliche, politische und finanzielle Lösungswege vor, um der Not nachhaltig entgegenzuwirken. Sie tritt ein als Anwalt derer, die ihre eigenen Interessen nicht effektiv vertreten können.

Die Caritas hat dabei nicht nur die Verhältnisse in Deutschland und Europa im Blick, sie weist auch auf globale Ursachen und Wechselwirkungen sozialer Probleme hin. Nicht zuletzt organisiert sie mit ihrer ‚Caritas international‘ die weltweite Katastrophen- und Entwicklungshilfe.

Caritas in gesellschaftlicher Mitverantwortung

Der Bochumer Caritasverband (gegründet im Jahre 1919) besteht seit fast 90 Jahren und hat sich in dieser Zeit zu einem großen Träger sozialer Arbeit für die Menschen in Bochum entwickelt. Er baut sich von „unten“, d. h. von den kirchlichen Gemeinden her auf (Caritas-Konferenzen-CKD, Vinzenz-/Elisabethkonferenzen) und ist damit zunächst einmal ein ehrenamtlich geprägter und ausgerichteter Mitgliedsverband.

In zahlreichen Diensten und Einrichtung sind ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen zudem verantwortlich eingebunden und wesentliche Stütze für die Arbeit.

Ehrenamtliche Caritas-Kreise sind in vielfältiger Weise in den Stadtteilen kleinräumig aktiv: Als „Seismograph“ für soziale Nöte und als Potential für schnelle und unbürokratische Hilfe. Über die zweimal jährlich von ihnen durchgeführten Haussammlungen gibt es dafür auch unverzichtbare finanzielle Mittel.

Der Caritasverband für Bochum ist als eingetragener Verein Rechträger von Fachdiensten und stationären Einrichtungen. Er ist unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips Partner von Kommune und anderen Verbänden bei der Gestaltung, Sicherung und (Weiter-)Entwicklung einer sozialen Großstadt. Er steht damit in der Mitsorge für eine vernetzte Struktur von Hilfen, Diensten und Einrichtungen gegen Ausgrenzung und Armut, gegen Vernachlässigung und Isolation, für die Unterstützung im Alter und bei Pflege, für den Schutz und die Stärkung von Familie und Kindern, für die Zuwendung und Begleitung von Menschen mit Behinderungen.

Zahlreiche offene Dienste, Beratungsstellen und stationäre Einrichtungen der Bochumer Caritas sind um diese Arbeit täglich bemüht. Dabei realisieren Sie die grundlegenden Ziele der Caritas:

- Den Menschen in seiner Würde schützen;
- Solidarisch miteinander leben in einer pluralen Welt;
- Verpflichtung über Grenzen hinweg.

Diese Ziele gelten jenseits von Religion, Weltanschauung und Nationalität.

Caritas-Dienste für unterschiedliche Lebenslagen

Der Bochum Caritasverband spricht auch mit seinen Fachverbänden dem „Kath. Verein für soziale Dienst in Bochum“ (SKM) und „Sozialdienst katholischer Frauen „(SkF), mit seinen Hilfe-Angeboten, Beratungsstellen und Einrichtungen die Bürger/-innen der Stadt in unterschiedlichen Lebenslagen und Altersbedarfen an:

- **Senioren:** Seniorenberatung, Seniorenenerholung, Seniorentagespflege, Seniorenkurzzeitpflege, Seniorenwohnanlagen (Kaiseraue) und Begegnungsstätten (Stützpunkte);
- **Förderung des bürgerschaftlichen/ehrenamtlichen Engagements:** Freiwilligenzentrum; Unterstützung der ehrenamtlichen Caritas-Mitarbeiter/-innen in den Verbänden, Gruppen und Kirchengemeinden;

-
- **Frauen und Familie:** Familienerholung, Familienpflege, Müttergenesung (Kuren), Freizeit- und Erholungshaus Terschelling, Schwangerenberatung (SkF), Babyfenster *Sonnenblume* (SkF), Caritas-Beratungszentrum (Ostermannstr. 32) Ehe, Familie und Erziehung, Frauenhaus, Begleitung von Frauen und Familien inhaftierter Männer (SKM);
 - **Kinder und Jugendliche:** Kindertageseinrichtungen, Kinderbetreuung in Tagespflege, Schulbetreuung (offene Ganztagschule), Ferien- und Stadtranderholung, Erziehungsberatung, Fachstelle für Kindeswohlgefährdung und häusliche Gewalt, Hilfe für Kinder bei drohender seelischer Behinderung und massiven Belastungen, Hilfe für Kinder/ Jugendliche bei Gewalterfahrungen, Hilfe für Kinder / Jugendliche, die sexuell missbrauchen; Kooperation im ambulanten Jugendhilfezentrum mit St. Vinzenz;
 - **Menschen in Pflege:** Sozialstationen (ambulante Pflegedienste in Süd, Ost und Mitte sowie Wattenscheid), Tagespflege, Kurzzeitpflege, Familienpflege, Seniorenzentrum St. Franziskus, Hospiz St. Hildegard;
 - **Ausländer und Migranten:** Migrationsberatung für Aussiedler und Flüchtlinge;
 - **Besondere Lebenslagen:** Arbeitstherapeutische Werkstatt, Christophorus-Haus für wohnungslose Männer, Bahnmissionsmission (gemeinsam mit der Inneren Mission), Straffälligenhilfe (SKM); ökumenische Telefonseelsorge; externe Sozialberatung bei Firmen;
 - **Sucht:** Fachambulanz für Suchtkranke, Kontakt- und Beratungszentrum / sozialpsychiatrischer Dienst, Tagesklinik, Wohngruppe, Selbsthilfegruppen des ‚Kreuzbundes‘.

Mit diesen konkreten Hilfen und in der ständigen Auseinandersetzung mit den politisch Verantwortlichen arbeitet die Bochumer Caritas an der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in unserer Stadt, wobei ihr besonderes Augenmerk den Schwachen und Hilfsbedürftigen gilt.

Der Caritas-Verband wird vertreten durch einen gewählten ehrenamtlichen Vorstand und durch den Caritas-Direktor als geschäftsführenden Vorstand. Ein ehrenamtlicher Caritasrat – gewählt von einer Delegiertenversammlung – ist das Aufsichtsgremium.



Geschäftsstelle
 Caritas-Direktor Ulrich Kemner
 Huestr. 15, 44787 Bochum
 Tel: 0234/96422-0/ Fax: 0234/64225
 Email: info@caritas-bochum.de
 Website: www.caritas-bochum.de



Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband in Bochum

Der Paritätische
Kreisgruppe Bochum
Kortumstr. 145
44787 Bochum

Telefon (0234) 60687
Telefax (0234) 685089
Email bochum@paritaet-nrw.org
www.paritaet-nrw.org

Vorsitzender: Hans-Jürgen Banaschak
Geschäftsführerin: Brigitte Ponath

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist ein Dachverband für eine Vielzahl von gemeinnützigen Vereinen und Gesellschaften, die im Bereich der Sozial- und Jugendarbeit sowie im Gesundheitswesen tätig sind. Die meisten sind aus Bürgerengagement entstanden. Der Verband repräsentiert ein vielfältiges Spektrum der sozialen Arbeit: Große und kleine Organisationen, verschiedene Arbeitsansätze, traditionelle und neue Wege. In Nordrhein-Westfalen sind rund 2.900 Organisationen Mitglied im Paritätischen.

Der Dachverband und seine Mitglieder

In der Regel unterhält der Paritätische keine eigenen sozialen Einrichtungen, sondern fördert seine Mitgliedsorganisationen in ihrer Zielsetzung und vertritt ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belange. Er unterstützt sie mit fachlicher Beratung und organisatorischen Hilfen, mit Fortbildung, landesweiten Facharbeitskreisen sowie mit fachlichen und betriebswirtschaftlichen Informationen.

Anwaltsfunktion und Gemeinwesenarbeit

Der Paritätische ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig. Er ergreift jedoch Partei für sozial Benachteiligte, für Menschen, die eine Lobby brauchen, um menschenwürdig und selbstbestimmt leben zu können. Er ergreift auch Partei für soziale Ideen, für Freiräume, die seine Mitgliedsorganisationen dringend brauchen, um moderne Sozialarbeit weiterentwickeln zu können. Der Paritätische wirkt deshalb auf allen politischen Ebenen bei der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft mit; konstruktiv, aber auch konsequent für die Interessen seiner Mitglieder.

Der Paritätische vor Ort

Auf örtlicher Ebene haben sich die Mitgliedsorganisationen zu Kreisgruppen zusammengeschlossen. Wie in den meisten Städten ist in Bochum der Verband mit einer Geschäftsstelle vertreten. Hier können die örtlichen Mitgliedsorganisationen ihren Dachverband erreichen. Zurzeit gibt es in Bochum 118 Mitglieder im Bereich der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens und der sozialen Arbeit. Viele von ihnen richten sich mit ihren Angeboten an Hilfsbedürftige, sozial Benachteiligte und/oder sozial Schwache.

Das Selbsthilfebüro Bochum

Der Paritätische in Bochum ist - in Kooperation mit dem Diakonischen Werk - Träger der Selbsthilfe-Kontaktstelle im Haus der Begegnung (Alsenstr. 19 a, 44789 Bochum, Tel. 0234 / 588 07 07). Das Selbsthilfe-Büro bietet Bochumer BürgerInnen, die eine Selbsthilfegruppe suchen, Beratung und Vermittlung an. Es unterstützt Gruppen bei der Gründung, organisiert Gruppentreffen, den Bochumer Selbsthilfetag, thematische Veranstaltungen und Fortbildungen für Selbsthilfegruppen.

Die Mitgliedsorganisationen der Kreisgruppe Bochum

Die 118 Bochumer Mitglieder können hier nicht dargestellt werden. Als Beispiele seien aber einige genannt, deren Zielgruppe über ihren Namen erkennbar ist: AIDS-Hilfe, Alzheimer Gesellschaft, Deutscher Kinderschutzbund, Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Medizinische Flüchtlingshilfe. Nicht wenige der dem Paritätischen Wohlfahrtsverband angeschlossenen Organisationen haben einen hohen Bekanntheitsgrad, wie z.B. die Pro Familia, der Arbeiter-Samariter-Bund oder der Weisse Ring.

In der Kreisgruppe Bochum gibt es 27 Kindertagesstätten, davon 5 Waldorfeinrichtungen und 18 Elterninitiativen, 23 Selbsthilfegruppen für chronisch Kranke und Behinderte, 7 Frauenberatungsstellen, drei Träger von Wohnheimen für Behinderte, drei ambulante Pflegedienste, drei Träger mit Angeboten für psychisch Kranke, mehrere Einrichtungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Soziokultur-, Stadtteil- und der Bildungsarbeit, und fünf Träger, die Qualifizierung und Beschäftigung für Arbeitslose anbieten, besonders für arbeitslose Jugendliche. Daneben gibt es noch verschiedene Beratungsstellen und soziale Initiativen.

Eine der ältesten sozialen Initiativen in Bochum, die aus bürgerschaftlichem Engagement entstanden ist und in diesem Jahr ihren 33. Geburtstag gefeiert hat, ist die IFAK e.V. – Verein für multikulturelle Kinder-, Jugend-, und Seniorenarbeit. Da sie über viel Erfahrung mit Lebenssituationen von MigrantInnen verfügt, hat sie hier für den Paritätischen den Bericht und Fallbeispiele beigetragen.



DRK Zentrum

Leitbild und Grundsätze

Der DRK Kreisverband Bochum e.V. ist Teil einer weltweiten Gemeinschaft in der internationalen Rotkreuz- Rothalbmondbewegung.

Wir sind gleichermaßen tätig

- als nationale Hilfsgesellschaft in der Abwehr von Not, Gefahr und Katastrophen
- und als Verband der Freien Wohlfahrtspflege im sozialen Engagement für die Menschen in unserer Stadt.

Wir orientieren uns an den Grundsätzen des Roten Kreuzes.
Sie entsprechen denen des internationalen Roten Kreuzes:

Menschlichkeit

Unparteiligkeit

Neutralität

Unabhängigkeit

Freiwilligkeit

Einheit

Universalität

Auftrag und Strategie

Die Hilfe für Menschen steht im Vordergrund unseres Handelns.

Wesentlicher Bestandteil unseres Auftrages sind öffentliche Aufgaben zur Sicherung des Gemeinwohls, sowie die Mitverantwortung für die Weiterentwicklung bedarfsgerechter sozialer Strukturen in unserer Stadt.

Wir übernehmen Aufgaben unter Beachtung unseres humanitären Auftrages, unserer fachlichen Kompetenz und der finanziellen Möglichkeiten.

Dabei orientieren wir uns an den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnissen und Rahmenbedingungen.

Dienstleistungen und Qualitätsanspruch

Unser gemeinsames Handeln richtet sich nach Bedürfnissen und Wünschen derer, die unseren Rat und unsere Hilfe brauchen.

Das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der von uns Betreuten sind dabei für uns vorrangiger Maßstab.

Wir beraten, unterstützen und helfen Menschen mit dem Ziel, ihnen das größtmögliche Maß an Eigeninitiative und Selbstverantwortung für eine persönliche Lebensplanung zu ermöglichen.

Der DRK Kreisverband Bochum e.V. ist seit mehr als 30 Jahren in der Altenhilfe und Migrationsarbeit tätig.

Das DRK-Seniorenzentrum, An der Holtbrücke 2-8 in Bochum Weitmar umfasst das Alten- und Pflegeheim mit 259, die Kurzzeitpflege mit 7 und Tagespflege mit 18 Plätzen, die Fachberatungsstelle für Menschen mit Demenz und deren Angehörige „Alzheimerhilfe“, die gemeinwesenorientierten Seniorenbegegnungsstätten, das Fachseminar für Altenpflege, den Hausnotrufdienst und den Bereich Migration.

Zur Migrationsarbeit gehören neben dem Suchdienst und der Familienzusammenführung, die Migrationserstberatung und Flüchtlingsberatung zu den Kernaufgaben. Von 1998 bis 2004 führte der DRK Kreisverband Bochum e.V. zwei vom Bund geförderte Jugendintegrationsprojekte durch. Vor zwei Jahren ist im Rahmen der Umstrukturierung der Migrationssozialarbeit in NRW eine Integrationsagentur beim DRK Kreisverband Bochum eingerichtet worden.

Des Weiteren ist der DRK Kreisverband Bochum e.V. seit dem 01.08.2006 Träger eines vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten gemeinwesenorientierten, Integrationsprojektes zur „Integration von Migrantinnen und Migranten in die Freiwilligenarbeit in der Altenhilfe in Bochum“.

Seit bereits 12 Jahren betreuen die DRK Seniorenbegegnungsstätten Senioren aus dem Bochumer Südwesten und Osten. Sie sind Anlaufstellen für alle älteren Bewohner/innen der Stadtteile (Weitmar, Wiemelhausen, Dahlhausen, Laer, Werne und Langendreer) unabhängig von Nationalität, politischer Anschauung, Konfession und Bildungsniveau. Die DRK Seniorenbegegnungsstätten haben einen Stützpunktcharakter und sind Eckpfeiler der stadtteilnahen, gemeinwesenorientierten Altenarbeit.

Im Jahr 1991 nahm die DRK-Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige ihre Arbeit auf. Aus der Idee zum Aufbau einer Anlaufstelle für Angehörige und Pflegende entwickelte sich schnell eine Anlaufsstelle für Menschen mit Demenz und deren Angehörige. Schon im Gründungsjahr der Beratungsstelle wurden zwei Betreuungsgruppen für demenzkranke Menschen eingerichtet.

In den darauf folgenden 11 Jahren sind weitere unterschiedliche Beratungs- und Betreuungsangebote sowohl für Menschen mit Demenz als auch für Angehörige und Pflegende entwickelt worden. Neben personenzentrierter, individueller Beratung gehören Diagnostik, Einzel und Gruppenbetreuung, sowohl in der Beratungsstelle, als auch im häuslichen Bereich, sowie Angehörigenbegleitung dazu. Im Jahr 2000 erhielt die Beratungsstelle den Namen „Alzheimerhilfe“.

Kontakt:

Deutsches Rotes Kreuz
Kreisverband Bochum e.V.

Vorstandsvorsitzender
Carl Gerhard Rohm

An der Holtbrügge 2-8
44795 Bochum

Tel.: 0234/9445-0
Fax: 0234/9445-160

info@drk-bochum.de
www.drk-bochum.de

Diakonie Ruhr / Innere Mission Bochum 80 Jahre Dienst am Menschen

Hilfe für Menschen in Not ist Aufgabe und Selbstverständnis der Diakonie. In dieser Tradition leben, arbeiten und wirken die Menschen in den Diensten und Einrichtungen der Diakonie Ruhr.

Wir verstehen jeden Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes und sehen in dem Menschen mehr als das, was ihn zu uns führt. Daher fragen wir nach seinen ganzheitlichen Bedürfnissen, Wünschen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Unser Anliegen ist die Teilhabe von Ausgegrenzten und Hilfsbedürftigen am Leben in der Gesellschaft. (Auszug aus dem Leitbild der Diakonie Ruhr)

Die Diakonie Ruhr ist mit 58 Diensten und Einrichtungen in Bochum und Witten präsent. In Zusammenarbeit mit den 2300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserem Werk, engagieren sich bei uns und in den Kirchengemeinden viele Ehrenamtliche, um für andere Menschen da zu sein.



Zur Diakonie Ruhr gehören das Evangelische Krankenhaus Witten und die Bereiche Altenhilfe, Behindertenhilfe, Suchtkrankenhilfe, Wohnungslosenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe. Neben vielfältigen Beratungsangeboten, den drei Schulen für sozialpflegerische Berufe finden sich sechs Altenpflegeheime und ein ambulanter Pflegedienst. Für Menschen mit Behinderungen unterhalten wir mehrere Wohnheime und Werkstätten sowie zwei integrative Kindertagesstätten.

Die Innere Mission ist als regionales Diakonisches Werk aus der diakonischen Arbeit der Evangelischen Kirchengemeinden in Bochum hervorgegangen. Sie ist Träger von vielfältigen Diensten und Angeboten in den Fachbereichen „Psychosoziale Hilfen“ und „Altenhilfe“.

Zu den Beratungsangeboten im Fachbereich Psychosoziale Hilfen gehören u.a.:

- Bahnhofsmision (ökumenische Trägerschaft)
- Evangelisches Beratungszentrum
- Ev. Betreuungsverein
- Fachdienst Berufliche Rehabilitation
- Frühförderstelle (gemeinsame Trägerschaft mit den Lebenshilfen in Bochum und Wattenscheid)
- Haus der Begegnung
- Integrationsfachdienst
- Migrationserstberatung
- Suchtkrankenhilfe
- Wohnungslosenhilfe
- Hilfen für Behinderte

Zu den Angeboten im Fachbereich Altenhilfe gehören u.a.:

- Seniorenwohnanlagen und Begegnungsstätten im Albert-Schmidt-Haus und im Altenzentrum Rosenberg
- Offene Altenarbeit

Angebunden an die Geschäftsstelle der Inneren Mission sind die Arbeitsbereiche „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Gemeindediakonie“.

Kontakt:

Diakonie Ruhr / Innere Mission Bochum
Westring 26
44787 Bochum

www.diakonie-ruhr.de
kontakt@diakonie-ruhr.de

Tel.: 0234 / 91 33 313
Fax: 0234 / 91 33 319

Vorstand: Werner Neveling
Peter Scheffler

Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen

Jüdische Wohlfahrtsorganisation
Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen
Alte Wittener Straße 13
44803 Bochum

Vorstandsvorsitzender: Grigory Rabinovich
Geschäftsführung: Aleksander Chruga

Telefon: 0234/9325790
Fax: 0234/93257930
E-Mail: Jgbochum@t-online.de
Internetadresse: <http://www.jg-bochum.de>

Die Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und seit dem Jahre 1999, nach der Trennung von der Gemeinde Recklinghausen, eigenständig.

Ende der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts bestand sie noch aus 60 Mitgliedern. Bedingt durch den Zuzug der jüdischen Zuwanderer/innen aus den GUS-Staaten steigerte sich die Mitgliederzahl der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen von 60 auf ca. 1 200 Personen. Derzeit ist die Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen die zweitgrößte in Westfalen.

Diese stets zunehmende Mitgliederzahl stellte und stellt die Gemeinde vor neue Aufgaben, die man in folgende Bereiche unterteilen kann.

Die wichtigste Aufgabe ist die Ausübung der Religion. Es finden regelmäßige Gottesdienste statt. Neben Gottesdiensten gibt es Religionsunterricht für Schüler und Erwachsene.

Der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen ist die JWO (Jüdische Wohlfahrtsorganisation Bochum-Herne-Hattingen) angeschlossen. Die Arbeit der JWO umfasst Beratung, Betreuung und Unterstützung der Erst- und Bestandsmigrant/innen bei der Neuanmeldung aufgrund von Sprachschwierigkeiten bei den Behörden, Hilfe und Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie Beratung in den Mietangelegenheiten, Hilfe beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen (beispielsweise: Claims Conference, Wiedergutmachung, Getto, KZ, Krebshilfe usw.).

Darüber hinaus werden Arztbesuche, sozialpädagogische Begleitung sowie allgemeine Behördengänge, Krankenhausbesuche und Hausbesuche betrieben.

Neben der umfassenden sozialen Beratung und sozialpädagogischen Begleitung werden Sprach- und Integrationskurse ebenso Computer- und Kochkurse angeboten.

Zielgruppe:

Bei ihrer Einreise in die Bundesrepublik Deutschland erhalten jüdische Zuwanderer/innen eine Niederlassungserlaubnis und unbeschränkte Arbeits-erlaubnis. Trotz dieser günstigen Rechtslage gelingt es nur wenigen Migrant/innen, sich schnell und problemlos in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren. Allein in der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen beträgt der Anteil von Senioren 38 %. Einige ältere Zuwanderer/innen haben in Deutschland keine Angehörigen. Viele Migrant/innen im Seniorenalter sind schwer behindert (geistige sowie körperliche Behinderungen), viele von ihnen sind durch die Folgen des Krieges und durch die Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl gesundheitlich beeinträchtigt.

In der Regel ist diese Personengruppe nach ihrem Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland auf soziale Leistungen angewiesen.



Das Lernen der deutschen Sprache ist ein Muss

REDAKTION

AWO

Sabine Radtke

Caritasverband Bochum

Monika Bormann

Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Friederike Müller (IFAK)

Deutsches Rotes Kreuz

Helene Ignatzi

Innere Mission

Peter Scheffler

Susanne Bech

Andrea Kettler

Frank Schöpfer

Gerlinde Fuisting

Jüdische Gemeinde

Olga Isaak

Marina Fleischmann

LAYOUT Gisela Schwebke (Innere Mission)

Ortsteilprofile

10. Ortsteilprofile

Im Sozialbericht 2005 wurden sog. Informationspools für die sozialstrukturell erheblich benachteiligten Ortsteile in Bochum erstellt. Sie gaben einen Überblick über die Strukturmerkmale des jeweiligen Ortsteils. Darüber hinaus lieferten sie erste Hinweise darauf, ob es einen Zusammenhang zwischen der "Kumulation" sozialstruktureller Benachteiligungsmerkmale und anderen Risikomerkmale gab, wie z.B. gesundheitliche Risiken, Jugendkriminalität und Hilfen zur Erziehung.

Mit diesem Bericht liegen nun für alle 30 Ortsteile Bochums Ortsteilprofile in erweiterter Form vor.¹ Neue Kennzahlen aus den Bereichen Wohnen und Bildung wurden hinzugenommen. Die neun sozialstrukturell benachteiligten Ortsteile Bochums wurden durch zusätzliche Informationen ergänzt, die sich aus einem Workshop mit den zuständigen Sozialraumkoordinatoren ergeben haben. Die in Anführungsstriche gesetzten Textpassagen sind Schilderungen der Teilnehmer.

Zusätzlich zu den Daten wurde für jeden Ortsteil ein Diagramm erstellt, aus dem die Abweichungen der Strukturmerkmale der Ortsteile vom gesamtstädtischen Wert auf einen Blick ablesbar sind. Mit Hilfe der Ortsteilprofile ist es möglich, frühzeitig Segregationsprozesse in den Ortsteilen zu identifizieren. Sie können somit, unter der Voraussetzung, dass sie regelmäßig fortgeschrieben werden, als Frühwarnsystem für innerstädtische Entwicklung herangezogen werden.

Die Auflistung der Ortsteilprofile folgt der Nummerierung der statistischen Bezirke, beginnend mit 10 - Grumme im Stadtbezirk I bis 66 - Dahlhausen im Stadtbezirk VI.

Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur der Ortsteile sind im "Sozialatlas für Bochum" im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

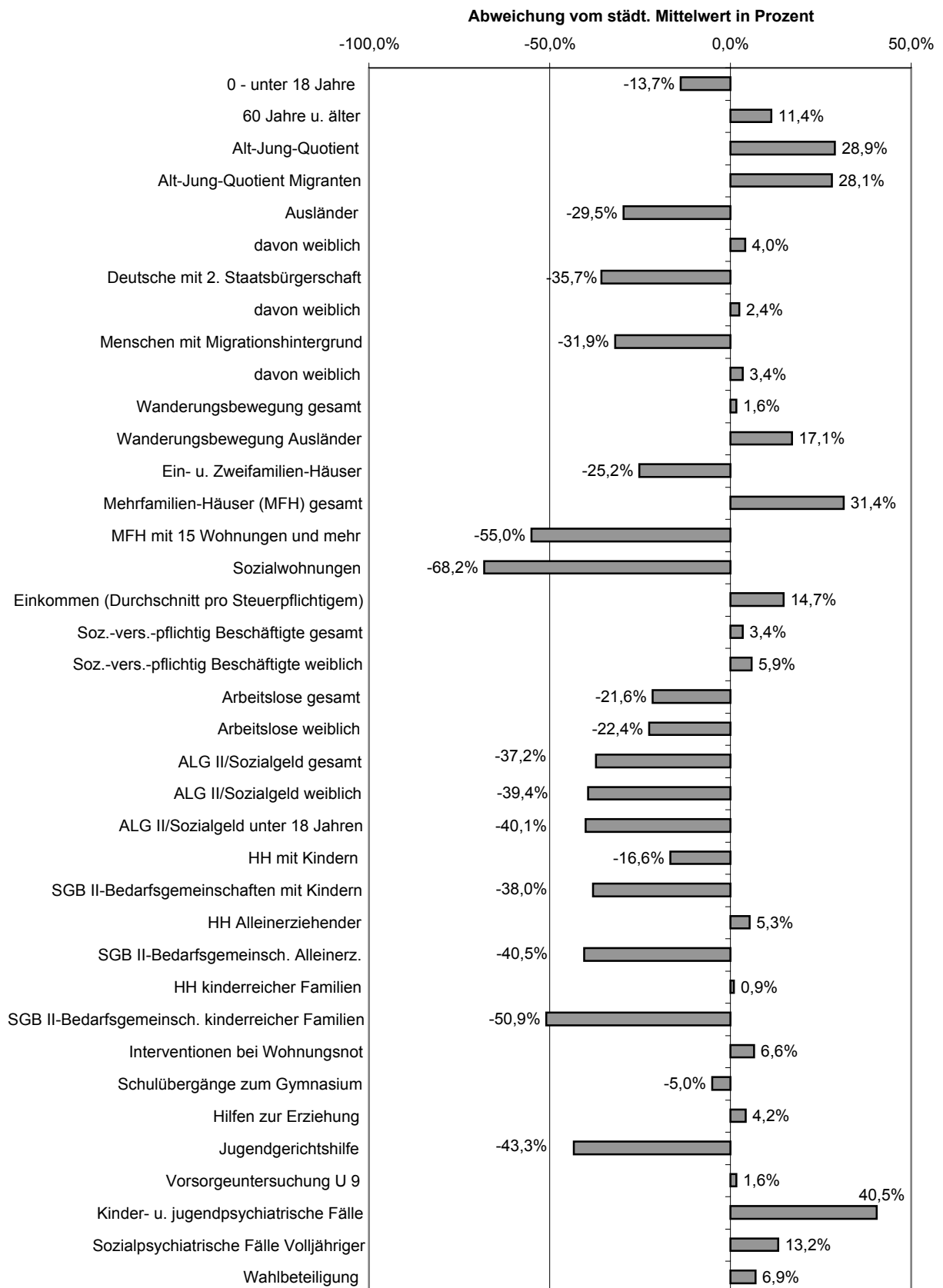
¹ Definitionen der einzelnen Merkmale siehe S. 283 ff.

Stadtbezirk I

Ortsteil Grumme

Statistischer Bezirk/Ortsteil	10/Grumme		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	5,74	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.298	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	13.193	-	102.004	375.563
davon weiblich	6.946	52,6%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.741	13,2%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.877	29,4%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	223	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	73	-	53	57
Ausländer	815	6,2%	11,6%	8,8%
davon weiblich	420	51,5%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	479	3,6%	5,5%	5,6%
davon weiblich	243	50,7%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.294	9,8%	17,1%	14,4%
davon weiblich	663	51,2%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	2.439	18,5%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	403	49,4%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.860	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	760	40,9%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.090	58,6%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	0,9%	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	7.360	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	260	3,5%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	33.500	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	3.942	45,5%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.795	41,5%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	657	9,1%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	297	8,3%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	858	8,6%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	409	8,3%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	227	13,0%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	1.120	16,1%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	139	12,4%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	290	25,9%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	66	22,8%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	120	10,7%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	19	15,8%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	45	0,65%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	126	38,1%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	21	0,99%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	21	2,61%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	73	83,9%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	25	1,18%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	88	0,77%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	71,0%	-	66,4%

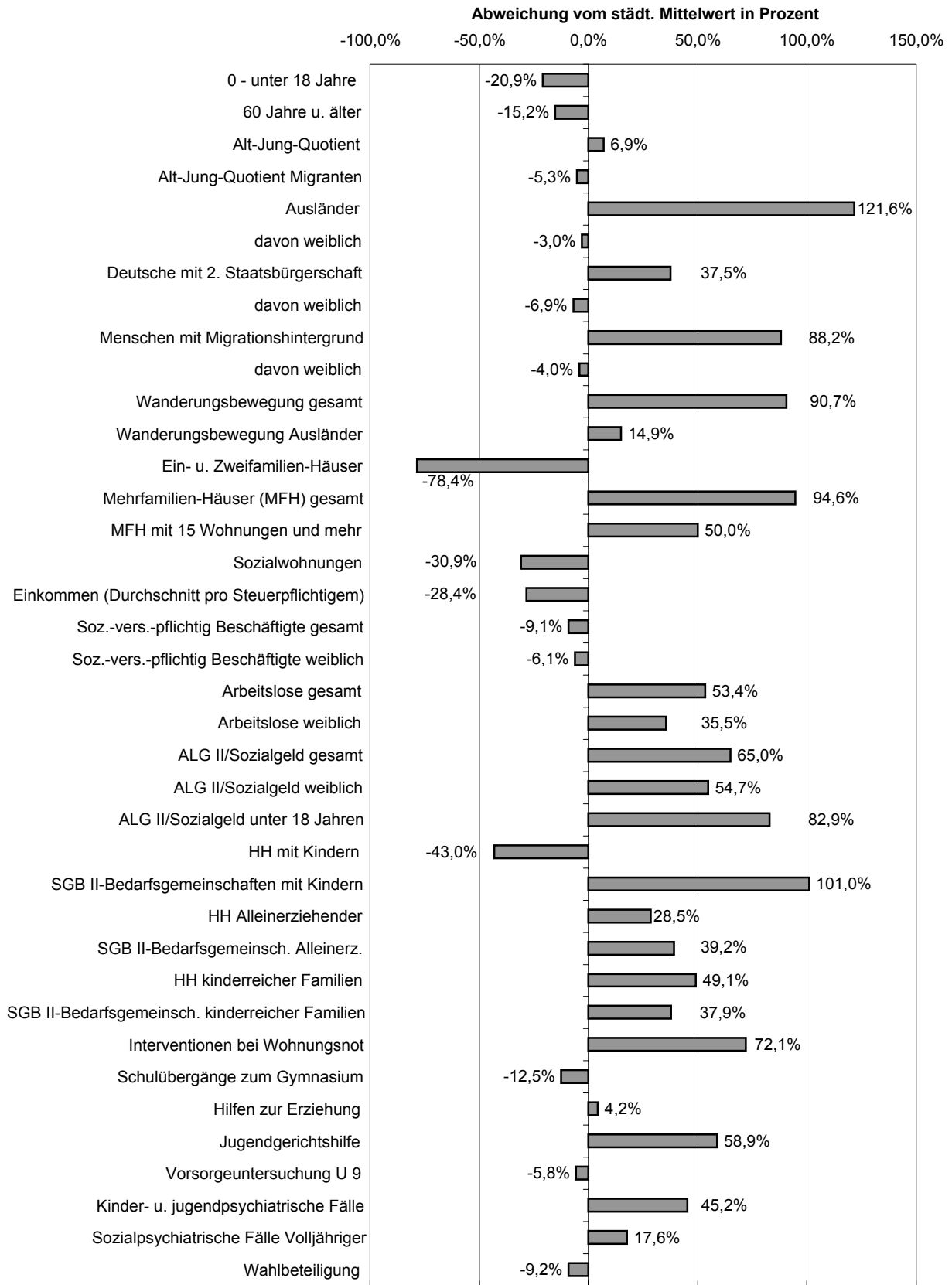
10 Grumme



Ortsteil Gleisdreieck

Statistischer Bezirk/Ortsteil	11/Gleisdreieck		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	1,28	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	6.599	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	8.447	-	102.004	375.563
davon weiblich	4.299	50,9%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.026	12,1%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	1.896	22,4%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	185	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	54	-	53	57
Ausländer	1.644	19,5%	11,6%	8,8%
davon weiblich	789	48,0%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	648	7,7%	5,5%	5,6%
davon weiblich	299	46,1%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	2.292	27,1%	17,1%	14,4%
davon weiblich	1.088	47,5%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	2.934	34,7%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	797	48,5%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	760	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	90	11,8%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	660	86,8%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	20	3,0%	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	4.420	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	336	7,6%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	20.900	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.395	40,0%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.053	36,8%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	917	17,8%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	355	14,5%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.558	22,6%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	707	21,2%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	407	39,7%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	570	11,0%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	229	40,2%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	180	31,6%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	96	53,3%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	90	15,8%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	40	44,4%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	53	1,05%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	100	35,1%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	13	0,99%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	35	7,31%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	28	77,8%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	16	1,22%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	59	0,80%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	60,3%	-	66,4%

11 Gleisdreieck



Erläuterungen zum Ortsteil Gleisdreieck

Das Gleisdreieck ist der flächenmäßig kleinste Ortsteil Bochums. Er zeichnet sich durch eine hohe Bevölkerungsfluktuation und einen hohen Migrantenanteil aus. In dem Ortsteil kumulieren weitere Risikomerkmale, wie ein hoher Arbeitslosenquotient, ein hoher Anteil an SGB II-Beziehern, insbesondere bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien. Darüber hinaus sind die Interventionen bei Wohnungsnot überdurchschnittlich hoch, und ebenso die Zahl der Jugendgerichtshilfefälle.

“Die Einwohner identifizieren sich nicht mit ihrem Ortsteil. Es besteht der Eindruck, dass sich das Image des Ortsteils in der Außenwahrnehmung verschlechtert hat und der Ortsteil als “Stiefkind” der Stadt- und Sozialplanung behandelt wird. Trotz einer sehr guten Infrastruktur bleibt der Ortsteil für die Bewohner als Lebensort anonym. Die vorhandenen Angebotsstrukturen zielen nicht unmittelbar auf die Anwohner ab.

Im öffentlichen Raum fehlen zentrale Orte der “ortsteilinternen” Kommunikation und “wohnungsnahe” Spiel- und Freiflächen für Kinder und Jugendliche. Die ortsansässigen Schulen haben zunehmend unter einem “schlechten Ruf” zu leiden (Abschiebeschulen).

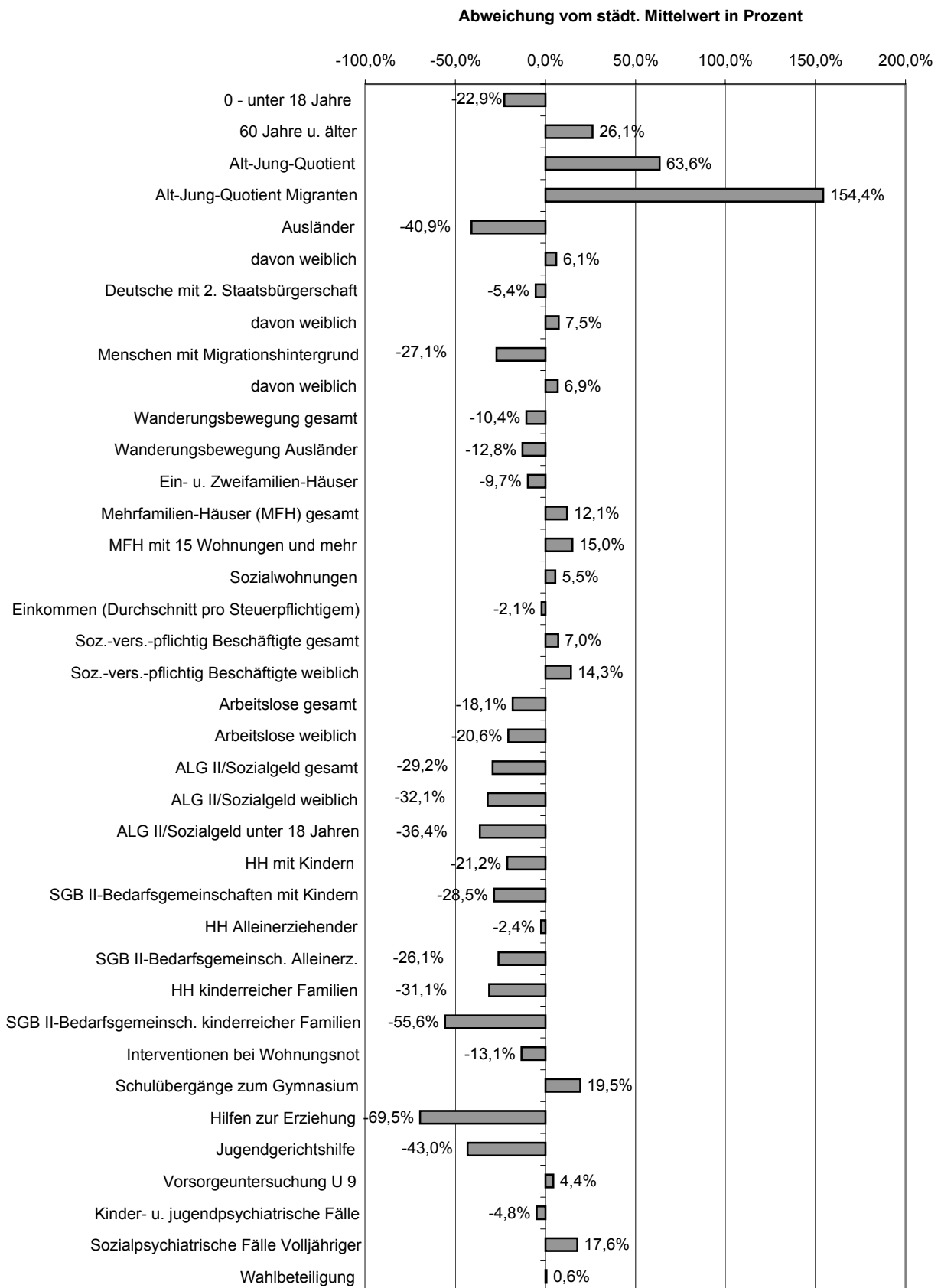
Obwohl die eingerichtete Sozialraumkonferenz gut arbeitet, ist die “Reichweite” der Arbeit begrenzt. Dies liegt u.a. an der geringen Identifikation der Bewohner dieses Ortsteils mit dem Stadtteil und an der hohen Fluktuation der Bevölkerung. Allerdings besteht bei den “aktiven” Bewohnern eine große Bereitschaft, sich für die Belange des Ortsteils zu engagieren.

Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im “Sozialatlas für Bochum” im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Ortsteil Altenbochum

Statistischer Bezirk/Ortsteil	13/Altenbochum		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	3,07	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	4.000	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	12.280	-	102.004	375.563
davon weiblich	6.705	54,6%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.444	11,8%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	4.087	33,3%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	283	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	145	-	53	57
Ausländer	634	5,2%	11,6%	8,8%
davon weiblich	333	52,5%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	656	5,3%	5,5%	5,6%
davon weiblich	349	53,2%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.290	10,5%	17,1%	14,4%
davon weiblich	682	52,9%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	2.004	16,3%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	233	36,8%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.740	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	860	49,4%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	870	50,0%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	20	2,3%	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	6.400	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	744	11,6%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	28.600	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	3.663	47,1%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.773	44,8%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	615	9,5%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	278	8,5%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	858	9,7%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	415	9,3%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	199	13,8%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	960	15,2%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	137	14,3%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	230	24,0%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	65	28,3%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	70	7,3%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	10	14,3%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	33	0,53%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	147	47,9%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	5	0,29%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	18	2,62%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	56	86,2%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	14	0,80%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	87	0,80%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	66,8%	-	66,4%

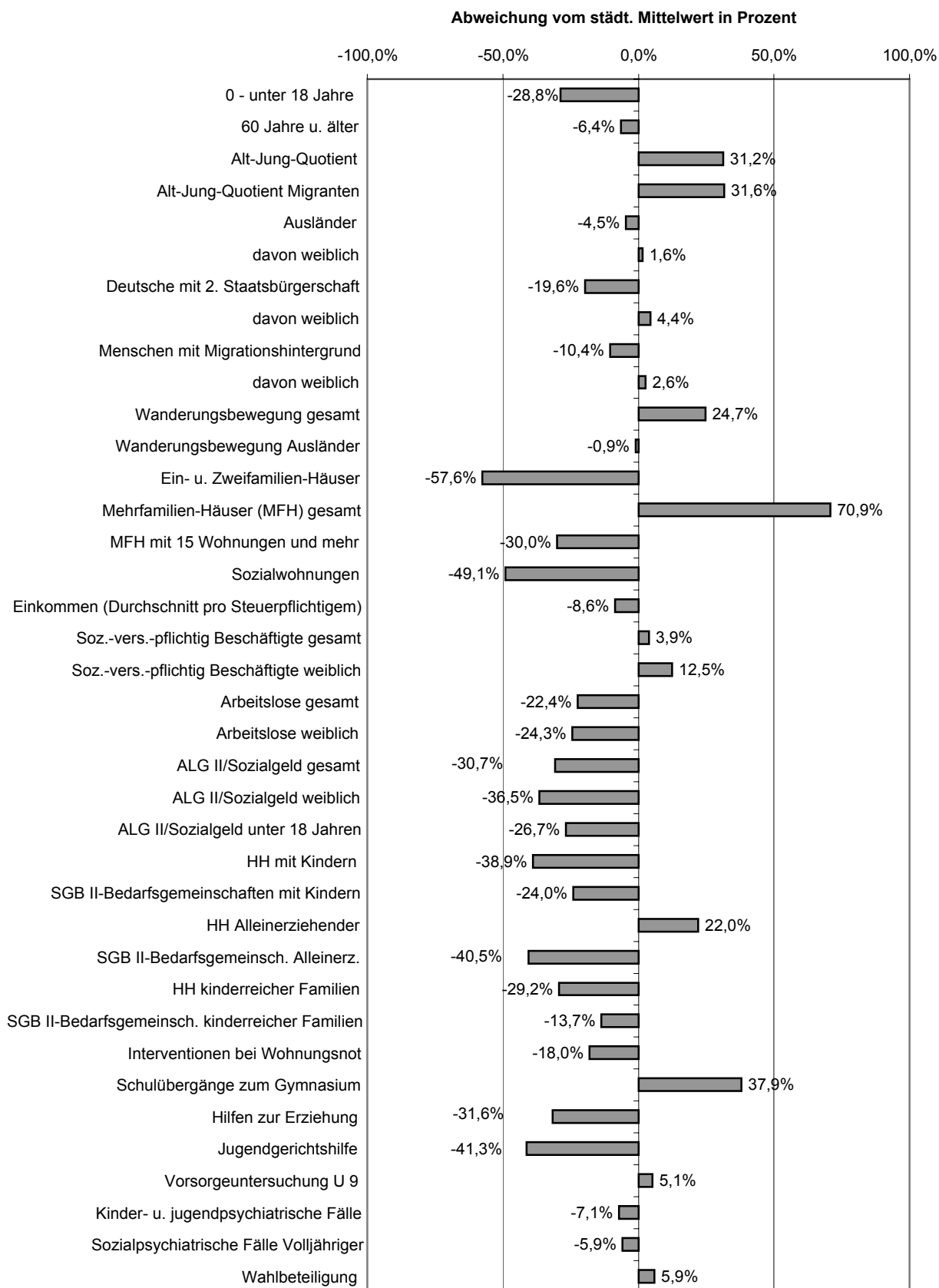
13 Altenbochum



Ortsteil Südinnenstadt

Statistischer Bezirk/Ortsteil	14/Südinnenstadt		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	2,66	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	6.200	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	16.491	-	102.004	375.563
davon weiblich	8.652	52,5%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.797	10,9%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	4.073	24,7%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	227	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	75	-	53	57
Ausländer	1.382	8,4%	11,6%	8,8%
davon weiblich	695	50,3%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	741	4,5%	5,5%	5,6%
davon weiblich	383	51,7%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	2.123	12,9%	17,1%	14,4%
davon weiblich	1.078	50,8%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	3.746	22,7%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	577	41,8%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.850	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	430	23,2%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.410	76,2%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	20	1,4%	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	9.900	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	558	5,6%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	26.700	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	5.356	45,7%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	2.577	44,1%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	917	9,0%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	410	8,1%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.257	9,5%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	568	8,7%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	286	15,9%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	1.200	11,8%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	182	15,2%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	360	30,0%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	82	22,8%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	90	7,5%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	25	27,8%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	50	0,50%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	197	55,3%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	14	0,65%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	22	2,70%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	92	86,8%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	17	0,78%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	94	0,64%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	70,3%	-	66,4%

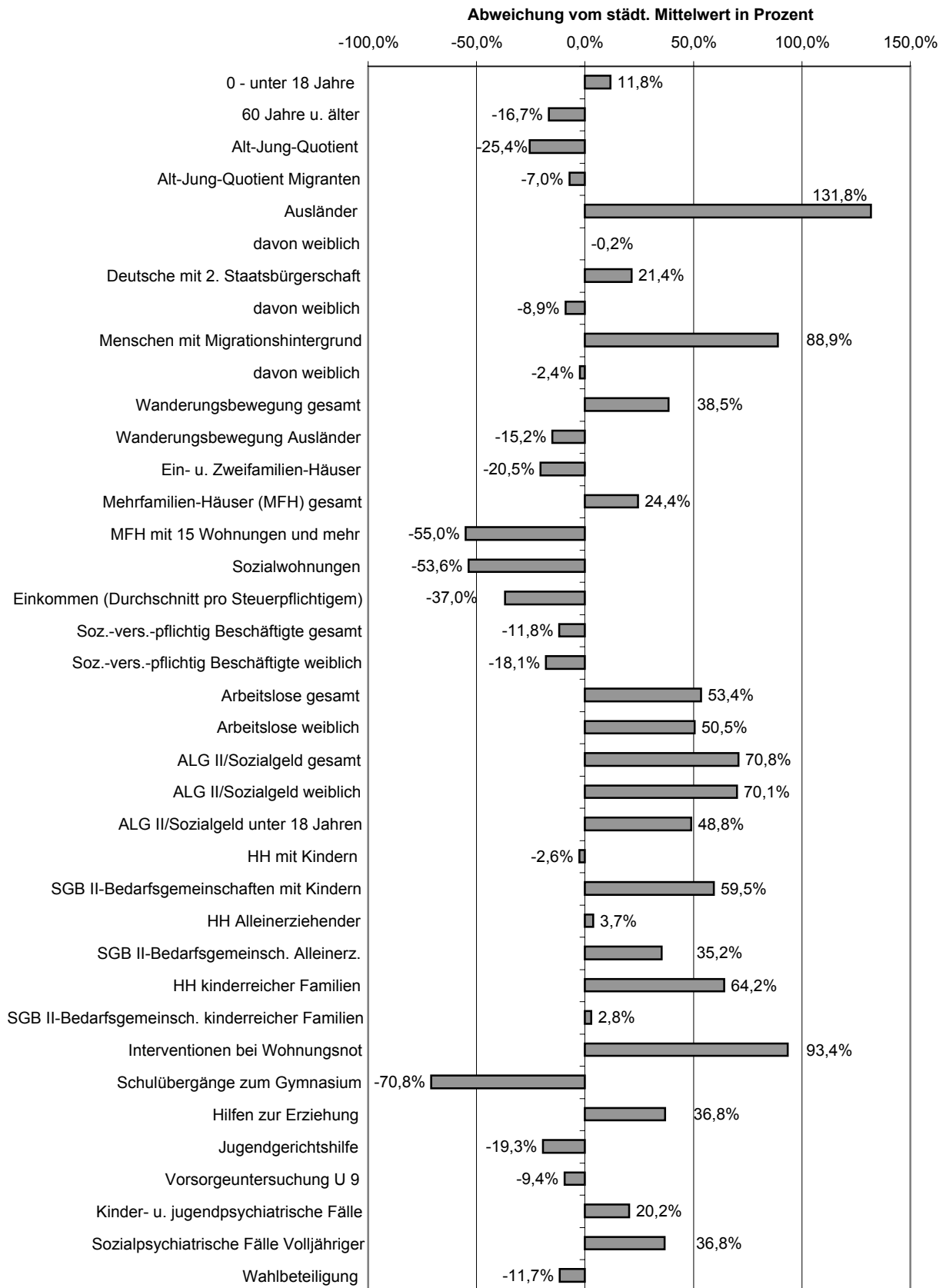
14 Südinnenstadt



Ortsteil Kruppwerke

Statistischer Bezirk/Ortsteil	15/Kruppwerke		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	6,62	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.269	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	15.022	-	102.004	375.563
davon weiblich	7.500	49,9%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	2.562	17,1%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.300	22,0%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	129	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	53	-	53	57
Ausländer	3.060	20,4%	11,6%	8,8%
davon weiblich	1.511	49,4%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	1.028	6,8%	5,5%	5,6%
davon weiblich	464	45,1%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	4.088	27,2%	17,1%	14,4%
davon weiblich	1.975	48,3%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	3.783	25,2%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	1.095	35,8%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.000	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	870	43,5%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.110	55,5%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	0,9%	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	8.190	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	421	5,1%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	18.400	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	4.004	38,8%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.565	32,1%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	1.552	17,8%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	661	16,1%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	2.898	23,4%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	1.378	23,3%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	827	32,3%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	1.490	18,8%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	475	31,9%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	380	25,5%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	197	51,8%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	260	17,4%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	86	33,1%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	93	1,18%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	37	11,7%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	40	1,30%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	41	3,71%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	89	74,8%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	31	1,01%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	116	0,93%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	58,6%	-	66,4%

15 Kruppwerke



Erläuterungen zum Ortsteil Kruppwerke

Der Ortsteil Kruppwerke ist mit seinen Quartieren Goldhamme, Griesenbruch und Stahlhausen in das städtebauliche Entwicklungskonzept "Stadtumbau West" eingebunden. Für dieses Gebiet sind städtebauliche Ziele im Rahmen eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes definiert. Dieses Konzept wurde unter Beteiligung der Bevölkerung und der in dem Gebiet arbeitenden Experten ortsansässiger Institutionen erstellt. Im Zuge der Umsetzung dieses Konzeptes wurden in Goldhamme und Griesenbruch Stadtteilbüros eingerichtet, die u.a. eng mit der örtlichen Sozialraumkonferenz zusammenarbeiten.

"... in dem Ortsteil leben überproportional viele Migranten.... Viele von ihnen sind ohne Beschäftigung und beziehen öffentliche Gelder. Dies trifft in hohem Maße jedoch auch auf den anderen Bevölkerungsteil zu. Die Wohnungsmieten sind noch vergleichsweise erschwinglich und bieten daher der Klientel, die über geringes Einkommen verfügt, entsprechende Zuzugsperspektiven. Hiervon sind insbesondere die Quartiere Griesenbruch und Goldhamme betroffen. Im Bereich der Engelsburg stellt sich dies etwas anders dar. Auch hier gibt es sozialen Wohnungsbau, jedoch auch die klassische Einfamilienhaussiedlung. Durch die Verkäufe der Wohnungsbaugesellschaften steigt die Zahl der Eigenheim- oder Eigentumswohnungsbesitzer. Eine Identifikation der Bewohner aller Quartiere im Ortsteil Kruppwerke mit ihrem Wohnumfeld ist nicht auszumachen. Allerdings zeigen sich zumindest einige Einwohner interessiert an den Vorgängen rund um den Stadtumbau West Die Auftaktveranstaltung im Juni 2007 war gut und multikulturell besucht. ... Was dies(e Entwicklung) für die Quartiere (und deren Bewohner) mittel- bis langfristig bedeuten wird, bleibt abzuwarten. ... Der Stadtteil bleibt nach wie vor hoch belastet."

In dem Workshop wurden die Einschätzungen zur sozialen Lage in dem Ortsteil durch einige anwesende Vertreter aus den Verbänden ergänzt:

"In dem Ortsteil treffen vermehrt Menschen mit unterschiedlichen sozialen Problemlagen aufeinander ("Ballung sozialer Probleme"). In ihm leben viele alte Menschen und insbesondere viele ältere Migranten. Auf diesen Personenkreis ist weder die ökonomische Infrastruktur noch die soziale Versorgungsstruktur ausreichend zugeschnitten. Es fehlt seniorengerechter Wohnraum und es wird zunehmend wahrnehmbar, dass die Fälle von Altersarmut ansteigen. Im Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten gibt es vereinzelt Spannungen, insbesondere rund um den Springerplatz. "

Der Ortsteil ist geprägt von einem hohen Migrantenanteil und einer überdurchschnittlichen Wanderungsbewegung. In diesem Ortsteil kumulieren verschiedene Risikomerkmale, wie hohe Arbeitslosigkeit, hoher Anteil von SGB II-Beziehern, Interventionen bei Wohnungsnot und die Zahl sozialpsychiatrischer Fälle Volljähriger. Auch der Anteil kinderreicher Haushalte ist hier sehr hoch; allerdings ist ihr Anteil, gemessen am städtischen Durchschnitt, im SGB II-Bezug relativ unauffällig.

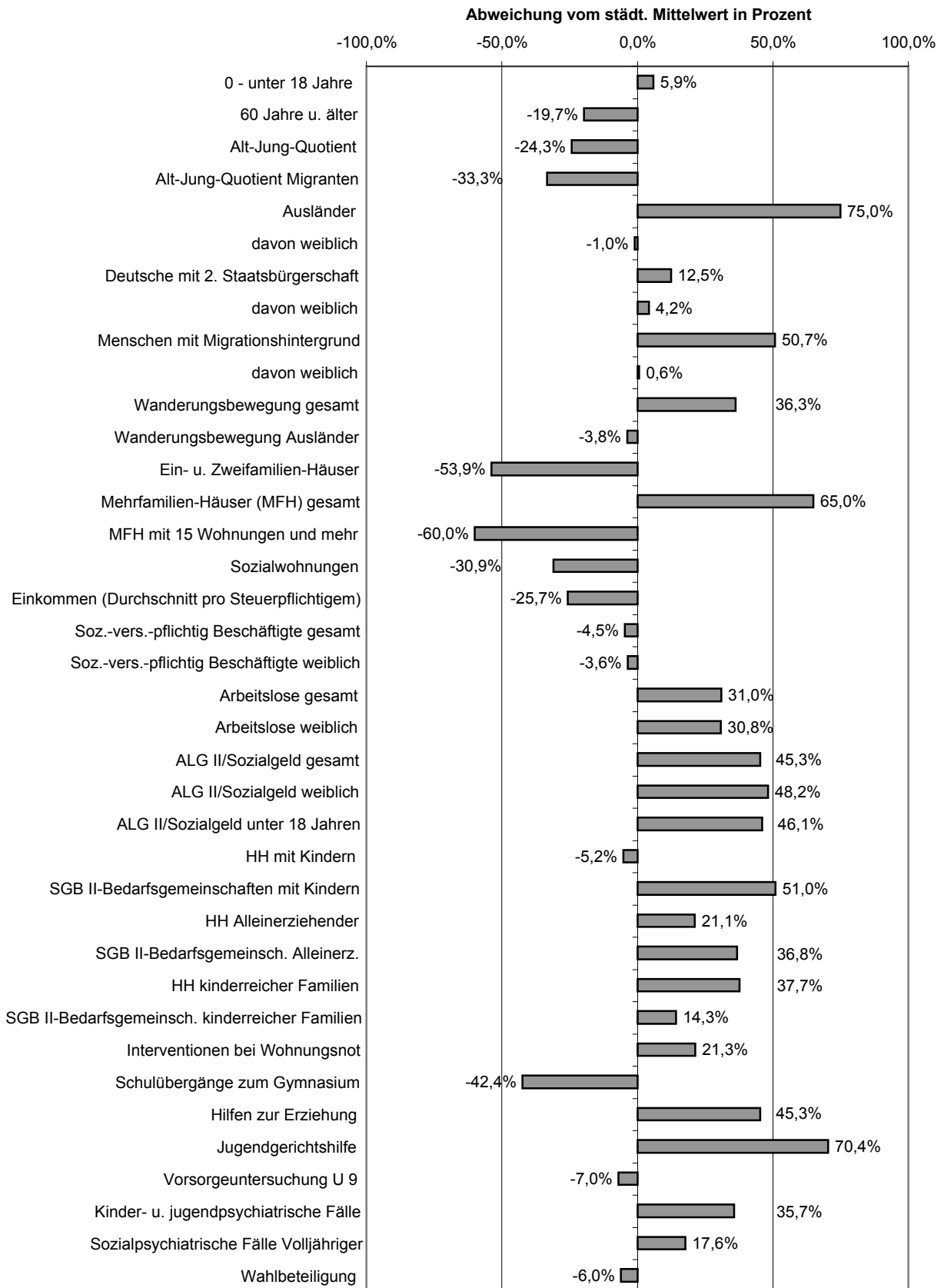
Der Ortsteil weist die geringste Übergangsquote zum Gymnasium auf.

Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im "Sozialatlas für Bochum" im Internet untere www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Ortsteil Hamme

Statistischer Bezirk/Ortsteil	16/Hamme		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	3,97	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	3.850	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	15.284	-	102.004	375.563
davon weiblich	7.799	51,0%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	2.477	16,2%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.244	21,2%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	131	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	38	-	53	57
Ausländer	2.355	15,4%	11,6%	8,8%
davon weiblich	1.155	49,0%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	967	6,3%	5,5%	5,6%
davon weiblich	499	51,6%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	3.322	21,7%	17,1%	14,4%
davon weiblich	1.654	49,8%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	3.798	24,8%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	955	40,6%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.630	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	410	25,2%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.200	73,6%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	0,8%	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	8.740	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	662	7,6%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	21.700	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	4.520	42,0%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.986	37,8%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	1.385	15,2%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	625	14,0%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	2.524	19,9%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	1.264	20,3%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	786	31,7%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	1.510	18,3%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	456	30,2%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	450	29,8%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	236	52,4%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	220	14,6%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	81	36,8%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	60	0,74%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	63	23,1%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	41	1,38%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	87	7,84%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	73	76,8%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	34	1,14%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	102	0,80%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	62,4%	-	66,4%

16 Hamme



Erläuterungen zum Ortsteil Hamme

Im Ortsteil Hamme leben überdurchschnittlich viele Migranten. Darüber hinaus kumulieren hier Risikomerkmale, wie hoher Arbeitslosenanteil, hohe SGB II-Quoten - auch hier vor allem bei Haushalten mit Kindern. Die Fälle der Jugendgerichtshilfe und der Hilfen zur Erziehung liegen ebenfalls deutlich über dem städtischen Durchschnitt.

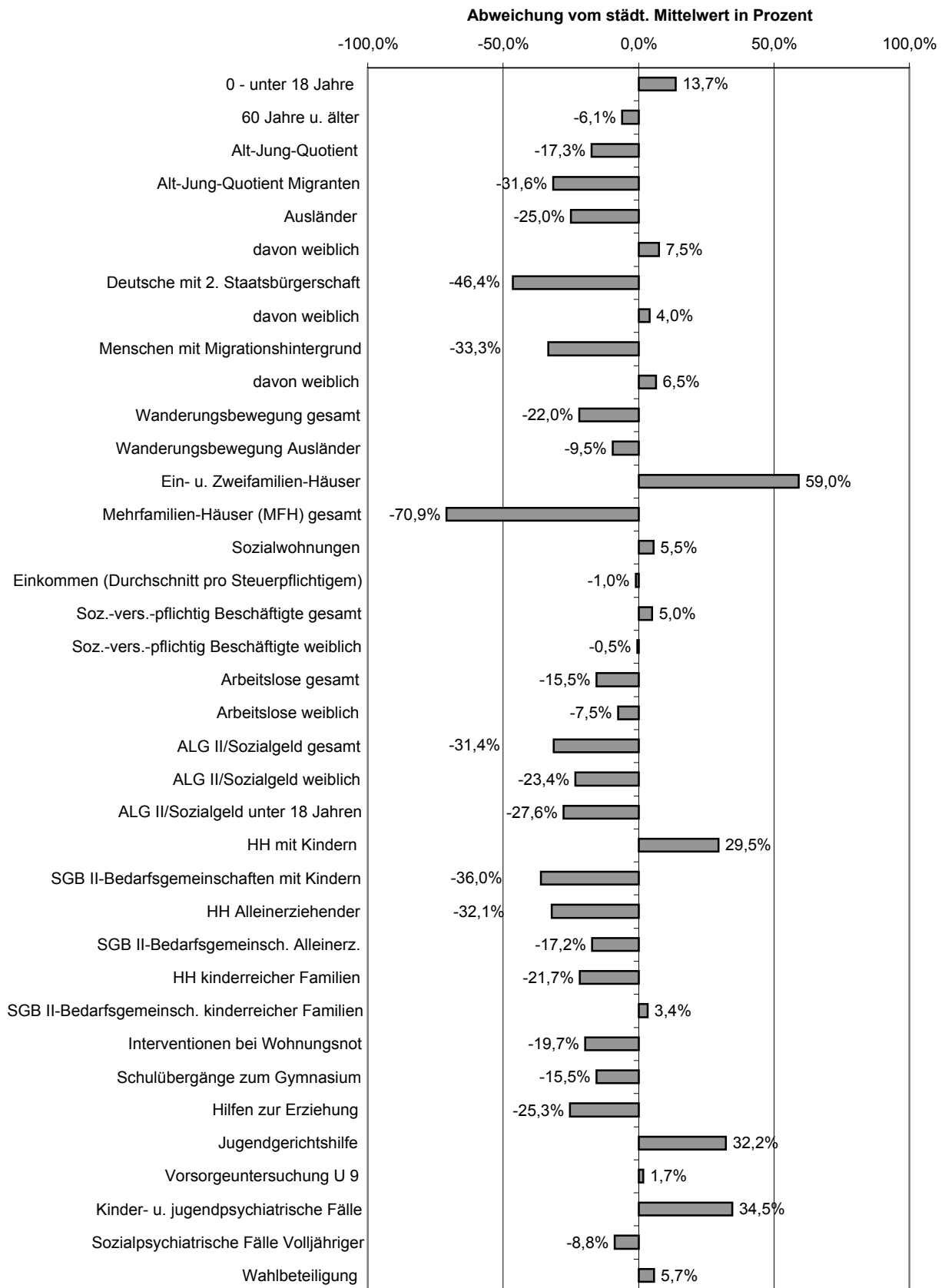
“Der Wohnungsbestand im Ortsteil ‘überaltert’ langsam, die Mieten sinken, und in der Folge kommt es zu einem verstärkten Zuzug von Personen mit Migrationshintergrund und einer wahrnehmbaren Bevölkerungsfluktuation insgesamt. Trotz einer guten sozialen Infrastruktur (z.B. Familienpädagogisches Zentrum, Erziehungsberatungsstelle, einer Haupt- und einer Realschule, Streetwork, viele Vereine, ausreichend Grünflächen und Spielplätze, zwei Grundschulen, Angebote der Kirchengemeinden, Mütterberatung mit einem Vor-Ort-Angebot, Kindertageseinrichtungen, Jugendfreizeitheim) ist ein deutlicher Anstieg sozialer Problemlagen zu verzeichnen. Ursache hierfür ist u.a., dass die institutionell vorgehaltenen Angebote auf die sich verändernde Bevölkerungsstruktur in diesem Ortsteil nicht ausreichend vorbereitet sind oder aber im Zuge von finanziellen Engpässen geschlossen werden. Insgesamt wird eine zunehmende Verschlechterung der Situation im Ortsteil befürchtet.”

Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im “Sozialatlas für Bochum” im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Ortsteil Hordel

Statistischer Bezirk/Ortsteil	17/Hordel		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	2,33	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	1.431	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	3.335	-	102.004	375.563
davon weiblich	1.723	51,7%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	579	17,4%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	828	24,8%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	143	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	39	-	53	57
Ausländer	220	6,6%	11,6%	8,8%
davon weiblich	117	53,2%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	99	3,0%	5,5%	5,6%
davon weiblich	51	51,5%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	319	9,6%	17,1%	14,4%
davon weiblich	168	52,7%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	475	14,2%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	84	38,2%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	920	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	800	87,0%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	120	13,0%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	-	-	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	1.540	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	179	11,6%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	28.900	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	1.037	46,2%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	440	39,0%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	180	9,8%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	92	9,9%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	253	9,4%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	142	10,5%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	91	15,7%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	360	25,0%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	46	12,8%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	60	16,7%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	19	31,7%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	30	8,3%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	10	33,3%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	7	0,49%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	42	33,9%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	5	0,71%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	18	6,08%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	21	84,0%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	8	1,13%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	17	0,62%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	70,2%	-	66,4%

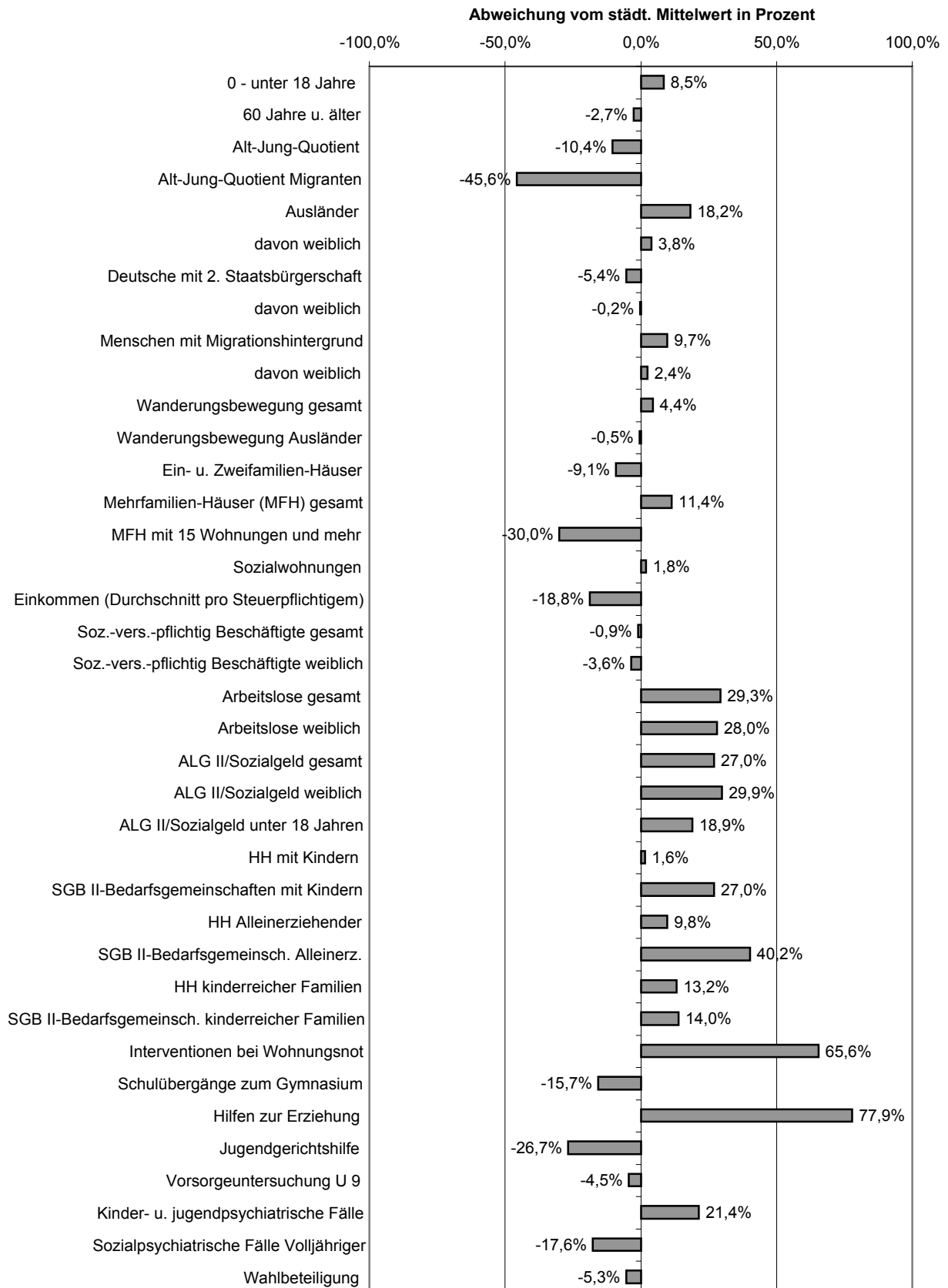
17 Hordel



Ortsteil Hofstede

Statistischer Bezirk/Ortsteil	18/Hofstede		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	3,17	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	3.255	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	10.317	-	102.004	375.563
davon weiblich	5.394	52,3%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.712	16,6%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	2.647	25,7%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	155	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	31	-	53	57
Ausländer	1.074	10,4%	11,6%	8,8%
davon weiblich	552	51,4%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	551	5,3%	5,5%	5,6%
davon weiblich	272	49,4%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.625	15,8%	17,1%	14,4%
davon weiblich	824	50,7%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.963	19,0%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	451	42,0%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.470	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	730	49,7%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	730	49,7%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	1,4%	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	5.380	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	605	11,2%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	23.700	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.982	43,6%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.298	37,8%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	852	15,0%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	391	13,7%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.415	17,4%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	730	17,8%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	442	25,8%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	1.000	19,6%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	254	25,4%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	270	27,0%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	145	53,7%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	120	12,0%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	44	36,7%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	51	1,01%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	75	33,8%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	35	1,69%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	29	3,37%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	56	78,9%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	21	1,02%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	48	0,56%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	62,9%	-	66,4%

18 Hofstede



Erläuterungen zum Ortsteil Hofstede

In Hofstede liegen die Zahlen der Interventionen bei Wohnungsnot und bei den Hilfen zur Erziehung besonders hoch. Auffällig ist die hohe Zahl Alleinerziehender im SGB II-Bezug.

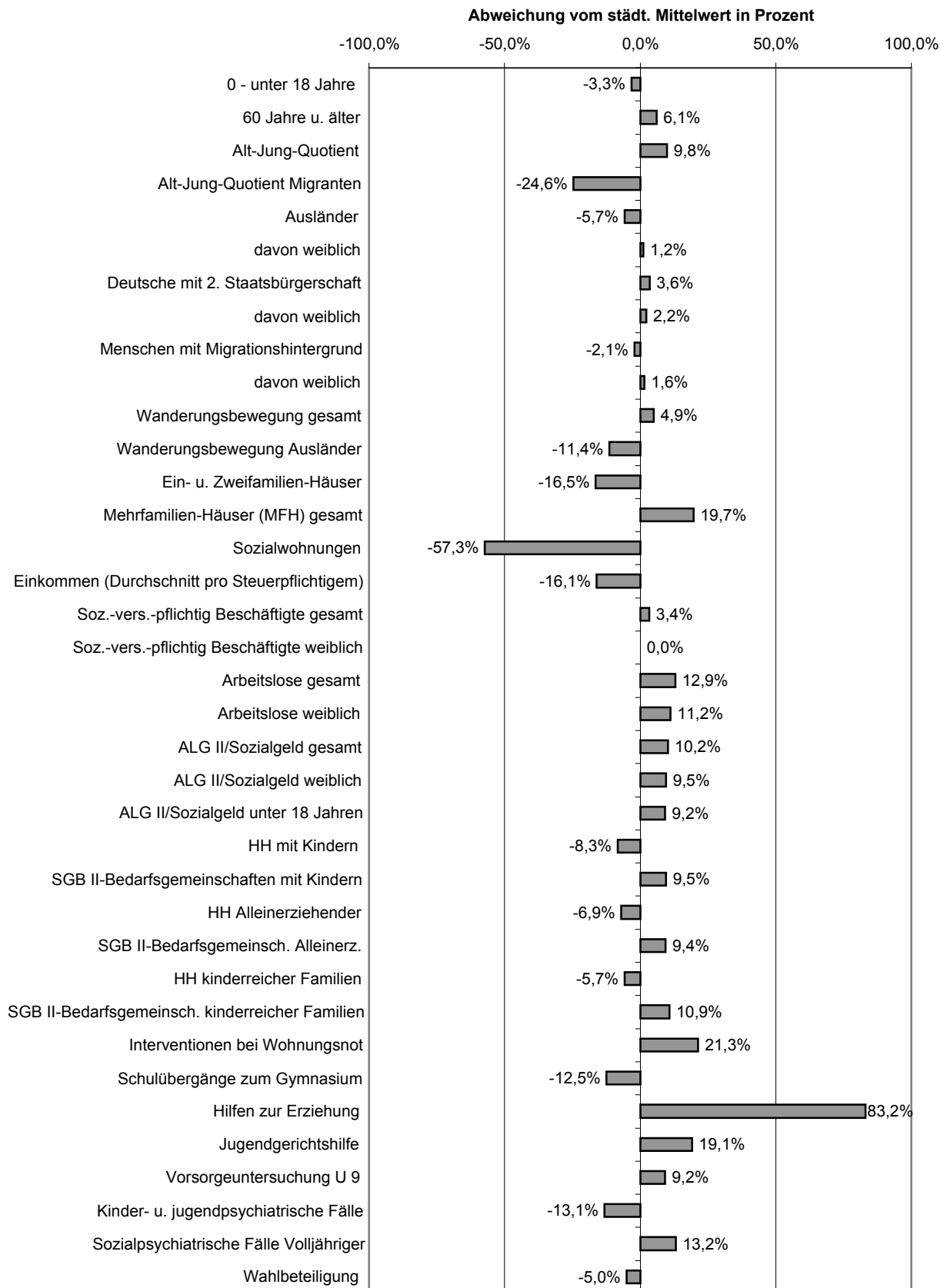
“Bedingt durch die Lage - zwischen Hamme und Riemke - gibt es in Hofstede keine ausgeprägte eigene Infrastruktur. Allerdings sind die Infrastrukturangebote, aber auch die Freizeitangebote dieser beiden Ortsteile für die “Hofsteder” gut zu erreichen. Es gibt Straßenzüge, wie die Herner Straße, die Hofsteder Straße und die Poststraße, in denen vermehrt soziale Probleme kumulieren. Hofstede verfügt über eine gute Versorgung mit seniorenrechtlichem Wohnraum.”

Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im “Sozialatlas für Bochum” im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Ortsteil Riemke

Statistischer Bezirk/Ortsteil	19/Riemke		Stadtbezirk I	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	3,76	-	32,6	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.031	-	3.129	2.583
Gesamtbevölkerung	7.635	-	102.004	375.563
davon weiblich	3.932	51,5%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.127	14,8%	14,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	2.138	28,0%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	190	-	180	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	43	-	53	57
Ausländer	637	8,3%	11,6%	8,8%
davon weiblich	319	50,1%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	443	5,8%	5,5%	5,6%
davon weiblich	224	50,6%	49,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.080	14,1%	17,1%	14,4%
davon weiblich	543	50,3%	49,8%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.461	19,1%	22,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	238	37,4%	40,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.160	-	13.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	530	45,7%	40,9%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	620	53,4%	58,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	-	-	1,3%	2,0%
Wohnungen gesamt	4.240	-	56.160	194.300
Sozialwohnungen	198	4,7%	7,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	24.500	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.294	45,5%	43,5%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	982	39,2%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	551	13,1%	13,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	248	11,9%	11,7%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	889	15,1%	15,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	429	15,0%	15,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	267	23,7%	24,4%	21,7%
HH mit Kindern	700	17,7%	16,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	153	21,9%	23,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	160	22,9%	27,0%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	67	41,9%	40,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	70	10,0%	11,8%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	25	35,7%	32,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	29	0,74%	0,77%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	334	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	2.479	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	1.071	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	91	35,1%	35,5%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	24	1,74%	1,13%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	28	5,48%	4,48%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	55	90,2%	81,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	10	0,73%	1,00%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	50	0,77%	0,76%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	63,1%	-	66,4%

19 Riemke

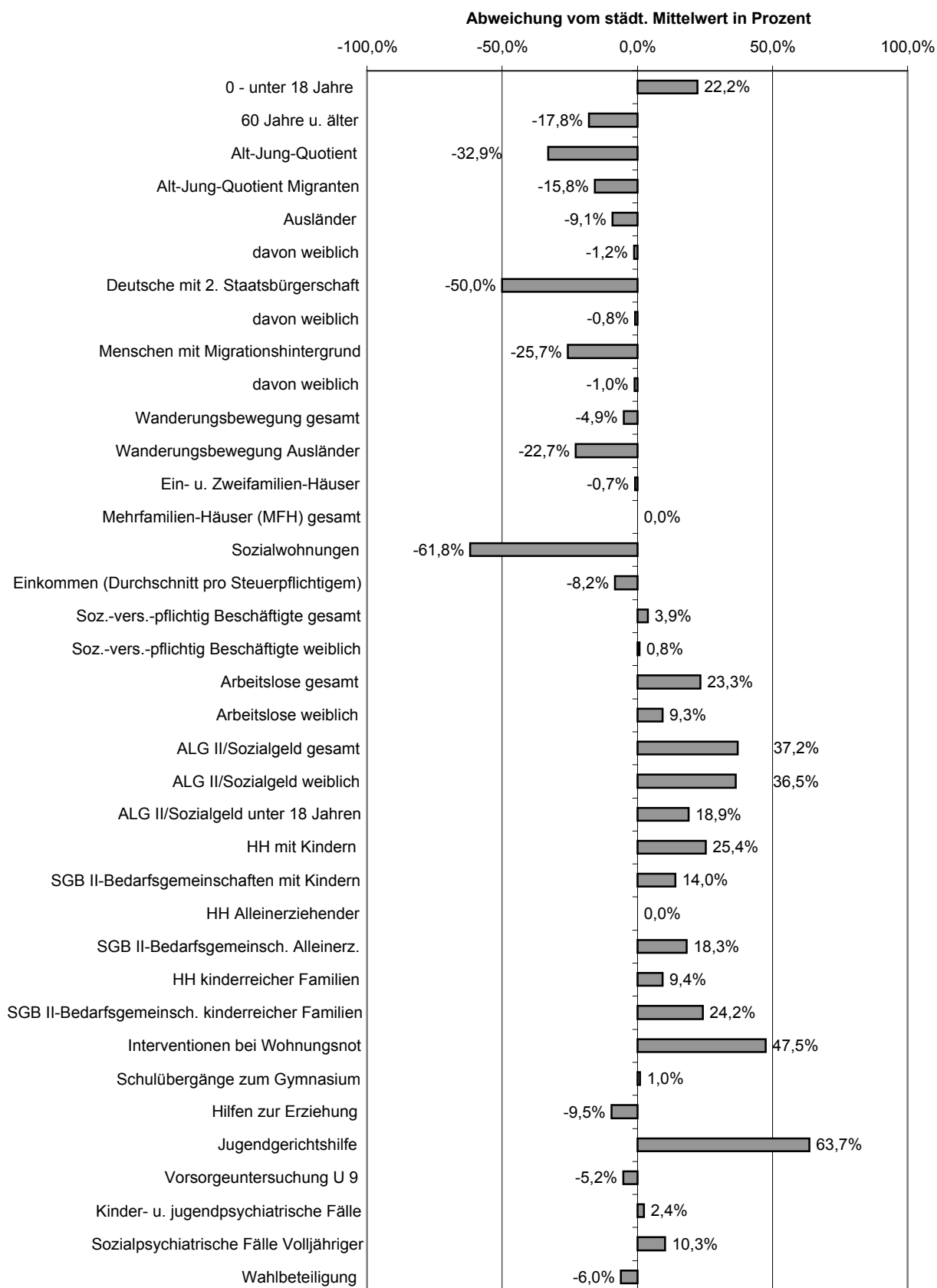


Stadtbezirk II

Ortsteil Günnigfeld

Statistischer Bezirk/Ortsteil	24/Günnigfeld		Stadtbezirk II	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	1,63	-	23,87	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	3.545	-	3.114	2.583
Gesamtbevölkerung	5.779	-	74.326	375.563
davon weiblich	3.002	51,9%	52,0%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.083	18,7%	16,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	1.255	21,7%	26,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	116	-	166	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	48	-	48	57
Ausländer	460	8,0%	7,3%	8,8%
davon weiblich	225	48,9%	50,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	161	2,8%	5,0%	5,6%
davon weiblich	79	49,1%	49,7%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	621	10,7%	12,4%	14,4%
davon weiblich	304	49,0%	50,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	999	17,3%	16,1%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	150	32,6%	35,1%	42,2%
Wohngebäude gesamt	920	-	10.950	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	500	54,3%	53,1%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	410	44,6%	46,8%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	-	-	2,7%	2,0%
Wohnungen gesamt	3.280	-	40.140	194.300
Sozialwohnungen	139	4,2%	10,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	26.800	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	1.796	45,7%	44,9%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	770	39,5%	39,1%	39,2%
Arbeitslose gesamt	476	14,3%	12,7%	11,6%
Arbeitslose weiblich	192	11,7%	11,8%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	900	18,8%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	450	18,7%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	279	25,8%	23,8%	21,7%
HH mit Kindern	690	24,2%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	157	22,8%	22,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	170	24,6%	25,8%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	77	45,3%	41,6%	38,3%
HH kinderreicher Familien	80	11,6%	9,9%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	32	40,0%	37,6%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	26	0,90%	0,58%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	132	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.985	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	672	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	70	40,5%	35,8%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	11	0,86%	1,18%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	33	7,53%	5,51%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	36	78,3%	78,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	11	0,86%	0,84%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	35	0,75%	0,70%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	62,4%	-	66,4%

24 Günnigfeld



Erläuterungen zum Ortsteil Günnigfeld

Im Ortsteil Günnigfeld liegt der Anteil der SGB II-Bezieher über dem städtischen Durchschnitt. Darüber hinaus finden sich verhältnismäßig hohe Zahlen bei den Interventionen bei Wohnungsnot und bei der Jugendgerichtshilfe.

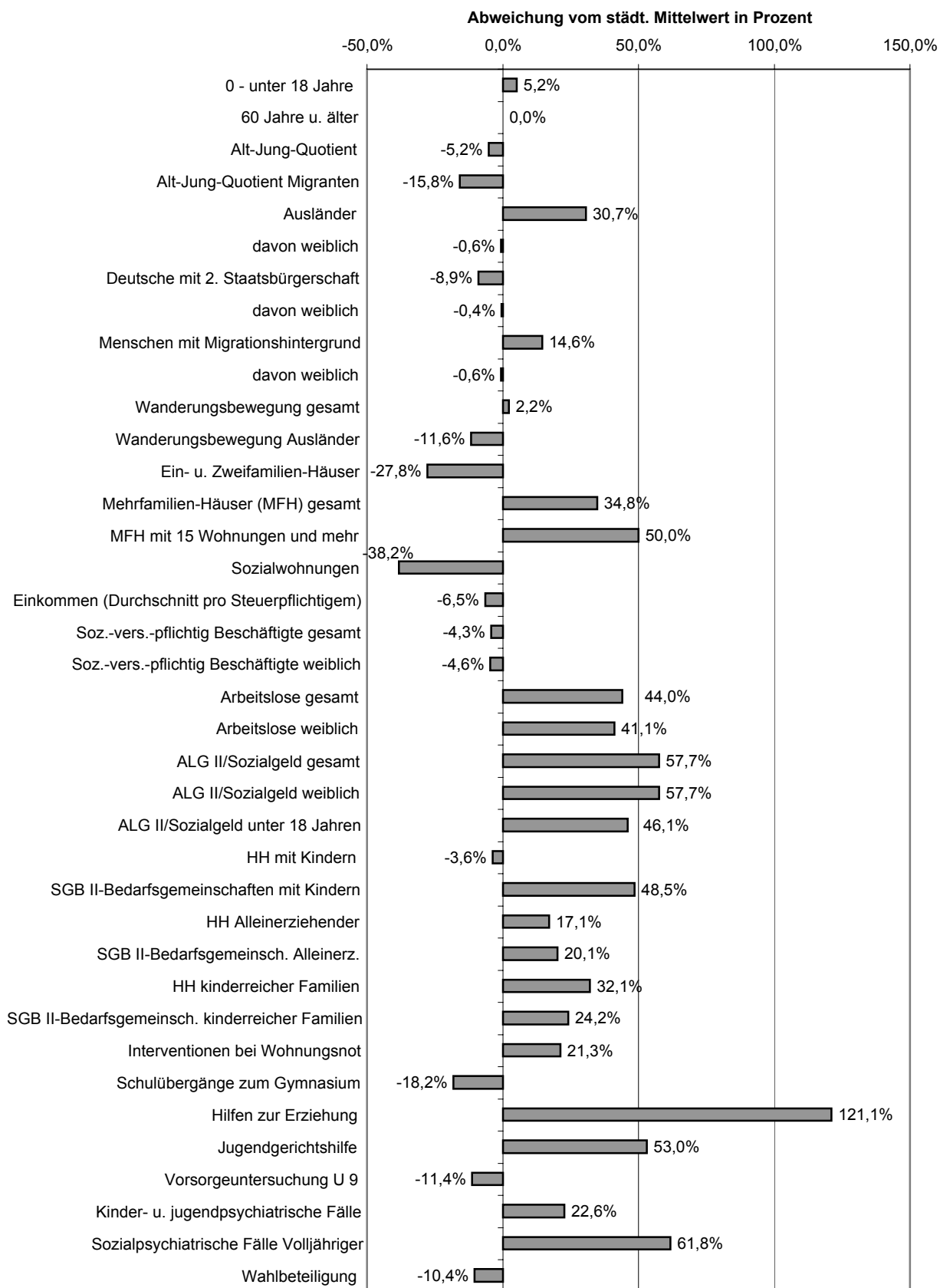
“Die Einwohner identifizieren sich stark mit ihrem Ortsteil. Viele Umzüge finden innerhalb des Ortsteils statt. Festzustellen ist aber auch, dass viele Wohnungen leer stehen und ein verstärkter Zuzug ärmerer Bevölkerungsschichten zu verzeichnen ist. Der Ortsteil verfügt über eine gute Infrastruktur. Die Zahl der Hilfen zur Erziehung steigt, insbesondere bedingt durch die Zuzüge sozial benachteiligter Familien aus Bochum wie auch aus dem ganzen Bundesgebiet. Die Angebote für Kinder und Jugendliche in diesem Ortsteil sind unzureichend. Durch die ortsansässige NPD-Zentrale haftet dem Ortsteil teilweise ein negatives Image an.”

Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im “Sozialatlas für Bochum” im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Ortsteil Wattenscheid-Mitte

Statistischer Bezirk/Ortsteil	25/Wattenscheid-Mitte		Stadtbezirk II		Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert	
Fläche [km²]	4,47	-	23,87	145,4	
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	4.956	-	3.114	2.583	
Gesamtbevölkerung	22.153	-	74.326	375.563	
davon weiblich	11.456	51,7%	52,0%	51,8%	
0 - unter 18 Jahre	3.560	16,1%	16,2%	15,3%	
60 Jahre u. älter	5.849	26,4%	26,9%	26,4%	
Alt-Jung-Quotient	164	-	166	173	
Alt-Jung-Quotient Migranten	48	-	48	57	
Ausländer	2.539	11,5%	7,3%	8,8%	
davon weiblich	1.250	49,2%	50,8%	49,5%	
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	1.120	5,1%	5,0%	5,6%	
davon weiblich	552	49,3%	49,7%	49,5%	
Menschen mit Migrationshintergrund	3.659	16,5%	12,4%	14,4%	
davon weiblich	1.802	49,2%	50,4%	49,5%	
Wanderungsbewegung gesamt	4.123	18,6%	16,1%	18,2%	
Wanderungsbewegung Ausländer	948	37,3%	35,1%	42,2%	
Wohngebäude gesamt	2.810	-	10.950	56.300	
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.110	39,5%	53,1%	54,7%	
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.690	60,1%	46,8%	44,6%	
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	50	3,0%	2,7%	2,0%	
Wohnungen gesamt	12.700	-	40.140	194.300	
Sozialwohnungen	864	6,8%	10,1%	11,0%	
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	27.300	-	-	29.200 €	
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	6.165	42,1%	44,9%	44,0%	
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	2.708	37,4%	39,1%	39,2%	
Arbeitslose gesamt	2.043	16,7%	12,7%	11,6%	
Arbeitslose weiblich	905	15,1%	11,8%	10,7%	
ALG II/Sozialgeld gesamt	3.775	21,6%	15,6%	13,7%	
ALG II/Sozialgeld weiblich	1.852	21,6%	15,6%	13,7%	
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	1.128	31,7%	23,8%	21,7%	
HH mit Kindern	2.150	18,6%	20,4%	19,3%	
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	639	29,7%	22,0%	20,0%	
HH Alleinerziehender	620	28,8%	25,8%	24,6%	
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	285	46,0%	41,6%	38,3%	
HH kinderreicher Familien	300	14,0%	9,9%	10,6%	
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	120	40,0%	37,6%	32,2%	
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)	
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)	
Interventionen bei Wohnungsnot	85	0,74%	0,58%	0,61%	
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	132	1.202	
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.985	9.237	
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	672	3.584	
Schulübergänge zum Gymnasium	177	32,8%	35,8%	40,1%	
Hilfen zur Erziehung	90	2,10%	1,18%	0,95%	
Jugendgerichtshilfe	111	7,04%	5,51%	4,60%	
Vorsorgeuntersuchung U 9	115	73,2%	78,0%	82,6%	
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	44	1,03%	0,84%	0,84%	
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	205	1,10%	0,70%	0,68%	
Wahlbeteiligung	-	59,5%	-	66,4%	

25 Wattenscheid-Mitte



Erläuterungen zum Ortsteil Wattenscheid-Mitte

In Wattenscheid-Mitte leben überdurchschnittlich viele Migranten. In dem Ortsteil kumulieren Risikomerkmale, wie hohe Arbeitslosigkeit und hohe SGB II-Quoten. Betroffen davon sind verhältnismäßig viele Haushalte mit Kindern. Des Weiteren finden sich hier überdurchschnittlich viele sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger sowie überdurchschnittlich viele Fälle der Jugendgerichtshilfe und der Hilfen zur Erziehung.

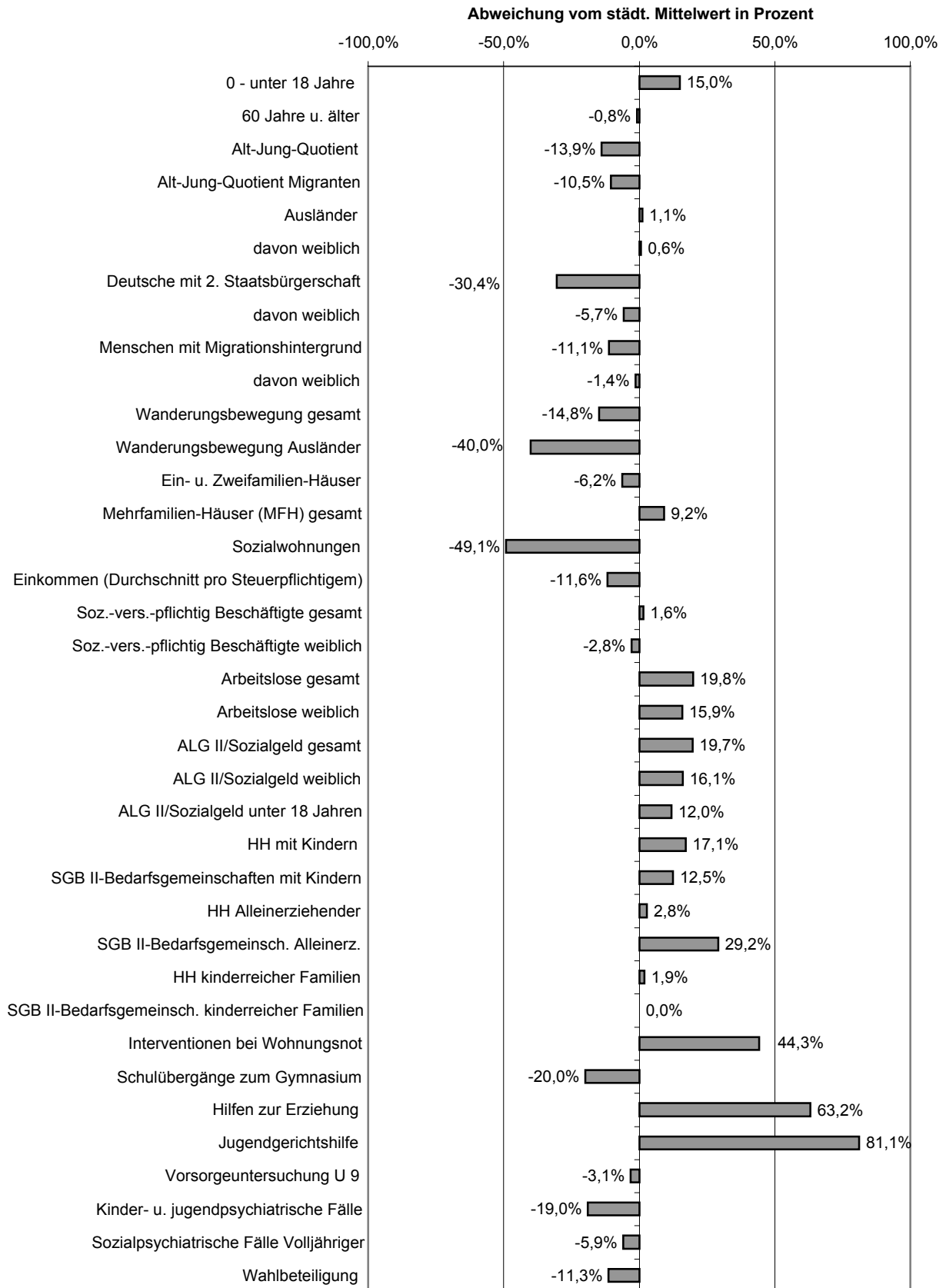
“Wattenscheid-Mitte ist gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Im Umfeld des Wattenscheider Rathauses befindet sich eine gut ausgebaute Infrastruktur. Es gibt ein reges “Straßenleben” an Verkehrsknotenpunkten und auf öffentlichen Plätzen. Aus der Sozialraumkonferenz heraus entwickeln sich viele Aktivitäten und Projekte, die dazu dienen, die Menschen in problematischen Lebenssituationen adäquat zu unterstützen und fördern. Aufgrund des billigen und z.T. großen Wohnraums leben viele kinderreiche Familien mit geringem Einkommen in diesem Ortsteil. Obwohl sich Wattenscheid-Mitte als “lebendiger/lebenswerter” Ortsteil darstellt, nehmen die sozialen Probleme zu, wie z.B. der Anstieg der Kriminalität, zunehmende Familienarmut, die Zunahme psychischer Erkrankungen und die Zunahme der Hilfen zur Erziehung.”

Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im “Sozialatlas für Bochum” im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Ortsteil Leithe

Statistischer Bezirk/Ortsteil	26/Leithe		Stadtbezirk II	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km ²]	2,78	-	23,87	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km ²)	2.748	-	3.114	2.583
Gesamtbevölkerung	7.639	-	74.326	375.563
davon weiblich	3.939	51,6%	52,0%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.343	17,6%	16,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	2.005	26,2%	26,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	149	-	166	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	51	-	48	57
Ausländer	679	8,9%	7,3%	8,8%
davon weiblich	338	49,8%	50,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	300	3,9%	5,0%	5,6%
davon weiblich	140	46,7%	49,7%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	979	12,8%	12,4%	14,4%
davon weiblich	478	48,8%	50,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.182	15,5%	16,1%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	172	25,3%	35,1%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.150	-	10.950	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	590	51,3%	53,1%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	560	48,7%	46,8%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	-	-	2,7%	2,0%
Wohnungen gesamt	4.230	-	40.140	194.300
Sozialwohnungen	237	5,6%	10,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	25.800	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.227	44,7%	44,9%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	943	38,1%	39,1%	39,2%
Arbeitslose gesamt	572	13,9%	12,7%	11,6%
Arbeitslose weiblich	250	12,4%	11,8%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	985	16,4%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	470	15,9%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	327	24,3%	23,8%	21,7%
HH mit Kindern	830	22,6%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	187	22,5%	22,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	210	25,3%	25,8%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	104	49,5%	41,6%	38,3%
HH kinderreicher Familien	90	10,8%	9,9%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	29	32,2%	37,6%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	33	0,88%	0,58%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	132	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.985	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	672	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	77	32,1%	35,8%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	25	1,55%	1,18%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	48	8,33%	5,51%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	52	80,0%	78,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	11	0,68%	0,84%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	40	0,64%	0,70%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	58,9%	-	66,4%

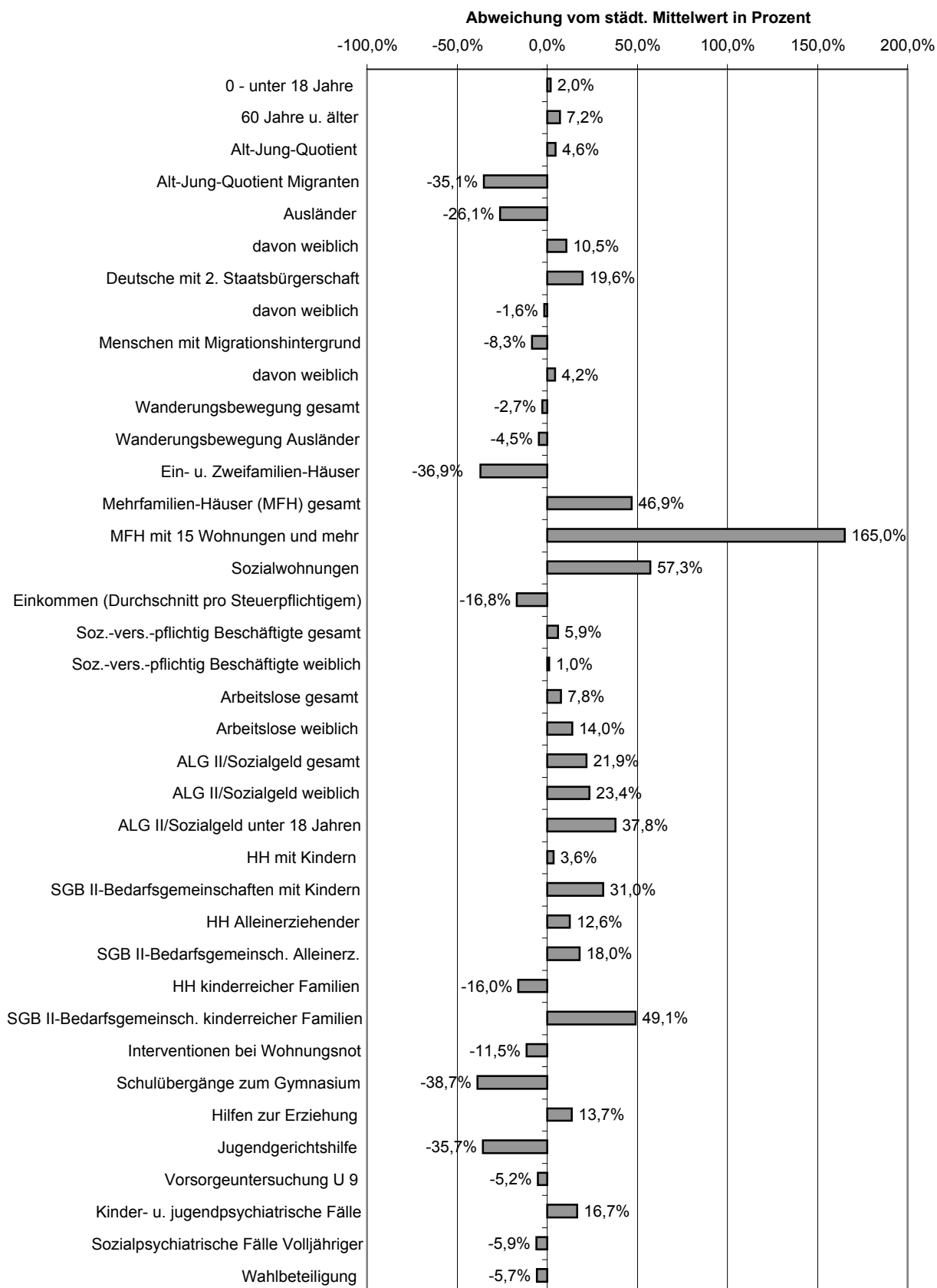
26 Leithe



Ortsteil Westenfeld

Statistischer Bezirk/Ortsteil	27/Westenfeld		Stadtbezirk II	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	3,76	-	23,87	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.895	-	3.114	2.583
Gesamtbevölkerung	10.886	-	74.326	375.563
davon weiblich	5.722	52,6%	52,0%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.701	15,6%	16,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.082	28,3%	26,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	181	-	166	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	37	-	48	57
Ausländer	708	6,5%	7,3%	8,8%
davon weiblich	387	54,7%	50,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	725	6,7%	5,0%	5,6%
davon weiblich	353	48,7%	49,7%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.433	13,2%	12,4%	14,4%
davon weiblich	740	51,6%	50,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.922	17,7%	16,1%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	285	40,3%	35,1%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.160	-	10.950	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	400	34,5%	53,1%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	760	65,5%	46,8%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	40	5,3%	2,7%	2,0%
Wohnungen gesamt	5.830	-	40.140	194.300
Sozialwohnungen	1.011	17,3%	10,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	24.300	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	3.343	46,6%	44,9%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.472	39,6%	39,1%	39,2%
Arbeitslose gesamt	731	12,5%	12,7%	11,6%
Arbeitslose weiblich	369	12,2%	11,8%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.405	16,7%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	727	16,9%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	508	29,9%	23,8%	21,7%
HH mit Kindern	1.120	20,0%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	293	26,2%	22,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	310	27,7%	25,8%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	140	45,2%	41,6%	38,3%
HH kinderreicher Familien	100	8,9%	9,9%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	48	48,0%	37,6%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	30	0,54%	0,58%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	132	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.985	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	672	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	52	24,6%	35,8%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	22	1,08%	1,18%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	23	2,96%	5,51%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	54	78,3%	78,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	20	0,98%	0,84%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	59	0,64%	0,70%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	62,6%	-	66,4%

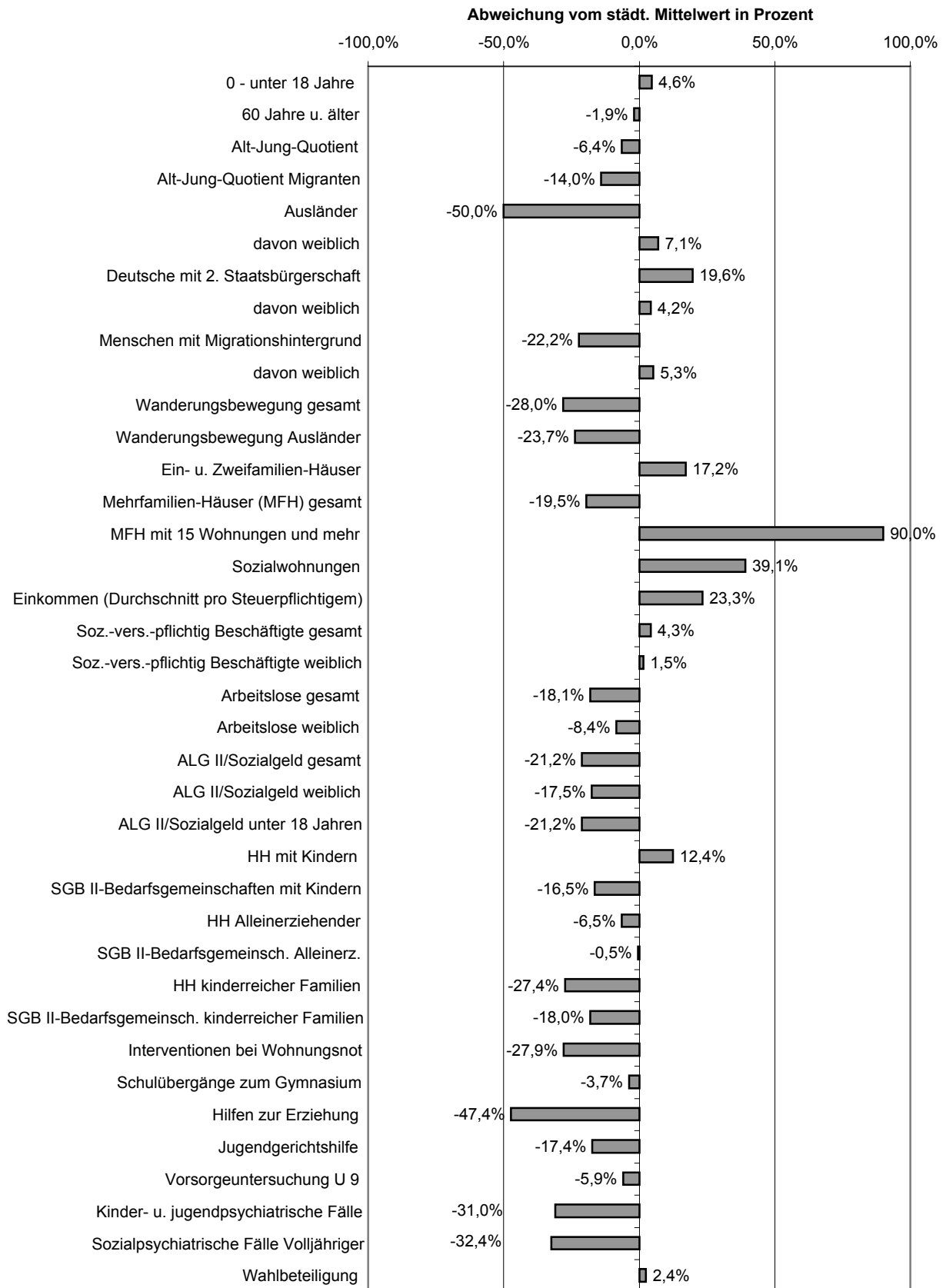
27 Westenfeld



Ortsteil Höntrop

Statistischer Bezirk/Ortsteil	28/Höntrop		Stadtbezirk II	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	8,04	-	23,87	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.238	-	3.114	2.583
Gesamtbevölkerung	17.991	-	74.326	375.563
davon weiblich	9.329	51,9%	52,0%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	2.873	16,0%	16,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	4.665	25,9%	26,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	162	-	166	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	49	-	48	57
Ausländer	798	4,4%	7,3%	8,8%
davon weiblich	423	53,0%	50,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	1.210	6,7%	5,0%	5,6%
davon weiblich	624	51,6%	49,7%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	2.008	11,2%	12,4%	14,4%
davon weiblich	1.047	52,1%	50,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	2.358	13,1%	16,1%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	257	32,2%	35,1%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.900	-	10.950	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.860	64,1%	53,1%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.040	35,9%	46,8%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	40	3,8%	2,7%	2,0%
Wohnungen gesamt	8.780	-	40.140	194.300
Sozialwohnungen	1.347	15,3%	10,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	36.000	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	5.619	45,9%	44,9%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	2.463	39,8%	39,1%	39,2%
Arbeitslose gesamt	955	9,5%	12,7%	11,6%
Arbeitslose weiblich	501	9,8%	11,8%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.554	10,8%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	815	11,3%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	492	17,1%	23,8%	21,7%
HH mit Kindern	1.830	21,7%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	306	16,7%	22,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	420	23,0%	25,8%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	160	38,1%	41,6%	38,3%
HH kinderreicher Familien	140	7,7%	9,9%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	37	26,4%	37,6%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	37	0,44%	0,58%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	132	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.985	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	672	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	187	38,6%	35,8%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	17	0,50%	1,18%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	51	3,80%	5,51%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	94	77,7%	78,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	20	0,58%	0,84%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	70	0,46%	0,70%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	68,0%	-	66,4%

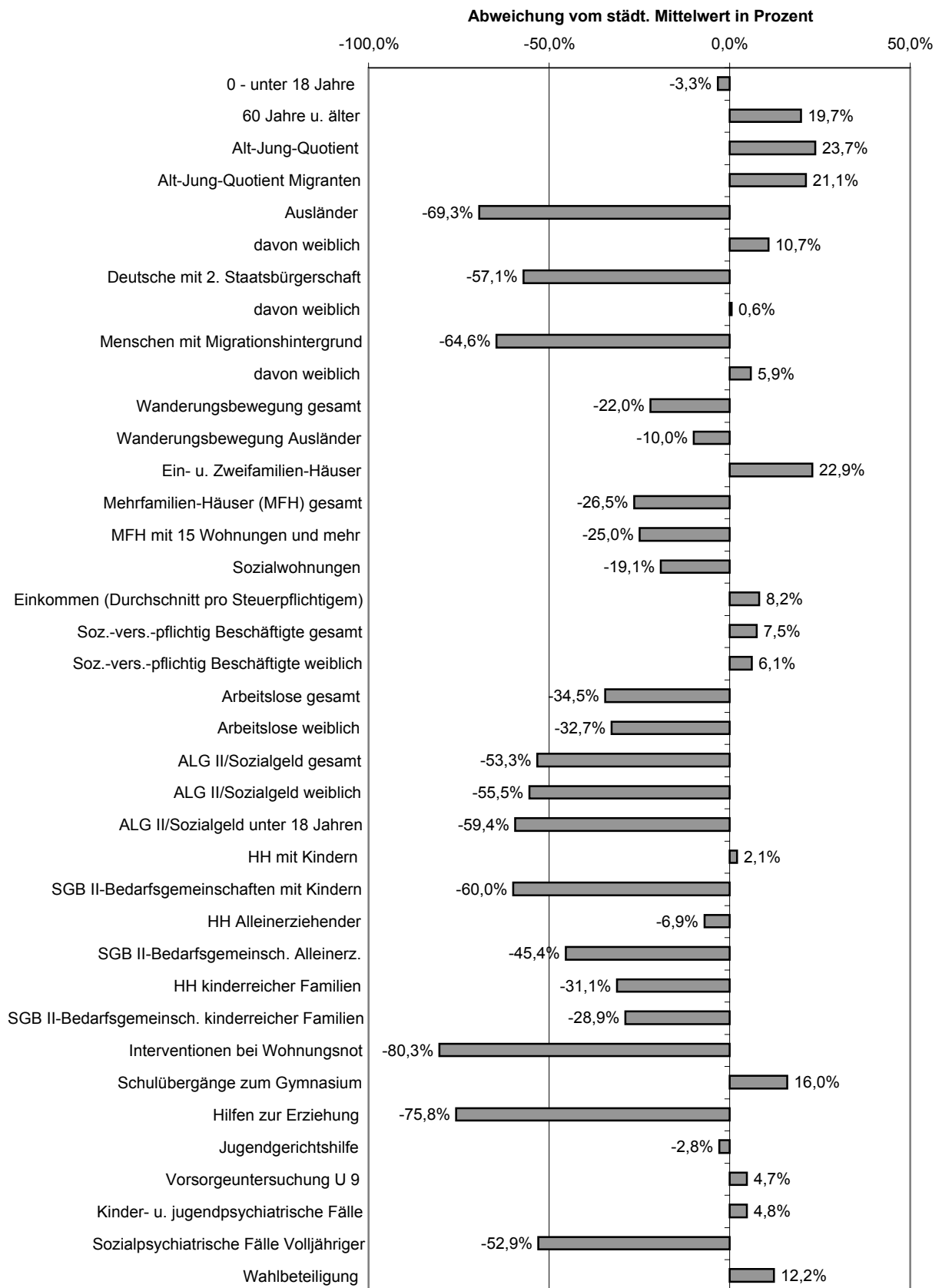
28 Höntrop



Ortsteil Eppendorf

Statistischer Bezirk/Ortsteil	29/Eppendorf		Stadtbezirk II	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	3,19	-	23,87	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	3.097	-	3.114	2.583
Gesamtbevölkerung	9.878	-	74.326	375.563
davon weiblich	5.187	52,5%	52,0%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.460	14,8%	16,2%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.123	31,6%	26,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	214	-	166	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	69	-	48	57
Ausländer	263	2,7%	7,3%	8,8%
davon weiblich	144	54,8%	50,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	237	2,4%	5,0%	5,6%
davon weiblich	118	49,8%	49,7%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	500	5,1%	12,4%	14,4%
davon weiblich	262	52,4%	50,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.399	14,2%	16,1%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	100	38,0%	35,1%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.010	-	10.950	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.350	67,2%	53,1%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	660	32,8%	46,8%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	1,5%	2,7%	2,0%
Wohnungen gesamt	5.310	-	40.140	194.300
Sozialwohnungen	474	8,9%	10,1%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	31.600	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.935	47,3%	44,9%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.311	41,6%	39,1%	39,2%
Arbeitslose gesamt	388	7,6%	12,7%	11,6%
Arbeitslose weiblich	186	7,2%	11,8%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	469	6,4%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	224	6,1%	15,6%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	129	8,8%	23,8%	21,7%
HH mit Kindern	960	19,7%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	77	8,0%	22,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	220	22,9%	25,8%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	46	20,9%	41,6%	38,3%
HH kinderreicher Familien	70	7,3%	9,9%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	16	22,9%	37,6%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	6	0,12%	0,58%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	132	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.985	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	672	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	119	46,5%	35,8%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	4	0,23%	1,18%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	28	4,47%	5,51%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	64	86,5%	78,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	15	0,88%	0,84%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	27	0,32%	0,70%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	74,5%	-	66,4%

29 Eppendorf

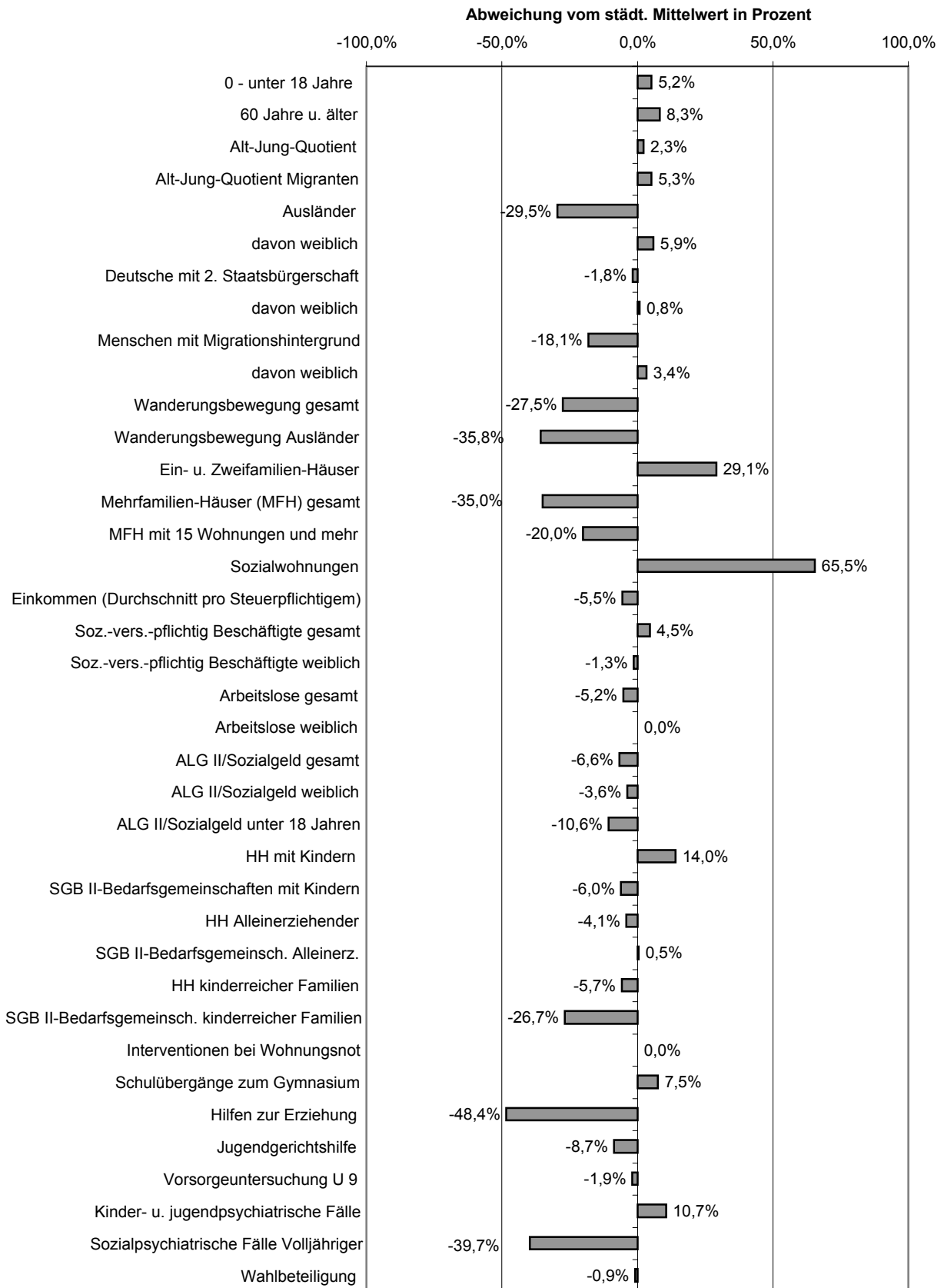


Stadtbezirk III

Ortsteil Bergen/Hiltrop

Statistischer Bezirk/Ortsteil	36/Bergen/Hiltrop		Stadtbezirk III	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	4,89	-	18,86	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.196	-	1.954	2.583
Gesamtbevölkerung	10.738	-	36.856	375.563
davon weiblich	5.556	51,7%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.728	16,1%	15,5%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.067	28,6%	28,8%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	177	-	185	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	60	-	80	57
Ausländer	668	6,2%	6,1%	8,8%
davon weiblich	350	52,4%	47,0%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	595	5,5%	5,7%	5,6%
davon weiblich	297	49,9%	50,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.263	11,8%	11,7%	14,4%
davon weiblich	647	51,2%	48,7%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.422	13,2%	15,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	181	27,1%	43,2%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.140	-	6.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.510	70,6%	64,2%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	620	29,0%	34,9%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	1,6%	1,8%	2,0%
Wohnungen gesamt	5.300	-	18.430	194.300
Sozialwohnungen	964	18,2%	14,6%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	27.600	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	3.148	46,0%	46,2%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.316	38,7%	40,7%	39,2%
Arbeitslose gesamt	624	11,0%	11,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	300	10,7%	10,6%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.054	12,8%	13,3%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	533	13,2%	13,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	336	19,4%	20,6%	21,7%
HH mit Kindern	1.100	22,0%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	207	18,8%	19,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	260	23,6%	24,7%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	100	38,5%	39,0%	38,3%
HH kinderreicher Familien	110	10,0%	9,6%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	26	23,6%	31,7%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	30	0,61%	0,48%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	140	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	790	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	251	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	66	43,1%	40,4%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	10	0,49%	0,97%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	32	4,20%	4,73%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	64	81,0%	85,8%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	19	0,93%	0,78%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	37	0,41%	0,63%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	65,8%	-	66,4%

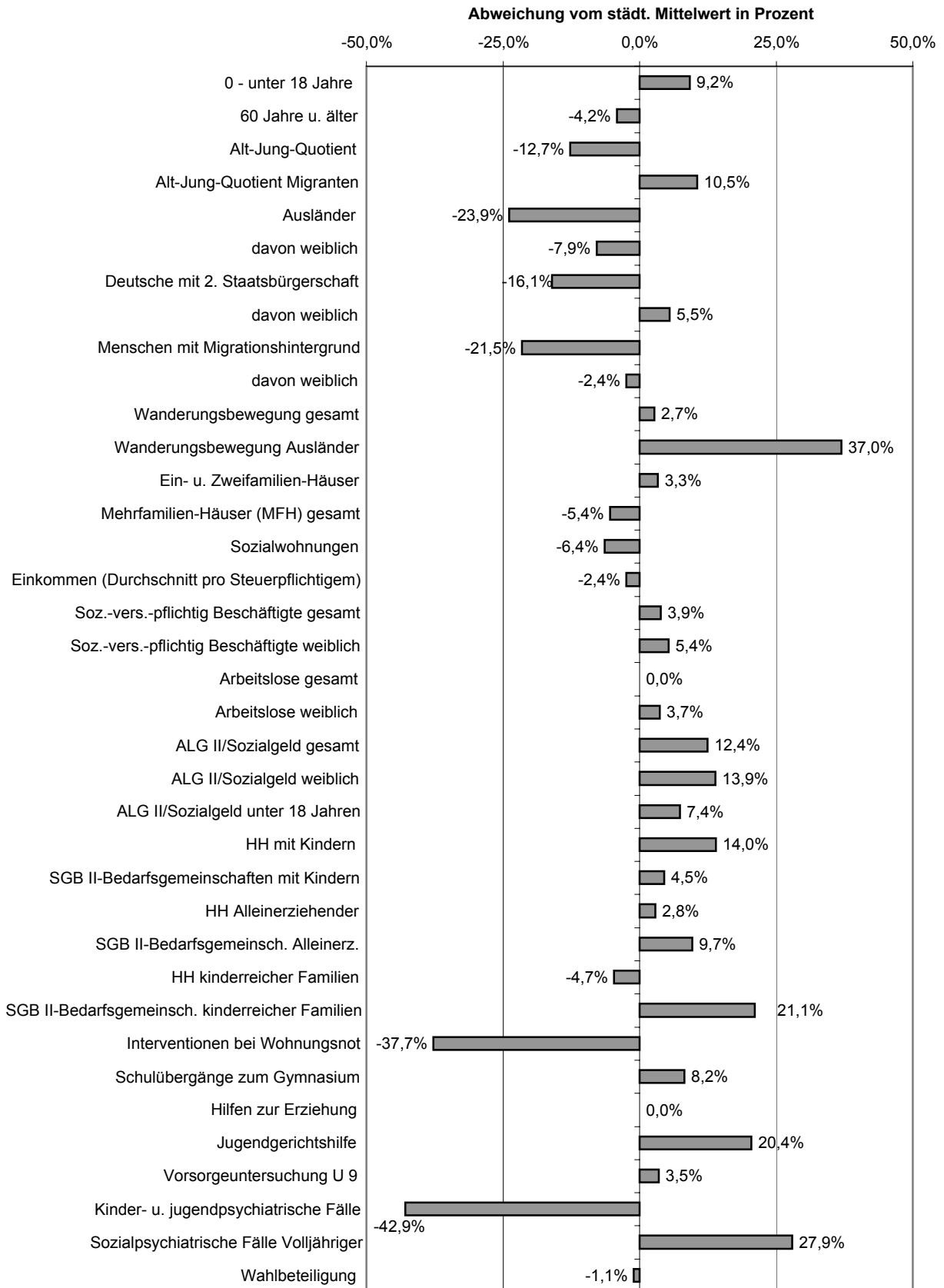
36 Bergen/Hiltrop



Ortsteil Gerthe

Statistischer Bezirk/Ortsteil	37/Gerthe		Stadtbezirk III	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	5,90	-	18,86	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	1.575	-	1.954	2.583
Gesamtbevölkerung	9.292	-	36.856	375.563
davon weiblich	4.798	51,6%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.554	16,7%	15,5%	15,3%
60 Jahre u. älter	2.347	25,3%	28,8%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	151	-	185	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	63	-	80	57
Ausländer	618	6,7%	6,1%	8,8%
davon weiblich	282	45,6%	47,0%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	435	4,7%	5,7%	5,6%
davon weiblich	227	52,2%	50,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.053	11,3%	11,7%	14,4%
davon weiblich	509	48,3%	48,7%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.740	18,7%	15,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	357	57,8%	43,2%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.470	-	6.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	830	56,5%	64,2%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	620	42,2%	34,9%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	-	-	1,8%	2,0%
Wohnungen gesamt	4.540	-	18.430	194.300
Sozialwohnungen	467	10,3%	14,6%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	28.500	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.841	45,7%	46,2%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.283	41,3%	40,7%	39,2%
Arbeitslose gesamt	598	11,6%	11,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	284	11,1%	10,6%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.138	15,4%	13,3%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	575	15,6%	13,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	362	23,3%	20,6%	21,7%
HH mit Kindern	990	22,0%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	207	20,9%	19,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	250	25,3%	24,7%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	105	42,0%	39,0%	38,3%
HH kinderreicher Familien	100	10,1%	9,6%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	39	39,0%	31,7%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	17	0,38%	0,48%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	140	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	790	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	251	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	122	43,4%	40,4%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	18	0,95%	0,97%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	42	5,54%	4,73%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	65	85,5%	85,8%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	9	0,48%	0,78%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	67	0,87%	0,63%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	65,7%	-	66,4%

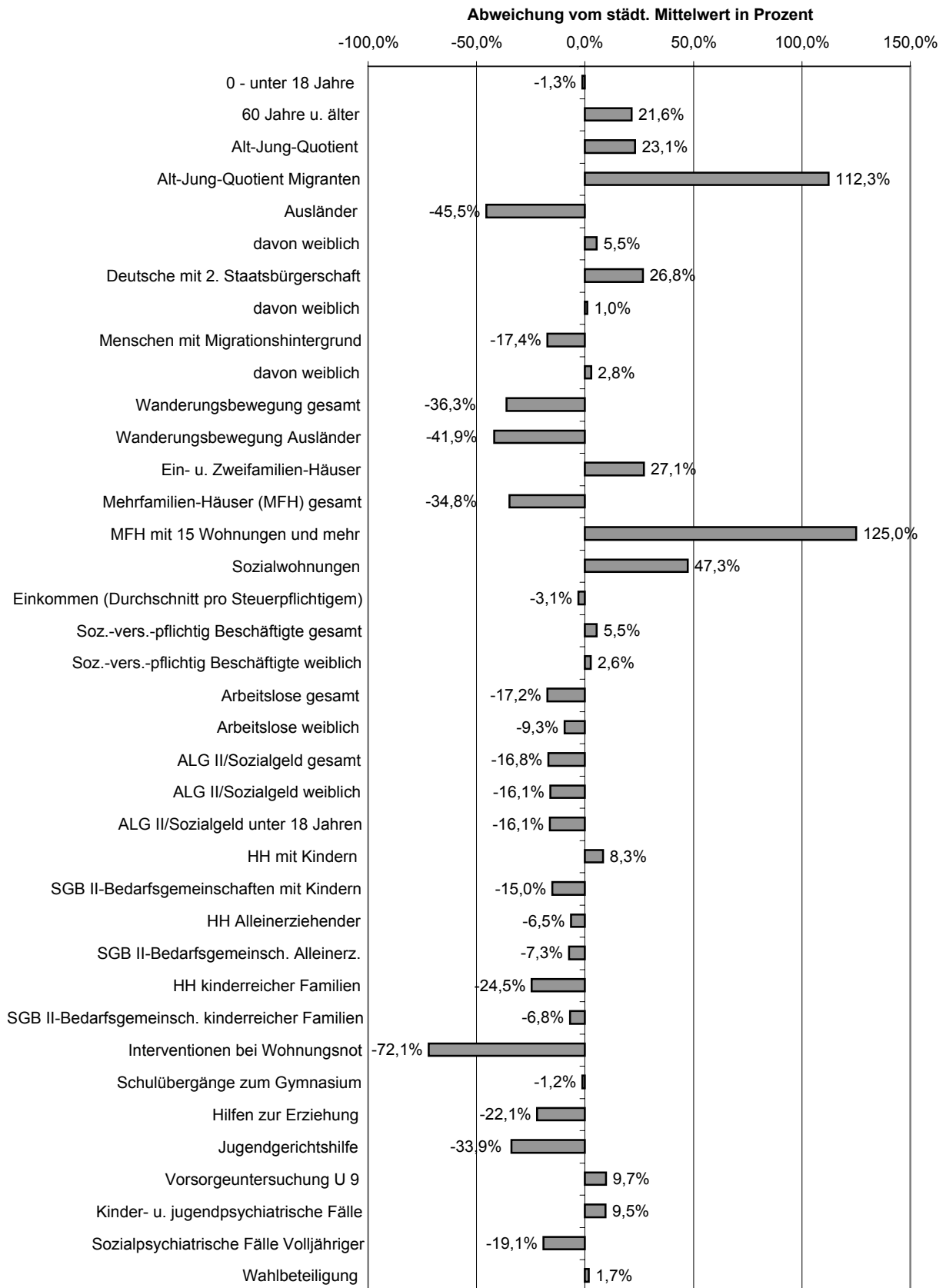
37 Gerthe



Ortsteil Harpen/Rosenberg

Statistischer Bezirk/Ortsteil	38/Harpen/Rosenberg		Stadtbezirk III	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	3,92	-	18,86	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.299	-	1.954	2.583
Gesamtbevölkerung	9.013	-	36.856	375.563
davon weiblich	4.771	52,9%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.359	15,1%	15,5%	15,3%
60 Jahre u. älter	2.889	32,1%	28,8%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	213	-	185	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	121	-	80	57
Ausländer	429	4,8%	6,1%	8,8%
davon weiblich	224	52,2%	47,0%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	642	7,1%	5,7%	5,6%
davon weiblich	321	50,0%	50,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.071	11,9%	11,7%	14,4%
davon weiblich	545	50,9%	48,7%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.050	11,6%	15,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	105	24,5%	43,2%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.510	-	6.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.050	69,5%	64,2%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	440	29,1%	34,9%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	20	4,5%	1,8%	2,0%
Wohnungen gesamt	4.370	-	18.430	194.300
Sozialwohnungen	708	16,2%	14,6%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	28.300	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.650	46,4%	46,2%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.180	40,2%	40,7%	39,2%
Arbeitslose gesamt	439	9,6%	11,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	227	9,7%	10,6%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	766	11,4%	13,3%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	393	11,5%	13,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	247	18,2%	20,6%	21,7%
HH mit Kindern	870	20,9%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	148	17,0%	19,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	200	23,0%	24,7%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	71	35,5%	39,0%	38,3%
HH kinderreicher Familien	70	8,0%	9,6%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	21	30,0%	31,7%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	7	0,17%	0,48%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	140	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	790	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	251	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	108	39,6%	40,4%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	12	0,74%	0,97%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	20	3,04%	4,73%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	58	90,6%	85,8%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	15	0,92%	0,78%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	42	0,55%	0,63%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	67,5%	-	66,4%

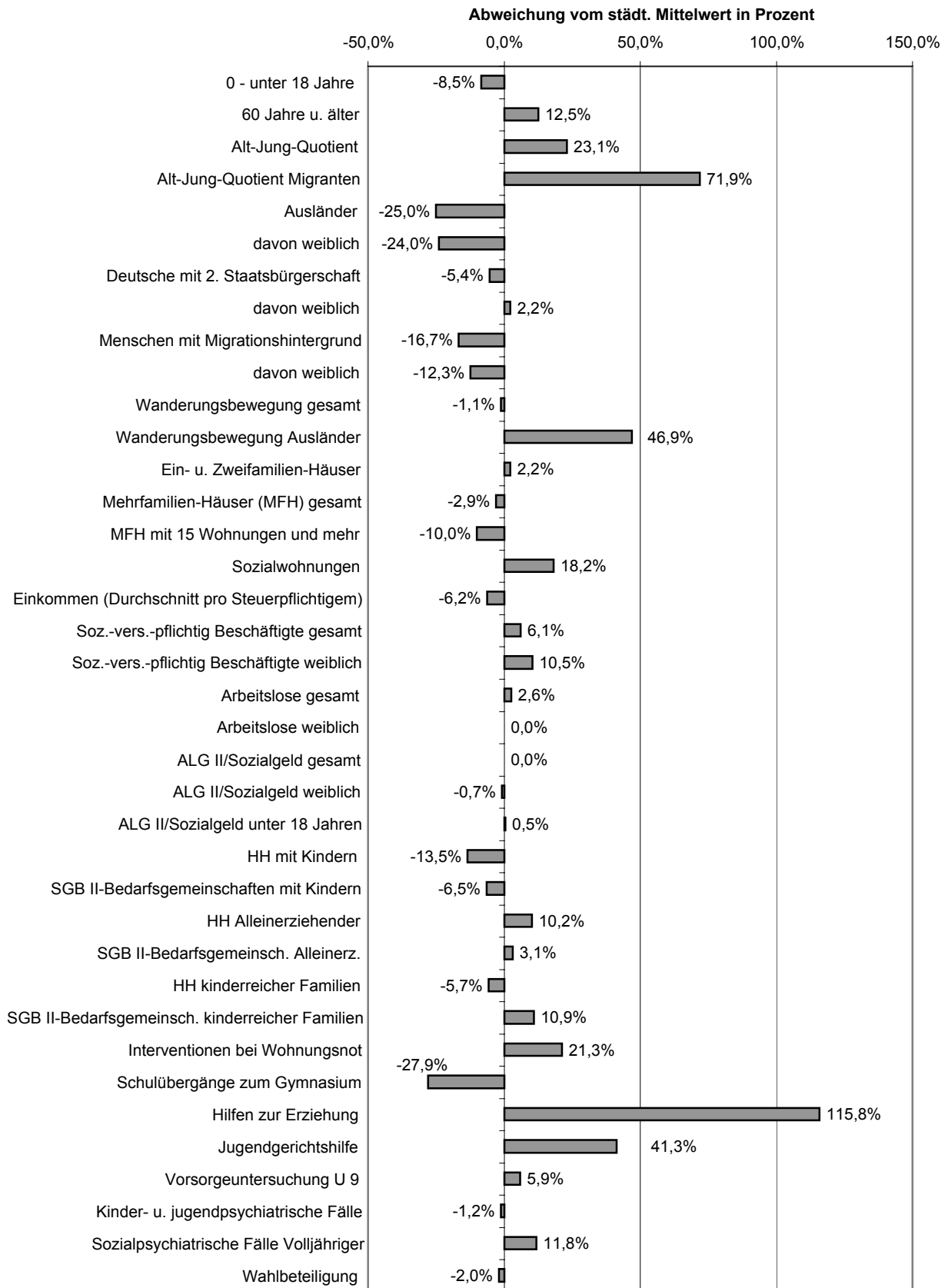
38 Harpen/Rosenberg



Ortsteil Kornharpen/Voede-Abzweig

Statistischer Bezirk/Ortsteil	39/Kornharpen/Voe.-Abz.		Stadtbezirk III	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	4,15	-	18,86	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	1.883	-	1.954	2.583
Gesamtbevölkerung	7.813	-	36.856	375.563
davon weiblich	4.019	51,4%	51,9%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.090	14,0%	15,5%	15,3%
60 Jahre u. älter	2.320	29,7%	28,8%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	213	-	185	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	98	-	80	57
Ausländer	519	6,6%	6,1%	8,8%
davon weiblich	195	37,6%	47,0%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	417	5,3%	5,7%	5,6%
davon weiblich	211	50,6%	50,6%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	936	12,0%	11,7%	14,4%
davon weiblich	406	43,4%	48,7%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.403	18,0%	15,2%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	322	62,0%	43,2%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.270	-	6.390	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	710	55,9%	64,2%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	550	43,3%	34,9%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	1,8%	1,8%	2,0%
Wohnungen gesamt	4.220	-	18.430	194.300
Sozialwohnungen	548	13,0%	14,6%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	27.400	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.376	46,7%	46,2%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.076	43,3%	40,7%	39,2%
Arbeitslose gesamt	509	11,9%	11,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	222	10,7%	10,6%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	807	13,7%	13,3%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	391	13,6%	13,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	238	21,8%	20,6%	21,7%
HH mit Kindern	700	16,7%	20,4%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	131	18,7%	19,0%	20,0%
HH Alleinerziehender	190	27,1%	24,7%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	75	39,5%	39,0%	38,3%
HH kinderreicher Familien	70	10,0%	9,6%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	25	35,7%	31,7%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	31	0,74%	0,48%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	140	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	790	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	251	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	26	28,9%	40,4%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	27	2,05%	0,97%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	33	6,50%	4,73%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	42	87,5%	85,8%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	11	0,83%	0,78%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	51	0,76%	0,63%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	65,1%	-	66,4%

39 Kornharpen/Voede-Abzweig

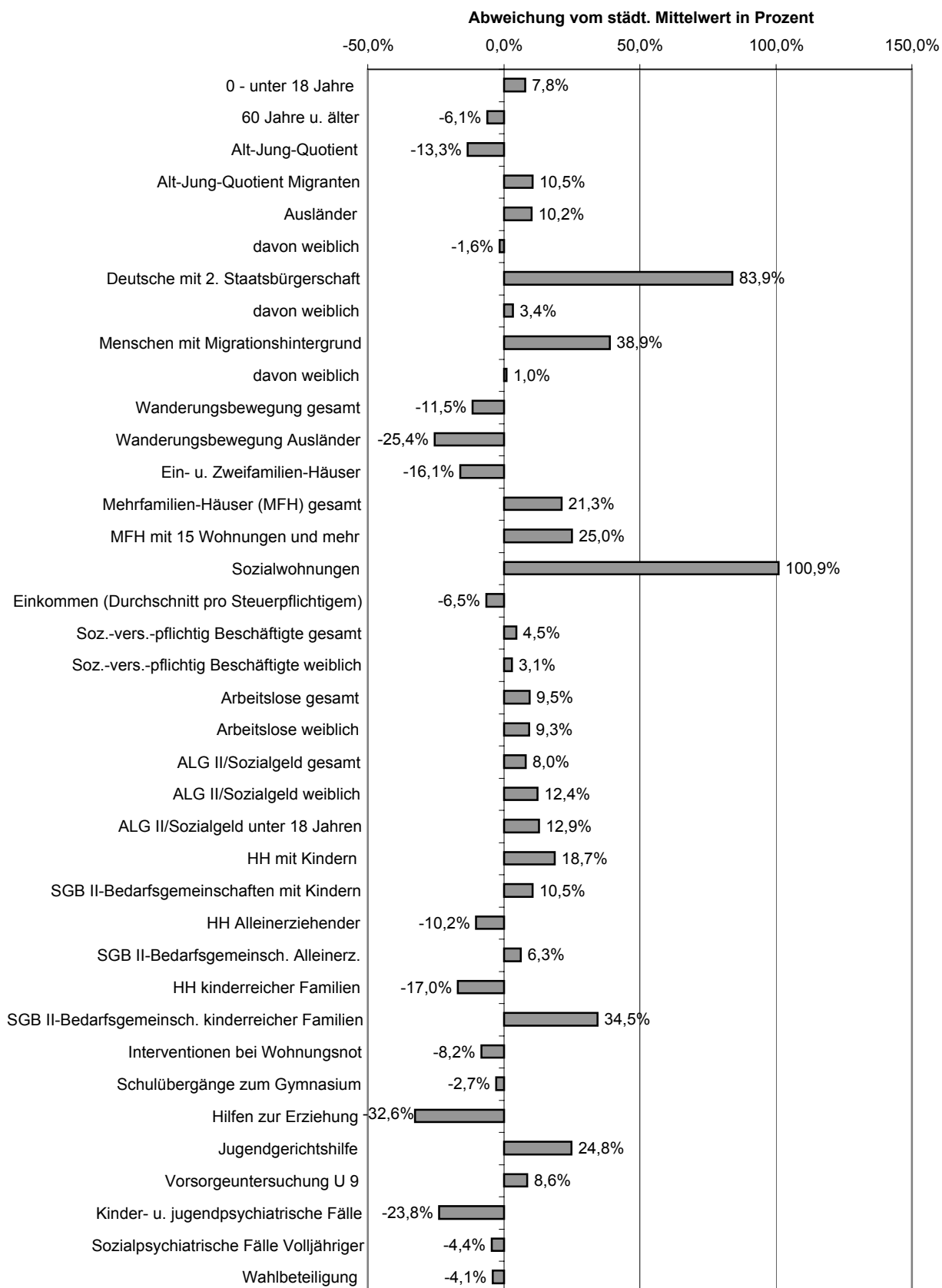


Stadtbezirk IV

Ortsteil Laer

Statistischer Bezirk/Ortsteil	46/Laer		Stadtbezirk IV	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	4,45	-	23,46	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	1.414	-	2.340	2.583
Gesamtbevölkerung	6.294	-	54.903	375.563
davon weiblich	3.233	51,4%	51,6%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.040	16,5%	16,4%	15,3%
60 Jahre u. älter	1.560	24,8%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	150	-	156	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	63	-	68	57
Ausländer	612	9,7%	8,3%	8,8%
davon weiblich	298	48,7%	49,2%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	648	10,3%	7,0%	5,6%
davon weiblich	332	51,2%	49,9%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.260	20,0%	15,3%	14,4%
davon weiblich	630	50,0%	49,5%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.015	16,1%	15,7%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	193	31,5%	31,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	740	-	7.810	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	340	45,9%	50,2%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	400	54,1%	49,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	2,5%	1,6%	2,0%
Wohnungen gesamt	3.050	-	28.260	194.300
Sozialwohnungen	674	22,1%	14,5%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	27.300	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.016	46,0%	44,9%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	896	40,4%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	459	12,7%	12,8%	11,6%
Arbeitslose weiblich	214	11,7%	11,9%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	756	14,8%	14,7%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	390	15,4%	14,7%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	255	24,5%	22,9%	21,7%
HH mit Kindern	680	22,9%	21,3%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	150	22,1%	21,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	150	22,1%	26,3%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	61	40,7%	38,7%	38,3%
HH kinderreicher Familien	60	8,8%	9,6%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	26	43,3%	34,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	17	0,56%	0,55%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	165	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.420	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	499	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	53	39,0%	36,1%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	8	0,64%	0,85%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	29	5,74%	4,89%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	35	89,7%	83,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	8	0,64%	0,85%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	34	0,65%	0,96%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	63,7%	-	66,4%

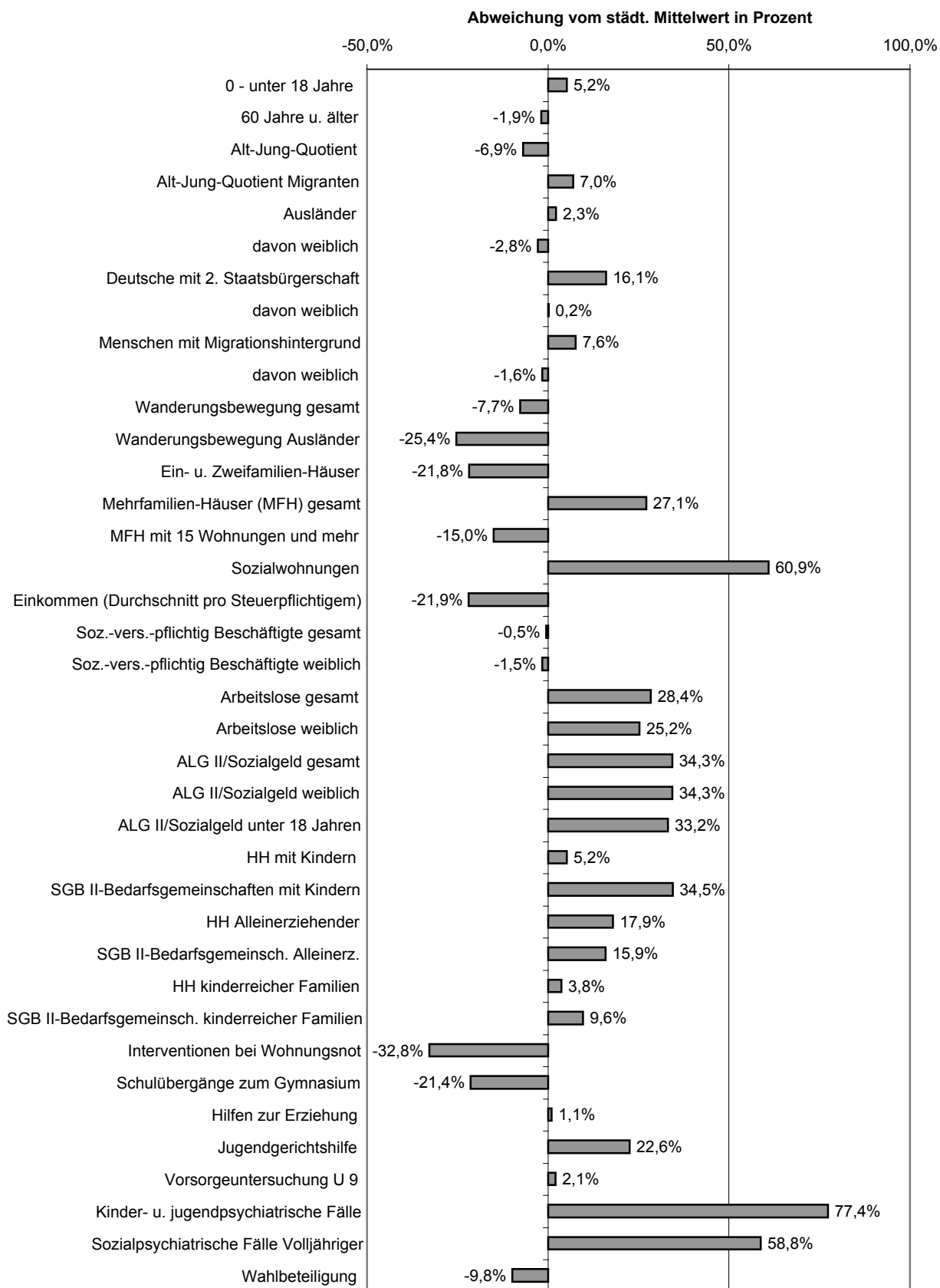
46 Laer



Ortsteil Werne

Statistischer Bezirk/Ortsteil	47/Werne		Stadtbezirk IV		Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert	
Fläche [km²]	4,86	-	23,46	145,4	
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	3.169	-	2.340	2.583	
Gesamtbevölkerung	15.400	-	54.903	375.563	
davon weiblich	7.881	51,2%	51,6%	51,8%	
0 - unter 18 Jahre	2.478	16,1%	16,4%	15,3%	
60 Jahre u. älter	3.981	25,9%	25,6%	26,4%	
Alt-Jung-Quotient	161	-	156	173	
Alt-Jung-Quotient Migranten	61	-	68	57	
Ausländer	1.386	9,0%	8,3%	8,8%	
davon weiblich	666	48,1%	49,2%	49,5%	
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	999	6,5%	7,0%	5,6%	
davon weiblich	496	49,6%	49,9%	49,5%	
Menschen mit Migrationshintergrund	2.385	15,5%	15,3%	14,4%	
davon weiblich	1.162	48,7%	49,5%	49,5%	
Wanderungsbewegung gesamt	2.584	16,8%	15,7%	18,2%	
Wanderungsbewegung Ausländer	436	31,5%	31,9%	42,2%	
Wohngebäude gesamt	2.080	-	7.810	56.300	
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	890	42,8%	50,2%	54,7%	
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.180	56,7%	49,3%	44,6%	
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	20	1,7%	1,6%	2,0%	
Wohnungen gesamt	8.170	-	28.260	194.300	
Sozialwohnungen	1.450	17,7%	14,5%	11,0%	
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	22.800	-	-	29.200 €	
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	4.533	43,8%	44,9%	44,0%	
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.969	38,6%	39,4%	39,2%	
Arbeitslose gesamt	1.270	14,9%	12,8%	11,6%	
Arbeitslose weiblich	564	13,4%	11,9%	10,7%	
ALG II/Sozialgeld gesamt	2.244	18,4%	14,7%	13,7%	
ALG II/Sozialgeld weiblich	1.101	18,4%	14,7%	13,7%	
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	716	28,9%	22,9%	21,7%	
HH mit Kindern	1.550	20,3%	21,3%	19,3%	
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	417	26,9%	21,3%	20,0%	
HH Alleinerziehender	450	29,0%	26,3%	24,6%	
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	200	44,4%	38,7%	38,3%	
HH kinderreicher Familien	170	11,0%	9,6%	10,6%	
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	60	35,3%	34,4%	32,2%	
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)	
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)	
Interventionen bei Wohnungsnot	31	0,41%	0,55%	0,61%	
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	165	1.202	
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.420	9.237	
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	499	3.584	
Schulübergänge zum Gymnasium	137	31,5%	36,1%	40,1%	
Hilfen zur Erziehung	29	0,96%	0,85%	0,95%	
Jugendgerichtshilfe	69	5,64%	4,89%	4,60%	
Vorsorgeuntersuchung U 9	102	84,3%	83,0%	82,6%	
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	45	1,49%	0,85%	0,84%	
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	139	1,08%	0,96%	0,68%	
Wahlbeteiligung	-	59,9%	-	66,4%	

47 Werne



Erläuterungen zum Ortsteil Werne

In Werne kumulieren die Risikofaktoren Arbeitslosigkeit und SGB II-Bezug. Auch die Zahl der Minderjährigen im SGB II-Bezug liegt über dem städtischen Durchschnitt. Hinzu kommen überdurchschnittlich viele Fälle der sozialpsychiatrischen Versorgung.

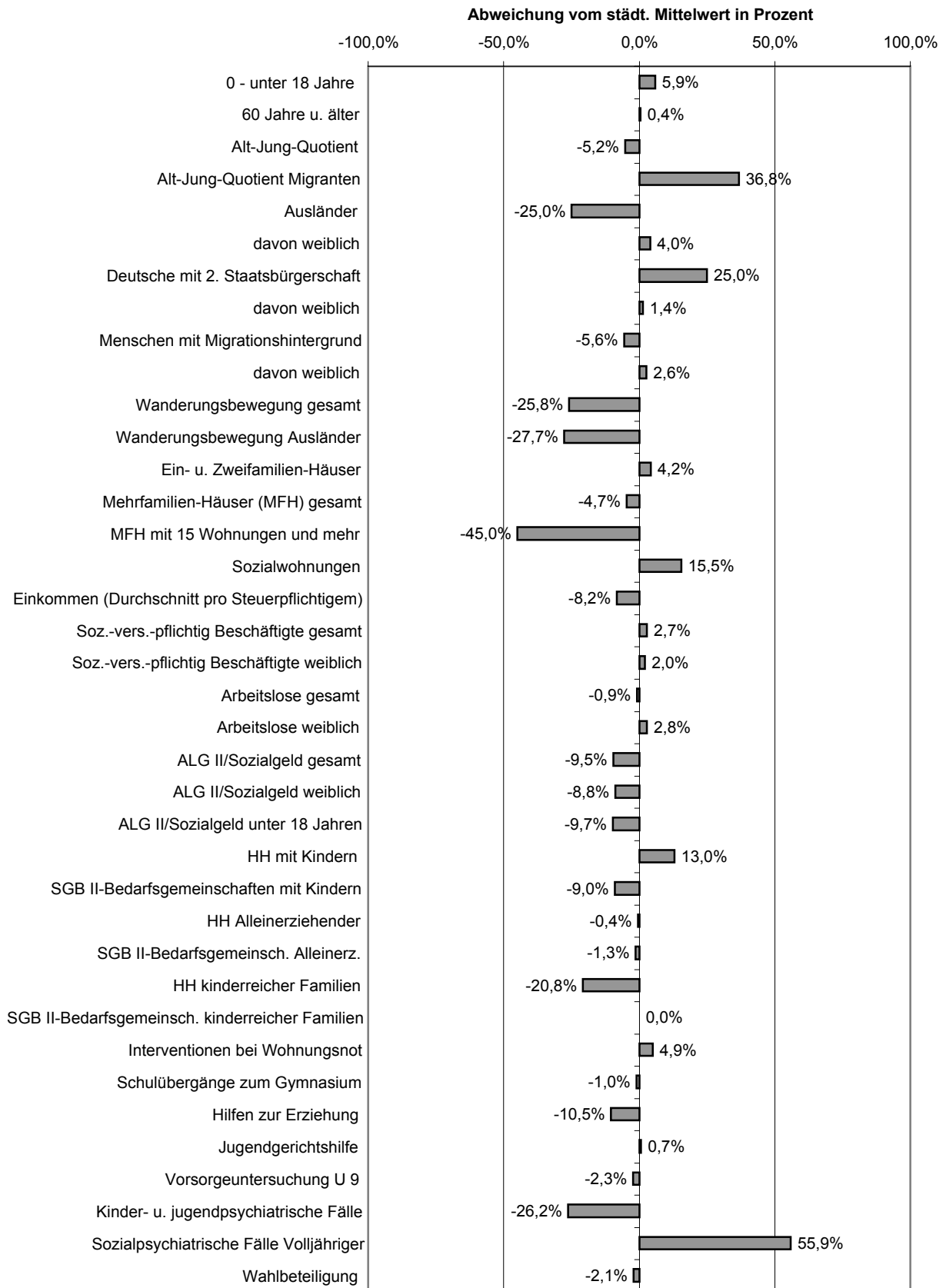
“Der Ortsteil zeichnet sich durch eine gute Infrastruktur aus. Die vielen vorhandenen Grünanlagen werden von den Bewohnern rege genutzt. Die katholische Kirche ist im Ortsteil sehr aktiv. Ansätze von Nachbarschaftshilfe bestehen und werden gepflegt. In dem Ortsteil gibt es preiswerten Wohnraum, der verstärkt von SGB II-Empfängern nachgefragt wird. Die in Werne tätigen sozialen Einrichtungen registrieren eine Zunahme sozialer Problemlagen. Die Zahl der psychischen Erkrankungen und die Anzahl der Familien, die in wirtschaftliche Not geraten oder Unterstützung in Erziehungsfragen benötigen, steigen erheblich an.”

Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im “Sozialatlas für Bochum” im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Ortsteil Langendreer

Statistischer Bezirk/Ortsteil	48/Langendreer		Stadtbezirk IV	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	11,54	-	23,46	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.281	-	2.340	2.583
Gesamtbevölkerung	26.317	-	54.903	375.563
davon weiblich	13.771	52,3%	51,6%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	4.252	16,2%	16,4%	15,3%
60 Jahre u. älter	6.984	26,5%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	164	-	156	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	78	-	68	57
Ausländer	1.745	6,6%	8,3%	8,8%
davon weiblich	898	51,5%	49,2%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	1.832	7,0%	7,0%	5,6%
davon weiblich	920	50,2%	49,9%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	3.577	13,6%	15,3%	14,4%
davon weiblich	1.818	50,8%	49,5%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	3.563	13,5%	15,7%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	532	30,5%	31,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	4.120	-	7.810	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	2.350	57,0%	50,2%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.750	42,5%	49,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	20	1,1%	1,6%	2,0%
Wohnungen gesamt	13.370	-	28.260	194.300
Sozialwohnungen	1.703	12,7%	14,5%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	26.800	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	7.880	45,2%	44,9%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	3.532	40,0%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	1.660	11,5%	12,8%	11,6%
Arbeitslose weiblich	801	11,0%	11,9%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	2.555	12,4%	14,7%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	1.305	12,5%	14,7%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	834	19,6%	22,9%	21,7%
HH mit Kindern	2.740	21,8%	21,3%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	500	18,2%	21,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	670	24,5%	26,3%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	253	37,8%	38,7%	38,3%
HH kinderreicher Familien	230	8,4%	9,6%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	74	32,2%	34,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	80	0,64%	0,55%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	165	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.420	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	499	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	248	39,7%	36,1%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	44	0,85%	0,85%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	92	4,63%	4,89%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	146	80,7%	83,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	32	0,62%	0,85%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	233	1,06%	0,96%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	65,0%	-	66,4%

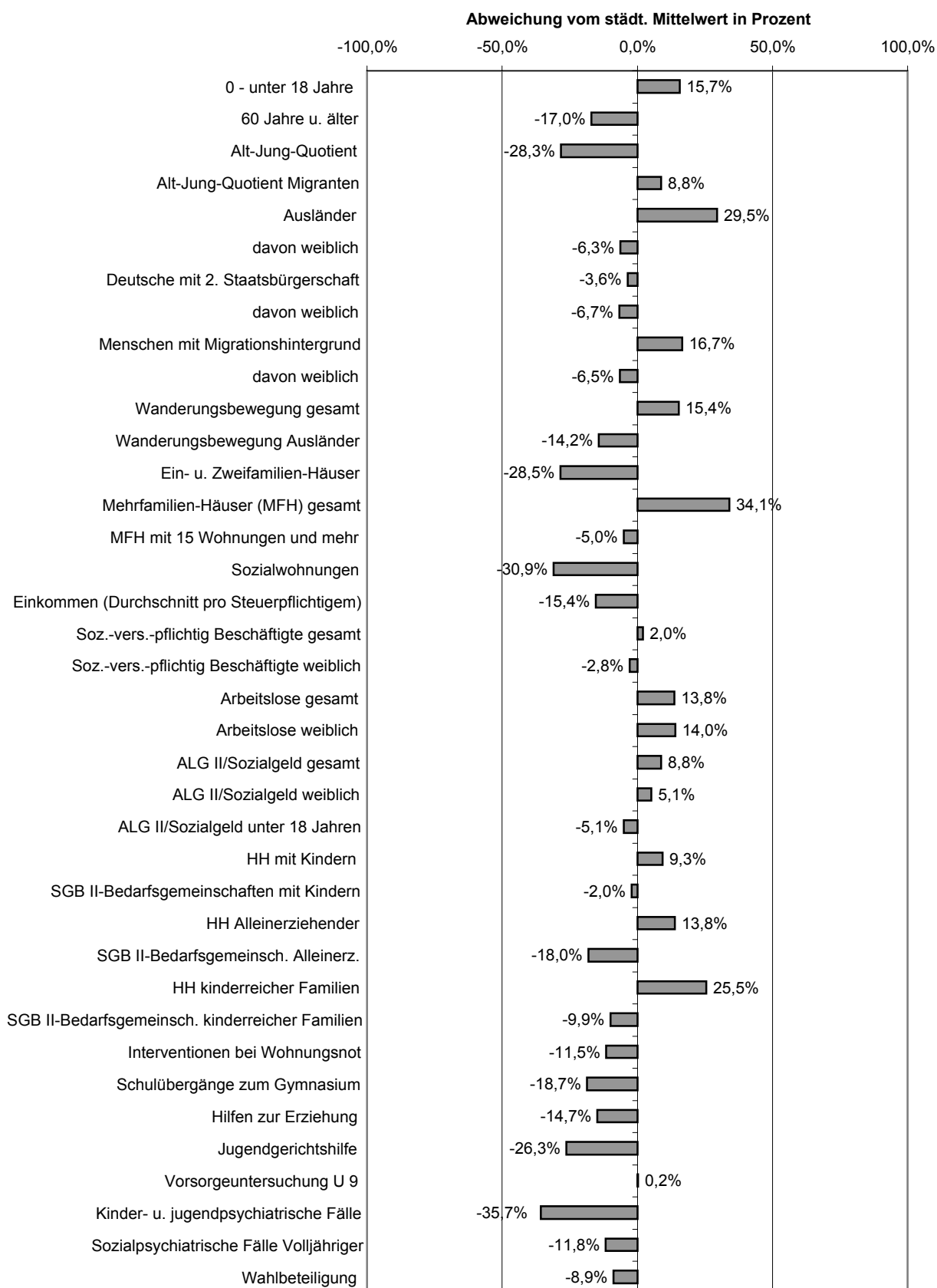
48 Langendreer



Ortsteil Langendreer-Alter Bahnhof

Statistischer Bezirk/Ortsteil	49/Lgdr.-Alter Bhf.		Stadtbezirk IV	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	2,61	-	23,46	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.641	-	2.340	2.583
Gesamtbevölkerung	6.892	-	54.903	375.563
davon weiblich	3.465	50,3%	51,6%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.220	17,7%	16,4%	15,3%
60 Jahre u. älter	1.511	21,9%	25,6%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	124	-	156	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	62	-	68	57
Ausländer	787	11,4%	8,3%	8,8%
davon weiblich	365	46,4%	49,2%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	372	5,4%	7,0%	5,6%
davon weiblich	172	46,2%	49,9%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.159	16,8%	15,3%	14,4%
davon weiblich	537	46,3%	49,5%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.444	21,0%	15,7%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	285	36,2%	31,9%	42,2%
Wohngebäude gesamt	870	-	7.810	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	340	39,1%	50,2%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	520	59,8%	49,3%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	1,9%	1,6%	2,0%
Wohnungen gesamt	3.680	-	28.260	194.300
Sozialwohnungen	279	7,6%	14,5%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	24.700	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	2.134	44,9%	44,9%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	875	38,1%	39,4%	39,2%
Arbeitslose gesamt	520	13,2%	12,8%	11,6%
Arbeitslose weiblich	232	12,2%	11,9%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	849	14,9%	14,7%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	402	14,4%	14,7%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	251	20,6%	22,9%	21,7%
HH mit Kindern	750	21,1%	21,3%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	147	19,6%	21,3%	20,0%
HH Alleinerziehender	210	28,0%	26,3%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	66	31,4%	38,7%	38,3%
HH kinderreicher Familien	100	13,3%	9,6%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	29	29,0%	34,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	19	0,54%	0,55%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	165	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.420	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	499	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	56	32,6%	36,1%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	12	0,81%	0,85%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	19	3,39%	4,89%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	48	82,8%	83,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	8	0,54%	0,85%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	34	0,60%	0,96%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	60,5%	-	66,4%

49 Langendreer-Alter Bahnhof



Erläuterungen zum Ortsteil Langendreer-Alter Bahnhof

In diesem Ortsteil leben viele Migranten. Der Anteil der kinderreichen Familien liegt knapp über dem städtischen Durchschnitt.

“Das Gesicht dieses Ortsteils wird bereits seit langem von der großen Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund geprägt, die schon über Generationen dort ansässig sind. In diesen Haushalten, aber auch bei der deutschen Bevölkerung, bestehen häufig noch generationsübergreifende familiäre Netzwerke. Es gibt eine gute, auf “kurzen Wegen” erreichbare Infrastruktur, die insbesondere für die dort lebende ältere Generation von erheblicher Bedeutung ist. Darüber hinaus sind die Kirchen sehr aktiv am Stadtteilleben beteiligt. Im Hinblick auf die immer älter werdende Bevölkerung gibt es in diesem Ortsteil keine seniorengerechten Wohnungen. “

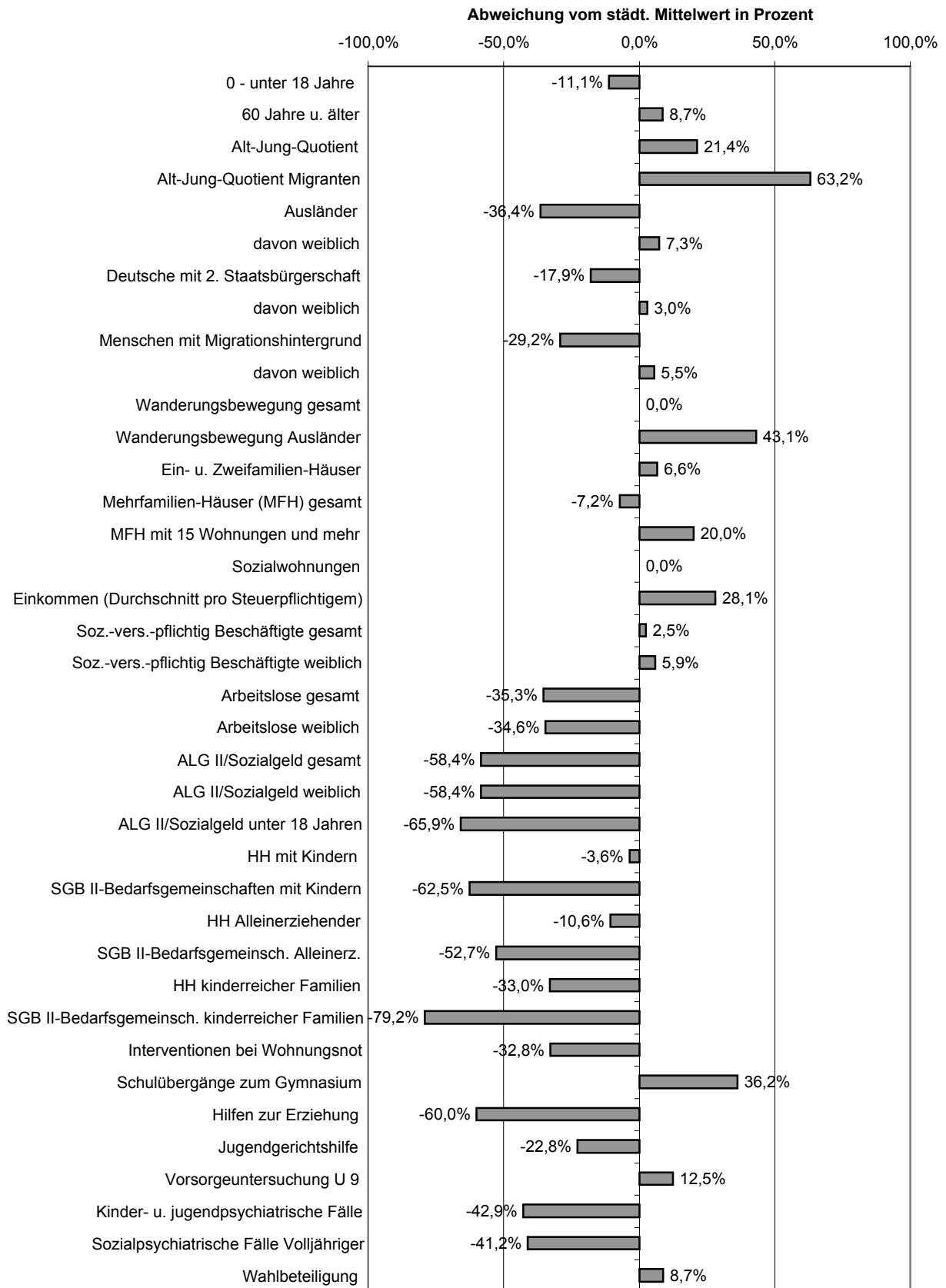
Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im “Sozialatlas für Bochum” im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Stadtbezirk V

Ortsteil Wiemelhausen/Brenschede

Statistischer Bezirk/Ortsteil	53/Wiemelh./Brenschede		Stadtbezirk V	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km ²]	5,45	-	27,11	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km ²)	3.431	-	1.884	2.583
Gesamtbevölkerung	18.700	-	51.081	375.563
davon weiblich	9.897	52,9%	51,0%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	2.550	13,6%	15,1%	15,3%
60 Jahre u. älter	5.360	28,7%	24,0%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	210	-	158	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	93	-	50	57
Ausländer	1.048	5,6%	12,0%	8,8%
davon weiblich	557	53,1%	48,9%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	862	4,6%	7,7%	5,6%
davon weiblich	440	51,0%	48,8%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.910	10,2%	19,7%	14,4%
davon weiblich	997	52,2%	48,9%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	3.395	18,2%	22,9%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	633	60,4%	63,8%	42,2%
Wohngebäude gesamt	3.020	-	7.790	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.760	58,3%	68,4%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.250	41,4%	31,1%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	30	2,4%	5,4%	2,0%
Wohnungen gesamt	9.320	-	22.260	194.300
Sozialwohnungen	1.026	11,0%	18,8%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	37.400	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	5.611	45,1%	38,0%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	2.618	41,5%	34,9%	39,2%
Arbeitslose gesamt	766	7,5%	8,8%	11,6%
Arbeitslose weiblich	363	7,0%	8,6%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	815	5,7%	11,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	409	5,7%	11,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	189	7,4%	22,0%	21,7%
HH mit Kindern	1.680	18,6%	20,6%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	126	7,5%	18,1%	20,0%
HH Alleinerziehender	370	22,0%	20,9%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	67	18,1%	30,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	120	7,1%	12,1%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	8	6,7%	37,6%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	37	0,41%	0,56%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	255	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.210	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	478	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	179	54,6%	52,0%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	12	0,38%	0,59%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	45	3,55%	4,06%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	117	92,9%	85,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	15	0,48%	0,68%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	64	0,40%	0,43%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	72,2%	-	66,4%

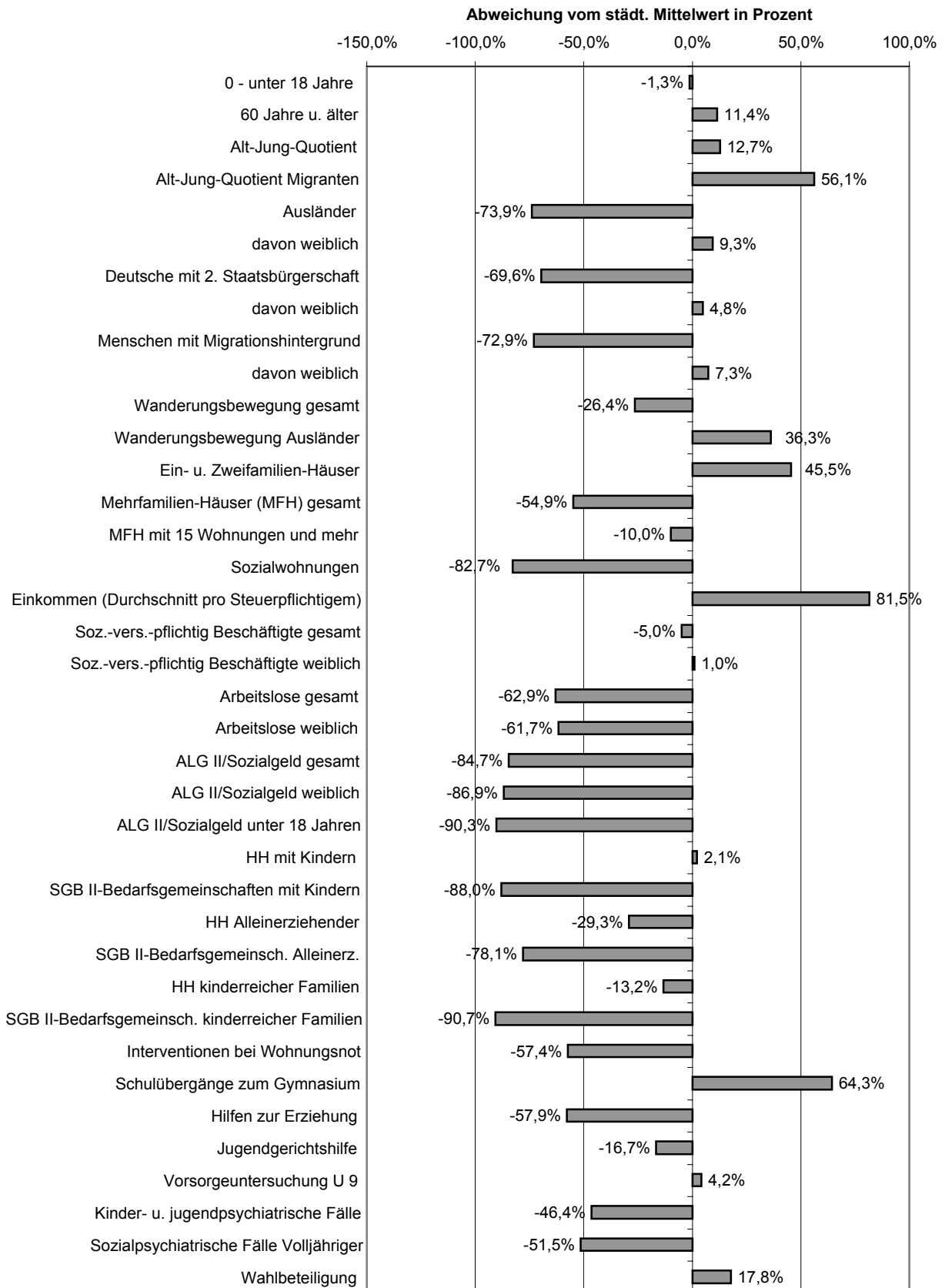
53 Wiemelhausen/Brenschede



Ortsteil Stiepel

Statistischer Bezirk/Ortsteil	54/Stiepel		Stadtbezirk V	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	12,46	-	27,11	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	918	-	1.884	2.583
Gesamtbevölkerung	11.437	-	51.081	375.563
davon weiblich	5.946	52,0%	51,0%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.724	15,1%	15,1%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.362	29,4%	24,0%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	195	-	158	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	89	-	50	57
Ausländer	259	2,3%	12,0%	8,8%
davon weiblich	140	54,1%	48,9%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	189	1,7%	7,7%	5,6%
davon weiblich	98	51,9%	48,8%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	448	3,9%	19,7%	14,4%
davon weiblich	238	53,1%	48,9%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.534	13,4%	22,9%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	149	57,5%	63,8%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.840	-	7.790	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	2.260	79,6%	68,4%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	570	20,1%	31,1%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	1,8%	5,4%	2,0%
Wohnungen gesamt	5.720	-	22.260	194.300
Sozialwohnungen	107	1,9%	18,8%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	53.000	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	3.148	41,8%	38,0%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.518	39,6%	34,9%	39,2%
Arbeitslose gesamt	262	4,3%	8,8%	11,6%
Arbeitslose weiblich	127	4,1%	8,6%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	186	2,1%	11,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	82	1,8%	11,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	37	2,1%	22,0%	21,7%
HH mit Kindern	1.090	19,7%	20,6%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	26	2,4%	18,1%	20,0%
HH Alleinerziehender	190	17,4%	20,9%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	16	8,4%	30,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	100	9,2%	12,1%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	3	3,0%	37,6%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	14	0,26%	0,56%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	255	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.210	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	478	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	166	65,9%	52,0%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	8	0,40%	0,59%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	27	3,83%	4,06%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	68	86,1%	85,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	9	0,45%	0,68%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	32	0,33%	0,43%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	78,2%	-	66,4%

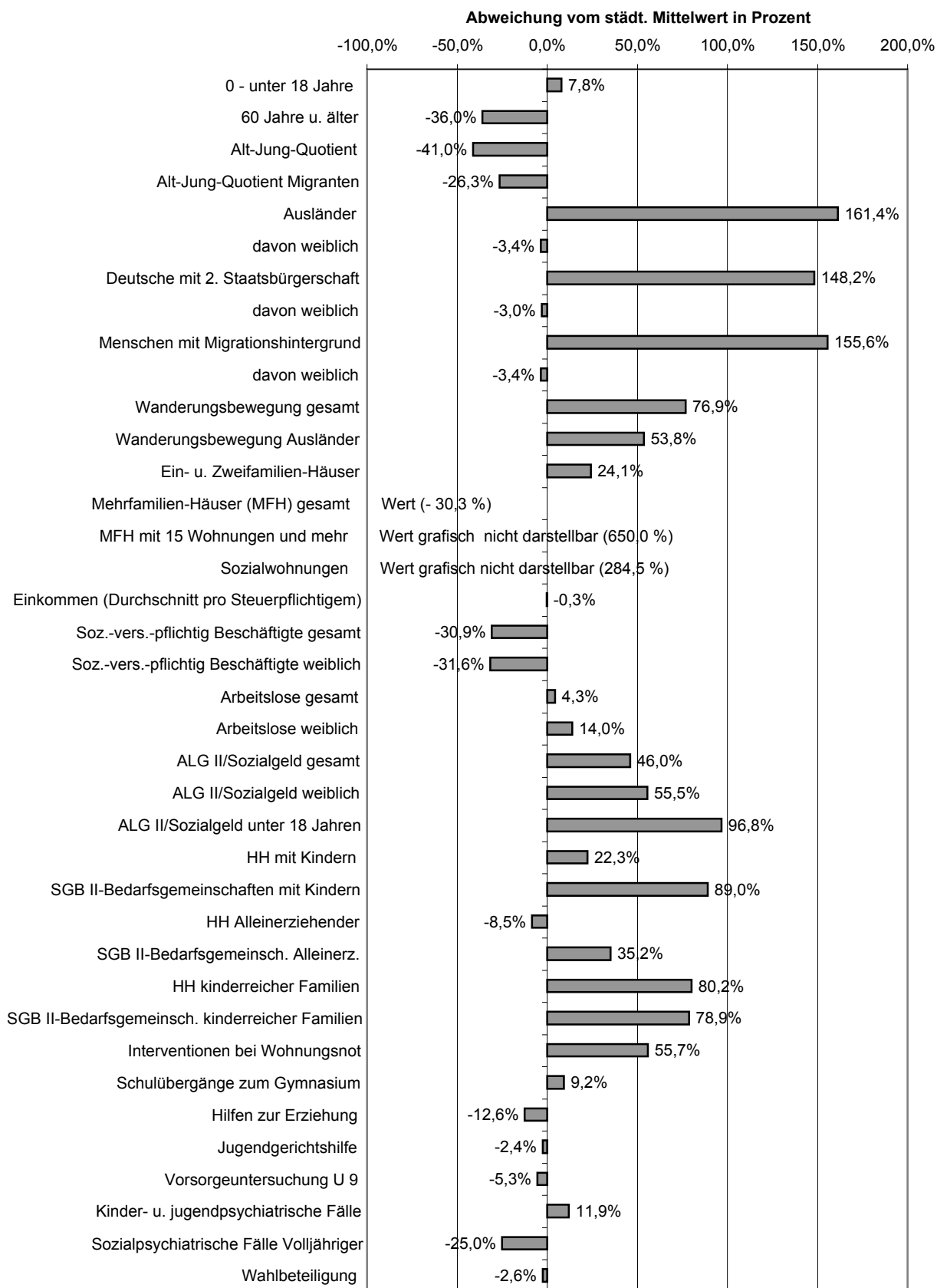
54 Stiepel



Ortsteil Querenburg

Statistischer Bezirk/Ortsteil	55/Querenburg		Stadtbezirk V	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	9,20	-	27,11	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.277	-	1.884	2.583
Gesamtbevölkerung	20.944	-	51.081	375.563
davon weiblich	10.210	48,7%	51,0%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	3.461	16,5%	15,1%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.531	16,9%	24,0%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	102	-	158	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	42	-	50	57
Ausländer	4.808	23,0%	12,0%	8,8%
davon weiblich	2.296	47,8%	48,9%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	2.902	13,9%	7,7%	5,6%
davon weiblich	1.393	48,0%	48,8%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	7.710	36,8%	19,7%	14,4%
davon weiblich	3.689	47,8%	48,9%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	6.744	32,2%	22,9%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	3.119	64,9%	63,8%	42,2%
Wohngebäude gesamt	1.930	-	7.790	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.310	67,9%	68,4%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	600	31,1%	31,1%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	90	15,0%	5,4%	2,0%
Wohnungen gesamt	7.230	-	22.260	194.300
Sozialwohnungen	3.059	42,3%	18,8%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	29.100	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	4.690	30,4%	38,0%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.973	26,8%	34,9%	39,2%
Arbeitslose gesamt	1.540	12,1%	8,8%	11,6%
Arbeitslose weiblich	740	12,2%	8,6%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	3.653	20,0%	11,2%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	1.852	21,3%	11,5%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	1.477	42,7%	22,0%	21,7%
HH mit Kindern	1.780	23,6%	20,6%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	673	37,8%	18,1%	20,0%
HH Alleinerziehender	400	22,5%	20,9%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	207	51,8%	30,5%	38,3%
HH kinderreicher Familien	340	19,1%	12,1%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	196	57,6%	37,6%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	71	0,95%	0,56%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	255	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.210	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	478	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	228	43,8%	52,0%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	37	0,83%	0,59%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	86	4,49%	4,06%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	122	78,2%	85,0%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	42	0,94%	0,68%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	89	0,51%	0,43%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	64,7%	-	66,4%

55 Querenburg



Erläuterungen zum Ortsteil Querenburg

In Querenburg leben viele Migranten und die Bevölkerungsfluktuation ist sehr hoch. Die Fluktuation erklärt sich aus der großen Zahl der dort wohnenden Studenten. In dem Ortsteil kumulieren weitere Risikomerkmale, wie SGB II-Bezug, vor allem auch bei Familien mit Kindern. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Darüber hinaus sind die Interventionen bei Wohnungsnot erhöht.

Einige Quartiere in Querenburg zeichnen sich durch eine verdichtete Bebauung und einen verhältnismäßig hohen Anteil von Sozialwohnungen aus.

“Die soziale Infrastruktur in Querenburg ist gut ausgebaut, die Vernetzung der Träger untereinander lässt jedoch zu wünschen übrig (Beispiel: zwei Integrationsagenturen unterschiedlicher Trägerschaft existieren in einem Abstand von wenigen hundert Metern). Das Städtebauförderungsprogramm “Stadtumbau West” wird als Chance für die innere Hustadt gesehen. Wünschenswert wäre jedoch eine stärkere Einbindung der Sozialraumkonferenz in diesen Prozess. Am Camillo-Sitte-Weg und am Peter-Parler-Weg (Hochhaussiedlung) leben zunehmend mehr Menschen mit sehr geringen Einkünften. Die Hochhäuser wurden vor kurzem verkauft und die Kooperation mit dem neuen Hausbesitzer verläuft zur Zeit nicht zufriedenstellend. An der Alten Markstrasse gibt es ein Wohngebiet, das verstärkt von Personen mit russischem Migrationshintergrund bewohnt wird (“Klein Moskau”). Hier kommt es teilweise zu Problemen.”

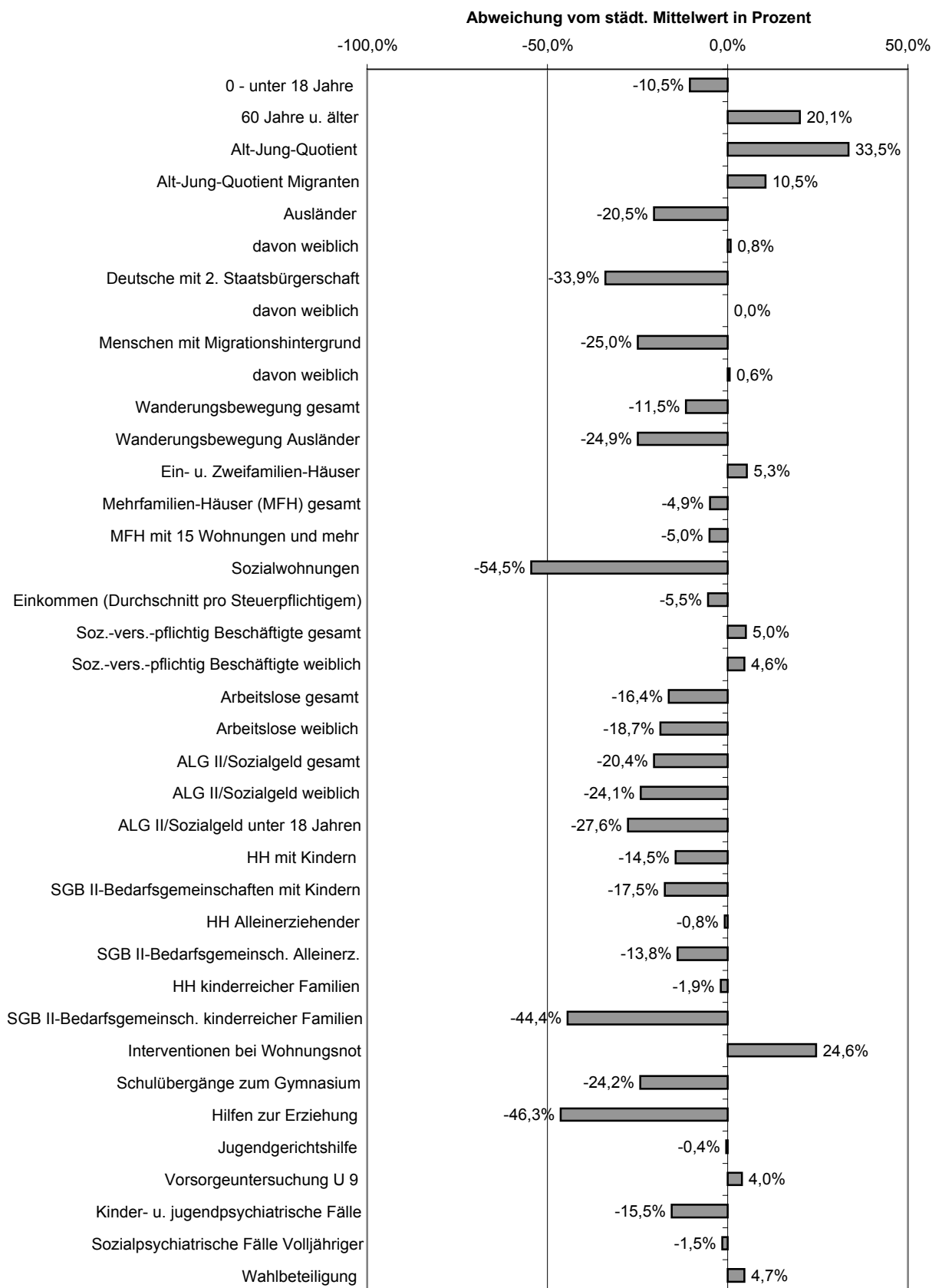
Aktuelle Informationen zur sozialen Infrastruktur des Ortsteils sind im “Sozialatlas für Bochum” im Internet unter www.bochum.de/bochum/sozialatlas-deckblatt.htm zu finden.

Stadtbezirk VI

Ortsteil Weimar-Mitte

Statistischer Bezirk/Ortsteil	63/Weimar-Mitte		Stadtbezirk VI	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	4,67	-	19,5	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	3.331	-	2.892	2.583
Gesamtbevölkerung	15.557	-	56.393	375.563
davon weiblich	8.235	52,9%	52,4%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	2.133	13,7%	15,3%	15,3%
60 Jahre u. älter	4.931	31,7%	28,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	231	-	190	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	63	-	70	57
Ausländer	1.096	7,0%	5,3%	8,8%
davon weiblich	547	49,9%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	582	3,7%	3,3%	5,6%
davon weiblich	288	49,5%	48,8%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.678	10,8%	8,6%	14,4%
davon weiblich	835	49,8%	49,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	2.503	16,1%	14,3%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	347	31,7%	31,5%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.550	-	9.940	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.470	57,6%	62,0%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	1.080	42,4%	37,5%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	20	1,9%	1,6%	2,0%
Wohnungen gesamt	8.410	-	29.040	194.300
Sozialwohnungen	424	5,0%	8,2%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	27.600	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	4.527	46,2%	46,1%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	2.026	41,0%	40,8%	39,2%
Arbeitslose gesamt	790	9,7%	8,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	358	8,7%	7,9%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.245	10,9%	9,1%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	595	10,4%	8,9%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	335	15,7%	12,9%	21,7%
HH mit Kindern	1.350	16,5%	20,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	223	16,5%	12,6%	20,0%
HH Alleinerziehender	330	24,4%	21,6%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	109	33,0%	30,1%	38,3%
HH kinderreicher Familien	140	10,4%	9,0%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	25	17,9%	17,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	62	0,76%	0,43%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	176	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.353	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	613	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	128	30,4%	48,0%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	13	0,51%	0,74%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	42	4,58%	3,66%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	79	85,9%	85,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	18	0,71%	0,74%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	90	0,67%	0,48%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	69,5%	-	66,4%

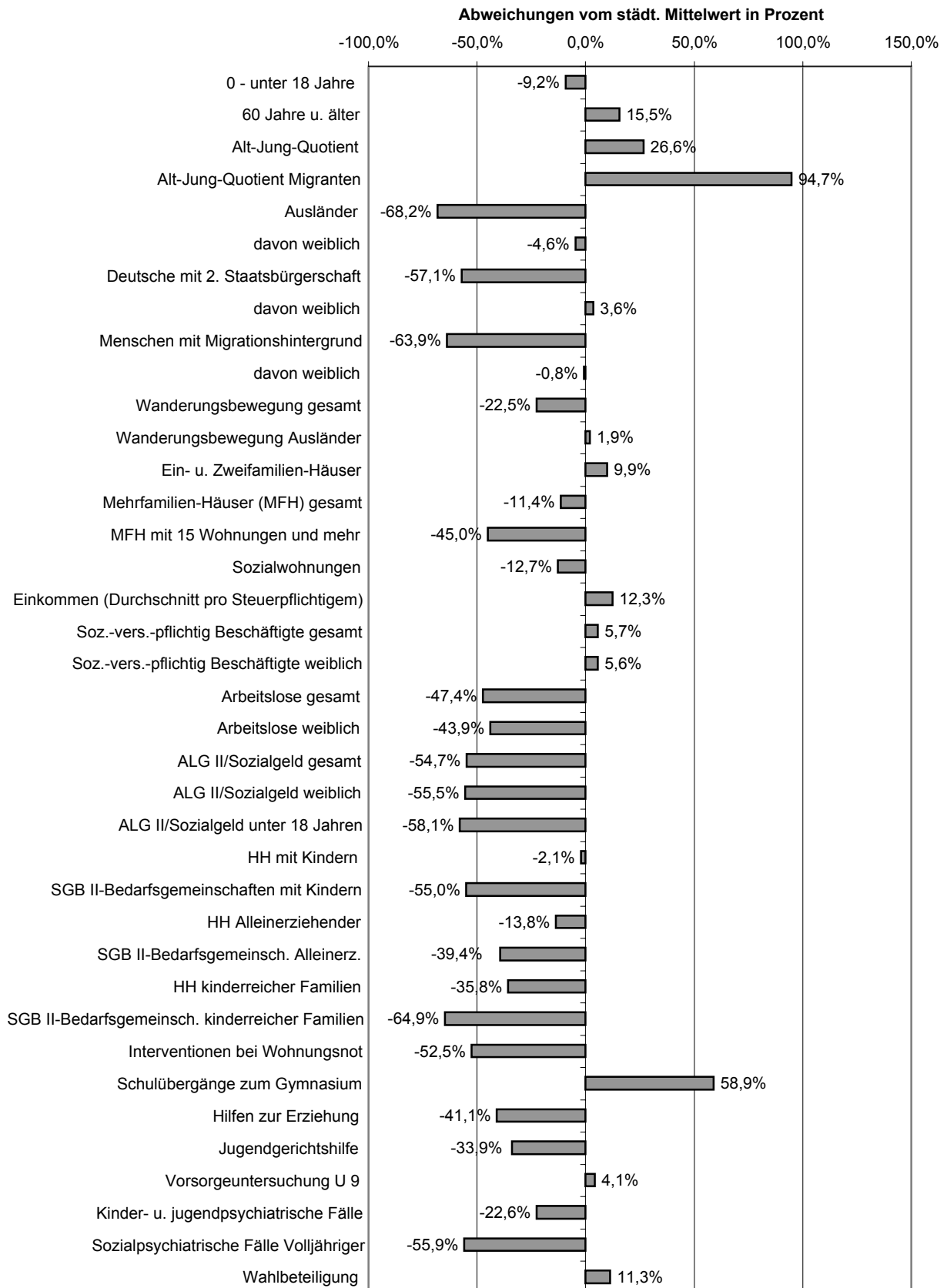
63 Weitmar-Mitte



Ortsteil Weitmar-Mark

Statistischer Bezirk/Ortsteil	64/Weitmar-Mark		Stadtbezirk VI	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	5,26	-	19,5	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.423	-	2.892	2.583
Gesamtbevölkerung	12.747	-	56.393	375.563
davon weiblich	6.726	52,8%	52,4%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	1.772	13,9%	15,3%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.888	30,5%	28,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	219	-	190	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	111	-	70	57
Ausländer	358	2,8%	5,3%	8,8%
davon weiblich	169	47,2%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	308	2,4%	3,3%	5,6%
davon weiblich	158	51,3%	48,8%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	666	5,2%	8,6%	14,4%
davon weiblich	327	49,1%	49,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.792	14,1%	14,3%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	154	43,0%	31,5%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.280	-	9.940	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.370	60,1%	62,0%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	900	39,5%	37,5%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	1,1%	1,6%	2,0%
Wohnungen gesamt	6.530	-	29.040	194.300
Sozialwohnungen	625	9,6%	8,2%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	32.800	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	3.829	46,5%	46,1%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.746	41,4%	40,8%	39,2%
Arbeitslose gesamt	416	6,1%	8,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	209	6,0%	7,9%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	594	6,2%	9,1%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	297	6,1%	8,9%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	162	9,1%	12,9%	21,7%
HH mit Kindern	1.180	18,9%	20,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	106	9,0%	12,6%	20,0%
HH Alleinerziehender	250	21,2%	21,6%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	58	23,2%	30,1%	38,3%
HH kinderreicher Familien	80	6,8%	9,0%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	9	11,3%	17,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	18	0,29%	0,43%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	176	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.353	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	613	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	216	63,7%	48,0%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	12	0,56%	0,74%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	26	3,04%	3,66%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	74	86,0%	85,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	14	0,65%	0,74%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	33	0,30%	0,48%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	73,9%	-	66,4%

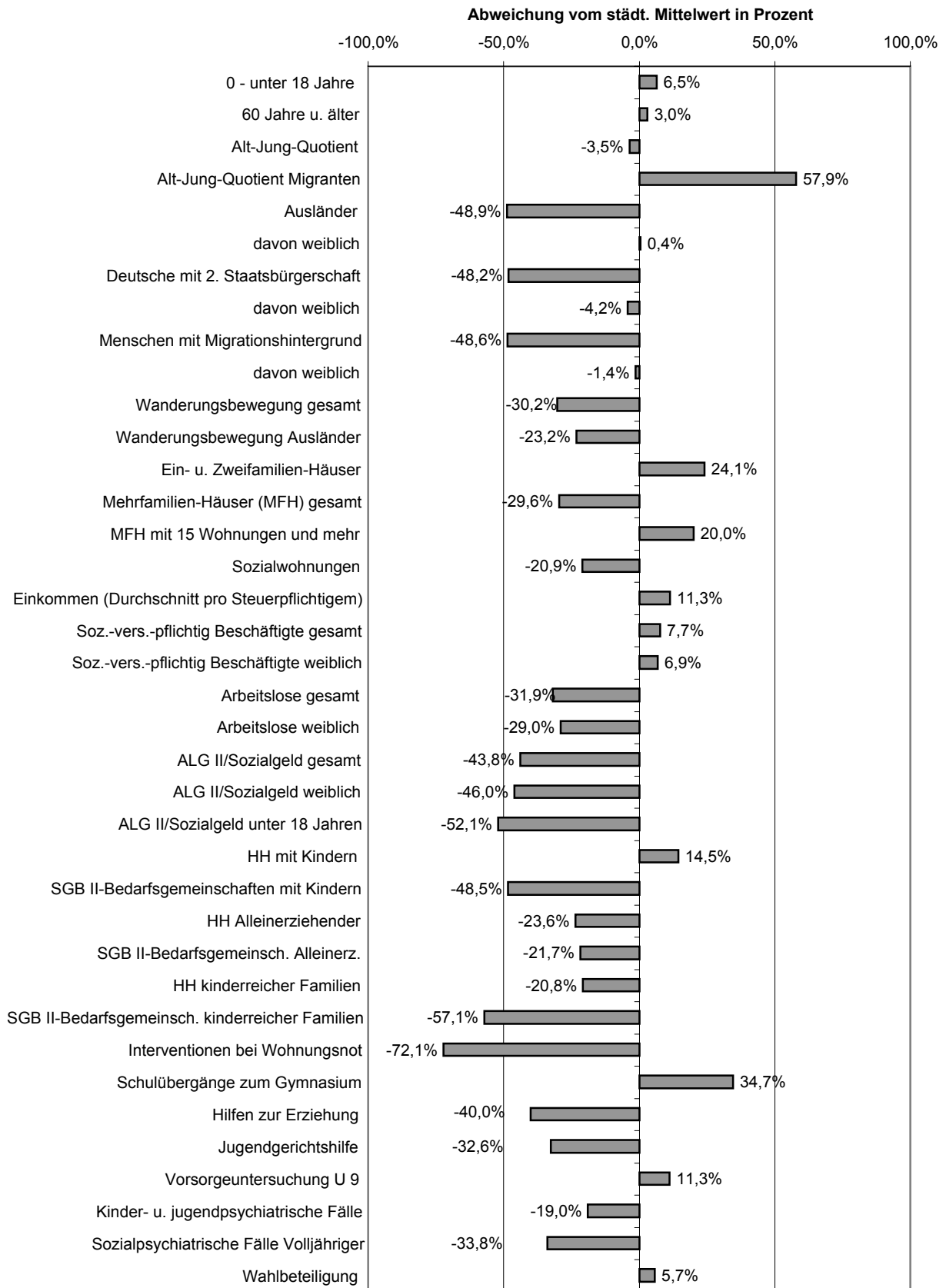
64 Weitmar-Mark



Ortsteil Linden

Statistischer Bezirk/Ortsteil	65/Linden		Stadtbezirk VI	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km ²]	4,61	-	19,5	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km ²)	3.193	-	2.892	2.583
Gesamtbevölkerung	14.718	-	56.393	375.563
davon weiblich	7.667	52,1%	52,4%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	2.393	16,3%	15,3%	15,3%
60 Jahre u. älter	4.002	27,2%	28,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	167	-	190	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	90	-	70	57
Ausländer	660	4,5%	5,3%	8,8%
davon weiblich	328	49,7%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	426	2,9%	3,3%	5,6%
davon weiblich	202	47,4%	48,8%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.086	7,4%	8,6%	14,4%
davon weiblich	530	48,8%	49,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.870	12,7%	14,3%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	214	32,4%	31,5%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.710	-	9.940	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.840	67,9%	62,0%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	850	31,4%	37,5%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	20	2,4%	1,6%	2,0%
Wohnungen gesamt	7.260	-	29.040	194.300
Sozialwohnungen	630	8,7%	8,2%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	32.500	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	4.629	47,4%	46,1%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	2.067	41,9%	40,8%	39,2%
Arbeitslose gesamt	638	7,9%	8,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	309	7,6%	7,9%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	890	7,7%	9,1%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	431	7,4%	8,9%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	248	10,4%	12,9%	21,7%
HH mit Kindern	1.540	22,1%	20,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	159	10,3%	12,6%	20,0%
HH Alleinerziehender	290	18,8%	21,6%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Alleinerz.	87	30,0%	30,1%	38,3%
HH kinderreicher Familien	130	8,4%	9,0%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinschaft. kinderreicher Familien	18	13,8%	17,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	12	0,17%	0,43%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	176	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.353	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	613	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	181	54,0%	48,0%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	16	0,57%	0,74%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	31	3,10%	3,66%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	124	91,9%	85,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	19	0,68%	0,74%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	55	0,45%	0,48%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	70,2%	-	66,4%

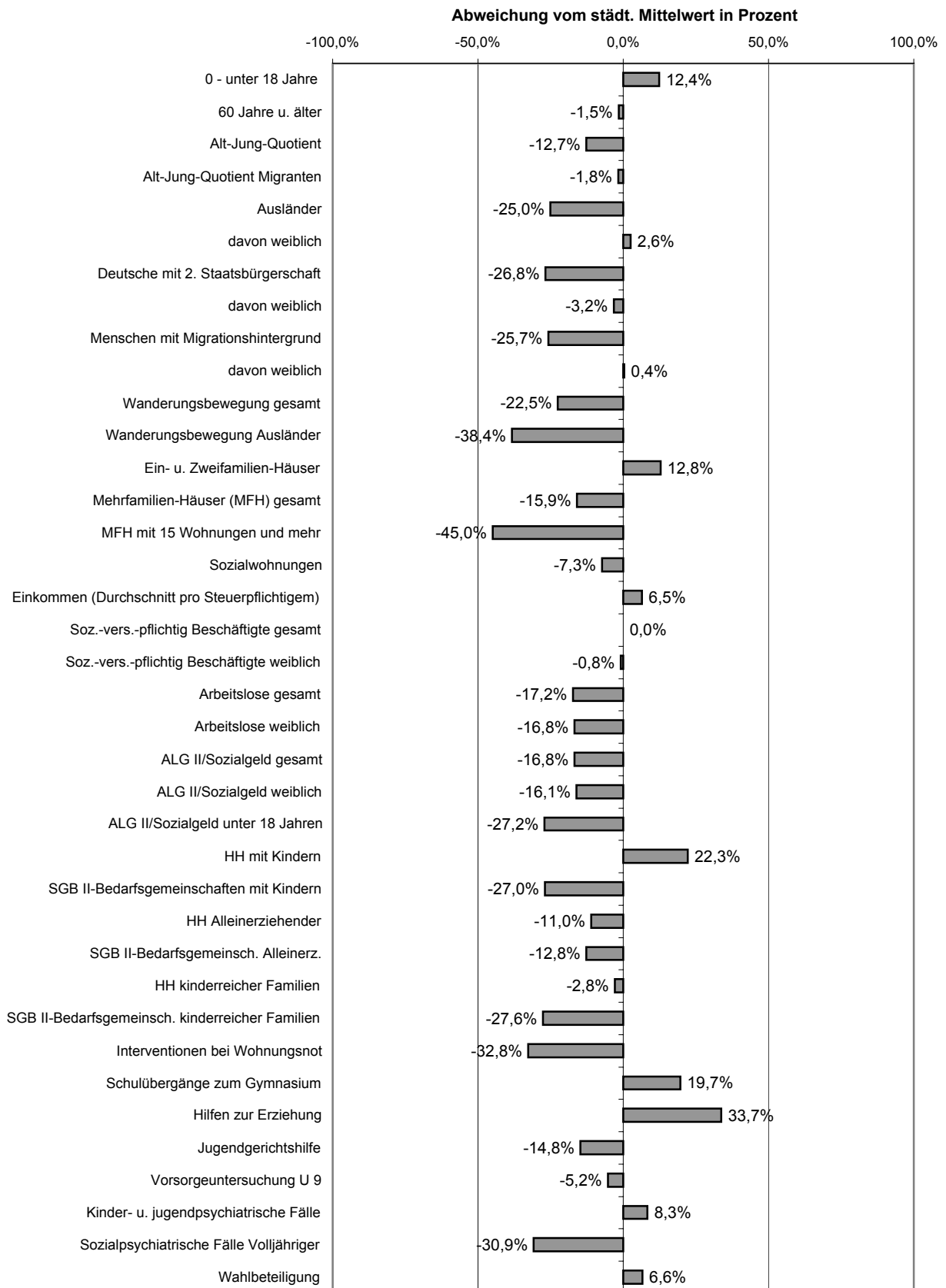
65 Linden



Ortsteil Dahlhausen

Statistischer Bezirk/Ortsteil	66/Dahlhausen		Stadtbezirk VI	Gesamtstadt
	Absolut	Anteil in %	Absolut / in %	Vergleichswert
Fläche [km²]	4,96	-	19,5	145,4
Bevölkerungsdichte (Personen/km²)	2.696	-	2.892	2.583
Gesamtbevölkerung	13.371	-	56.393	375.563
davon weiblich	6.933	51,9%	52,4%	51,8%
0 - unter 18 Jahre	2.302	17,2%	15,3%	15,3%
60 Jahre u. älter	3.481	26,0%	28,9%	26,4%
Alt-Jung-Quotient	151	-	190	173
Alt-Jung-Quotient Migranten	56	-	70	57
Ausländer	885	6,6%	5,3%	8,8%
davon weiblich	450	50,8%	49,8%	49,5%
Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft	543	4,1%	3,3%	5,6%
davon weiblich	260	47,9%	48,8%	49,5%
Menschen mit Migrationshintergrund	1.428	10,7%	8,6%	14,4%
davon weiblich	710	49,7%	49,4%	49,5%
Wanderungsbewegung gesamt	1.887	14,1%	14,3%	18,2%
Wanderungsbewegung Ausländer	230	26,0%	31,5%	42,2%
Wohngebäude gesamt	2.400	-	9.940	56.300
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	1.480	61,7%	62,0%	54,7%
Mehrfamilien-Häuser (MFH) gesamt	900	37,5%	37,5%	44,6%
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	10	1,1%	1,6%	2,0%
Wohnungen gesamt	6.840	-	29.040	194.300
Sozialwohnungen	698	10,2%	8,2%	11,0%
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	31.100	-	-	29.200 €
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte gesamt	3.829	44,0%	46,1%	44,0%
Soz.-vers.-pflichtig Beschäftigte weiblich	1.702	38,9%	40,8%	39,2%
Arbeitslose gesamt	692	9,6%	8,0%	11,6%
Arbeitslose weiblich	324	8,9%	7,9%	10,7%
ALG II/Sozialgeld gesamt	1.206	11,4%	9,1%	13,7%
ALG II/Sozialgeld weiblich	603	11,5%	8,9%	13,7%
ALG II/Sozialgeld unter 18 Jahren	363	15,8%	12,9%	21,7%
HH mit Kindern	1.460	23,6%	20,1%	19,3%
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	213	14,6%	12,6%	20,0%
HH Alleinerziehender	320	21,9%	21,6%	24,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. Alleinerz.	107	33,4%	30,1%	38,3%
HH kinderreicher Familien	150	10,3%	9,0%	10,6%
SGB II-Bedarfsgemeinsch. kinderreicher Familien	35	23,3%	17,4%	32,2%
Grundsicherung insg. - absolut (Anteil)	-	-	-	3.357 (1,1%)
weiblich - absolut (Anteil)	-	-	-	2.041 (1,2%)
Interventionen bei Wohnungsnot	25	0,41%	0,43%	0,61%
Betreuungsplätze unter 3-Jährige	-	-	176	1.202
Betreuungsplätze 3- bis unter 6-Jährige	-	-	1.353	9.237
Plätze in offenen Ganztagsgrundschulen	-	-	613	3.584
Schulübergänge zum Gymnasium	196	48,0%	48,0%	40,1%
Hilfen zur Erziehung	35	1,27%	0,74%	0,95%
Jugendgerichtshilfe	40	3,92%	3,66%	4,60%
Vorsorgeuntersuchung U 9	94	78,3%	85,7%	82,6%
Kinder- u. jugendpsychiatrische Fälle	25	0,91%	0,74%	0,84%
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	52	0,47%	0,48%	0,68%
Wahlbeteiligung	-	70,8%	-	66,4%

66 Dahlhausen



Übersicht der in den Ortsteilprofilen verwendeten Indikatoren und Merkmale	
Fläche	Fläche des Ortsteils in Quadratkilometern (km ²)
Bevölkerungsdichte (Personen/ km²)	Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils pro km ²
Gesamtbevölkerung / davon weiblich	Absolute Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils; Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung
0- u. 18 Jahre	Absolute Zahl der 0- bis unter 18-Jährigen und ihr Anteil an allen Einwohnerinnen und Einwohnern des Ortsteils; Indikator für die Planung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche im Ortsteil
60 Jahre u. älter	Absolute Zahl der 60-Jährigen und älteren und ihr Anteil an allen Einwohnerinnen und Einwohnern des Ortsteils; Indikator für die Planung der Infrastruktur für die ältere Bevölkerung im Ortsteil
Alt-Jung-Quotient / Alt-Jung-Quotient Migranten	Zahl der 60-jährigen und älteren Einwohnerinnen und Einwohner zu je 100 Minderjährigen im Ortsteil; Indikator für die Altersstruktur der - Gesamtbevölkerung - Bevölkerung mit Migrationshintergrund
Menschen mit Migrationshintergrund	Personen ohne deutschen Pass und Deutsche mit 2. Staatsbürgerschaft; absolute Zahl und Anteil an allen Einwohnerinnen und Einwohnern des Ortsteils
Wanderungsbewegung gesamt	Absolute Zahl der Zu- und Fortzüge und ihr Anteil an allen Einwohnerinnen und Einwohnern des Ortsteils
Wanderungsbewegung Ausländer	Absolute Zahl der Zu- und Fortzüge von Ausländerinnen und Ausländern und ihr Anteil an allen ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern des Ortsteils
Wohngebäude insgesamt	Absolute Zahl der Wohngebäude im Ortsteil (gerundet); enthalten sind insgesamt 345 Wohngebäude ohne Angabe zur Anzahl der Wohneinheiten; Abweichungen in den nachfolgenden Teilsommen erklären sich dadurch und durch Auf- bzw. Abrundung
Ein- u. Zweifamilien-Häuser	Absolute Zahl der Ein- und Zwei-Familien-Häuser und ihr Anteil an allen Wohngebäuden im Ortsteil
Mehrfamilien-Häuser (MFH) insgesamt	Absolute Zahl der Mehr-Familien-Häuser und ihr Anteil an allen Wohngebäuden im Ortsteil
MFH mit 15 Wohnungen und mehr	Absolute Zahl der Mehr-Familien-Häuser mit 15 Wohnungen und mehr und ihr Anteil an allen MFH im Ortsteil; Merkmal für verdichtete Bebauung
Sozialwohnungen	Absolute Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen und ihr Anteil an allen Wohnungen im Ortsteil
Einkommen (Durchschnitt pro Steuerpflichtigem)	Durchschnittliches Bruttoeinkommen pro Steuerpflichtigem im Ortsteil (Datenstand 2001)
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	Absolute Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Datenstand: 30.06.2006) und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren (Datenstand: 31.12.2005) im Ortsteil

Übersicht der in den Ortsteilprofilen verwendeten Indikatoren und Merkmale	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weiblich	Absolute Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen (Datenstand: 30.06.2006) und ihr Anteil an den Einwohnerinnen von 15 bis unter 65 Jahren (Datenstand: 31.12.2006) im Ortsteil
Arbeitslose	Absolute Zahl der Arbeitslosen (Datenstand: 30.09.2006) und ihr Anteil an der Bevölkerung von 20 bis unter 60 Jahren mit Hauptwohnsitz im Ortsteil (Datenstand: 31.12.2005)
Arbeitslose weiblich	Absolute Zahl der arbeitslosen Frauen (Datenstand: 30.09.2006) und ihr Anteil an den Einwohnerinnen von 20 bis unter 60 Jahren mit Hauptwohnsitz im Ortsteil (Datenstand: 31.12.2005)
ALG II / Sozialgeld insg.	Absolute Zahl der Personen mit Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Ortsteils von 0 bis unter 65 Jahren
ALG II / Sozialgeld weiblich	Absolute Zahl der weiblichen Personen mit Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld und ihr Anteil an den Einwohnerinnen des Ortsteils von 0 bis unter 65 Jahren
ALG II / Sozialgeld unter 18 Jahren	Absolute Zahl Minderjähriger mit Bezug von Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II und ihr Anteil an allen Kindern und Jugendlichen des Ortsteils
HH mit Kindern	Absolute Zahl der Haushalte mit Kindern und ihr Anteil an allen Haushalten im Ortsteil
HH Alleinerziehender	Absolute Zahl der Haushalte alleinerziehender Personen und ihr Anteil an allen Haushalten mit Kindern im Ortsteil
HH kinderreicher Familien	Absolute Zahl der Haushalte mit drei und mehr Kindern und ihr Anteil an allen Haushalten mit Kindern im Ortsteil
SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	Absolute Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld und ihr Anteil an allen Familien mit Kindern im Ortsteil
SGB II-Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender	Absolute Zahl alleinerziehender Personen mit Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld und ihr Anteil an allen Haushalten Alleinerziehender im Ortsteil
SGB II-Bedarfsgemeinschaften kinderreicher Familien	Absolute Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit 3 und mehr Kindern im Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld und ihr Anteil an allen kinderreichen Familien im Ortsteil
Grundsicherung insg.	Absolute Zahl der Personen (außerhalb von Einrichtungen) mit Bezug von Grundsicherung im Alter oder bei dauerhaft voller Erwerbsminderung und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren; Daten für die Ortsteile liegen nicht vor; Quelle: Stadt Bochum - Sozialamt
Grundsicherung weiblich	Absolute Zahl der Frauen (außerhalb von Einrichtungen) mit Bezug von Grundsicherung im Alter oder bei dauerhaft voller Erwerbsminderung und ihr Anteil an allen Einwohnerinnen ab 18 Jahren

Übersicht der in den Ortsteilprofilen verwendeten Indikatoren und Merkmale	
Interventionen bei Wohnungsnot	Zahl der Maßnahmen des Sozialamtes zur Abwendung von Wohnungslosigkeit (01.03.2005 - 28.02.2006) und ihr Anteil an allen Haushalten des Ortsteils (Datenstand: 31.12.2005)
Betreuungsplätze - für unter 3-Jährige - für 3- bis unter 6-Jährige und - in Ganztagsgrundschulen	Zahl der Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und Ganztagsgrundschulen in den Stadtbezirken und in der Gesamtstadt (Datenstand: August 2007). Eine Darstellung der Betreuungsplätze auf der Ebene der dreißig Ortsteile ist nicht sinnvoll, da die Einzugsbereiche der Einrichtungen nicht den Grenzen der Ortsteile entsprechen.
Schulübergänge zum Gymnasium	Übergänge von Schülerinnen und Schülern aus Grundschulen im Ortsteil zum Gymnasium 2005-2007; absolute Zahl und Anteil an allen Schulübergängen zu weiterführenden Schulen (3-Jahresdurchschnitt)
Hilfen zur Erziehung	Zahl der bewilligten stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung gem. KJHG und ihr Anteil an allen Einwohnerinnen und Einwohnern des Ortsteils unter 21 Jahren; Quelle: Stadt Bochum - Jugendamt
Jugendgerichtshilfe	Zahl der Jugendgerichtshilfefälle aus Straftaten im Jahr 2005 und ihr Anteil an allen 14- bis unter 21-Jährigen; Quelle: Stadt Bochum - Jugendamt
Vorsorgeuntersuchung U 9	Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger, bei denen die Früherkennungsuntersuchung U 9 durchgeführt wurde, und ihr Anteil an allen Schulanfängerinnen und Schulanfängern des Schuljahres
Kinder- und jugendpsychiatrische Fälle	Zahl der Patientinnen und Patienten des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes und ihr Anteil an allen Personen unter 21 Jahren
Sozialpsychiatrische Fälle Volljähriger	Zahl der Patientinnen und Patienten des Sozialpsychiatrischen Dienstes und ihr Anteil an der Bevölkerung ab 18 Jahren
Wahlbeteiligung	Wahlbeteiligung im Ortsteil (incl. Briefwahl); Mittelwert der Kommunalwahl 2004 sowie der Landtags- und Bundestagswahl 2005

Untersuchungsmethodik

Grundsätzliche Überlegungen

Die aktuelle sozialwissenschaftlich-stadtsoziologische Forschung geht davon aus, dass es in großstädtischen Ballungsräumen zu einer zunehmend stärkeren residenziellen und sozialen Segregation kommt. Dies bedeutet, dass es in bestimmten Stadtteilen der Großstädte zu einer Konzentration von Bevölkerungsgruppen kommt, die ökonomisch, sozial und kulturell benachteiligt sind.

Die ökonomische Benachteiligung bezieht sich insbesondere auf das Einkommen, das Eigentum und die Position auf dem Arbeitsmarkt.

Die soziale Benachteiligung umfasst den Bildungsstand, die soziale Integration und die Position auf dem Wohnungsmarkt.

Die kulturelle Benachteiligung manifestiert sich in der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion und der normativen Orientierung (d.h. im gesellschaftlichen Wertesystem).

Im Sinne dieser Definitionen gelten insbesondere Arbeitslose, Bezieher/innen von Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) und Ausländer/innen als benachteiligt.

Diese drei Bevölkerungsgruppen werden im vorliegenden Sozialbericht als Hauptindikatoren für soziale Benachteiligung von Ortsteilen herangezogen.

Untersuchungsdesign

Räumliche Dimension

Den Auswertungen dieses Sozialberichts liegt das statistische Gliederungssystem der Stadt Bochum aus sechs Stadtbezirken, 30 Ortsteilen und 154 statistischen Vierteln zu Grunde.

Der Schwerpunkt der Darstellung der statistischen Viertel liegt auf der Beschreibung von Gebietseinheiten mit überdurchschnittlichen bzw. erheblich überdurchschnittlichen Werten. Auf eine Darstellung aller statistischen Viertel wurde aus Gründen der besseren Übersicht verzichtet.

Zeitliche Dimension

Die Daten, die für den vorliegenden Sozialbericht ausgewertet wurden, sind - soweit nicht anders vermerkt - Daten zum Stichtag 31.12.2006.

Indikatoren

In Anlehnung an die einschlägige sozialwissenschaftliche Theorie werden als **Hauptindikatoren** die drei Bevölkerungsgruppen analysiert, die die kleinräumige Sozialstruktur der Stadt entscheidend charakterisieren. Dies sind:

- Empfänger/innen von Leistungen nach dem SGB II
- Arbeitslose und
- Ausländer/innen.

Anhand dieser drei Hauptindikatoren wurde auch eine **frauenspezifische Analyse** durchgeführt.

Darüber hinaus wurden folgende **ergänzende Indikatoren und Merkmale** ausgewertet:

- Bevölkerungszahl
- Verteilung der Bevölkerung nach Altersgruppen
- Wanderungsbewegungen
- Haushaltstypen (Haushalte mit Kindern, kinderreiche Haushalte und Haushalte Alleinerziehender)
- Haushaltstypen im SGB II-Bezug (Haushalte mit Kindern, kinderreiche Haushalte und Haushalte Alleinerziehender)
- Interventionsdaten (Interventionen bei Wohnungsnot, bewilligte Hilfen zur Erziehung, Jugendgerichtshilfefälle, Patientinnen und Patienten des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes, Patientinnen und Patienten des Sozialpsychiatrischen Dienstes für Erwachsene, Daten der Schuleingangsuntersuchung)
- Minderjährige im SGB II-Bezug
- Schulübergänge zu weiterführenden Schulen
- Wahlbeteiligung
- Segregationsindex

Diese Indikatoren wurden nach Möglichkeit sowohl für die Gesamtstadt als auch für die Ebene der 6 Stadtbezirke und 30 Ortsteile ausgewertet.

Insbesondere zielgruppenspezifische Indikatoren (z. B. Interventionsdaten der Jugendhilfe) wurden nur ergänzend zur Beschreibung benachteiligter Ortsteile herangezogen.

Zur Bewertung einzelner Indikatoren wurde ein lebensweltorientierter Ansatz gewählt. Bei einer Abweichung von 25 % und mehr vom städtischen Mittelwert ist davon auszugehen, dass dieser Umstand im Ortsteil auch im alltäglichen Leben tatsächlich spürbar wird.

Die Abweichungen vom städtischen Mittelwert werden wie folgt bewertet:

- | | | |
|----------------------------------|---|---|
| erheblich über dem Durchschnitt | - | Werte von 50 % und mehr über dem Mittelwert |
| über dem Durchschnitt | - | Werte zwischen 25 % und 49,9 % über dem Mittelwert |
| unter dem Durchschnitt | - | Werte zwischen 25 % und 49,9 % unter dem Mittelwert |
| erheblich unter dem Durchschnitt | - | Werte von 50 % und mehr unter dem Mittelwert |

Diese Abweichungen werden in den Ortsteilprofilen in einem Balkendiagramm deutlich gemacht.

Definitionen von Indikatoren und Merkmalen

Unter **Ausländerinnen und Ausländern** werden in der vorliegenden Untersuchung ausschließlich Personen ohne deutschen Pass verstanden.

Bei **Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen nach dem SGB II** handelt es sich um Personen, die Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II und/oder Sozialgeld) beziehen.

Arbeitslose sind hier definiert als Personen, die faktisch in der amtlichen Arbeitsmarktstatistik erfasst sind.

Der hier errechnete Arbeitslosen-Quotient ist nicht identisch mit der Arbeitslosenquote der amtlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Er greift nicht auf die - kleinräumig nicht verfügbare - Zahl der sozialversicherungspflichtig Versicherten als Bezugsgröße zurück, sondern auf die Zahl der "potenziell Erwerbsfähigen". Als "potenziell erwerbsfähig" gelten alle Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren.

Durch den Rückgriff auf diese Bezugsgröße wird ein aussagekräftiger kleinräumiger Vergleich der Bochumer Ortsteile möglich.

Den **Wanderungsquotienten** bildet die Summe aller Zu- und Fortzüge in Relation zur Bevölkerungszahl der analysierten Gebietseinheit.

Der **Alt-Jung-Quotient** bildet das Verhältnis Minderjähriger zu 60-Jährigen und älteren in der analysierten Gebietseinheit ab. Dargestellt wird die Zahl der 60-Jährigen und älteren pro 100 unter 18-Jährigen in der jeweiligen Gebietseinheit.

Der **Jung-Quotient** bildet das Verhältnis Minderjähriger zu 18- bis unter 60-Jährigen in der analysierten Gebietseinheit ab. Dargestellt wird die Zahl der unter 18-Jährigen pro 100 18- bis unter 60-Jährigen in der jeweiligen Gebietseinheit.

Der **Alt-Quotient** bildet das Verhältnis 60-Jähriger und älterer zu 18- bis unter 60-Jährigen in der analysierten Gebietseinheit ab. Dargestellt wird die Zahl der 60-Jährigen und älteren pro 100 18- bis unter 60-Jährigen in der jeweiligen Gebietseinheit.

Datenquellen

Für die Sozialberichterstattung wird eine Vielzahl kommunaler und überregionaler Datenquellen ausgewertet. Dieser Umstand wird in der folgenden Übersicht dokumentiert.

Letzter Datenstand ist - sofern nicht anders angegeben - der 31.12.2006.

Übersicht der kommunalen Datenquellen	
Datenquelle	Informationsbereich und Nutzen
Statistik des Einwohneramtes	<p>Die Auswertung der Einwohnerdatei gibt Aufschluss über die Bevölkerungszahl, Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung, und zwar bezogen auf das statistische Gliederungssystem der Stadt Bochum; d. h. die Gesamtstadt, sechs Stadtbezirke, 30 Ortsteile (statistische Bezirke) und 154 Quartiere (statistische Viertel).</p> <p>Darüber hinaus erfolgt eine Differenzierung nach Geschlecht, Alter und Nationalität.</p> <p>Ebenfalls kleinräumig erfasst werden Zu- und Fortzüge (Wanderungsbewegung).</p> <p>Im Rahmen eines sogenannten Generierungsverfahrens können auch Aussagen über Haushalte und spezifische Haushaltstypen ermittelt werden, z. B. Alleinerziehende, Familien mit Kindern und kinderreiche Familien.</p>
Statistik des Vermessungs- und Katasteramtes	<p>In Anlehnung an das statistische Gliederungssystem der Stadt Bochum wird die Fläche der städtischen Teilgebiete ermittelt (km²).</p> <p>Aus der Relation von jeweiliger Fläche und dort lebender Bevölkerungszahl wird die sogenannte Bevölkerungsdichte ermittelt.</p>

Übersicht der kommunalen Datenquellen	
Datenquelle	Informationsbereich und Nutzen
Statistik des Sozialamtes	<p>Aus dem Arbeitsbereich "Wohnungshilfen" wurden die Maßnahmen zur Abwendung von Wohnungslosigkeit kleinräumig ausgewertet, und zwar für den Zeitraum 01.03.2005 bis 28.02.2006. Durch die Relation von Maßnahmenanzahl zur jeweiligen Gesamtzahl der Haushalte "vor Ort" wurde ein Indikator ermittelt, der Aufschluss darüber gibt, in welchen städtischen Teilgebieten Maßnahmen zur Abwendung von Wohnungslosigkeit besonders erforderlich wurden.</p>
Statistik des Jugendamtes	<p>Es wurden die sogenannten "Hilfen zur Erziehung" (HzE) untersucht. Eine besondere Bedeutung haben hierbei stationäre und teilstationäre Hilfen (Heimunterbringung / Tagesheimgruppen). Der Indikator HzE beinhaltet die jeweilige Fallzahl gemessen an der Zahl der unter 21-Jährigen und gibt Aufschluss darüber, ob Interventionen dieser Art in bestimmten städtischen Teilgebieten kumulieren (ggf. in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen).</p> <p>Ausgewertet wurden auch die Fälle der Jugendgerichtshilfe (JGH), die Aufschluss über Straftaten von Jugendlichen und Jugenddelinquenz geben. Beim Indikator JGH werden die jeweiligen Fallzahlen (aus dem Jahr 2005) gemessen an der Zahl der 14- bis unter 21-Jährigen. Im Gegensatz zur polizeilichen Kriminalitätsstatistik (Tatverdächtige) erfasst die Jugendgerichtshilfe nur Fälle, in denen gerichtliche Verfahren eingeleitet wurden. Durch die kleinräumige Aufbereitung des Datenmaterials wird ebenfalls hinterfragt, ob Straftaten und Jugenddelinquenz in bestimmten städtischen Teilgebieten kumulieren (ggf. in den sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen).</p>
Statistik des Gesundheitsamtes	<p>Kleinräumig ausgewertet wurden Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2005/2006, bei denen jeweils alle Kinder eines Jahrganges untersucht werden.</p> <p>Insbesondere interessierte dabei die prozentuale Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen U 1 bis U 9.</p> <p>Ausgewertet wurde auch das Datenmaterial des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes. Dabei wurden die jeweiligen Fallzahlen gemessen an der Zahl der unter 21-Jährigen. Ebenfalls wurde das Datenmaterial des Psychiatrischen Dienstes für Erwachsene ausgewertet. Auf Basis der Indikatoren "Vorsorgeuntersuchung U 9", "Kinder- und Jugendpsychiatrische Fälle" sowie "Fälle des Psychiatrischen Dienstes für Erwachsene" wurde ebenfalls hinterfragt, ob sich Problemsituationen ggf. in sozialstrukturell benachteiligten Ortsteilen häufen.</p>
Statistische Jahrbücher	<p>Alle weiteren Daten zur Ermittlung und Beschreibung demografischer Prozesse sind den statistischen Jahrbüchern der Stadt Bochum entnommen.</p>

Übersicht der nicht-kommunalen Datenquellen	
Datenquelle	Informationsbereich und Nutzen
Statistik der Bundesagentur für Arbeit	<p>Die Zahl der Arbeitslosen wurde kleinräumig und geschlechtsspezifisch ausgewertet.</p> <p><u>Wichtiger Hinweis:</u> Der im Sozialbericht ausgewiesene Arbeitslosen-Quotient ist nicht identisch mit der Arbeitslosen-Quote der amtlichen Statistik. Da die Bezugsgröße aller zivilen Erwerbspersonen nicht <u>kleinräumig</u> vorliegt, musste - wie auch in den Sozialberichten anderer Städte - eine andere Bezugsgröße gewählt werden. Dies sind die "potenziell Erwerbsfähigen" im Alter von 20 bis unter 60 Jahren. Hierdurch liegt der Arbeitslosen-Quotient der Sozialberichterstattung niedriger als die amtliche Arbeitslosen-Quote. Für eine vergleichende kleinräumige Analyse führt der Arbeitslosen-Quotient der Sozialberichterstattung allerdings zu aufschlussreichen Ergebnissen.</p>
Statistik der Finanzbehörde	<p>Um einen Eindruck von der Einkommensverteilung bezogen auf das statistische Gliederungssystem der Stadt Bochum zu erhalten, wurden die entsprechenden Daten basierend auf der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik 1998 und 2001 ausgewertet. Die Auswertung erfolgte im Rahmen eines Pilotprojektes zwischen dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, dem Statistischen Bundesamt und Kommunalstatistikern nordrhein-westfälischer Großstädte.</p>
Statistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW	<p>Ausgewertet wurden die Daten zu den Schulübergängen von der Grundschule zur weiterführenden Schule.</p>

Glossar

Arbeitsloser:

Als arbeitslos - korrekter erwerbslos - bezeichnet man eine Person, die eine bezahlte Tätigkeit, die auf einem Arbeitsverhältnis beruht, anstrebt, aber keine Arbeit findet.

Dabei ist zwischen der registrierten Arbeitslosigkeit und der verdeckten Arbeitslosigkeit (stille Reserve) zu unterscheiden. Die registrierte Arbeitslosigkeit umfasst jene Personen, die sich bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet haben und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Zur "stillen Reserve" zählen Personen, die unter bestimmten Bedingungen zwar eine Arbeit aufnehmen würden, sich aber aus Scham oder Angst vor den Behörden etc. nicht bei der Arbeitsagentur gemeldet haben.

Als langzeitarbeitslos gilt eine Person, die länger als ein Jahr bei der Bundesagentur als arbeitslos gemeldet ist.

Arbeitslosengeld:

Zum 01.01.2005 wurde eine weitreichende Reform der Sozialgesetzgebung umgesetzt. Kernstück der Reform war die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, besser bekannt als "Hartz-IV-Gesetz". Danach sieht die Struktur der Leistungsbereiche des SGB wie folgt aus:

Übersicht der neuen gesetzlichen Leistungsarten:

Art der Leistung	Gesetzliche Grundlage; Teil des Sozialgesetzbuches (SGB)	Zielgruppe/n
Arbeitslosengeld I (Alg I)	SGB III	Erwerbsfähige für die Dauer von sechs bis 24 Monaten, je nach Anspruch
Grundsicherung für Arbeitssuchende/ Arbeitslosengeld II (Alg II)	SGB II	Erwerbsfähige zwischen 15 und 64 Jahren, die keinen Anspruch (mehr) auf Alg I haben.
Sozialgeld	SGB II	nicht erwerbsfähige bzw. nicht zur Erwerbstätigkeit verpflichtete Angehörige von Alg II-Bezieherinnen und -Beziehern (z. B. Kinder unter 15 Jahren, Ehe-/Lebenspartnerinnen und -partner)
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	SGB XII	a) 65-Jährige und ältere b) 18- bis 64-Jährige, dauerhaft voll erwerbsgemindert im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung
Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)	SGB XII	a) noch nicht 65-Jährige, die vorgezogene Altersrente beziehen b) Personen, die Erwerbsgemindertrente auf Zeit erhalten c) Kinder unter 15 Jahren, deren Eltern HLU oder Grundsicherung im Alter /bei Erwerbsminderung beziehen
Grundleistungen	Asylbewerberleistungsgesetz	Ausländerinnen und Ausländer gemäß § 1 Asylbewerberleistungsgesetz

ARGE:

Gemäß § 44 b können bei der Verwaltung von Leistungen nach dem SGB II örtliche Arbeitsagenturen und kommunale Träger Arbeitsgemeinschaften nach privatem oder öffentlichem Recht bilden, die als ARGE bezeichnet werden. Die ARGE ist nicht nur für die Auszahlung der finanziellen Leistungen verantwortlich, sondern auch für die Integration der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden in Arbeit.

In der absoluten Mehrzahl der Fälle (so auch in Bochum) haben sich die örtlichen Arbeitsagenturen und die Kommunen auf die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften verständigt. Dennoch ist auf einige Ausnahmen hinzuweisen:

- Im sogenannten Optionsmodell können testweise 69 Kreise und kreisfreie Städte für zunächst 5 Jahre selbstständig ohne die Agenturen für Arbeit des SGB II umsetzen.
- In wenigen Fällen (Ende 2007: 21 Landkreise/ kreisfreie Städte) haben sich die Kommunen und Arbeitsagenturen nicht auf die Bildung von Arbeitsgemeinschaften verständigt. Die Agentur für Arbeit und die Kommunen erbringen dann ihre Leistungen nebeneinander (getrennte Trägerschaft). In diesen Fällen ist die vom Gesetzgeber gewollte Leistungsgewährung aus einer Hand nicht realisiert.

Armut:

Armut ist die unzureichende Mittelausstattung zur Befriedigung lebenswichtiger Grundbedürfnisse. Sie ist häufig bestimmt durch ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Armut schränkt die Betroffenen in der freien Ausgestaltung ihres Lebens ein.

Im theoretischen Grundverständnis sind folgende Armutsmodelle und -dimensionen zu unterscheiden: absolute Einkommensarmut (Bedrohung der physiologischen Lebenserhaltung); politisch determinierte Einkommensarmut (Sozialhilfeschwelle / Arbeitslosengeld II); relative Einkommensarmut (die Armutsschwelle wird in Relation zum durchschnittlichen nationalen Wohlstandsniveau definiert); dynamische Einkommensarmut (die Dauer von Armut ist unterschiedlich, somit gibt es verschiedene Zeittypen von Armut); Armut nach dem Lebenslagenmodell (neben den finanziellen Ressourcen wird Armut hier als gehäufte Unterversorgung in verschiedenen relevanten Lebensbereichen charakterisiert).

Ausländer:

Ein Ausländer ist eine Person aus einem anderen Land (Ausland); Gegensatz: Inländer. Im rechtlichen Sinne ist ein Ausländer eine Person, die nicht über die Staatsangehörigkeit des Landes verfügt, in dem sie sich aufhält, d. h. Ausländer ist hierzulande jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist.

Auch Staatenlose sind Ausländer; hingegen ist eine Person mit einer doppelten Staatsangehörigkeit ein Inländer von zwei Staaten.

Mit der Einbürgerung erhält ein Ausländer die vollen Bürgerrechte seines Aufnahmelandes, z.B. das Wahlrecht, und wird damit von Rechts wegen Inländer.

Aufenthaltsrecht sowie sonstige Rechte und Pflichten von Ausländern sind in der Ausländergesetzgebung (Ausländerrecht) geregelt.

Aussiedler:

Als Aussiedler bezeichnete man im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) bis zum 31.12.1992 deutsche Minderheiten, die teilweise seit Generationen in allen Teilen der Welt leben und nach Deutschland migrieren wollten. Seit dem 01.01.1993 werden alle deutschstämmigen Migrationswilligen als Spätaussiedler bezeichnet.

Wer als Aussiedler oder auch Spätaussiedler in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt werden will, muss seit Juli 1990 mit einem Aufnahmebescheid nach Deutschland einreisen. Diesen bekommt der Antragsteller, wenn er mittels eines formalen schriftlichen Aufnahmeverfahrens seine deutsche Volkszugehörigkeit und zusätzlich seit 1997 in einem mündlichen Test seine Sprachkenntnisse nachweist.

Anerkannte Aussiedler oder Spätaussiedler sind also Deutsche im Sinne des Gesetzes und müssen nicht eingebürgert werden.

Äquivalenzeinkommen:

Äquivalenzeinkommen werden vor allem für die Berechnung von Einkommensverteilung, Einkommensungleichheit und Armut verwendet. Mit Hilfe einer Äquivalenz-Skala werden die Einkommen nach Haushaltsgröße gewichtet. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass die Einkommen von Personen, die in unterschiedlich großen Haushalten leben, nicht miteinander vergleichbar sind, da in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten. Äquivalenzeinkommen sind also sozusagen bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen.

Unter der Annahme, dass sämtliche Einkommen unter allen Haushaltsmitgliedern gleichmäßig geteilt werden, werden die Einkommen des gesamten Haushalts addiert und anschließend nach Haushaltsgröße gewichtet, den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugerechnet. Die zu dieser Berechnung verwendeten Äquivalenz-Skalen weisen Erwachsenen und Kindern unterschiedliche Gewichtungsfaktoren zu.

Bedarfsgemeinschaften:

Bedarfsgemeinschaft ist ein Begriff aus dem deutschen Recht der Grundsicherung für Arbeitssuchende im SGB II sowie dem Sozialhilferecht (SGB XII). Dem Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft liegt die Prämisse zugrunde, dass Personen, die besondere persönliche oder verwandtschaftliche Beziehungen zueinander haben und die in einem gemeinsamen Haushalt leben, sich in Notlagen gegenseitig materiell unterstützen und ihren Lebensunterhaltsbedarf gemeinsam decken. Das Vorliegen einer Bedarfsgemeinschaft führt dazu, dass bei der Prüfung, ob der Hilfesuchende bedürftig und damit anspruchsberechtigt ist, nicht nur dessen eigenes Einkommen und Vermögen, sondern auch das Einkommen und Vermögen der mit ihm in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen berücksichtigt wird. Alle Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft sind verpflichtet, der Behörde Auskunft über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu geben.

Benachteiligte, privilegierte und unauffällige Ortsteile/Clusteranalyse:

Im Sozialbericht werden die 30 Bochumer Ortsteile als sozialstrukturell "benachteiligt", "privilegiert" oder "unauffällig" eingestuft. Ausgangspunkte dieser Bewertung ist eine Cluster-Analyse, in der die Sozialindikatoren "Arbeitslose", "SGB II-Leistungsbezieher" und "Ausländer" gleichwertig einbezogen sind.

Unter Cluster-Analyse versteht man ein statistisches Verfahren der Datenanalyse zur Ermittlung von Gruppen (Cluster) zusammengehöriger Objekte aus einer Grundmenge von numerisch beschriebenen Objekten. Die Objekte können beispielsweise Datensätze von Messwerten sein, in denen geordnete Ansammlungen oder Hierarchien gefunden werden sollen. In der Sozialberichterstattung sind es die 30 Ortsteile.

Beim "hierarchischen" Ergebnis werden die folgenden fünf Cluster gebildet: "Durchschnitt", "unter dem Durchschnitt", "erheblich unter dem Durchschnitt", "über dem Durchschnitt", "erheblich über dem Durchschnitt". Entsprechend dieser Einteilung werden die Ortsteile als "unauffällig", "benachteiligt", "erheblich benachteiligt", "privilegiert", "erheblich privilegiert" bezeichnet.

Demografie:

Demografie ist eine wissenschaftliche Disziplin, die sich mit dem Leben, Werden und Vergehen menschlicher Bevölkerungen befasst, sowohl mit ihrer Zahl, ihrer Struktur als auch mit ihrer Verteilung im Raum. Dabei werden auch die Faktoren untersucht (insbesondere auch die sozialen), die für Veränderungen verantwortlich sind.

Die Erforschung der Regelmäßigkeiten und Gesetzmäßigkeiten wird mit Hilfe der Statistik erfasst und gemessen.

Die demografische Entwicklung untersucht und beschreibt also die Gesetzmäßigkeiten der Bevölkerungsentwicklung in Geschichte, Gegenwart und Zukunft.

Deprivation:

Mit dem Begriff Deprivation wird der Entzug von/oder der Mangel an Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung und gesellschaftlicher Teilhabe umschrieben. Zugleich handelt es sich auch um den Mangel an gesellschaftlicher Integration.

Gentrifizierung:

Der Begriff Gentrifizierung umschreibt in der Stadtgeographie den sozialen Umstrukturierungsprozess eines bestimmten Ortsteiltyps.

Diese Ortsteile besitzen zu Beginn des Gentrifizierungsprozesses niedrige Wohnqualität und vor allem niedrige Wohnpreise. In der wenig gepflegten Bausubstanz mit billigen Mieten leben zumeist ökonomisch schwache Schichten und Gruppen.

Aufgrund der an sich guten Wohnlage, einem multikulturellen Umfeld und der trotzdem niedrigen Preise werden die genannten Ortsteile für "Pioniere" (Studenten, Künstler, etc.) attraktiv. Diese werten in einem ersten Schritt die Ortsteile auf und setzen einen Segregationsprozess in Gang. Die Studenten steigen in das Berufsleben ein und verdienen nun deutlich mehr Geld, Künstler etablieren sich und bringen weiteres Kapital in die Ortsteile. Erste Häuser und Wohnungen werden restauriert, Szene-Clubs und Kneipen entstehen. Die Mieten steigen und sind für die ursprünglichen Bewohner kaum noch erschwinglich; größtenteils verlassen diese den Ortsteil und siedeln sich an anderer Stelle an.

Nun entdecken auch Immobilienunternehmen das Interesse am Stadtteil und "luxus-sanieren" weitere Häuser für wohlhabende Klientel. In dem nun gentrifizierten Ortsteil ist die Bevölkerungsstruktur stark durchmischt und kaum wiederzuerkennen.

Hilfen zur Erziehung:

Hilfen zur Erziehung sind staatliche (kommunale) Leistungen der Jugendhilfe für Familien mit Kindern. Gesetzlich geregelt werden die Hilfen im § 27 ff. des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG/ SGB VIII). Die im folgenden aufgeführten Hilfen werden nach Durchführung des Hilfeplanverfahrens (§ 36) von den örtlichen Jugendämtern gewährleistet.

- § 28 Erziehungsberatung
- § 29 Soziale Gruppenarbeit
- § 30 Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer
- § 31 Sozialpädagogische Familienhilfe
- § 32 Erziehung in einer Tagesgruppe
- § 33 Vollzeitpflege
- § 34 Heimerziehung, betreute Wohnformen
- § 35 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung

Personensorgeberechtigte haben einen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung für sich und ihr Kind "wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist". Auch junge Volljährige können gem. § 41 Hilfen zur Erziehung erhalten. Anspruchsberechtigt ist in diesem Falle der junge Volljährige selbst.

Indikator:

Indikatoren (Anzeiger) sind allgemeine Hilfsmittel, die Informationen anzeigen können, die man nicht direkt sehen kann. Es handelt sich also um Anzeichen für bestimmte Systemzustände, -eigenschaften oder -leistungen.

So ist z. B. die Zahl der Arbeitslosen, SGB II-Empfänger und Ausländer ein Indikator für die Sozialstruktur eines Ortsteiles.

Jugendgerichtshilfe:

Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe (JGH) bringen in Deutschland die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte in Strafverfahren vor den Jugendgerichten zur Geltung.

Sie unterstützen zu diesem Zweck die beteiligten Behörden durch Erforschung der Persönlichkeit, der Entwicklung und der Umwelt des jugendlichen Beschuldigten und äußern sich zu den Maßnahmen, die zu ergreifen sind.

Im gesamten Verfahren gegen einen Jugendlichen muss die Jugendgerichtshilfe herangezogen werden. Auch Heranwachsenden (Menschen zwischen 18 und 21 Jahren) steht die Jugendgerichtshilfe zu, wenn ihre Straftat "jugendtypisch" ist bzw. sie in ihrer Entwicklung noch auf einer "jugendlichen Stufe" stehen.

Die Jugendgerichtshilfe wird von den Jugendämtern (oder im Zusammenwirken mit freien Trägern der Jugendhilfe) ausgeübt.

Migrant:

Politik, Wissenschaft und Statistik haben ein enormes semantisches Problem, das Phänomen Migrant, Migrationshintergrund und Migrationserfahrung definitorisch in den Griff zu bekommen. Die amtliche Statistik definiert seit dem Mikrozensus 2005 die Personengruppe der Migranten sowie Personen mit Migrationshintergrund wie folgt:

1. Ausländer
 - 1.1. Zugewanderte Ausländer
 - Ausländer der 1. Generation
 - 1.2. In Deutschland geborene Ausländer
 - Ausländer der 2. und 3. Generation
2. Deutsche mit Migrationshintergrund
 - 2.1. Zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund
 - Zugewanderte Deutsche ohne Einbürgerung (Spätaussiedler)
 - Eingebürgerte mit eigener Migrationserfahrung
 - 2.2. Nicht zugewanderte Deutsche mit Migrationshintergrund
 - eingebürgerte, nicht zugewanderte Ausländer
 - Kinder zugewanderter Spätaussiedler
 - Kinder zugewanderter oder in Deutschland geborener eingebürgerter ausländischer Eltern
 - Kinder ausländischer Eltern, die bei Geburt zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben
 - Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund, bei denen nur ein Elternteil Migrant oder in Deutschland geborener Eingebürgerter oder Ausländer ist

Segregation:

Im sozialwissenschaftlich-stadtsoziologischen Sinne bedeutet Segregation Trennung, Abgrenzung und Absonderung.

Räumliche (residenzielle) Segregation: räumliche Trennung und Abgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen (nach Schichtzugehörigkeit, Ethnie, Bildungsniveau u. a.) gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen, und zwar in bestimmten Ortsteilen und Quartieren.

Soziale Segregation: soziale Trennung und Abgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen (s. o.), und zwar im Rahmen ihres Kontaktnetzes.

Mit dem Begriff Segregation wird auch eine Entmischung von Bevölkerungsgruppen angesprochen, die schließlich dazu führt, dass Ortsteile und Quartiere entstehen, die aufgrund ihrer schwachen Sozialstruktur als benachteiligt anzusehen sind. Auf der anderen Seite entstehen Ortsteile und Quartiere für ökonomisch, sozial und kulturell besser gestellte Schichten. Diese Ortsteile und Quartiere können als "privilegiert" bezeichnet werden.

Segregationsindex:

Der Segregationsindex misst die disproportionale Verteilung einer Teilgruppe (z. B. Ausländer) über die Teilgebiete (z. B. Ortsteile) eines Gesamtgebietes (z. B. Stadt Bochum) und wird nach der folgenden Formel berechnet:

$$IS\% = 1/2 \times \sum_{i=1}^n |x_i - y_i| \times 100$$

Am Beispiel Ausländer verdeutlicht, wäre X die Gesamtzahl aller in Bochum lebenden Ausländer und x_i der Prozentanteil von Ausländern in einem Bochumer Ortsteil und zwar gemessen an der Gesamtzahl der in Bochum lebenden Ausländer (!). Y wäre dementsprechend die Zahl aller Bochumer Einwohner abzüglich aller Ausländer (also im Prinzip die Gesamtzahl aller in Bochum lebender Deutschen); y_i wäre dann der Prozentanteil von Deutschen in einem Bochumer Ortsteil und zwar gemessen an der Gesamtzahl der in Bochum lebenden Deutschen (!). Die aufsummierte Anteilsdifferenz $x_i - y_i$ über alle 30 Bochumer Ortsteile, multipliziert mit dem Faktor 1/2, ergibt dann den Segregationsindex für Ausländer in Bochum.

Liegt der so berechnete Segregationsindex beim Wert 0 %, dann würde dies bedeuten, dass die entsprechende Bevölkerungsgruppe absolut gleichmäßig über die Ortsteile der Stadt verteilt wäre (idealtypische Vorstellung der Durchmischung); liegt der Segregationsindex beim Wert 100 %, dann würde dies bedeuten, dass die entsprechende Bevölkerungsgruppe in den Ortsteilen der Stadt absolut segregiert lebt. In der Realität bewegt sich der Wert natürlich auf dieser Skala zwischen 0 % und 100 %.

Schuleingangsuntersuchung:

Schuleingangsuntersuchungen sind in den meisten Bundesländern eine Pflichtaufgabe des Gesundheitsamtes. Alle Kinder eines Jahrganges werden vor Schuleintritt durch qualifizierte Ärzte des Gesundheitsamtes nach bestimmten Kriterien untersucht. In der Regel gehört dazu die körperliche Untersuchung (z. B. Größe, Gewicht, Hör- und Sehfähigkeit), aber auch die Feststellung des Entwicklungsstandes des Kindes.

Des Weiteren wird die Teilnahme an Präventionsmaßnahmen (Impfungen und die Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9) dokumentiert. Gegebenenfalls werden Hinweise für bestimmte Fördermaßnahmen gegeben. Auf der Grundlage der Schuleingangsuntersuchung entscheidet der Schulleiter, ob die Einschulung erfolgt.

Die Daten der Schuleingangsuntersuchungen geben wertvolle Hinweise auf den Gesundheitszustand eines ganzen Jahrganges. Sie sind deshalb auch ein wichtiges Instrument der Gesundheitsberichterstattung für Gesundheitsplaner.

Sozialstruktur:

Der Begriff Sozialstruktur stammt aus der Soziologie und bezeichnet die Struktur einer Gesellschaft bzw. allgemeiner eines sozialen Systems.

Man kann unter Sozialstruktur auch die Wirkungszusammenhänge in einer mehrdimensionalen Gliederung der Gesamtgesellschaft in unterschiedlichen Gruppen nach wichtigen sozialrelevanten Merkmalen verstehen. Darüber hinaus interessieren auch die relativ dauerhaften sozialen Beziehungen zwischen diesen Gruppen untereinander.

Wichtige strukturgebende Merkmale sind:

- soziale Schicht (bzw. Sozialstatus/Rollen/Positionen)
- Beruf, Qualifikation und Bildung
- soziales Milieu und Lebensstile
- Minderheiten, soziale Randgruppen
- Ethnien und Religionsgemeinschaften
- Altersgruppen

Untersuchungen über die Sozialstruktur interessieren sich zum Einen für sozialen Wandel, also für die Veränderung der Sozialstruktur einer Gesellschaft über verschiedene Zeiten. Zum Anderen interessiert der Vergleich von Sozialstrukturen mehrerer Gesellschaften oder z. B. der Sozialstrukturen verschiedener Ortsteile und Quartiere. Wissenschaftlich wird auch versucht, die Hintergründe sozialstruktureller Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft zu erforschen.

Sozialräumliche Struktur:

Die sozialräumliche Struktur stellt sich als Überlagerung von Sozialstruktur und Raumstruktur dar. Die Sozialstruktur bezeichnet die sich aus der jeweiligen Gesellschaftsform ergebende Anordnung oder Schichtung ihrer Mitglieder. Die Raumstruktur ergibt sich aus der Anordnung von baulichen Objekten und durch das Wohnumfeld. Das besondere Interesse gilt hierbei der Gesamtheit jener räumlichen Merkmale, durch die die Anordnung der sozial vorstrukturierten Gesellschaftsgruppen im Raum erfolgt, also "die gebaute Umwelt".

Die sozialräumliche Struktur ergibt sich in Städten durch die Verteilung der (sozial vorstrukturierten) Bewohner auf den (räumlich vorstrukturierten) Wohnungsbestand. Beides ist nicht statisch, sondern ein Produkt sozio-ökonomischer Prozesse.

Typologie:

Unter Typologie versteht man die Wissenschaft von den Gruppenzuordnungen oder konkreten Einteilungen in Gruppen. Die Typologie entspricht weitgehend der Aufteilung von Objekten in Kategorien bzw. einer daraus gewonnenen Systematik.

Unter dem Stichwort "Gebietstypologie" werden im Sozialbericht folgende Gebietsgruppen gebildet:

- Gesamtstadt
- 6 Stadtbezirke
- 30 Ortsteile (statistische Bezirke)
- 154 Quartiere (statistische Viertel)

Diese Gebietstypologie stellt zugleich das statistische Gliederungssystem der Stadt Bochum dar.

Wanderungsbewegung:

In der Segregationsforschung wird allgemein konstatiert, dass benachteiligte segregierte oder von Segregation "bedrohte" Ortsteile durch eine hohe Bevölkerungsfluktuation gekennzeichnet sind. Statistisch gemessen wird diese Fluktuation anhand der so genannten Wanderungsbewegungen. Der Quotient für die Wanderungsbewegung eines Ortsteils wird gebildet durch die Summe sämtlicher Fort- und Zuzüge dividiert durch die aktuelle Bevölkerungszahl des Ortsteils. Was die gesamtstädtische Ebene anbelangt, wird unterschieden zwischen der Binnenwanderung, d. h. Fort- und Zuzüge innerhalb des Stadtgebietes, sowie der Außenwanderung, d. h. Fort- und Zuzüge über die Stadtgrenzen hinaus.

Entscheidend für die demografische Entwicklung eines Ortsteiles oder der Gesamtstadt ist dann das so genannte Wanderungssaldo, das signalisiert in welchem Maße Fort- oder Zuzüge überwiegen.

Das Glossar rekurriert im Wesentlichen auf die Quelle: www.lexikon-definition.de